

# Haushaltsgesetz



**Gesetz über die Feststellung eines Haushaltsplanes  
für die Haushaltsjahre 2011 und 2012  
(Haushaltsgesetz 2011/2012)**

vom 17. Dezember 2010

- *GVOBl. Schl.-H. 2010, S. 818 ff.* -

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

**Inhaltsverzeichnis**

§ 1	Feststellung des Haushaltsplanes	§ 23	Ermächtigungen für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr
§ 2	Kreditermächtigungen, derivative Finanzgeschäfte	§ 24	Ermächtigungen für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Bildung und Kultur
§ 3	Kredit- und Zinsmanagement	§ 25	Ermächtigungen für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Justiz, Gleichstellung und Integration
§ 4	Haushaltswirtschaftliche Sperren	§ 26	Ermächtigungen für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Gesundheit
§ 5	Betragsgrenzen bei über- und außerplanmäßigen Ausgaben und Verpflichtungen	§ 27	Ermächtigungen für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume
§ 6	Zusätzliche Ausgaben und Verpflichtungen	§ 28	Ermächtigungen für den Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten
§ 7	Bewirtschaftung des Einzelplans 12	§ 29	Investitionsbank
§ 8	Allgemeine und Einzelplan übergreifende Bewirtschaftungsregeln	§ 30	Ermächtigung zur Änderung der Ansätze für die Gemeinschaftsaufgaben
§ 9	Struktur- und Funktionalreform	§ 31	Solländerungen
§ 10	Deckungsfähigkeit und Rücklagen	§ 32	Weitergeltung von Bestimmungen
§ 11	Stellenübersichten	§ 33	Änderung des Schulgesetzes
§ 12	Leerstellen	§ 34	Schulgirokonten
§ 13	Ausbringung und Übertragung von Planstellen und Stellen	§ 35	Inkrafttreten
§ 14	Ermächtigungen für sonstige Personalbewirtschaftende Maßnahmen		
§ 15	Übernahme von geprüften Nachwuchskräften		
§ 16	Grundstücksangelegenheiten		
§ 17	Sonstige Vermögensgegenstände		
§ 18	Bürgschaften und andere Sekundärverpflichtungen		
§ 19	Ermächtigungen für den Geschäftsbereich des Innenministeriums		
§ 20	Ermächtigungen für den Geschäftsbereich des Finanzministeriums		
§ 21	Beteiligung an der HSH Nordbank AG		
§ 22	Hochschulen und Forschungsinstitute		

## § 1

### Feststellung des Haushaltsplanes

Der diesem Gesetz als Anlage beigefügte Haushaltsplan des Landes Schleswig-Holstein wird in Einnahme und Ausgabe auf

12 192 181 500 Euro für das Haushaltsjahr 2011

und auf

12 186 298 300 Euro für das Haushaltsjahr 2012

sowie hinsichtlich der Verpflichtungsermächtigungen auf

663 521 000 Euro für das Haushaltsjahr 2011

und auf

571 041 000 Euro für das Haushaltsjahr 2012

festgestellt.

## § 2

### Kreditermächtigungen, derivative Finanzgeschäfte

(1) Das Finanzministerium darf zur Deckung der Ausgaben Kredite bis zum Höchstbetrag von

4 285 779 700 Euro für das Haushaltsjahr 2011

und

3 818 241 400 Euro für das Haushaltsjahr 2012

aufnehmen. Die im Rahmen der Übernahme der Verbindlichkeiten der GVB und der LVSH auf das Land aufzunehmenden Kredite sind auf den Ermächtigungsrahmen anzurechnen. Bei Diskontpapieren ist nur der Nettobetrag auf die Kreditermächtigung des jeweiligen Haushaltsjahres anzurechnen.

(2) Das Finanzministerium darf ab Oktober des jeweiligen Haushaltsjahres im Vorgriff auf die Kreditermächtigung des nächsten Haushaltsjahres Kredite bis zur Höhe von 5 % des in § 1 für die Einnahmen und Ausgaben des betreffenden Haushaltsjahres festgestellten Betrages aufnehmen. Die hiernach aufgenommenen Kredite sind auf die Kreditermächtigung des folgenden Haushaltsjahres anzurechnen.

(3) Kredite und derivative Finanzgeschäfte nach § 18 Abs. 7 der Landeshaushaltsordnung (LHO) sind in inländischer Währung abzuschließen. Eine Aufnahme von Fremdwährungskrediten ist zulässig, wenn das damit verbundene Wechselkursrisiko bezüglich Kapital und Zinsen in voller Höhe durch Wechselkurssicherungsgeschäfte ausgeschlossen wird. Auf die jeweilige Kreditermächtigung des Absatzes 1 ist der sich nach der Wechselkurssicherung ergebende Kapitalbetrag in inländischer Währung anzurechnen.

(4) Die Höchstgrenze für Zinsänderungsrisiken (§ 3 Abs. 3 Satz 2) wird für das Haushaltsjahr 2011 auf 30 000 000 Euro und für das Haushaltsjahr 2012 auf 70 000 000 Euro festgesetzt.

(5) Das Finanzministerium darf im Eigenbestand befindliche Wertpapiere des Landes vorübergehend Kreditinstituten gegen Entgelt überlassen.

(6) Das Finanzministerium darf Kassenverstärkungskredite bis zu 10 % des in § 1 für Einnahmen und Ausgaben des jeweiligen Haushaltsjahres festgestellten Betrages aufnehmen. Darüber hinaus darf das Finanzministerium zur Deckung eines nicht vorhergesehenen Liquiditätsbedarfs Vereinbarungen mit Kreditinstituten abschließen, die eine kurzfristige Liquiditätsbeschaffung durch Beleihung von im Eigenbestand des Landes befindlichen Wertpapieren bis zu einem Betrag von 500 000 000 Euro ermöglichen.

(7) Das Finanzministerium darf Darlehen, die der Bund den Ländern zweckgebunden gewährt, mit dem auf Schleswig-Holstein entfallenden Anteil aufnehmen. Ferner darf das Finanzministerium Darlehen aus dem sonstigen öffentlichen Bereich aufnehmen, die zweckgebunden für eine im Haushaltsplan veranschlagte Maßnahme gewährt werden und die zinsgünstiger als Kapitalmarktdarlehen sind.

## § 3

### Kredit- und Zinsmanagement

(1) Beim Finanzministerium ist ein Kredit- und Zinsmanagement einzurichten.

(2) Das Kredit- und Zinsmanagement beschafft die im Haushalt veranschlagten Kreditmarktmittel, schließt derivative Finanzgeschäfte gemäß § 18 Abs. 7 LHO ab und verwaltet den Schulden- und Derivatbestand des Landes. Es plant und steuert die Struktur der Kreditmarktschulden sowie die derivativen Finanzgeschäfte in Abhängigkeit von der erwarteten Entwicklung der Kreditmarktzinsen mit dem Ziel, die Zinsausgaben des Haushalts über einen längerfristigen Planungszeitraum unter Beachtung von Zinsänderungsrisiken zu optimieren. Bei der Planung und Steuerung der Zinsausgaben aus den Kreditmarktschulden sind insbesondere der Zeitpunkt der Kreditaufnahme, die Fälligkeits- und Zinsbindungsstruktur der Kreditmarktschulden festzulegen und zinsgünstige Möglichkeiten der Kreditbeschaffung zu nutzen. Durch den ergänzenden Einsatz derivativer Finanzgeschäfte kann die Zinsbindungsstruktur der Kreditmarktschulden zusätzlich gestaltet werden.

(3) Das Kredit- und Zinsmanagement orientiert sich bei der Planung und Steuerung der Zinsausgaben an der Ergebnis-Risiko-Struktur eines vorgegebenen Referenzportfolios. Die auf der Basis des Zinsänderungsrisikos des Referenzportfolios festgelegten Höchstbeträge für Zinsänderungsrisiken sind einzuhalten. Zinsänderungsrisiken stellen potenzielle Mehrbelastungen der künftigen Haushalte mit Zinsausgaben dar, die sich bei einer von den Annahmen der Haushalts- und Finanzplanung abweichenden Entwicklung der Kreditmarktzinsen ergeben. Die Ermittlung der Zinsänderungsrisiken erfolgt mit Hilfe eines standardisierten Risikoszenarios für die Zinsentwicklung.

(4) Die mit dem Abschluss derivativer Finanzgeschäfte verbundenen Kreditrisiken sind durch geeignete Verfahren, die die Bonität der Vertragspartner und die Risikostruktur der abgeschlossenen Geschäfte berücksichtigen, zu begrenzen. Betriebs- und Abwicklungsrisiken sind durch organisatorische und personalwirtschaftliche Maßnahmen sowie durch eine funktionale Trennung des Abschluss- und Abwicklungsbereichs zu begrenzen.

(5) Einnahmen aus dem Verkauf von Zinsoptionen sind zur Risikovorsorge einer Zinsausgleichsrücklage zuzuführen und zweckgebunden zum Ausgleich von Zinsmehrausgaben zu verwenden. Soweit Rücklagenmittel nicht mehr zur Abdeckung optionaler Zinsänderungsrisiken benötigt werden, sind sie zum Ausgleich von Zinsmehrausgaben während des Haushaltsvollzugs und zur Verstetigung der Zinsausgabenentwicklung im Finanzplanungszeitraum einzusetzen.

#### § 4

##### Haushaltswirtschaftliche Sperren

(1) Über die Bestimmung des § 41 LHO hinaus darf das Finanzministerium Ausgaben sperren, wenn und soweit hierfür unvorhergesehen von anderer Seite Zuwendungen bereitgestellt werden. Gleiches gilt, wenn Änderungen im Bundesrecht oder auf EU-Ebene zu Minderausgaben im Landeshaushalt führen.

(2) Nach § 41 LHO und nach Absatz 1 gesperrte Beträge sind in der Landeshaushaltsrechnung als Minderausgabe nachzuweisen.

(3) Das Finanzministerium wird ermächtigt, zur Realisierung von globalen Minderausgaben und bei nicht genehmigten Haushaltsüberschreitungen des Vorjahres im laufenden Haushaltsjahr Ausgaben zu sperren.

#### § 5

##### Betragsgrenzen bei über- und außerplanmäßigen Ausgaben und Verpflichtungen

(1) Der gemäß § 37 Abs. 2 Buchst. a LHO zu bestimmende Betrag wird auf 500 000 Euro festgesetzt.

(2) Der gemäß § 37 Abs. 3 LHO zu bestimmende Rahmen wird auf mehr als 500 000 Euro bis zu 2 500 000 Euro festgesetzt.

#### § 6

##### Zusätzliche Ausgaben und Verpflichtungen

(1) Das Finanzministerium darf, auch wenn kein Fall des § 37 Abs. 1 oder des § 38 Abs. 1 LHO vorliegt, in Ausgaben oder in Verpflichtungen einwilligen, wenn und soweit hierfür nicht veranschlagte Mittel zweckgebunden von anderer Seite gezahlt oder rechtsverbindlich zugesagt sind.

(2) Unvorhergesehene dringliche Ausgaben, in denen kein Fall des § 37 Abs. 1 LHO vorliegt, dürfen bis zu einem Betrag von 100 000 Euro im Einzelfall pro Haushaltsjahr geleistet werden, wenn der Finanzausschuss einwilligt und die Deckung gesichert ist. Der Gesamtbetrag der Ausgaben darf 1 500 000 Euro pro Haushaltsjahr nicht übersteigen.

#### § 7

##### Bewirtschaftung des Einzelplans 12

(1) Im Einzelplan 12 dürfen bei den Hauptgruppen 7 und 8 mit Ausnahme der Gruppe 711 Ausgaben nur mit Einwilligung des Finanzministeriums geleistet werden.

(2) Im Einzelplan 12 sind die Ausgaben für die Bauunterhaltung (Gruppe 519) übertragbar.

(3) Im Einzelplan 12 sind

1. innerhalb der einzelnen Kapitel die Ausgaben der Gruppe 519 und der Gruppe 711 gegenseitig deckungsfähig,

2. innerhalb des Einzelplans mit Zustimmung des Finanzministeriums gegenseitig deckungsfähig die Ausgaben der Gruppen 712 bis 749 und 894.

## § 8

### Allgemeine und Einzelplan übergreifende Bewirtschaftungsregeln

(1) Aus den Ausgaben der Titel 422 03 dürfen auch die Vergütungen der Auszubildenden im Sinne des § 4 Abs. 2 oder 3 des Landesbeamtengesetzes gezahlt werden.

(2) Innerhalb der einzelnen Kapitel fließen die Einnahmen aus

1. der Anfertigung von Fotokopien und aus Vervielfältigungen für Dritte,
2. Schadensersatzleistungen Dritter, die nicht im Zusammenhang mit Kfz-Unfällen stehen, insoweit, als sie zur Instandsetzung bestimmt sind, sowie aus der Abgabe von Betriebsstoffen und Ersatzteilen an Dritte und
3. Erstattungen Dritter im Zusammenhang mit Ausgaben der Gruppe 517,

den Ausgaben der Obergruppe 51 zu.

(3) Erstattungen von Personalausgaben (Hauptgruppe 4) und Eingliederungszuschüsse der Bundesagentur für Arbeit können durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.

(4) Das Finanzministerium wird ermächtigt, für die Durchführung des „Sabbatjahres“ in den jeweiligen Kapiteln Titel für Zuführungen an die zweckgebundene Rücklage zu Lasten der Personalkostentitel, für Entnahmen aus der Rücklage sowie andere damit im Zusammenhang stehende Titel einschließlich der entsprechenden Haushaltsvermerke einzurichten.

(5) Für die Beschäftigung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen können zu Lasten von Titeln der Gruppe 427 für die Dauer der von der Bundesanstalt für Arbeit zugesagten Förderung Arbeitsverträge auch über das Haushaltsjahr hinaus abgeschlossen werden.

(6) Das Finanzministerium unterrichtet den Finanzausschuss, wenn im Verlauf des Haushaltsjahres erkennbar wird, dass bestimmte Ausgabentitel voraussichtlich in erheblichem Umfang nicht ausgeschöpft werden.

(7) Werden veranschlagte Investitionen im Haushaltsvollzug bei nachgewiesener Wirtschaftlichkeit durch alternative Beschaffungsformen (wie z.B. Leasing- oder ähnliche Verträge) ersetzt, so sind die hierfür erforderlichen Mittel auf einen ggf. neu einzurichtenden Titel der Hauptgruppe 5 umzusetzen (Solländerung). Die Einsparungen sind bei den jeweiligen Investitionen als Minderausgaben nachzuweisen.

(8) Das Finanzministerium wird ermächtigt, auf Antrag des zuständigen Ressorts und nach Maßgabe der Entscheidung der Landesregierung Haushaltsmittel gegen Deckung bereit zu stellen, die zur Abwehr einer drohenden Schadenslage im Schleswig-Holsteinischen Küstenmeer erforderlich sind, und die entsprechenden Titel einzurichten. Der Finanzausschuss ist unverzüglich zu unterrichten.

(9) Das Finanzministerium wird ermächtigt, in Abstimmung mit dem Innenministerium Abschlagszahlungen auf das erwartete Abrechnungsergebnis im Rahmen des Kommunalen Finanzausgleichs an die Kommunen festzusetzen, wenn die aufgrund der Steuerschätzung zu erwartenden Steuereinnahmen das veranschlagte Haushaltssoll wesentlich übersteigen. Die Mehrausgaben sind durch entsprechende Steuermehreinnahmen zu decken. Darüber hinaus wird das Finanzministerium ermächtigt, in Abstimmung mit dem Innenministerium die Finanzausgleichsmasse auf der Grundlage der Steuereinnahmen entsprechend dem langfristigen Durchschnitt neu zu berechnen und festzusetzen. Die Feststellung der Steuereinnahmen entsprechend dem langfristigen Durchschnitt erfolgt durch das Finanzministerium. Die Mehrausgaben sind durch entsprechende Minderausgaben bei Titel 1111 - 913 01 oder durch entsprechende Mehreinnahmen bei Titel 1111 - 353 01 zu decken.

(10) Das Finanzministerium wird ermächtigt, auf Antrag des Innenministeriums im Einvernehmen mit dem betroffenen Fachressort für die Einführung der Ressortdeckung im Bereich der Statistik Titel einschließlich der entsprechenden Haushaltsvermerke im jeweiligen Einzelplan des für das betreffende Statistikgesetz zuständigen Ministeriums sowie andere damit im Zusammenhang stehende Titel und Haushaltsvermerke einzurichten und für diesen Zweck die erforderlichen Mittel aus dem Einzelplan 04 umsetzen.

(11) Zur Durchführung von ÖPP-Projekten, deren Wirtschaftlichkeit nachgewiesen ist, wird das Finanzministerium im Einvernehmen mit dem jeweiligen Ressort ermächtigt, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen zu einem von ihm einzurichtenden Titel der Hauptgruppen 5 oder 8 im selben Kapitel umzusetzen, wenn und soweit Ausgaben oder Verpflichtungsermächtigungen für die Maßnahme vorgesehen waren. Minderausgaben bei den jeweiligen Investitionstiteln sind einzusparen.

(12) Das Finanzministerium wird ermächtigt, bei der Übertragung von Aufgaben an Dataport oder an andere Dienstleister im Bereich der IT durch die Ressorts (Outsourcing), den Titel 1103 - 533 56 (Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen) in Höhe der anfallenden Mehrausgaben für korrespondierende Dienstleistungsverträge zu erhöhen, wenn sie durch Minderausgaben in den Einzelplänen der betreffenden Ressorts gedeckt sind.

(13) Das Finanzministerium wird ermächtigt, neben der Versorgungsrücklage nach § 14a Bundesbesoldungsgesetz - Überleitungsfassung für Schleswig-Holstein - im Zusammenhang mit der Zuführung von Mitteln an einen durch Landesgesetz zu regelnden Versorgungsfonds für beamtetes Personal die erforderlichen Titel mit den entsprechenden Ansätzen und den entsprechenden Haushaltsvermerken einzurichten und zu ändern sowie die hierfür erforderlichen Mittel aus den Einzelplänen umzusetzen.

#### § 9

##### Struktur- und Funktionalreform

(1) Das Finanzministerium darf im Einvernehmen mit dem Innenministerium und mit Einwilligung des Finanzausschusses für die im Rahmen der Funktionalreform vorgesehene Übertragung von bisher vom Land wahrgenommenen Aufgaben auf die Gemeinden, Kreise und kreisfreien Städte Haushaltsmittel gegen Deckung bereitstellen und die erforderlichen Titel einrichten. Zur Finanzierung des Kostenausgleichs wird das Finanzministerium ermächtigt, Ausgabeansätze zu sperren sowie Planstellen und Stellen mit kw-Vermerken zu versehen.

(2) Das Finanzministerium wird ermächtigt, mit Einwilligung des Finanzausschusses die zur Übertragung von Aufgaben des Landes auf den kommunalen Bereich oder zur Übertragung von Aufgaben auf Dritte im Rahmen der Verwaltungsstrukturreform und Verwaltungsmodernisierung erforderlichen Änderungen im Landeshaushalt vorzunehmen. In diesem Zusammenhang dürfen Titel mit Haushaltsvermerken eingerichtet und in zusätzliche Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen eingewilligt werden. In Höhe dieser zusätzlichen Ausgaben und Verpflichtungen sind in den betreffenden Einzelplänen Einsparungen, insbesondere bei den Personalausgaben und den sächlichen Verwaltungsausgaben, zu erbringen.

(3) Das Finanzministerium wird ermächtigt, mit Einwilligung des Finanzausschusses eine Verpflichtungserklärung gegenüber kommunalen Trägern und Dritten, die Landesbedienstete im Rahmen der Übertragung von Landesaufgaben im Zusammenhang mit der Verwaltungsstrukturreform oder der Verwaltungsmodernisierung übernehmen, für die Übernahme der zeitanteiligen Versorgungsbezüge dieser Beamtinnen und Beamten für die Zeit nach ihrer Versetzung an die kommunalen Träger oder Dritte abzugeben.

(4) Das Finanzministerium wird ermächtigt, im Einvernehmen mit den betroffenen Ressorts die zur Strukturreform von Landesbehörden erforderlichen Änderungen im Landeshaushalt vorzunehmen. In diesem Zusammenhang dürfen Titel neu eingerichtet, Mittel und Verpflichtungsermächtigungen umgeschichtet, und die aus stellenplan-systematischen Gründen notwendigen Planstellen und Stellen für das vorhandene Personal mit den erforderlichen Vermerken im Stellenplan angepasst und ausgebracht werden. Die Maßnahmen dürfen nicht zu einer Erhöhung der Ausgaben führen.

#### § 10

##### Deckungsfähigkeit und Rücklagen

(1) Abweichend von § 20 Abs. 1 und 2 LHO gilt zur Deckungsfähigkeit folgendes:

1. Innerhalb desselben Einzelplans sind gegenseitig deckungsfähig die Ausgaben der Hauptgruppe 4 und der Obergruppen 51 bis 54.
2. Innerhalb desselben Einzelplans sind gegenseitig deckungsfähig die Ausgaben der Hauptgruppen 6 bis 8.

Beide Regelungen gelten nur, soweit es sich nicht um Ausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen handelt.

(2) Im Kapitel 1105 sind die Ausgaben der Titel 431 01, 432 01 bis 432 29, 439 01 bis 439 05, 631 01, 632 01, 633 01, 633 02, 636 01 bis 636 03 und 671 01 gegenseitig deckungsfähig.

(3) Dem Landespolizeiamt, dem Landeskriminalamt und den Polizeidirektionen sollen die für die jeweiligen Dienstbereiche vorgesehenen Haushaltsmittel aufgeschlüsselt so zugewiesen werden, dass das Innenministerium über die Regelung in Absatz 1 hinaus eine gegenseitige Deckungsfähigkeit der Ausgaben der Titel der Hauptgruppe 5 und eine einseitige Deckungsfähigkeit der Hauptgruppe 5 zugunsten der Hauptgruppe 8 zulassen kann.

(4) Alle Ausgaben der Titel 518 01, 518 91 und 1111-919 01 sind gegenseitig deckungsfähig.

(5) Im Kapitel 0903 - Justiz - Justizvollzugsanstalten - kann das Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Integration für Zwecke der Budgetierung über die Regelung in Absatz 1 hinaus eine einseitige Deckungsfähigkeit der Ausgaben der Hauptgruppe 5 mit Ausnahme der Titelgruppe 61 zugunsten der Hauptgruppe 8 zulassen.

(6) Das Finanzministerium wird ermächtigt, für nicht verbrauchte Ausgaben der Obergruppe 42 innerhalb eines Einzelplans Titel für die Zuführungen an zweckgebundene Rücklagen, Entnahmen aus der Rücklage sowie andere damit im Zusammenhang stehende Titel einschließlich der entsprechenden Haushaltsvermerke einzurichten und zu ändern. Die Mittel aus der Rücklage sind für Personalausgaben und für Maßnahmen zu verausgaben, die dem Personal zugute kommen. Die Mittel dienen somit der Verstärkung der entsprechenden Ausgabeteil.

(7) Das Finanzministerium wird ermächtigt, für nicht verbrauchte Ausgaben der Hauptgruppen 5 bis 8 innerhalb eines Einzelplans Titel für die Zuführungen an Rücklagen, Entnahmen aus der Rücklage sowie andere damit im Zusammenhang stehende Titel einschließlich der entsprechenden Haushaltsvermerke einzurichten und zu ändern.

#### § 11

##### Stellenpläne und Stellenübersichten

(1) Die Einwilligung des Finanzministeriums nach § 49 Abs. 5 Satz 2 LHO ist nicht erforderlich bei Abweichungen von den Stellenübersichten für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, soweit sie für die nach dem Überleitungstarifvertrag übergeleiteten Beschäftigten durch nach den Tarifverträgen vorzunehmende Höhergruppierungen, im Bewährungsaufstieg oder infolge Ablaufs einer bestimmten Frist bedingt sind.

(2) Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die im Bewährungsaufstieg oder infolge Ablaufs einer bestimmten Frist höhergruppiert worden sind, sind auf den Stellen zu führen, aus denen die Höhergruppierungen erfolgt sind.

(3) Das Finanzministerium wird ermächtigt, die Stellenpläne und Stellenübersichten der Rechtslage anzupassen, wenn und soweit Rechtsvorschriften oder Tarifverträge mit besoldungs- oder tarifrechtlichen Auswirkungen dieses in den Haushaltsjahren 2011 und 2012 zwangsläufig erfordern.

(4) Zur Erprobung einer Bewirtschaftung von Planstellen und Stellen auf der Grundlage von Planstellen- und Stellengruppen dürfen die Fachministerien mit Einwilligung des Finanzministeriums sowie im Einvernehmen mit dem Landesrechnungshof in geeigneten Bereichen von den Anforderungen des § 49 LHO abweichen.

#### § 12

##### Leerstellen

(1) Die obersten Landesbehörden, die Landtagsverwaltung und der Landesrechnungshof dürfen Leerstellen mit dem Vermerk „künftig wegfallend“ ausbringen, wenn Beamtinnen oder Beamte, Richterinnen oder Richter oder Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer länger als sechs Monate aufgrund Gesetzes, Tarifvertrages oder Vereinbarung von ihrer Dienstleistungspflicht befreit sind und nach Wegfall des Befreiungsgrundes Anspruch auf Beschäftigung haben. Dasselbe gilt für Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die für einen begrenzten Zeitraum zum Landesrechnungshof Schleswig-Holstein abgeordnet oder versetzt werden oder abgeordnet oder versetzt worden sind.

(2) Das Ministerium für Bildung und Kultur kann für Lehrkräfte Leerstellen mit dem Vermerk „künftig wegfallend“ auch dann ausbringen, wenn die Lehrkraft aus den in Absatz 1 genannten Gründen für weniger als sechs Monate von der Dienstpflicht befreit ist.

(3) Für die Hochschulen gilt Absatz 1 mit Zustimmung des für die Hochschulen zuständigen Ministeriums entsprechend.

#### § 13

##### Ausbringung und Übertragung von Planstellen und Stellen

(1) Das Finanzministerium wird ermächtigt, auf Antrag der obersten Landesbehörden

1. für freigestellte Personalratsmitglieder insgesamt bis zu 17 Planstellen und Stellen auszubringen. Die Planstellen und Stellen sind mit dem Vermerk „künftig wegfallend“ zu versehen. In den Vorjahren ausgebrachte Planstellen und Stellen sind anzurechnen.



2. im Rahmen der Hochschulprogramme und für andere von Dritten durch Vereinbarung finanzierte Professuren und wissenschaftliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen befristet zusätzliche Planstellen und Stellen einzurichten, wenn und soweit die damit verbundenen Ausgaben gedeckt sind. Über die Veränderungen ist der Finanzausschuss zu unterrichten.
3. zur Sicherstellung der Unterrichtsversorgung in den allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen für
  - a) auf Dauer für den Unterricht eingeschränkt dienstfähige oder volldienstunfähige Lehrkräfte und
  - b) vorzeitig in den Ruhestand versetzte Lehrkräfte, die nach ihrer Reaktivierung auf Dauer für den Unterricht eingeschränkt dienstfähig oder voll dienstunfähig sind,bis zu 15 zusätzliche Planstellen und Stellen einzurichten. Die Planstellen und Stellen erhalten den Vermerk „künftig wegfallend mit Ausscheiden der Stelleninhaberin/des Stelleninhabers“ und können in andere Einzelpläne übertragen werden. In Anspruch genommene Ermächtigungen aus den Vorjahren sind anzurechnen. Wirksam gewordene Vermerke „künftig wegfallend mit Ausscheiden der Stelleninhaberin/des Stelleninhabers“ fallen dem Ermächtigungsrahmen wieder zu (Stellenpool). Die in 2011 und 2012 entstehenden Mehrbedarfe werden gedeckt durch Einsparungen in Höhe von 75 % zu Lasten des Kapitels 1105 - Versorgung, Unfallfürsorge und Ausgleichsbeträge - und zu 25 % vom jeweils aufnehmenden Ressort. Das Finanzministerium wird ermächtigt, die zur Deckung erforderlichen Haushaltsmittel umzusetzen.
4. bei Vorliegen gesetzlicher Ansprüche (z.B. Rückkehr aus Beurlaubungen, Arbeitszeiterhöhungen) zusätzliche Planstellen und Stellen einzurichten, sofern die Finanzierung gesichert ist. Die Planstellen und Stellen sind mit dem Vermerk „künftig wegfallend“ zu versehen.

(2) Das Finanzministerium wird ermächtigt, zur Schaffung von bis zu 78 zusätzlichen Ausbildungsplätzen, davon mindestens 16 für Kaufleute für Bürokommunikation, Mittel gegen Deckung an anderer Stelle des Haushalts bereitzustellen, gegebenenfalls die erforderlichen Titel einzurichten, Mittel umzusetzen und Stellen auszubringen. In Anspruch genommene Ermächtigungen aus Vorjahren sind anzurechnen.

(3) Das Finanzministerium wird ermächtigt, bei Bedarf für das Kapitel 1319 neue Planstellen auszubringen, sofern dies nicht zu einer Erhöhung des Zuschusses zum laufenden Betrieb des Landeslabors führt.

## § 14

### Ermächtigungen für sonstige Personal bewirtschaftende Maßnahmen

(1) In der Landesverwaltung sollen 20 % der neu zu besetzenden Stellen für Auszubildende, Anwärterinnen und Anwärter mit Schwerbehinderten besetzt werden. Das Nähere regelt der Ministerpräsident im Einvernehmen mit dem Finanzministerium.

(2) Innerhalb der Einzelpläne dürfen in den Kapiteln ausgebrachte Planstellen und Stellen auch in anderen Kapiteln in Anspruch genommen werden. Dabei darf es zu keiner Verstärkung des Kapitels 01 'Ministerium' kommen. Über den weiteren Verbleib ist im nächsten Haushaltsplan zu bestimmen.

(3) Das Finanzministerium darf bei Bedarf auf Antrag der Fachministerien Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Planstellen umwandeln. Die Umwandlungen dürfen nicht zu Mehrausgaben führen.

(4) Ausgaben für die Vergabe von Leistungsstufen nach § 27 Abs. 3 Bundesbesoldungsgesetz - Überleitungsfassung Schleswig-Holstein - in Verbindung mit der Leistungsstufenverordnung dürfen im Rahmen der rechtlichen Bestimmungen aus den verbindlichen Personalkostenansätzen der Obergruppe 42 geleistet werden.

(5) Das Finanzministerium wird ermächtigt, für partiell dienstunfähige Beamtinnen und Beamte, die bei anderen Einrichtungen weiterbeschäftigt werden können, bis zu 75 % der Personalausgaben zu Lasten des Kapitels 1105 und zugunsten eines Zuschusses an diese Einrichtung umzusetzen und zu diesem Zweck eventuell erforderliche Titel einzurichten.

(6) Das Finanzministerium wird ermächtigt, zum Abbau von Personalüberhängen in der Landesverwaltung Planstellen und Stellen einschließlich der Personalmittel umzusetzen.

(7) Bei den allgemeinbildenden Schulen (Kapitel 0711 bis 0715) und den berufsbildenden Schulen (Kapitel 0716) dürfen mit Einwilligung des Finanzministeriums freie und besetzbare Planstellen/Stellen für Lehrkräfte mit bis zu zwei Lehrkräften in Ausbildung besetzt werden. Die Ermächtigung gilt für bis zu 700 Lehrkräfte in der Ausbildung.

(8) Das Finanzministerium wird ermächtigt, die im Zusammenhang mit den bundeseinheitlich durchzuführenden Personalbedarfsberechnungen der Steuerverwaltung erforderlichen Änderungen in den Stellenplänen des Kapitels 0505 vorzunehmen. In diesem Zusammenhang dürfen die aus stellenplansystematischen Gründen notwendigen Planstellen und Stellen für das vorhandene Personal mit den erforderlichen Vermerken in den Stellenplänen angepasst und maximal bis zu 20 Planstellen und Stellen ausgebracht werden. Die Maßnahmen dürfen nicht zur Erhöhung der Ausgaben führen.

(9) Das Finanzministerium wird ermächtigt, auf Antrag des Ministeriums für Bildung und Kultur in den Kapiteln 0711 bis 0716 die sich 2012 nach dem Schulverzeichnis 2010/2011 besoldungsrechtlich ergebenden schülerzahlabhängigen Stellenhebungen und -herabgruppierungen vorzunehmen.

(10) Der durch Teilzeitbeschäftigung im Rahmen der Altersteilzeit nach § 63 Abs. 1 des Landesbeamtengesetzes vom 26. März 2009 (GVOBl. Schl.-H. S. 93), geändert durch Gesetz vom 24. September 2009 (GVOBl. Schl.-H. S. 633), freiwerdende Anteil einer Planstelle darf nicht wieder besetzt werden. Im nächsten Haushalt ist die betreffende Planstelle oder ein Äquivalent in Abgang zu stellen oder mit einem Vermerk "künftig wegfallend spätestens zum ..." zu versehen. Als Zeitpunkt des spätesten Wegfalls ist das Ende der Altersteilzeit zu wählen. Abweichende Regelungen aus Vorjahren mit Bezug auf arbeits- und beamtenrechtliche Regelungen gelten für Fälle aus diesen Jahren fort. Für den Fall der Wiedereinführung der Altersteilzeit im Tarifbereich für die schleswig-holsteinische Landesverwaltung gilt für Tarifbeschäftigte Entsprechendes.

(11) Planstellen, die im laufenden Haushaltsjahr durch die Inanspruchnahme der Vorruhestandsregelung nach § 36 Abs. 4 Landesbeamtengesetz frei werden, dürfen nicht wieder besetzt werden. Im nächsten Haushalt ist die betreffende Planstelle oder ein Äquivalent in Abgang zu stellen.

(12) Abfindungen an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dürfen in den jeweiligen Kapiteln zu Lasten der Titel der Gruppe 428 geleistet werden. Die betreffende Stelle darf im laufenden Haushaltsjahr nicht wieder besetzt werden. Im nächsten Haushaltsjahr ist die Stelle oder ein Äquivalent in Abgang zu stellen. Das Nähere regelt das Finanzministerium.

(13) Die obersten Landesbehörden dürfen in den Kapiteln 0301 und 0302 sowie im Kapitel 0620 und den Haushaltsplänen der Hochschulen Planstellen und Stellen heben, herabgruppieren und umwandeln. Das Finanzministerium und der Finanzausschuss sind jeweils zum 31. März für das abgelaufene Jahr von den Änderungen der Stellenpläne und Stellenübersichten zu informieren. Das Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr kann diese Befugnis für seinen Zuständigkeitsbereich auf die Hochschulen (Kapitel 0620 MG 06) übertragen.

(14) Das Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr wird ermächtigt, im Rahmen der veranschlagten Mittel von Hochschulprogrammen oder von Drittmittel finanzierten Projekten für die Hochschulen Zeitverträge zuzulassen oder abzuschließen. Über die Veränderungen ist der Finanzausschuss jährlich zu unterrichten.

(15) Das Finanzministerium wird ermächtigt, bei einer sich abzeichnenden Überschreitung des Personalkostenbudgets oder nach einer Budgetüberschreitung im Folgejahr eine Beförderungssperre für das jeweilige Ressort zu erlassen.

(16) Das Finanzministerium wird ermächtigt, im Rahmen der ressortübergreifenden Vermittlung von Beschäftigten auf anderweitig zu besetzende Planstellen oder Stellen mit dem Ziel des Abbaus von Personalüberhängen im Einvernehmen mit den beteiligten Ressorts Fortbildungsmittel umzusetzen.

(17) Der Ministerpräsident und das Innenministerium werden ermächtigt, der Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistung in Altenholz für den Fachbereich Allgemeine Verwaltung bis zu einer Beamtin oder einem Beamten (Ministerpräsident) und für den Fachbereich Polizei bis zu fünf Beamtinnen oder Beamte des gehobenen oder des höheren Verwaltungs- oder Polizeivollzugsdienstes (Innenministerium) unter Verzicht auf die Erstattung von Personalausgaben zur Verfügung zu stellen.

#### § 15 Übernahme von geprüften Nachwuchskräften

Das Finanzministerium wird ermächtigt, auf Antrag der obersten Landesbehörden

1. in 2011 bis zu 36 und in 2012 bis zu 51 zusätzliche mit dem Vermerk „künftig wegfallend mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers, spätestens nach drei Jahren“ zu versehende Planstellen oder Stellen in den jeweiligen Einzelplänen auszubringen, soweit sie zur Übernahme aller Nachwuchskräfte - Beamtinnen und Beamte auf Widerruf im

Vorbereitungsdienst und Auszubildende - erforderlich sind, die ihre Ausbildung beim Ministerpräsidenten, beim Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume oder in der Steuerverwaltung des Landes Schleswig-Holstein abgeleistet und die entsprechende Abschlussprüfung bestanden haben,

2. im Kapitel 0410 bis zu je 55 zusätzliche, mit dem Vermerk „künftig wegfallend mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers, spätestens nach drei Jahren“ zu versehende Planstellen auszubringen, soweit solche Planstellen zur Übernahme aller Nachwuchskräfte der Landespolizei nach bestandener Prüfung erforderlich sind.

## § 16

### Grundstücksangelegenheiten

(1) Das Finanzministerium darf Ausnahmen von den Bestimmungen des § 63 Abs. 3 und 4 LHO in folgenden Fällen zulassen:

1. zur grundbuchrechtlichen Bereinigung der Eigentumsverhältnisse an landeseigenen Straßen und Grundstücken;
2. zur ganz oder teilweise unentgeltlichen Übertragung des Eigentums oder der Nutzungsbefugnisse an Dritte zur Nutzung im öffentlichen Interesse, soweit das Land gemäß § 1 Abs. 3 des Bundeswasserstraßengesetzes Eigentümer oder Nutzungsberechtigter an gewonnenen Land- und Hafenumflächen und errichteten Bauwerken geworden ist. § 64 Abs. 2 und 3 LHO finden insoweit keine Anwendung; ab einer Grundstücksfläche von mehr als 5 000 m<sup>2</sup> ist bei Übertragung des Eigentums der Finanzausschuss vor Einwilligung zu unterrichten;
3. zur ganz oder teilweise unentgeltlichen Übertragung des Eigentums oder der Nutzungsrechte an Dritte zur Nutzung im öffentlichen Interesse, soweit dies im Zusammenhang mit der Errichtung des Röntgenlasers XFEL notwendig ist.

(2) In Einzelfällen wird zugelassen, dass landeseigene Grundstücke in Gebieten, die die Voraussetzung für die Durchführung von Sanierungsmaßnahmen im Sinne der §§ 136 bis 171 des Baugesetzbuchs erfüllen, auch ohne eine entsprechende förmliche Festlegung des Gebiets oder Förderung der Maßnahme zum sanierungs- oder entwicklungsunbeeinflussten Grundstückswert an die Gemeinde veräußert werden, wenn sich diese zur Durchführung der beabsichtigten städtebaulichen Maßnahmen auf dem Grundstück innerhalb von fünf Jahren verpflichtet.

(3) Die Fachministerien dürfen im Einvernehmen mit dem Finanzministerium landeseigene Grundstücke, die der Sicherung von Flächenansprüchen des Naturschutzes dienen sollen, unentgeltlich auf die Stiftung Naturschutz oder andere geeignete Träger übertragen. Die Übertragung von Grundstücken mit einem geschätzten Gesamtwert von mehr als 250 000 Euro bedarf der Zustimmung des Finanzausschusses.

(4) Das Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume wird ermächtigt, den Pächterinnen und Pächtern von landeseigenen Fischereigehöften vertraglich den Ersatz von Kosten für Renovierungsarbeiten sowie für Um- und Einbauten zuzusichern. Bei Inanspruchnahme sind die Ausgaben zu decken.

(5) Das Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr darf im Einvernehmen mit dem Finanzministerium und, soweit Personal betroffen ist, im Einvernehmen mit dem Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume und nach Einwilligung des Finanzausschusses im Rahmen der Kommunalisierung und Privatisierung der landeseigenen Häfen Vereinbarungen über die Übertragung des Eigentums von Hafengrundstücken, Wasserflächen und sonstigen Vermögensgegenständen und des Hafenbetriebes einschließlich damit im Zusammenhang stehender Rechtsgeschäfte schließen. Für diese Fälle kann das Finanzministerium Ausnahmen von den Bestimmungen der §§ 63 und 64 LHO zulassen.

(6) Das Finanzministerium wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr ein landeseigenes Grundstück in Lübeck (Teilflächen der Flurstücke 4/31 sowie 4/29 der Flur 4 in der Gemarkung Strecknitz) für die Errichtung eines Fraunhofer-Institutes an die Fraunhofer-Gesellschaft zu verkaufen. Ein Preisnachlass kann bis zu 50 % des durch die GMSH festgestellten Verkehrswertes betragen.

(7) Das Finanzministerium wird ermächtigt, auf Antrag des Ministeriums für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr Erbbaurechte an Grundstücken zugunsten des Studentenwerks Schleswig-Holstein für den Bau von Studentenwohnheimen und Wohnungen sowie zur Errichtung von Kindertagesstätten unter teilweisem oder vollständigem Verzicht auf den Erbbauzins zu bestellen.

(8) Das Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Finanzministerium die unentgeltliche Überlassung der Nutzung an der landeseigenen Liegenschaft Klaus-Groth-Platz 2 in Kiel vom Universitätsklinikum Schleswig-Holstein (UK S-H) an die Zentrum für Integrative Psychiatrie GmbH in Kiel (ZIP) zum Zwecke einer Tagesklinik für Psychosomatik und Psychotherapie vorzunehmen.

(9) Das Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Finanzministerium die unentgeltliche Überlassung der Nutzung an der landeseigenen Liegenschaft an der Feldstraße in Kiel (Pastor-Husfeldt-Park) an die Nordeuropäische Radioonkologisches Centrum Kiel GmbH (NRoCK) zum Betrieb des Partikeltherapiezentrum vorzunehmen.

#### § 17

##### Sonstige Vermögensgegenstände

(1) Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 LHO wird zugelassen, dass von Landesdienststellen entwickelte oder erworbene Programme der automatisierten Datenverarbeitung unentgeltlich an Stellen der öffentlichen Verwaltung abgegeben werden, soweit Gegenseitigkeit besteht.

(2) Das Finanzministerium darf Ausnahmen von den Bestimmungen des § 63 Abs. 3 und 4 LHO zulassen

1. zur unentgeltlichen Übertragung des Eigentums von für Zwecke des Landes entbehrlichen Geräten, Einrichtungsgegenständen und Fahrzeugen an osteuropäische Staaten, insbesondere Ostseeanrainerstaaten, sofern eine Ersatzbeschaffung nicht erforderlich ist oder die Aufwendungen für eine Ersatzbeschaffung im Haushalt veranschlagt oder bereits finanziert sind,
2. zur unentgeltlichen Übertragung des Eigentums oder zur unentgeltlichen Überlassung der Nutzung von Vermögensgegenständen in landeseigenen Häfen oder der Übertragung oder Überlassung unter vollem Wert.

#### § 18

##### Bürgschaften und andere Sekundärverpflichtungen

(1) Das Finanzministerium wird ermächtigt, gemeinsam mit dem jeweils zuständigen Fachministerium zur Förderung der schleswig-holsteinischen Wirtschaft Bürgschaften und Gewährleistungen zu übernehmen sowie Kreditaufträge zu erteilen. Die Gesamthöhe der Verpflichtungen aus den Sicherheitsleistungen darf

500 000 000 Euro nicht übersteigen. In Anspruch genommene Ermächtigungen aus Vorjahren sind anzurechnen.

(2) Über die Ermächtigung des Absatzes 1 hinaus darf das Finanzministerium gemeinsam mit dem Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr zur Sicherung der Finanzierung des Schiffbaus auf schleswig-holsteinischen Werften Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen bis zum Höchstbetrag von insgesamt 500 000 000 Euro übernehmen. In Anspruch genommene Ermächtigungen aus Vorjahren sind anzurechnen.

(3) Das Finanzministerium wird ermächtigt, gemeinsam mit dem jeweils zuständigen Fachministerium Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen im Zusammenhang mit der Abdeckung von Haftpflichtrisiken oder künftigen finanziellen Verpflichtungen, die sich insbesondere aus Tätigkeiten ergeben, die in den Anwendungsbereich des Atomgesetzes oder der aufgrund dieses Gesetzes ergangenen Rechtsverordnungen fallen, bis zur Höhe von insgesamt 75 000 000 Euro zu übernehmen. In Anspruch genommene Ermächtigungen aus Vorjahren sind anzurechnen.

(4) Das Finanzministerium darf gemeinsam mit dem Ministerium für Bildung und Kultur zur Absicherung der dem Land Schleswig-Holstein, der Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloss Gottorf, der Kunsthalle zu Kiel der Christian-Albrechts-Universität oder dem Landeskulturzentrum Salzbau, dieses vertreten durch die Landeskulturzentrum Salzbau Betriebs-gGmbH, überlassenen Leihgaben Landesgarantien bis zur Höhe von insgesamt 500 000 000 Euro übernehmen. In Anspruch genommene Ermächtigungen aus Vorjahren sind anzurechnen. Das Nähere regelt das Finanzministerium im Benehmen mit dem Ministerium für Bildung und Kultur.

(5) Das Innenministerium darf sich im Einvernehmen mit dem Finanzministerium gegenüber der Investitionsbank Schleswig-Holstein verpflichten, die bei der Investitionsbank ab 1. Januar 2006 entstehenden Darlehensforderungen zum Nennwert bis zur Höhe von je 90 000 000 Euro nach Verrechnung von Tilgungen auf Anfordern zu übernehmen.

(6) Das Finanzministerium darf zur Sicherung der Finanzierung der Gesellschaft zur Verwaltung und Finanzierung von Beteiligungen des Landes Schleswig-Holstein mbH, Kiel, Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen bis zur Höhe von jeweils 10 000 000 Euro übernehmen. In Anspruch genommene Ermächtigungen aus Vorjahren sind anzurechnen.

(7) Das Finanzministerium wird ermächtigt, gemeinsam mit dem jeweils zuständigen Fachministerium Bürgschaften, Garantien, Sicherheitsleistungen oder sonstige Gewährleistungen, die sich im Zusammenhang mit Privatprozessen gegen das Land Schleswig-Holstein ergeben können, bis zur Höhe von insgesamt 5 000 000 Euro zu übernehmen. In Anspruch genommene Ermächtigungen aus Vorjahren sind anzurechnen. Der Finanzausschuss ist zu informieren.

#### § 19

##### Ermächtigungen für den Geschäftsbereich des Innenministeriums

(1) Das Innenministerium wird ermächtigt, eine Freihalteerklärung gegenüber dem Statistischen Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein - Anstalt des öffentlichen Rechts

1. für Urlaubsansprüche der Beschäftigten der Anstalt, welche vor dem 1. Januar 2004 entstanden sind, in Höhe von 365 000 Euro,
2. für anteilige Pensionsbeihilfeansprüche an Ruhestandsbeamtinnen und Ruhestandsbeamte, soweit sie auf Beschäftigungszeiten beim Land Schleswig-Holstein beruhen, in Höhe von 685 000 Euro,
3. für Altersteilzeitanprüche von übergeleiteten Beschäftigten, soweit sie bereits vor dem 1. Januar 2004 begründet worden sind, in Höhe von 150 000 Euro

bis zur Höhe von insgesamt 1 200 000 Euro abzugeben.

(2) Das Innenministerium wird ermächtigt, mit den Städten Kiel, Lübeck, Flensburg und Brunsbüttel Verwaltungsvereinbarungen zu schließen, wonach diese die Landesaufgabe Brandbekämpfung und technische Hilfe auf der Seewasserstraße Ostsee und auf Anforderung auch in anderen Gewässern wahrnehmen. Das Innenministerium darf zu diesem Zweck Verpflichtungen zur Übernahme der Kosten für Aus- und Fortbildung einschließlich Übungen, Ausstattung samt Unterhaltung, Haftungsrisiken und vier bei der Stadt Brunsbüttel im mittleren Dienst zu beschäftigende Berufsfeuerwehrleute und die Höherdotierung einer bereits dort eingerichteten Beamtenstelle nach Besoldungsgruppe A 12 im Rahmen der Ansätze in der Titelgruppe 62 im Kapitel 0405 eingehen. Es darf den Städten Kostenübernahme im Rahmen der Ansätze der Titelgruppe 62 im Kapitel 0405 für den Einzelfall zusagen.

(3) Der Überschuss der Einnahmen aus der Feuerschutzsteuer (Titel 1101 - 059 01) über die Ausgaben gemäß § 31 Abs. 1 des Finanzausgleichsgesetzes ist bei Titel 0405 - 883 61 (TG 61) - Zuweisungen an Kreise und Gemeinden für Investitionen - zu übertragen.

(4) Das Innenministerium wird ermächtigt, mit Kreisen Verträge über gemeinsame Geschwindigkeitsüberwachungsprojekte zu schließen, sofern die daraus entstehenden Ausgaben aus Tit. 0410 - 633 01 gedeckt werden können.

(5) In der Vermessungs- und Katasterverwaltung gilt eine Wiederbesetzungssperre für alle frei werdenden Arbeitsplätze, die mit Beamtinnen und Beamten der Laufbahngruppe 1 mit dem zweiten Einstiegsamt oder vergleichbaren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern besetzt sind.

(6) Das Finanzministerium wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Innenministerium im Zusammenhang mit der Umsetzung eines Maßnahmenpakets zur Verbesserung der Finanzsituation der Kommunen Titel mit Ansätzen und Haushaltsvermerken einzurichten, wenn und soweit die Finanzierung der Maßnahmen gedeckt ist. Das vom Innenministerium in Abstimmung mit dem Finanzministerium erarbeitete Maßnahmenpaket steht unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Innen- und Rechtsausschusses und des Finanzausschusses.

#### § 20

##### Ermächtigungen für den Geschäftsbereich des Finanzministeriums

(1) Das Finanzministerium wird ermächtigt, nach Zustimmung des Finanzausschusses Aktien der AKN Eisenbahn AG zu erwerben, dafür erforderliche Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen und der entsprechenden Haushaltsvermerke einzurichten oder zu ändern sowie zusätzliche Ausgaben zu leisten oder Verpflichtungen einzugehen, wenn und soweit die Finanzierung der Maßnahmen gedeckt wird.

(2) Das Finanzministerium wird ermächtigt, für den Fachbereich Steuerverwaltung der Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistung in Altenholz das notwendige Personal, insgesamt bis zu neun Personen, gegen Kostenübernahme zur Verfügung zu stellen.

(3) Das Finanzministerium darf im Zusammenhang mit den Auswirkungen von Tierseuchen gegen Deckung zusätzliche Haushaltsmittel bereitstellen, erforderliche neue Titel einrichten und Haushaltsmittel umsetzen.

(4) Das Finanzministerium wird ermächtigt, bei der Umstellung des Kapitals (Grund-, Stiftungs-, Stammkapital) der Beteiligungen des Landes auf den Euro Kapitalerhöhungen vorzunehmen, die erforderlich sind, den gesetzlichen Vorgaben unter Beibehaltung der bestehenden Anteilsrelationen zu entsprechen.

(5) Das Finanzministerium wird ermächtigt, im Zusammenhang mit dem Betrieb und der Fortentwicklung des Sprach- und Datennetzes Schleswig-Holstein (Landesnetz) sowie anderer IT- und E-Government-Maßnahmen die erforderlichen Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen mit den entsprechenden Ansätzen und den entsprechenden Haushaltsvermerken einzurichten und zu ändern sowie im Einvernehmen mit dem abgebenden Ressort Planstellen und Stellen umzusetzen sowie in zusätzliche Ausgaben und Verpflichtungen einzuwilligen, wenn und soweit die Finanzierung der Maßnahmen gedeckt ist.

(6) Das Finanzministerium wird ermächtigt, für Mehreinnahmen und nicht verbrauchte Ausgaben der Hauptgruppen 4 bis 8 innerhalb des Kapitels 0507 Titel für die Zuführungen an eine zweckgebundene Rücklage, Entnahmen aus der Rücklage sowie andere damit im Zusammenhang stehende Titel einschließlich der entsprechenden Haushaltsvermerke einzurichten.

(7) Das Finanzministerium wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr und nach Zustimmung des Finanzausschusses die Anteile des Landes an der AKN-Eisenbahn AG (AKN) zu veräußern.

(8) Das Finanzministerium wird ermächtigt, für die Bündelung der Kurierdienste der unmittelbaren Landesverwaltung und den Aufbau eines landesweiten Kurierdienstes Titel einzurichten sowie Haushaltsansätze, Planstellen und Stellen im Einvernehmen mit den Ressorts innerhalb und zwischen den Einzelplänen umzusetzen. Die Maßnahmen dürfen nicht zu einer Erhöhung der Ausgaben führen.

(9) Das Finanzministerium wird ermächtigt, zur Deckung eines anerkannten Raumbedarfs Gebäude oder Räume grundsätzlich durch die Gebäudemanagement Schleswig-Holstein (GMSH) anzumieten, sofern die Haushaltsdeckung dargelegt wird. Der Einwilligung des Finanzausschusses bedarf es in den Fällen, in denen es sich nicht um ein laufendes Geschäft im Sinne des § 38 Abs. 5 LHO handelt.

(10) Das Finanzministerium wird ermächtigt, die Anteile des Landes an der "Kieler Flughafengesellschaft mbH" zu veräußern.

(11) Das Finanzministerium wird ermächtigt, die zur Aufgabenerledigung der Fachaufsicht Geschäftsbereich Bundesbau durch das Amt für Bundesbau erforderlichen Anpassungen aufgrund sich ändernder Aufgaben und Bauvolumina vorzunehmen. In diesem Zusammenhang dürfen erforderliche Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen mit den entsprechenden Ansätzen und den entsprechenden Haushaltsvermerken sowie im Einvernehmen mit dem Bund Planstellen und Stellen ausgebracht oder geändert werden, wenn und soweit die Finanzierung der Maßnahmen gedeckt ist.

(12) Das Finanzministerium wird ermächtigt, im Zusammenhang mit dem Aufbau eines „Mobilen Sachgebiets“ in der Steuerverwaltung im Kapitel 0505 erforderliche Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen mit den entsprechenden Ansätzen und Haushaltsvermerken sowie Planstellen und Stellen einschließlich notwendiger Vermerke einzurichten, umzusetzen oder zu ändern, wenn und soweit die Finanzierung der Maßnahmen gedeckt ist.

(13) Das Finanzministerium wird im Einvernehmen mit den betroffenen Ressorts ermächtigt, im Zusammenhang mit der Übertragung personalwirtschaftlicher Verwaltungstätigkeiten auf das Landesverwaltungsamt und der Einführung eines zentralen Personalmanagements erforderliche Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen mit den entsprechenden Ansätzen und den entsprechenden Haushaltsvermerken einzurichten, umzusetzen oder zu ändern sowie Planstellen und Stellen einschließlich notwendiger Vermerke auszubringen, zu übertragen oder zu ändern und in zusätzliche Ausgaben oder Verpflichtungen einzuwilligen, wenn und soweit die Finanzierung der Maßnahmen gedeckt ist. Die Ausbringung neuer Planstellen und Stellen ist auf das unvermeidbare Maß zu beschränken; über den Verbleib dieser Planstellen bzw. Stellen ist im nächsten Haushaltsplan zu bestimmen.

(14) Das Finanzministerium wird ermächtigt, mit den öffentlichen-rechtlichen Religionsgemeinschaften mit Wirkung zum 1. Januar 2011 eine Vereinbarung über die Verteilung von Versorgungslasten bei Wechsel von Beamtinnen und Beamten oder Kirchenbeamtinnen und Kirchenbeamten zwischen dem Land und den öffentlich-rechtlichen Religionsgemeinschaften abzuschließen, die den Regelungen des Versorgungslastenteilungsgesetzes - VersLastG entspricht.

(15) Das Finanzministerium wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr die Anteile des Landes an der Kieler Flughafengesellschaft mbH unentgeltlich an die Landeshauptstadt Kiel zu übertragen. Zum Ausgleich der fortbestehenden

Belastungen darf das Land an die Landeshauptstadt Kiel nach Maßgabe des Haushaltsplanes Zahlungen leisten.

(16) Das Finanzministerium wird ermächtigt, im Zusammenhang mit der Umsetzung einer bundesgesetzlichen Regelung zur Rabattierung für Arzneimittel mit den beteiligten Dritten Verträge zur Einrichtung und zum Betrieb einer koordinierenden Stelle abzuschließen. Das Finanzministerium darf zu diesem Zweck Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen mit entsprechenden Ansätzen und Haushaltsvermerken einrichten, umsetzen und ändern, wenn und soweit die Finanzierung der Maßnahmen gedeckt ist.

### § 21

#### Beteiligung an der HSH Nordbank AG

(1) Das Finanzministerium wird ermächtigt im Einvernehmen mit dem Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr, die im Zusammenhang mit der Beteiligung an der HSH Nordbank AG Kiel/Hamburg bestehenden Vermögenswerte sowie die daraus entstandenen Gesamtverbindlichkeiten aus der Finanzierung der Beteiligung von der GVB zu übernehmen.

(2) Das Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr wird ermächtigt im Einvernehmen mit dem Finanzministerium, die im Eigentum des Landes bzw. die durch die GVB im Treuhandverhältnis verwalteten Aktien der HSH Nordbank AG Kiel/Hamburg zu veräußern und damit verbundene Erklärungen abzugeben. Die vertragliche Ausgestaltung steht unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Finanzausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtages.

(3) Veräußerungserlöse aus dem Verkauf der Aktien der HSH Nordbank AG Kiel/Hamburg sind nach Abzug der Kosten vollständig zur Tilgung von Krediten zu verwenden, die der Höhe nach der ursprünglichen Finanzierung der Beteiligung am Grundkapital der HSH Nordbank AG Kiel/Hamburg durch die GVB entsprechen.

(4) Das Finanzministerium darf im Einvernehmen mit dem Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr zur Umsetzung der Maßnahmen der Absätze 1 bis 3 erforderliche Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen mit den entsprechenden Ansätzen und den entsprechenden Haushaltsvermerken einrichten und ändern sowie in zusätzliche Ausgaben und Verpflichtungen einwilligen, wenn und soweit die Finanzierung der Maßnahmen gedeckt ist.

### § 22

#### Hochschulen und Forschungsinstitute

(1) Das Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr darf im Einvernehmen mit dem Finanzministerium die staatlichen Hochschulen des Landes ermächtigen, zur Beteiligung an zu gründenden oder bereits bestehenden Gesellschaften Geschäftsanteile jeweils bis zur Höhe von 25 000 Euro gegen Deckung zu leisten sowie die erforderlichen Ausgabetitel einrichten.

(2) Das Finanzministerium wird ermächtigt, das Universitätsklinikum Schleswig-Holstein in das Betriebsmittelverfahren für öffentliche Kassen einzubeziehen. Das Nähere ist zwischen dem Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr sowie dem Universitätsklinikum zu vereinbaren.

(3) Das Finanzministerium wird ermächtigt, auf Antrag des Ministeriums für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr im Zusammenhang mit der vorgesehenen Überführung des Leibniz-Instituts für Meereswissenschaften (IFM-GEOMAR) in die Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren erforderliche Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen mit den entsprechenden Ansätzen und Haushaltsvermerken einzurichten, umzusetzen und zu ändern sowie Planstellen zu übertragen oder zu ändern. Nicht verbrauchte Landesmittel aus der Titelgruppe 62 des Kapitels 0623 dürfen einer Rücklage zugeführt werden und sind zweckgebunden für den Erweiterungsbau auf dem Seefischmarktgelände zu verwenden. Ferner wird das Finanzministerium ermächtigt, auf Antrag des Ministeriums für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr Erbbaurechte an Grundstücken zugunsten der Stiftung Leibniz-Institut für Meereswissenschaften unter vollständigem Verzicht auf den Erbbauzins zu bestellen.

### § 23

#### Ermächtigungen für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr

(1) Das Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr darf im Einvernehmen mit dem Finanzministerium und nach Einwilligung des Finanzausschusses mit Verkehrsunternehmen und Fahrzeugvorhaltesgesellschaften Vereinbarungen zur Stabilisierung und Verbesserung der Verkehrsbedienung im öffentlichen Schienenpersonennahverkehr (SPNV) einschließlich etwaiger SPNV-Ersatzleistungen mit dem Ziel, die Attraktivität zu erhöhen, schließen und dabei zusagen, diese bei einer etwaigen Umsatzsteuerpflicht der Zuschüsse des Landes von entsprechenden Belastungen

freizustellen. Hierzu gehören auch Verpflichtungen des Landes, den Wiedereinsatz von Schienenfahrzeugen während der Amortisationszeit zu garantieren bzw. das Risiko des Mindererlöses beim Verkauf zu übernehmen (Wiedereinsatzgarantie).

(2) Das Finanzministerium darf im Einvernehmen mit dem Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr oder anderen betroffenen Ressorts im Zusammenhang mit der Regionalisierung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) erforderliche Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen und der entsprechenden Haushaltsvermerke einrichten oder ändern sowie in zusätzliche Ausgaben einwilligen, die infolge Nichtbesetzung oder Wegfalls von Planstellen und Stellen erspart werden.

(3) Das Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr darf im Einvernehmen mit dem Finanzministerium und nach Einwilligung des Finanzausschusses mit der Freien und Hansestadt Hamburg, schleswig-holsteinischen Kreisen und kreisfreien Städten Vereinbarungen über ein ÖPNV-Angebot zur ausreichenden und sicheren Versorgung der Bevölkerung mit Nahverkehrsleistungen, über die Einführung eines landesweit geltenden Tarifsystems zur transparenteren ÖPNV-Nutzung sowie zur Gründung und zum Betrieb einer diesen Zielen dienenden Nahverkehrsinstitution schließen, in denen auch die Finanzierung geregelt wird.

(4) Das Finanzministerium darf im Einvernehmen mit dem Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr bei Übernahme oder Umstellung der Verwaltung von Kreisstraßen durch das Land gemäß § 53 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Schleswig-Holstein in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. November 2003 (GVObI. Schl.-H. S. 631, ber. 2004 S. 140) erforderliche Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen und der entsprechenden Haushaltsvermerke einrichten oder ändern sowie Planstellen und Stellen ausbringen und in zusätzliche Ausgaben oder Verpflichtungen einwilligen, wenn und soweit hierfür nicht veranschlagte Mittel von anderer Seite zweckgebunden gezahlt oder rechtsverbindlich zugesagt sind oder die Finanzierung der Maßnahmen anderweitig gedeckt ist.

(5) Das Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr darf im Einvernehmen mit dem Finanzministerium und nach Einwilligung des Finanzausschusses mit Eisenbahninfrastrukturunternehmen Verträge schließen mit der Zusage, sich im Rahmen der vertraglichen Vereinbarungen an den Planungskosten für Schieneninfrastrukturmaßnahmen zu beteiligen sowie im Falle der Nichtrealisierung der betreffenden Maßnahmen den Eisenbahninfrastrukturunternehmen zu

erstatten, wenn das jeweilige Projekt aus Gründen, die das Land zu vertreten hat, nicht realisiert wird. Ferner dürfen zur Sicherung gefährdeter Trassen Verträge, die auch Finanzierungsregelungen enthalten, mit Eisenbahninfrastrukturunternehmen geschlossen werden. Das Finanzministerium darf erforderliche Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen und der entsprechenden Haushaltstitel einrichten oder ändern sowie in zusätzliche Ausgaben oder Verpflichtungen einwilligen, wenn und soweit die Finanzierung der Maßnahme gedeckt ist.

(6) Das Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr wird ermächtigt, eine Freihalteerklärung gegenüber der Eichdirektion Nord - Anstalt des öffentlichen Rechts

1. für anteilige Beihilfeansprüche an Ruhestandsbeamtinnen und Ruhestandsbeamte, soweit sie auf Beschäftigungszeiten beim Land Schleswig-Holstein beruhen, in Höhe bis zu 554 000 Euro,
2. für Altersteilzeitansprüche von übergeleiteten schleswig-holsteinischen Beschäftigten, soweit sie bereits vor dem 1. Januar 2004 begründet worden sind, in Höhe bis zu 20 000 Euro,

bis zur Höhe von insgesamt 574 000 Euro abzugeben.

(7) Das Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr darf im Einvernehmen mit dem Finanzministerium die Übernahme entstehender Ausfälle von im Rahmen des Mittelstandsfonds Schleswig-Holstein (MSH) bis 2016 gewährten Beteiligungen garantieren. Das Fondsvolumen darf während des Investitionszeitraums den Betrag von 50 000 000 Euro nicht überschreiten. Die Garantie des Landes darf bei dem zu Grunde gelegten Fondsvolumen bis zu 50 % betragen. Die aus diesem Fonds gewährten Beteiligungen dürfen max. eine Laufzeit von 15 Jahren haben. Bestehende Verträge können angepasst werden.

(8) Das Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr darf im Einvernehmen mit dem Finanzministerium der Investitionsbank die Übernahme entstehender Ausfälle von im Rahmen des Darlehensprogramms „IB.KMUdirekt“ für die Jahre 2011 und 2012 zugesagten Darlehen garantieren. Die von der Investitionsbank zugesagten Darlehen dürfen eine Laufzeit von maximal 10 Jahren haben. Das Obligo dieser Darlehen darf in der Summe einen Betrag von 4 000 000 Euro im Programmteil 1 „kleine Unternehmen“ und von 1 000 000 Euro im Programmteil 2 „(kleine) und mittlere Unternehmen“ pro Jahr nicht übersteigen. Die Ausfallgarantie des Landes darf im Programmteil 1 bis zu 40 % und im Programmteil 2 bis zu 35 % betragen.



(9) Das Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr darf im Einvernehmen mit dem Finanzministerium der Investitionsbank die Übernahme der aufgrund des Existenzgründungsprogramms Starthilfe Schleswig-Holstein entstehenden Ausfälle in Höhe von bis zu 35% aus jeweils in den Jahren 2011 und 2012 zugesagten Darlehen garantieren. Die Garantie für die von der Investitionsbank mit eigenem Obligo zugesagten Darlehen darf eine Laufzeit von jeweils bis zu zehn Jahren haben. Das Obligo dieser Darlehen darf in der Summe einen Betrag von 1 000 000 Euro pro Jahr nicht übersteigen.

(10) Das Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr darf im Einvernehmen mit dem Finanzministerium zum Aufbau eines Schiffspools Wasserfahrzeuge auch kostenlos einer Berggemeinschaft für deutsche Forschungsschiffe übereignen. Das Finanzministerium darf auf Antrag des Ministeriums für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr die entsprechenden Titel einrichten und aus dem Kapitel 0623 Titelgruppen 62 und 64 Mittel umsetzen.

(11) Das Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Finanzministerium alles Notwendige zu Veranlassen, um zur Steigerung der Effizienz der Patentverwertung eine gesellschaftsrechtliche Veränderung der PVA Patent- und Verwertungsagentur für die wissenschaftlichen Einrichtungen in Schleswig-Holstein GmbH und/oder die Zusammenführung der Patentverwertungsaktivitäten von Schleswig-Holstein und Hamburg vorzunehmen. Das Finanzministerium darf auf Antrag des Ministeriums für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr gegebenenfalls erforderliche Titel einrichten und Mittel umsetzen.

(12) Das Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr darf für die Wirtschaftsförderung und Technologietransfer GmbH zur Sicherung des Projektes „Enterprise Europe Network HH-SH - EEN-“ gegenüber der Europäischen Union eine Garantieerklärung von bis zu 300 000 Euro jährlich unentgeltlich abgeben.

(13) Das Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Finanzministerium Verpflichtungen zur Erstattung der Kosten für die auftragsweise Wahrnehmung bergbehördlicher Aufgaben des Landes Schleswig-Holstein durch niedersächsische Behörden ab 2011 einzugehen.

(14) Das Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr darf im Einvernehmen mit dem Finanzministerium entstehende Ausfälle von im Rahmen des Beteiligungsfonds für junge, innovative Unternehmen und Ausgründungen aus Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen bis 2013 gewährte Beteiligungen garantieren. Die im Rahmen dieses Fonds gewährten Beteiligungen dürfen eine Laufzeit von maximal 15 Jahren haben. Das Fondsvolumen darf während des Investitionszeitraums bis 2013 den Betrag von 6 000 000 Euro und die Ausfallgarantie des Landes in der Summe den Betrag von 975 000 Euro nicht übersteigen.

(15) Das Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr wird ermächtigt, im Rahmen der Kommunalisierung und Privatisierung der landeseigenen Häfen Vereinbarungen über die Übertragung des Eigentums von Hafengrundstücken, Wasserflächen und sonstigen Vermögensgegenständen und des Hafenbetriebes einschließlich damit im Zusammenhang stehender Rechtsgeschäfte schließen. Für diese Fälle kann das Finanzministerium auf Antrag des Ministeriums für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr Ausnahmen von den §§ 63 und 64 LHO zulassen; es darf erforderliche Titel sowie Verpflichtungsermächtigungen mit den entsprechenden Haushaltsvermerken einrichten oder ändern sowie in zusätzliche Ausgaben und Verpflichtungen einwilligen, wenn und soweit die Finanzierung der Maßnahmen gedeckt ist.

(16) Das Finanzministerium wird ermächtigt, auf Antrag des Ministeriums für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr im Zusammenhang mit der Auflösung der Innovationsstiftung Schleswig-Holstein (ISH) Planstellen und Stellen sowie erforderliche Titel und Verpflichtungsermächtigungen mit den entsprechenden Haushaltsvermerken einzurichten oder zu ändern sowie in zusätzliche Ausgaben und Verpflichtungen einzuwilligen, wenn und soweit die Finanzierung der Maßnahmen aus den Rückflüssen des Stiftungskapitals gedeckt ist.

(17) Das Finanzministerium wird ermächtigt auf Antrag des Ministeriums für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr erforderliche Titel und Haushaltsvermerke zur Erhöhung des Stammkapitals bei der Wirtschaftsförderung und Technologietransfer Schleswig-Holstein GmbH einzurichten sowie die erforderlichen Mittel innerhalb des Einzelplanes 06 bzw. aus dem Einzelplan 06 in andere Einzelpläne umzusetzen.

§ 24  
Ermächtigungen für den  
Geschäftsbereich des Ministeriums für  
Bildung und Kultur

(1) Das Finanzministerium wird ermächtigt, auf Antrag des Ministeriums für Bildung und Kultur der Zahlung von Anwärtersonderzuschlägen nach der Bestimmung des § 63 BBesG in der Lehreraufbahn der Studienrätinnen und Studienräte an Berufsbildenden Schulen bis zur Höhe von jeweils 600 000 Euro in den Jahren 2011, 2012, 2013 und 2014 zuzustimmen. Zur Deckung der Mehrausgaben sind bis zu 15 Planstellen je Haushaltsjahr im Kapitel 0716 nicht zu besetzen.

(2) Das Finanzministerium wird ermächtigt, im Zusammenhang mit der Förderung von Betreuungs- und Ganztagsangeboten auf Antrag des Ministeriums für Bildung und Kultur Mittel aus den in den Kapiteln 0711 bis 0716 veranschlagten Personalkostenansätzen umzusetzen, erforderliche Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen und der entsprechenden Haushaltsvermerke einzurichten oder zu ändern sowie Planstellen und Stellen auszubringen, in zusätzliche Ausgaben oder Verpflichtungen einzuwilligen sowie erforderliche Umsetzungen von Mitteln vorzunehmen, wenn und soweit die Finanzierung der Maßnahmen gedeckt ist.

(3) Das Finanzministerium darf im Einvernehmen mit dem Ministerium für Bildung und Kultur die im Zusammenhang mit der Neuordnung der vertraglichen Beziehungen mit der Freien und Hansestadt Hamburg erforderlich werdenden Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigung mit den entsprechenden Ansätzen und Haushaltsvermerken einrichten und ändern sowie in zusätzliche Ausgaben oder Verpflichtungsermächtigungen einwilligen, wenn und soweit die Finanzierung gedeckt ist.

(4) Das Ministerium für Bildung und Kultur darf der Kulturstiftung des Landes und der Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten zusagen, dass auf die Erstattung von Personal- und Sachausgaben verzichtet wird, die durch den Einsatz von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landes im Rahmen der Geschäftsführung der Kulturstiftung und der Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten entstehen.

(5) Das Ministerium für Bildung und Kultur ermächtigt die Kulturstiftung des Landes Schleswig-Holstein, die in 1995 übertragenen 511 290 Euro Ertrag bringend anzulegen und ihre Erträge - getrennt vom sonstigen Stiftungsvermögen - im Sinne des Stiftungszwecks gemäß § 2 Abs. 1

Satz 1 Nr. 4 des Gesetzes zur Umwandlung der Kulturstiftung des Landes Schleswig-Holstein in eine Stiftung des öffentlichen Rechts vom 30. Mai 1995 (GVObI. Schl.-H. S. 221), Zuständigkeiten und Ressortbezeichnungen ersetzt durch Verordnung vom 12. Oktober 2005 (GVObI. Schl.-H. S. 487), für die Kulturarbeit der Friesen im Lande einzusetzen (unselbständige Stiftung).

(6) Das Ministerium für Bildung und Kultur darf im Einvernehmen mit dem Finanzministerium zur Sicherung der Finanzierung der Stiftung Schleswig-Holstein Musik Festival Bürgschaften, Garantien, Sicherheitsleistungen einschließlich Patronatserklärungen oder sonstige Gewährleistungen bis zu einem Betrag von 1 200 000 Euro übernehmen. In Anspruch genommene Ermächtigungen aus Vorjahren sind anzurechnen.

(7) Das Finanzministerium wird ermächtigt im Einvernehmen mit dem Ministerium für Bildung und Kultur im Zusammenhang mit einem möglichen Verkauf des Landeskulturzentrums Salzu erforderliche Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen mit den entsprechenden Ansätzen und Haushaltsvermerken einzurichten, umzusetzen und zu ändern sowie Planstellen und Stellen zu übertragen oder zu ändern und in zusätzliche Ausgaben oder Verpflichtungen einzuwilligen, wenn und soweit die Finanzierung der Maßnahmen gedeckt ist.

(8) Das Finanzministerium wird ermächtigt im Einvernehmen mit dem Ministerium für Bildung und Kultur im Zusammenhang mit einer Zusammenführung der Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloss Gottorf mit dem Freilichtmuseum Molfsee erforderliche Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen mit den entsprechenden Ansätzen und Haushaltsvermerken einzurichten, umzusetzen und zu ändern und in zusätzliche Ausgaben oder Verpflichtungen einzuwilligen, wenn und soweit die Finanzierung der Maßnahmen gedeckt ist.

(9) Das Finanzministerium wird ermächtigt im Einvernehmen mit dem Ministerium für Bildung und Kultur im Zusammenhang mit der Kinodigitalisierung erforderliche Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen mit den entsprechenden Ansätzen und Haushaltsvermerken einzurichten, umzusetzen und zu ändern und in zusätzliche Ausgaben oder Verpflichtungen einzuwilligen, wenn und soweit die Finanzierung der Maßnahmen gedeckt ist.

## § 25

### Ermächtigungen für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Justiz, Gleichstellung und Integration

(1) Das Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Integration wird ermächtigt, den Kreisen und kreisfreien Städten Erstattungen für Aufwendungen von bis 1 200 000 Euro jährlich bis zu einer Dauer von fünf Jahren, in Ausnahmefällen mit Einwilligung des Finanzministeriums auch für einen längeren Zeitraum, zuzusagen, die ihnen für die Anmietung oder Pacht geeigneter Gebäude zur Unterbringung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern entstehen.

(2) Das Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Integration darf für die Vergabe von Gutachten im Bereich der atomrechtlichen Verfahren Verpflichtungen in Höhe der von den Betreibern zu erstattenden Mittel eingehen.

(3) Das Finanzministerium wird ermächtigt, auf Antrag des Ministeriums für Justiz, Gleichstellung und Integration im Zusammenhang mit der Einführung der elektronischen Aufenthaltsüberwachung ("elektronische Fußfessel") als neue Möglichkeit der Überwachung von Führungsaufsichtswisungen erforderliche Titel gegen Deckung mit den entsprechenden Ansätzen und den entsprechenden Haushaltsvermerken im Einzelplan 09 einzurichten.

## § 26

### Ermächtigungen für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Gesundheit

(1) Das Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit wird ermächtigt, mit den Städten Kiel, Lübeck und Flensburg Verwaltungsvereinbarungen zu schließen, wonach diese die Landesaufgabe Verletztenversorgung in den Küstengewässern und auf Anforderung entsprechende Aufgaben auch in anderen Gewässern wahrnehmen. Es darf zu diesem Zweck Verpflichtungen auch gegenüber anderen Stellen zur Übernahme der Kosten für Aus- und Fortbildung, Übungen, Ausstattung samt Unterhaltung, Organisation und Koordination, Haftungsrisiken sowie Absicherung der Unfallrisiken gegen Deckung eingehen. Es darf den Städten und anderen Stellen Kostenübernahme für den Einsatzfall gegen Deckung zusagen.

(2) Das Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit wird ermächtigt, mit der Landesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände und den freien Wohlfahrtsverbänden einen Zuwendungsvertrag über die Wahrnehmung von

sozialen Aufgaben (Sozialvertrag I) für die Dauer von vier Jahren - beginnend ab 01.01.2011 - zu schließen. Das Vertragsvolumen ist auf den entsprechenden Haushaltsansatz bei Titel 1005 - 684 04 begrenzt. Die Mittel werden jährlich in vier gleichen Raten ausgezahlt und sind spätestens bis zum Ende des folgenden Haushaltsjahres entsprechend den zu schließenden Zielvereinbarungen zu verwenden.

(3) Das Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit wird ermächtigt, den mit der Landesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände und den freien Wohlfahrtsverbänden geschlossenen Zuwendungsvertrag über die Wahrnehmung von Aufgaben der ambulanten Suchtkrankenhilfe und der dezentralen Psychiatrie (Sozialvertrag II) um ein Jahr bis zum 31.12.2011 zu verlängern, sowie einen Anschlussvertrag, auch mit einem anderen Vertragspartner, mit einer Laufzeit von drei Jahren zu schließen. Das jeweilige Vertragsvolumen ist auf den entsprechenden Haushaltsansatz bei Titel 1002 - 684 04 begrenzt. Die Mittel werden jährlich in vier gleichen Raten jeweils zum 15. Januar, 15. April, 15. Juli und 15. Oktober ausgezahlt und sind spätestens bis zum Ende des folgenden Haushaltsjahres entsprechend den zu schließenden Zielvereinbarungen zu verwenden.

(4) Das Finanzministerium wird ermächtigt, auf Antrag des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Gesundheit für die Maßnahme „Kein Kind ohne Mahlzeit“ notwendige Mittel bereitzustellen sowie Titel, Haushaltsvermerke und Verpflichtungsermächtigungen auszubringen. Die anfallenden Ausgaben werden durch Minderausgaben im Einzelplan 10 gedeckt.

(5) Das Finanzministerium darf auf Antrag des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Gesundheit oder anderer Ressorts und ggf. im Einvernehmen mit weiteren Ressorts im Zusammenhang mit Veränderungen bei Landesförderzentren im Sinne § 54 Abs. 2 SchulG erforderliche Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen mit den entsprechenden Ansätzen und entsprechenden Haushaltsvermerken einrichten, umsetzen und ändern sowie Planstellen und Stellen ausbringen, übertragen und ändern sowie in zusätzliche Ausgaben oder Verpflichtungen einwilligen, wenn und soweit die Maßnahmen gedeckt sind. Das Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit oder andere Ressorts dürfen im Einvernehmen mit dem Finanzministerium in diesem Zusammenhang Verträge zur Regelung der Angelegenheiten dieser Förderzentren in angemessenem und notwendigem Umfang auch über die Dauer der haushaltsrechtlichen Ermächtigung hinaus schließen.

(6) Das Finanzministerium darf auf Antrag des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Gesundheit im Zusammenhang mit einer Neuregelung der durch das AG-SGB XII festgelegten Finanzbeziehungen zu den Kreisen und kreisfreien Städten erforderliche Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen mit den entsprechenden Ansätzen und Haushaltsvermerken einrichten, umsetzen und ändern und in zusätzliche Ausgaben oder Verpflichtungen einwilligen, wenn und soweit die Maßnahmen gedeckt sind.

(7) Das Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit und das Finanzministerium werden ermächtigt, mit der Investitionsbank Schleswig-Holstein einen Vertrag zur Gewährung von Darlehen für Krankenhausbaumaßnahmen nach § 7 Abs. 1 des Gesetzes zur Ausführung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes (AG-KHG) mit Wirkung vom 1. Januar 2011 zu schließen. Der Vertrag darf insbesondere folgende Zusagen enthalten:

- Gewährung von neuen Darlehen zur Krankenhausfinanzierung in Höhe von bis zu 40 Mio. Euro jährlich aus dem Zweckvermögen Wohnraumförderung,
- Bereitstellung von jährlich 40 Mio. € des Landes aus dem Landshaushalt für den Schuldendienst des Darlehensbestandes (Altbestand der bis zum 31. Dezember 2010 gewährten Darlehen und Neubestand der ab 1. Januar 2011 gewährten Darlehen) und für Verwaltungskosten der Investitionsbank bis zur Höhe von 0,5 v.H. p.a. des jeweiligen Restkapitals,
- Ausschüttungen an das Land im Rahmen der Gewinnverwendung der Investitionsbank sind für den Schuldendienst des Darlehensbestandes zu verwenden; in den Haushaltsjahren 2011 und 2012 gilt dieses nur, soweit die Ausschüttungen 1 500 000 Euro übersteigen,
- Bereitschaft des Landes, Darlehen, die ab dem 1. Januar 2011 gewährt werden, auf Anforderung der Investitionsbank zum Nennwert zu übernehmen, und zwar mit folgenden Höchstbeträgen:

2011:	35 Mio. Euro
2012:	70 Mio. Euro
2013:	104 Mio. Euro
2014:	137 Mio. Euro
2015:	168 Mio. Euro
2016:	196 Mio. Euro
2017:	224 Mio. Euro
2018:	249 Mio. Euro
2019:	270 Mio. Euro
2020:	289 Mio. Euro
- Die Laufzeit des Vertrages endet am 31. Dezember 2020; sie verlängert sich um jeweils ein Jahr, wenn der Vertrag nicht sechs Monate vor Vertragsende gekündigt wird.

(8) Das Finanzministerium darf auf Antrag des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Gesundheit im Zusammenhang mit der Aufarbeitung der Fürsorgeerziehung in der Zeit von 1949 bis 1975 für daraus folgende Aufwendungen (z.B. sächliche Verwaltungsausgaben, Nachzahlungen in eine Rentenversicherung, Renten- und Entschädigungszahlungen) erforderliche Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen mit den entsprechenden Ansätzen und Haushaltsvermerken einrichten, umsetzen und ändern und in zusätzliche Ausgaben und Verpflichtungen einwilligen, wenn und soweit die Maßnahmen gedeckt sind.

## § 27

### Ermächtigungen für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

(1) Das Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume wird ermächtigt, mit Waldeigentümerinnen und Waldeigentümern zur Erhaltung der NATURA 2000 - Gebiete und der Flächen entsprechend Artikel 17 FFH - Richtlinie im Rahmen des Vertragsnaturschutzes langfristige Verträge zu schließen. Die erforderlichen Haushaltsmittel werden innerhalb des Einzelplans 13 gedeckt.

(2) Das Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume wird ermächtigt, bei gemeinsam mit der Europäischen Union (EU) finanzierten Maßnahmen Zusagen in Höhe der jeweils vorgesehenen EU-Fördermittel zu machen. Diese Ermächtigung gilt für folgende gemeinsam mit der EU finanzierten Programme:

1. Plan des Landes Schleswig-Holstein zur Entwicklung des ländlichen Raumes nach der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 des Rates vom 20. September 2005 (Abl. EG L 277) sowie des Folgeprogramms auf der Grundlage der EU-Verordnung über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes,
2. Gemeinschaftsinitiative LEADER PLUS für das Land Schleswig-Holstein,
3. Operationelles Programm Europäischer Fischereifonds (EEF) Förderperiode 2007-2013 der Bundesrepublik Deutschland gem. Verordnung (EG) Nr. 1198/2006.

Darüber hinaus wird das Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume ermächtigt, für die Förderung der Einführung ökologischer Anbauverfahren Zusagen zu machen, sofern die EU eine Fortsetzung der Förderung über das Jahr 2015 hinaus zulässt.

(3) Das Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume wird ermächtigt, der Akademie für ländliche Räume e.V. im Bildungszentrum für Natur, Umwelt und ländliche Räume am Standort Flintbek Büroinfrastruktur in einem Gegenwert von bis zu 10 000 Euro zur unentgeltlichen Nutzung zur Verfügung zu stellen.

(4) Das Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume wird ermächtigt, eine Freihalteerklärung gegenüber den Schleswig-Holsteinischen Landesforsten - Anstalt des öffentlichen Rechts für anteilige Pensionsansprüche an Ruhestandsbeamtinnen und Ruhestandsbeamte, soweit sie auf Beschäftigungszeiten beim Land Schleswig-Holstein beruhen, 2011 in Höhe von 80 000 Euro und 2012 in Höhe von 130 000 Euro und für anteilige Pensionsbeihilfeansprüche an Ruhestandsbeamtinnen und Ruhestandsbeamte, soweit sie auf Beschäftigungszeiten beim Land Schleswig-Holstein beruhen, 2011 in Höhe von 10 000 Euro und 2012 in Höhe von 15 000 Euro abzugeben.

(5) Das Finanzministerium wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume im Zusammenhang mit der Einführung der Küstenschutzabgabe Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen mit den entsprechenden Ansätzen und Haushaltsvermerken einzurichten, umzusetzen und zu ändern sowie Planstellen und Stellen einschließlich notwendiger Vermerke auszubringen, wenn und soweit die Finanzierung der Maßnahmen gedeckt ist.

#### § 28

##### Ermächtigungen für den Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten

Der Ministerpräsident wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Finanzministerium gegenüber der EU Gewährleistungen für Projektbeteiligte aus Schleswig-Holstein bis zu einem Betrag von 4 600 000 Euro für die Abwicklung des Programms INTERREG IV B, Ostseeraum, und bis zu einem Betrag von 4 600 000 Euro für die Abwicklung des Programms INTERREG IV B, Nordseeraum, sowie bis zu einem Betrag von 1 200 000 Euro für die Abwicklung des Programms INTERREG IV C zu übernehmen sowie mit der Investitionsbank Aufgabenübertragungsverträge gemäß § 8 Abs. 1 des Investitionsbankgesetzes vom 7. Mai 2003 (GVOBl. Schl.-H. S. 206), Zuständigkeiten und Ressortbezeichnungen ersetzt durch Verordnung vom 12. Oktober 2005 (GVOBl. Schl.-H. S. 487), abzuschließen. In Anspruch genommene Ermächtigungen aus Vorjahren sind anzurechnen.

#### § 29 Investitionsbank

(1) Das Finanzministerium wird ermächtigt, Titel einzurichten und in zusätzliche Ausgaben einzuwilligen, wenn die Erfüllung von Förderaufgaben gegen Entgelt auf die Investitionsbank übertragen wird, sofern die Haushaltsdeckung dargelegt wird.

(2) Zur Vorbereitung und Durchführung des Wohnraumförderungsprogramms für das folgende Jahr darf das Finanzministerium auf Antrag des Innenministeriums Landesmittel zur Wohnraumförderung und zur Finanzierung von Gemeinschaftsanlagen schon vor Inkrafttreten des Haushaltsplanes mit der Maßgabe freigeben, dass die Investitionsbank über die freigegebenen Mittel durch Darlehensbewilligung verfügen und ihre Auszahlung für das nächste Haushaltsjahr verbindlich zusagen darf.

(3) Die zuständigen Fachministerien dürfen im Einvernehmen mit dem Finanzministerium der Investitionsbank die Erstattung ihrer gesamten Pensionsleistungen für die Landesbeamtinnen und Landesbeamten zusagen, die mit der Übertragung von Förderaufgaben zu deren Bearbeitung in den Dienst der Investitionsbank treten.

#### § 30 Ermächtigung zur Änderung der Ansätze für die Gemeinschaftsaufgaben

(1) Das Finanzministerium wird ermächtigt, die Ansätze für die Gemeinschaftsaufgaben „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ und „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ an die dem Land endgültig vom Bund bereitgestellten Beträge anzupassen. Eine sich daraus ergebende Nettomehrbelastung des Landes ist durch Einsparungen an anderer Stelle des Haushalts zu decken.

(2) Das Finanzministerium wird ermächtigt, innerhalb der Kapitel für die im Absatz 1 genannten Gemeinschaftsaufgaben zusätzliche Titel mit neuen Zweckbestimmungen einzurichten, wenn das zur Anpassung an den endgültig festgestellten Rahmenplan bzw. Koordinierungsrahmen erforderlich ist.

§ 31  
Solländerungen

(1) Die zusätzlichen Ausgaben und Verpflichtungen sowie die zur Deckung erforderlichen Beträge nach folgenden Bestimmungen:

1. § 6 Abs. 1
2. § 8 Abs. 8 und 12
3. § 9 Abs. 1 und 2
4. § 20 Abs. 1, 3, 5 und 11
5. § 21 Abs. 4
6. § 22 Abs. 1
7. § 23 Abs. 2, 4, 5, 15 und 16
8. § 24 Abs. 3
9. § 25 Abs. 3
10. § 26 Abs. 4 und 8
11. § 29 Abs. 1

gelten als Änderung des Haushaltssolls.

(2) Die Umsetzungen nach folgenden Bestimmungen des Haushaltsgesetzes

1. § 8 Abs. 7, 10, 11 und 13
2. § 13 Abs. 1 Nr. 3 und Abs. 2
3. § 14 Abs. 5, 6 und 16
4. § 19 Abs. 6
5. § 20 Abs. 8, 13, 14 und 16
6. § 23 Abs. 10, 11 und 17
7. § 24 Abs. 2, 7, 8 und 9
8. § 26 Abs. 5, 6 und 8
9. § 27 Abs. 5

und nach den Haushaltsvermerken im Haushaltsplan gelten als Änderungen des Haushaltssolls.

(3) Die Anpassung der endgültig festgestellten Rahmenpläne nach § 30 Abs. 1 sowie die zur Deckung der Nettomehrbelastung erforderlichen Einsparungen gelten als Änderung des Haushaltssolls.

§ 32  
Weitergeltung von Bestimmungen

Die nach diesem Gesetz erteilten Ermächtigungen gelten bis zum Inkrafttreten des Haushaltsgesetzes für das folgende Haushaltsjahr weiter. § 18 Abs. 3 LHO bleibt hiervon unberührt.

§ 33  
Änderung des Schulgesetzes \*)

Das Schleswig-Holsteinische Schulgesetz vom 24. Januar 2007 (GVObI. Schl.-H. S. 39, ber. S. 276), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 9. März 2010 (GVObI. Schl.-H. S. 356), ist in 2011 und 2012 in folgender Fassung anzuwenden:

1. § 113 Abs. 2 Satz 1 erhält folgende Fassung:

„Die Höhe des Erstattungsbetrages nach Absatz 1 Satz 1 wird auf die Prozentsätze nach § 122 Abs. 1 Satz 5 und § 124 Satz 1 begrenzt.“

2. In § 122 Abs. 1 Satz 3 wird hinter dem Wort „Prozentsatz“ und hinter dem Wort „Regelung“ jeweils das Wort „verändert“ durch das Wort „erhöht“ ersetzt.

3. In § 124 wird

a) in Satz 1 die Angabe „100 %“ durch die Angabe „85 %“ ersetzt,

b) folgender neuer Satz 3 eingefügt:

„Abweichend von Satz 1 und 2 sind für das Haushaltsjahr 2011 zur Berechnung der Schülerkostensätze der Gemeinschaftsschulen der dänischen Minderheit die Sach- und Personalkosten zu Grunde zu legen, die im Landesdurchschnitt für eine Schülerin oder einen Schüler an öffentlichen Gesamtschulen im Jahr 2009 entstanden sind.“

Der bisherige Satz 3 wird Satz 4.

§ 34  
Schulgirokonten

Das Ministerium für Bildung und Kultur wird ermächtigt, durch eine Richtlinie, die der Zustimmung des Finanzministeriums bedarf, die Einrichtung von Girokonten bei Kreditinstituten für Schulen in öffentlicher Trägerschaft zu regeln. Die Freigabe dafür erforderlicher Haushaltsmittel obliegt dem Finanzausschuss.

§ 35  
Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2011 in Kraft.

\*) Ändert Ges. vom 24. Januar 2007, GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 223-9

**Anlage**

zum Gesetz über die Feststellung  
eines Haushaltsplanes für die  
Haushaltsjahre 2011 und 2012

**Gesamtplan**

**des Landeshaushaltsplans 2011 und 2012**

**Teil I: Haushaltsübersicht**

**Teil II: Finanzierungsübersicht**

**Teil III: Kreditfinanzierungsplan**

## Haushaltsübersicht (Beträge in T€) 2011

Einzelplan	Bezeichnung	Jahr	Einnahmen					Gesamteinnahmen
			01 - 09 Steuern und steuerähnliche Abgaben	11 - 19 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	21 - 29 Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	31 - 34 Schuldenaufnahme, Zuwendungen für Investitionen	35 - 39 Besondere Finanzierungseinnahmen	
			- T€ -					
<b>01</b>	Landtag	2011	0,0	128,0	0,0	0,0	0,0	128,0
<b>02</b>	Landesrechnungshof	2011	0,0	0,5	0,0	0,0	0,0	0,5
<b>03</b>	Ministerpräsident, Staatskanzlei	2011	0,0	133,0	470,7	0,0	0,0	603,7
<b>04</b>	Innenministerium	2011	0,0	24.312,7	50.113,3	25.739,6	6.174,0	106.339,6
<b>05</b>	Finanzministerium	2011	0,0	25.842,2	15.940,0	0,0	0,0	41.782,2
<b>06</b>	Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr	2011	0,0	89.000,2	328.140,1	140.426,0	1.175,5	558.741,8
<b>07</b>	Ministerium für Bildung und Kultur	2011	0,0	368,3	20.068,5	26.000,0	366,0	46.802,8
<b>09</b>	Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Integration	2011	0,0	158.004,0	2.626,9	0,0	0,0	160.630,9
<b>10</b>	Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit	2011	0,0	4.265,1	122.542,8	22.322,9	343,0	149.473,8
<b>11</b>	Allgemeine Finanzverwaltung	2011	5.913.200,0	68.468,9	581.931,0	4.337.004,5	2.981,5	10.903.585,9
<b>12</b>	Hochbaumaßnahmen des Landes	2011	0,0	2.450,0	44.000,0	27.056,6	0,0	73.506,6
<b>13</b>	Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume	2011	52.180,1	4.638,4	51.030,7	39.799,1	2.937,4	150.585,7
	<b>Summe Haushalt</b>	<b>2011</b>	<b>5.965.380,1</b>	<b>377.611,3</b>	<b>1.216.864,0</b>	<b>4.618.348,7</b>	<b>13.977,4</b>	<b>12.192.181,5</b>
	<b>Summe Haushalt</b>	<b>2010</b>	<b>5.608.883,0</b>	<b>468.674,8</b>	<b>1.166.713,2</b>	<b>5.119.154,3</b>	<b>189.003,2</b>	<b>12.552.428,5</b>
	mehr(+)/weniger(-)		+356.497,1	-91.063,5	+50.150,8	-500.805,6	-175.025,8	-360.247,0



Ausgaben								Überschuss (+) / Zuschuss (-)
41 - 49 Personal- ausgaben	51 - 55 Sächliche Verwaltungs- ausgaben	56 - 59 Schulden- dienst	61 - 69 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	71 - 79 Baumaß- nahmen	81 - 89 Sonstige Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	91 - 99 Besondere Finanzie- rungs- ausgaben	Gesamt- ausgaben	
- T€ -								
25.494,1	2.322,7	0,0	6.267,5	0,0	324,5	0,0	34.408,8	-34.280,8
4.904,3	1.304,6	0,0	2,1	0,0	70,0	0,0	6.281,0	-6.280,5
12.626,5	2.813,6	0,0	1.545,8	0,0	4.400,0	0,0	21.385,9	-20.782,2
359.097,6	38.764,1	400,0	120.912,8	4.069,3	55.341,6	0,0	578.585,4	-472.245,8
182.316,2	10.730,6	0,0	1.574,9	0,0	145,0	0,0	194.766,7	-152.984,5
16.812,0	4.824,3	0,0	913.996,4	1.203,7	257.847,7	1.750,1	1.196.434,2	-637.692,4
1.257.785,2	8.888,0	0,0	140.943,2	0,0	47.079,6	1.415,5	1.456.111,5	-1.409.308,7
232.166,4	143.933,9	0,0	32.704,0	0,0	1.294,9	0,0	410.099,2	-249.468,3
32.388,2	11.029,6	0,0	941.778,4	0,0	64.547,0	43,0	1.049.786,2	-900.312,4
1.236.882,5	83.801,3	3.971.291,8	1.165.802,9	10.741,0	174.340,9	61.308,6	6.704.169,0	+4.199.416,9
0,0	91.350,5	0,0	567,5	170.017,0	3.035,0	0,0	264.970,0	-191.463,4
55.518,1	18.434,9	0,0	117.867,4	320,0	82.604,8	438,4	275.183,6	-124.597,9
<b>3.415.991,1</b>	<b>418.198,1</b>	<b>3.971.691,8</b>	<b>3.443.962,9</b>	<b>186.351,0</b>	<b>691.031,0</b>	<b>64.955,6</b>	<b>12.192.181,5</b>	<b>+0,0</b>
<b>3.315.193,6</b>	<b>449.703,9</b>	<b>4.206.608,8</b>	<b>3.474.760,9</b>	<b>200.380,6</b>	<b>912.381,5</b>	<b>-6.600,8</b>	<b>12.552.428,5</b>	<b>+0,0</b>
+100.797,5	-31.505,8	-234.917,0	-30.798,0	-14.029,6	-221.350,5	+71.556,4	-360.247,0	

noch Haushaltsübersicht 2011

**Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen**

(Beträge in T€)

Einzelplan	Bezeichnung	Verpflichtungsermächtigungen	Von dem Gesamtbetrag (Spalte 3) dürfen fällig werden				
			2011	2012	2013	2014	2015 ff.
		T€					
1	2	3	4	5	6	7	
03	Ministerpräsident, Staatskanzlei	13.620,0	7.300,0	6.300,0	20,0		
04	Innenministerium	21.612,0	6.852,0	6.134,0	4.852,0	3.774,0	
05	Finanzministerium	3.075,0	775,0	775,0	625,0	900,0	
06	Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr	280.993,0	161.713,0	31.562,0	27.718,0	60.000,0	
07	Ministerium für Bildung und Kultur	74.439,0	33.213,0	13.913,0	14.113,0	13.200,0	
10	Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit	25.767,0	10.190,0	6.517,0	5.632,0	3.428,0	
11	Allgemeine Finanzverwaltung	2.500,0	1.000,0	500,0	1.000,0		
12	Hochbaumaßnahmen des Landes	154.676,0	63.152,0	50.890,0	32.594,0	8.040,0	
13	Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume	86.839,0	41.727,0	22.928,0	13.153,0	9.031,0	
	<b>Zusammen:</b>	<b>663.521,0</b>	<b>325.922,0</b>	<b>139.519,0</b>	<b>99.707,0</b>	<b>98.373,0</b>	

## Teil II: Finanzierungsübersicht 2011

### I. Ermittlung des Finanzierungssaldos

1.	Ausgaben (ohne Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt, Zuführungen an Rücklagen und Ausgaben zur Deckung eines kassenmäßigen Fehlbetrages)		9.127.954,5	T€
2.	Einnahmen (ohne Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt, Entnahmen aus Rücklagen, und Einnahmen aus kassenmäßigen Überschüssen)		7.905.401,8	T€
3.	Finanzierungssaldo		<u>1.222.552,7</u>	T€

### II. Zusammensetzung des Finanzierungssaldos

4.	Netto-Neuverschuldung am Kreditmarkt			
4.1	Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt	4.285.779,7	T€	
4.2	Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt	<u>3.012.248,8</u>	T€	
	Netto-Neuverschuldung (Saldo aus 4.1 und 4.2)		1.273.530,9	T€
5.	Ausgaben zur Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge		-	T€
6.	Einnahmen aus kassenmäßigen Überschüssen		-	T€
7.	Rücklagenbewertung			
7.1	Entnahmen aus Rücklagen	1.000,0	T€	
7.2	Zuführungen an Rücklagen	<u>51.978,2</u>	T€	
	Saldo aus 7.1 und 7.2		- 50.978,2	T€
8.	Finanzierungssaldo		<u>1.222.552,7</u>	T€

## Teil III: Kreditfinanzierungsplan 2011

### I. Kredite am Kreditmarkt

1.	Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt		4.285.779,7	T€
2.	Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt		<u>3.012.248,8</u>	T€
3.	Saldo aus 1. und 2.		1.273.530,9	T€

### II. Kredite im öffentlichen Bereich

4.	Einnahmen aus Krediten von Gebietskörperschaften		-	T€
5.	Ausgaben zur Schuldentilgung bei Gebietskörperschaften		<u>492,8</u>	T€

## Haushaltsübersicht (Beträge in T€) 2012

Einzelplan	Bezeichnung	Jahr	Einnahmen					Gesamteinnahmen
			01 - 09 Steuern und steuerähnliche Abgaben	11 - 19 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	21 - 29 Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	31 - 34 Schuldenaufnahme, Zuwendungen für Investitionen	35 - 39 Besondere Finanzierungseinnahmen	
			- T€ -					
<b>01</b>	Landtag	2012	0,0	138,0	0,0	0,0	0,0	138,0
<b>02</b>	Landesrechnungshof	2012	0,0	0,5	0,0	0,0	0,0	0,5
<b>03</b>	Ministerpräsident, Staatskanzlei	2012	0,0	133,0	466,8	0,0	0,0	599,8
<b>04</b>	Innenministerium	2012	0,0	23.330,2	42.254,7	24.298,0	6.174,0	96.056,9
<b>05</b>	Finanzministerium	2012	0,0	25.838,7	16.645,5	0,0	0,0	42.484,2
<b>06</b>	Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr	2012	0,0	91.838,9	345.092,9	138.269,0	1.175,5	576.376,3
<b>07</b>	Ministerium für Bildung und Kultur	2012	0,0	366,5	20.254,8	14.000,0	366,0	34.987,3
<b>09</b>	Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Integration	2012	0,0	160.012,0	2.479,7	0,0	0,0	162.491,7
<b>10</b>	Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit	2012	0,0	4.265,4	123.924,0	22.322,9	343,0	150.855,3
<b>11</b>	Allgemeine Finanzverwaltung	2012	6.325.400,0	68.591,9	650.941,7	3.818.241,4	3.123,1	10.866.298,1
<b>12</b>	Hochbaumaßnahmen des Landes	2012	0,0	2.950,0	45.000,0	35.306,6	0,0	83.256,6
<b>13</b>	Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume	2012	73.100,0	4.640,6	51.763,0	40.312,6	2.937,4	172.753,6
	<b>Summe Haushalt</b>	<b>2012</b>	<b>6.398.500,0</b>	<b>382.105,7</b>	<b>1.298.823,1</b>	<b>4.092.750,5</b>	<b>14.119,0</b>	<b>12.186.298,3</b>
	<b>Summe Haushalt</b>	<b>2011</b>	<b>5.965.380,1</b>	<b>377.611,3</b>	<b>1.216.864,0</b>	<b>4.618.348,7</b>	<b>13.977,4</b>	<b>12.192.181,5</b>
	mehr(+) / weniger(-)		+433.119,9	+4.494,4	+81.959,1	-525.598,2	+141,6	-5.883,2

Ausgaben								Überschuss (+) / Zuschuss (-)
41 - 49 Personal- ausgaben	51 - 55 Sächliche Verwaltungs- ausgaben	56 - 59 Schulden- dienst	61 - 69 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	71 - 79 Baumaß- nahmen	81 - 89 Sonstige Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	91 - 99 Besondere Finanzie- rungs- ausgaben	Gesamt- ausgaben	
- T€ -								
24.493,9	2.265,0	0,0	6.006,2	0,0	590,1	0,0	33.355,2	-33.217,2
4.904,3	1.280,8	0,0	2,1	0,0	63,0	0,0	6.250,2	-6.249,7
12.299,9	2.691,5	0,0	1.507,2	0,0	7.300,0	0,0	23.798,6	-23.198,8
358.682,1	38.940,4	400,0	104.554,6	0,0	54.336,0	0,0	556.913,1	-460.856,2
180.733,7	10.971,0	0,0	1.629,9	0,0	235,4	0,0	193.570,0	-151.085,8
16.672,2	3.808,9	0,0	938.462,6	1.003,7	255.809,9	1.891,7	1.217.649,0	-641.272,7
1.242.838,8	8.848,0	0,0	140.357,6	0,0	22.406,6	1.415,5	1.415.866,5	-1.380.879,2
230.776,4	143.894,5	0,0	31.788,6	0,0	830,0	0,0	407.289,5	-244.797,8
31.742,6	10.851,5	0,0	958.043,5	0,0	64.985,4	43,0	1.065.666,0	-914.810,7
1.311.567,6	83.963,0	3.936.828,9	1.233.189,4	450,0	135.098,7	32.376,6	6.733.474,2	+4.132.823,9
0,0	92.466,4	0,0	567,5	164.602,0	1.410,0	0,0	259.045,9	-175.789,3
54.673,9	17.639,8	0,0	113.192,1	266,0	87.209,9	438,4	273.420,1	-100.666,5
<b>3.469.385,4</b>	<b>417.620,8</b>	<b>3.937.228,9</b>	<b>3.529.301,3</b>	<b>166.321,7</b>	<b>630.275,0</b>	<b>36.165,2</b>	<b>12.186.298,3</b>	<b>+0,0</b>
<b>3.415.991,1</b>	<b>418.198,1</b>	<b>3.971.691,8</b>	<b>3.443.962,9</b>	<b>186.351,0</b>	<b>691.031,0</b>	<b>64.955,6</b>	<b>12.192.181,5</b>	<b>+0,0</b>
+53.394,3	-577,3	-34.462,9	+85.338,4	-20.029,3	-60.756,0	-28.790,4	-5.883,2	

noch Haushaltsübersicht 2012

**Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen**

(Beträge in T€)

Einzelplan	Bezeichnung	Verpflichtungsermächtigungen	Von dem Gesamtbetrag (Spalte 3) dürfen fällig werden			
			2012	2013	2014	2015 ff.
		T€				
1	2	3	4	5	6	
04	Innenministerium	43.401,0	17.265,0	10.625,0	15.511,0	
05	Finanzministerium	270,0	270,0			
06	Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr	281.174,0	162.378,0	30.512,0	88.284,0	
07	Ministerium für Bildung und Kultur	47.839,0	19.413,0	14.113,0	14.313,0	
10	Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit	11.733,0	5.650,0	2.006,0	4.077,0	
11	Allgemeine Finanzverwaltung	2.500,0	500,0	1.000,0	1.000,0	
12	Hochbaumaßnahmen des Landes	111.990,0	53.451,0	34.999,0	23.540,0	
13	Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume	72.134,0	37.714,0	19.801,0	14.619,0	
	<b>Zusammen:</b>	<b>571.041,0</b>	<b>296.641,0</b>	<b>113.056,0</b>	<b>161.344,0</b>	

## Teil II: Finanzierungsübersicht 2012

### I. Ermittlung des Finanzierungssaldos

1.	Ausgaben (ohne Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt, Zuführungen an Rücklagen und Ausgaben zur Deckung eines kassenmäßigen Fehlbetrages)			9.285.638,4	T€
2.	Einnahmen (ohne Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt, Entnahmen aus Rücklagen, und Einnahmen aus kassenmäßigen Überschüssen)			8.367.056,9	T€
3.	Finanzierungssaldo			<u>918.581,5</u>	T€

### II. Zusammensetzung des Finanzierungssaldos

4.	Netto-Neuverschuldung am Kreditmarkt				
4.1	Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt	3.818.241,4	T€		
4.2	Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt	<u>2.877.613,7</u>	T€		
	Netto-Neuverschuldung (Saldo aus 4.1 und 4.2)			940.627,7	T€
5.	Ausgaben zur Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge			-	T€
6.	Einnahmen aus kassenmäßigen Überschüssen			-	T€
7.	Rücklagenbewertung				
7.1	Entnahmen aus Rücklagen	1.000,0	T€		
7.2	Zuführungen an Rücklagen	<u>23.046,2</u>	T€		
	Saldo aus 7.1 und 7.2			- 22.046,2	T€
8.	Finanzierungssaldo			<u>918.581,5</u>	T€

## Teil III: Kreditfinanzierungsplan 2012

### I. Kredite am Kreditmarkt

1.	Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt			3.818.241,4	T€
2.	Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt			2.877.613,7	T€
3.	Saldo aus 1. und 2.			940.627,7	T€

### II. Kredite im öffentlichen Bereich

4.	Einnahmen aus Krediten von Gebietskörperschaften			-	T€
5.	Ausgaben zur Schuldentilgung bei Gebietskörperschaften			<u>493,1</u>	T€





# Haushaltsbegleitgesetz



**Haushaltsbegleitgesetz zum Haushaltsplan 2011/2012  
(Haushaltsbegleitgesetz 2011/2012)**

vom 17. Dezember 2010

- *GVOBl. Schl.-H. 2010, S. 789 ff.* -

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

**Artikelübersicht**

- |            |  |            |   |
|------------|--|------------|---|
| Artikel 1  | Änderung der Landeshaushaltsordnung  | Artikel 19 | Änderung des Landesblindengeldgesetzes                                    |
| Artikel 2  | Änderung des Finanzausgleichsgesetzes  | Artikel 20 | Änderung des Kinderschutzgesetzes   |
| Artikel 3  | Änderung des Landesbeamtengesetzes   | Artikel 21 | Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes |
| Artikel 4  | Änderung des Landesbesoldungsgesetzes  | Artikel 22 | Gesetz über die Festsetzung des Steuersatzes bei der Grunderwerbsteuer    |
| Artikel 4a | Änderung der Bundesbesoldungsordnung B - Überleitungsfassung für Schleswig-Holstein -  | Artikel 23 | Änderung des Landesverwaltungsgesetzes                                    |
| Artikel 5  | Änderung des Beamtenversorgungsgesetzes - Überleitungsfassung für Schleswig-Holstein - | Artikel 24 | Gesetz zur Aufhebung der Innovationsstiftung Schleswig-Holstein           |
| Artikel 6  | Änderung des Landesministergesetzes  | Artikel 25 | Änderung des Selbstbestimmungsstärkungsgesetzes                           |
| Artikel 7  | Änderung des Landesrichtergesetzes   | Artikel 26 | Änderung des Landeswassergesetzes   |
| Artikel 8  | Änderung der Gemeindeordnung   | Artikel 27 | Gesetz zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (AG-SGB XII)   |
| Artikel 9  | Änderung des Brandschutzgesetzes   | Artikel 28 | Änderung des Haushaltsgesetzes 2009/2010                                  |
| Artikel 10 | Änderung des Schulgesetzes   | Artikel 29 | Bekanntmachung Finanzausgleichsgesetz                                     |
| Artikel 11 | Änderung der Beihilfeverordnung  | Artikel 30 | Inkrafttreten   |
| Artikel 12 | Änderung des Mitbestimmungsgesetzes Schleswig-Holstein                                 |            |   |
| Artikel 13 | Änderung der Entschädigungsverordnung-Mitbestimmungsgesetz                             |            |   |
| Artikel 14 | Gesetz zur Aufhebung der Liegenschaftsverwaltung Schleswig-Holstein (LVSH)             |            |   |
| Artikel 15 | Änderung des Gesetzes zur Errichtung der Gebäudemanagement Schleswig-Holstein          |            |   |
| Artikel 16 | Änderung des Investitionsbankgesetzes  |            |   |
| Artikel 17 | Änderung des Schleswig-Holsteinischen Wohnraumförderungsgesetzes                       |            |   |
| Artikel 18 | Änderung des Kindertagesstättengesetzes  |            |   |

## **Artikel 1** **Änderung der Landeshaushaltsordnung**

Die Landeshaushaltsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. Juni 1992 (GVOBl. Schl.-H. S. 381), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. Februar 2010 (GVOBl. Schl.-H. S. 333), wird wie folgt geändert:

1. § 7 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 3 erhält folgende Fassung:

„(3) In der Landesverwaltung wird eine nach dem Steuerungs- und Informationsbedarf differenziert ausgestaltete Kosten- und Leistungsrechnung auf der Grundlage einheitlicher Kriterien eingesetzt und genutzt. Das Nähere regelt das Finanzministerium im Benehmen mit den Ressorts.“

b) Folgender Absatz 4 wird angefügt:

„(4) In geeigneten Bereichen der Landesverwaltung werden zur Feststellung und Förderung der Leistungsfähigkeit dieser Bereiche ressortübergreifende Vergleichsstudien (Benchmarkings) auf der Grundlage einheitlicher Kriterien durchgeführt. Das Nähere regelt das Finanzministerium im Benehmen mit den Ressorts.“

2. In § 9 Abs. 2 Satz 1 wird das Wort „(Voranschläge)“ gestrichen.

3. In § 15 Abs. 1 wird die Angabe "§ 18 Abs. 7" durch die Angabe "§ 18 Abs. 6" ersetzt.

4. § 17 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 5 Satz 1 wird nach dem Wort „Haushaltsplan“ das Wort „(Stellenplan)“ eingefügt.

b) In Absatz 6 wird das Wort „Erläuterungen“ durch das Wort „Stellenübersichten“ ersetzt.

5. § 18 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird gestrichen.

b) Der bisherige Absatz 2 wird Absatz 1.

c) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 2 und wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden die Worte „Absatz 2 Nr. 1“ durch die Worte „Absatz 1 Nr. 1“ ersetzt.

bb) In Satz 2 werden die Worte „Absatz 2 Nr. 2“ durch die Worte „Absatz 1 Nr. 2“ ersetzt.

d) Der bisherige Absatz 4 wird Absatz 3 und wie folgt geändert: Nach den Worten „nach Absatz“ wird die Zahl „3“ durch die Zahl „2“ ersetzt.

e) Der bisherige Absatz 5 wird Absatz 4 und wie folgt geändert:

Die Worte „Absatz 2 Nr. 1“ werden durch die Worte „Absatz 1 Nr. 1“ ersetzt.

f) Der bisherige Absatz 6 wird Absatz 5 und wie folgt geändert: Die Worte „Absatz 2 Nr. 1“ werden durch die Worte „Absatz 1 Nr. 1“ ersetzt.

g) Der bisherige Absatz 7 wird Absatz 6.

6. § 27 wird wie folgt geändert:

a) Die Überschrift erhält folgende Fassung:

„§ 27 Vorbereitung der Haushaltsaufstellung“

b) Folgender Absatz 1 wird eingefügt:

„(1) Zur Vorbereitung der Haushaltsaufstellung beschließt die Landesregierung auf Vorschlag des Finanzministeriums im Rahmen des zur Verfügung stehenden Gesamtbudgets Vorgaben zur Höhe der Budgets der einzelnen Ministerien (Ressortbudgets).“

c) Der bisherige Absatz 1 wird Absatz 2 und erhält folgende Fassung:

„(2) Die Budgetplanungen der Ministerien sind dem Finanzministerium zu dem von ihm zu bestimmenden Zeitpunkt zu übersenden. Das Finanzministerium kann verlangen, dass den Budgetplanungen Organisations- und Stellenpläne sowie andere Unterlagen beigefügt und erforderliche Auskünfte erteilt werden.“

d) Der bisherige Absatz 2 wird Absatz 3 und wie folgt geändert:

Die Worte „das Finanzministerium“ werden durch die Worte „dem Finanzministerium“ ersetzt.

7. § 28 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

a) In Satz 1 wird nach den Worten „prüft die“ das Wort „Voranschläge“ durch das Wort „Budgetplanungen“ ersetzt.

b) Satz 2 erhält folgende Fassung:

„Das Finanzministerium kann die Budgetplanungen der Ministerien im Benehmen mit den beteiligten Stellen ändern.“

8. In § 34 wird folgender Absatz 4 angefügt:

„(4) Auf Anforderung des Finanzministeriums berichten die Ministerien über den Stand und die voraussichtliche Entwicklung des Haushaltsvollzuges sowie die voraussichtlichen Folgewirkungen.“

9. § 42 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 werden die Worte „und die nach Artikel 53 Satz 2, 2. Halbsatz der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein erforderlichen Maßnahmen“ gestrichen.

b) Absatz 2 wird gestrichen.

c) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 2.

d) Der bisherige Absatz 4 wird Absatz 3 und wie folgt geändert: In Satz 2 wird die Zahl „3“ durch die Zahl „2“ ersetzt.

e) Der bisherige Absatz 5 wird Absatz 4.

10. § 49 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 4 Satz 1 werden die Worte „nur vorübergehend“ gestrichen.

b) Absatz 5 erhält folgende Fassung:

„Die Stellenpläne und Stellenübersichten sind verbindlich. In Bezug auf die Stellenübersichten sind Abweichungen von diesem Grundsatz mit Einwilligung des Finanzministeriums zulässig.“

11. In § 54 wird Absatz 3 gestrichen.

12. In § 64 Abs. 3 Satz 2 wird die Zahl „25.000“ durch die Zahl „50.000“ ersetzt.

13. § 69 wird wie folgt geändert:

a) Der bisherige Wortlaut des § 69 wird zu Absatz 1.

b) Folgender Absatz 2 wird angefügt:

"Der Landesrechnungshof kann auf die Übersendung der Unterlagen nach Absatz 1 verzichten."

14. In § 74 wird Absatz 2 gestrichen; der bisherige Absatz 3 wird Absatz 2.

1. § 5 erhält folgende Fassung:

#### „§ 5 Finanzausgleichsmasse

(1) Das Land stellt für die in § 7 bezeichneten allgemeinen Finanzausgleichsmasse und Zweckzuweisungen jährlich 17,74 % (Verbundsatz)

1. des dem Land zustehenden Aufkommens aus der Einkommensteuer, der Körperschaftsteuer und der Umsatzsteuer (Artikel 106 Abs. 3 und Artikel 107 Abs. 1 des Grundgesetzes) unter Berücksichtigung der Zuweisungen des Landes nach §§ 31 a und 31 c Abs. 1,

2. des Aufkommens aus der Vermögensteuer, der Erbschaftsteuer, der Grunderwerbsteuer, der Biersteuer und der Rennwett- und Lotteriesteuern mit Ausnahme der Totalisatorsteuer (Landessteuern nach Artikel 106 Abs. 2 des Grundgesetzes),

3. des dem Land zustehenden Kompensationsbetrages für die Übertragung der Ertragshoheit der Kraftfahrzeugsteuer auf den Bund (Artikel 106 b des Grundgesetzes),

4. der Einnahmen des Landes aus den Ergänzungszuweisungen des Bundes (Artikel 107 Abs. 2 Satz 3 des Grundgesetzes) sowie

5. der Einnahmen des Landes aus den Zuweisungen im Länderfinanzausgleich (Artikel 107 Abs. 2 Satz 1 und 2 des Grundgesetzes)

(Verbundgrundlagen) abzüglich eines Betrages von 44,804 Millionen Euro im Jahr 2011 und von 44,154 Millionen Euro ab dem Jahr 2012 zur Verfügung (Finanzausgleichsmasse). Hat das Land im Länderfinanzausgleich (Satz 1 Nr. 5) Zahlungen zu leisten, ermäßigen sich die Verbundgrundlagen nach Satz 1 Nr. 1 bis 4 um den Betrag, den das Land zu entrichten hat.

(2) Die Finanzausgleichsmasse wird für jedes Haushaltsjahr nach den Ansätzen im Landeshaushaltsplan festgesetzt. Eine Änderung der Ansätze durch Nachtragshaushaltspläne wird für den Finanzausgleich des laufenden Haushaltsjahres nicht berücksichtigt.

(3) Ein Unterschied zwischen den Ansätzen im ursprünglichen Landeshaushaltsplan und den Ist-Einnahmen wird spätestens bei der Finanzausgleichsmasse des nächsten Haushaltsjahres berücksichtigt, das dem Zeitpunkt der Feststellung der Ist-Einnahmen folgt. Bei einem Doppelhaushalt erfolgt die Berücksichtigung des Unterschiedes spätestens bei der Finanzausgleichsmasse des übernächsten Haushaltsjahres.“

## **Artikel 2 Änderung des Finanzausgleichsgesetzes**

Das Finanzausgleichsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. Februar 2009 (GVOBl. Schl.-H. S. 67), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 22. Juni 2010 (GVOBl. Schl.-H. S. 497), wird wie folgt geändert:

2. § 7 erhält folgende Fassung:

„§ 7

Aufteilung der Finanzausgleichsmasse

(1) Aus der Finanzausgleichsmasse werden jährlich bereitgestellt für

1. die Fehlbetrags- und Sonderbedarfszuweisungen nach den §§ 16 und 17  
50,0 Millionen Euro,
2. die Zuweisungen an den Kommunalen Schulbaufonds nach § 21  
31,0 Millionen Euro,
3. die Zuweisungen für Theater und Orchester nach § 22  
36,7 Millionen Euro,
4. die Zuweisungen zu den Straßenbaulasten nach § 24  
24,0 Millionen Euro,
5. die Zuweisungen zur Förderung von Frauenhäusern und Frauenberatungsstellen nach § 25 a  
4,3 Millionen Euro im Jahr 2011 und  
4,8 Millionen Euro ab dem Jahr 2012,
6. die Zuweisungen zur Förderung des Bucherwesens nach § 25 c  
7,313 Millionen Euro,
7. die Zuweisungen zur Förderung von Kindertageseinrichtungen und Tagespflegestellen nach § 25 e  
70,0 Millionen Euro,
8. Maßnahmen zur Verbesserung der Finanzsituation der Kommunen  
15,0 Millionen Euro ab dem Jahr 2012.

Soweit bereitgestellte Mittel nicht für Zuweisungen benötigt werden, sind sie den nach Absatz 2 Nr. 1 zu verteilenden Beträgen zuzuführen.

(2) Der verbleibende Teil der Finanzausgleichsmasse wird verwendet für Schlüsselzuweisungen

1. an die Gemeinden nach den §§ 8 bis 11  
40,00 %,
2. an die Kreise und kreisfreien Städte nach den §§ 12 bis 14  
48,59 %,
3. für übergemeindliche Aufgaben nach § 15  
11,41 %.

Von den Schlüsselzuweisungen sind 8,5 % für Investitionen zu verwenden.“

3. § 9 erhält folgende Fassung:

„§ 9

Ermittlung der Ausgangsmesszahl

(1) Die Ausgangsmesszahl einer Gemeinde wird ermittelt, indem die Einwohnerzahl der Gemeinde (§ 33 Abs. 2) mit dem einheitlichen Grundbetrag (Absatz 2) vervielfältigt wird.

(2) Der einheitliche Grundbetrag wird vom Innenministerium so festgesetzt, dass der Betrag nach § 7 Abs. 2 Nr. 1 für allgemeine Gemeindeschlüsselzuweisungen verwendet wird, soweit er nicht für die Gemeindesonderschlüsselzuweisungen (§ 8 Abs. 2) und Zuweisungen an die Gemeinde Helgoland (§ 11) benötigt wird.

(3) Der Teilbetrag der Ausgangsmesszahl einer Gemeinde wird ermittelt, indem die Einwohnerzahl der Gemeinde (§ 33 Abs. 2) mit dem einheitlichen Garantiebtrag (Absatz 4) vervielfältigt wird.

(4) Der einheitliche Garantiebtrag wird vom Innenministerium bis zu 80 % des Grundbetrages (Absatz 2) festgesetzt.“

4. § 10 erhält folgende Fassung:

„§ 10

Ermittlung der Steuerkraftmesszahl

(1) Die Steuerkraftmesszahl einer Gemeinde wird ermittelt, indem die Steuerkraftzahlen der Grundsteuer, der Gewerbesteuer, des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer, des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer und der Zuweisung des Landes an die Gemeinden nach § 31 a zusammengezählt werden.

(2) Als Steuerkraftzahlen werden angesetzt

1. bei der Grundsteuer von den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben sowie bei der Grundsteuer von den Grundstücken die Messbeträge, vervielfacht mit 90 % des gewogenen Durchschnitts des Hebesatzes für die Grundsteuer von den Grundstücken, der für den kreisangehörigen Bereich im vorvergangenen Jahr ermittelt wurde, mindestens jedoch 260 %,

2. bei der Gewerbesteuer die Messbeträge, vervielfacht mit 90 % des gewogenen Durchschnitts des Hebesatzes für die Gewerbesteuer, der für den kreisangehörigen Bereich im vorvergangenen Jahr ermittelt wurde, mindestens jedoch 310 %, vermindert um den für die Ermittlung der Gewerbesteuerumlage maßgeblichen Prozentsatz, der im vorvergangenen Jahr Anwendung gefunden hat,

3. bei dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer das Ist-Aufkommen im Zeitraum vom 1. Juli des vorvergangenen Jahres bis zum 30. Juni des vergangenen Jahres,
4. bei dem Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer das Ist-Aufkommen im Zeitraum vom 1. Juli des vorvergangenen Jahres bis zum 30. Juni des vergangenen Jahres,
5. bei der Zuweisung des Landes an die Gemeinden nach § 31 a der Zuweisungsbetrag für den Zeitraum vom 1. Juli des vorvergangenen Jahres bis zum 30. Juni des vergangenen Jahres.

Der Vervielfältiger, der sich aus der anteiligen Berücksichtigung des gewogenen Durchschnitts des Hebesatzes nach Nummer 1 und 2 ergibt, wird auf einen vollen Prozentsatz abgerundet.

(3) Als Messbeträge werden die Messbeträge der Grundsteuer von den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben, die Messbeträge der Grundsteuer von den Grundstücken und die Messbeträge der Gewerbesteuer angesetzt, die sich ergeben, wenn das Ist-Aufkommen dieser Steuern im Zeitraum vom 1. Juli des vorvergangenen Jahres bis zum 30. Juni des vergangenen Jahres durch den Hebesatz des vergangenen Jahres für diese Steuern geteilt wird.

(4) Lassen sich Messbeträge nach Absatz 3 für eine Steuer nicht feststellen, weil eine Gemeinde sie nicht erhoben hat, kann das Innenministerium die Steuerkraftzahl festsetzen. Sie ist für jede Steuer nach dem Landesdurchschnitt je Einwohnerin oder Einwohner der kreisangehörigen Gemeinden im vergangenen Finanzausgleichsjahr zu bemessen.

(5) Werden in einer Verbandssatzung oder in einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung nach den §§ 5 und 18 des Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit Bestimmungen über die Aufteilung des Grundsteueraufkommens oder des Gewerbesteueraufkommens getroffen, so können diese bei der Ermittlung der Steuerkraftmesszahl berücksichtigt werden, wenn sie mindestens für die Dauer von fünf Jahren gelten.“

5. § 12 erhält folgende Fassung:

„§ 12  
Allgemeine Berechnungsvorschriften

- (1) Von den nach § 7 Abs. 2 Nr. 2 bereitgestellten Mitteln werden verwendet für Schlüsselzuweisungen an
- |                           |          |
|---------------------------|----------|
| 1. die Kreise             | 58,00 %, |
| 2. die kreisfreien Städte | 42,00 %. |

- (2) Von dem Anteil nach Absatz 1 Nr. 1 erhalten vorab die Kreise
- |                     |                 |
|---------------------|-----------------|
| Dithmarschen        | 51.000 Euro,    |
| Nordfriesland       | 1.738.000 Euro, |
| Schleswig-Flensburg | 1.227.000 Euro. |

Von den verbleibenden Mitteln erhält jeder Kreis die Hälfte des Betrages, um den seine Finanzkraftmesszahl (§ 14 Abs. 1) hinter der Ausgangsmesszahl (§ 13) zurückbleibt. Die sich nach Satz 2 ergebenden Zuweisungen vermindern sich für die Kreise

Herzogtum Lauenburg um	1.636.000 Euro,
Ostholstein um	1.483.000 Euro,
Pinneberg um	3.221.000 Euro,
Plön um	665.000 Euro,
Rendsburg-Eckernförde um	2.096.000 Euro,
Segeberg um	818.000 Euro,
Steinburg um	358.000 Euro,
Stormarn um	1.483.000 Euro.

Die Kürzungsbeträge werden den nach Satz 2 zu verteilenden Mitteln zugeführt.

- (3) Von dem Anteil nach Absatz 1 Nr. 2 erhalten vorab die kreisfreien Städte
- |           |                 |
|-----------|-----------------|
| Flensburg | 716.000 Euro,   |
| Kiel      | 614.000 Euro,   |
| Lübeck    | 1.227.000 Euro. |

Von den verbleibenden Mitteln erhält jede kreisfreie Stadt die Hälfte des Betrages, um den ihre Finanzkraftmesszahl (§ 14 Abs. 2) hinter der Ausgangsmesszahl (§ 13) zurückbleibt.“

6. § 15 erhält folgende Fassung:

„§ 15  
Schlüsselzuweisungen für übergemeindliche Aufgaben

(1) Schlüsselzuweisungen für übergemeindliche Aufgaben erhalten zentrale Orte für die Wahrnehmung von Aufgaben für die Einwohnerinnen und Einwohner ihres Verflechtungsbereichs sowie kommunale Schulträger nach Maßgabe des Absatzes 5. Übergemeindliche Aufgaben sind unbeschadet des Absatzes 5 in den zentralen Orten zu erfüllen.

(2) Zentrale Orte im Sinne dieses Gesetzes sind die Gemeinden, die durch die Verordnung nach § 14 Abs. 4 des Landesentwicklungsgrundsatzgesetzes vom 31. Oktober 1995 (GVOBl. Schl.-H. S. 364) als zentrale Orte und Stadtrandkerne, soweit letztere nicht Ortsteil eines zentralen Ortes sind, festgelegt sind.

- (3) Von den nach § 7 Abs. 2 Nr. 3 bereitgestellten Mitteln werden verwendet für Zuweisungen an
1. Oberzentren 45 %,
  2. die anderen zentralen Orte sowie die kommunalen Schulträger 55 %.

(4) Von dem Anteil für Zuweisungen an die Oberzentren nach Absatz 3 Nr. 1 entfallen auf

die Stadt Flensburg	13,8 %,
die Landeshauptstadt Kiel	39,2 %,
die Hansestadt Lübeck	34,2 %,
die Stadt Neumünster	12,8 %.

(5) Von dem Anteil nach Absatz 3 Nr. 2 erhalten die Träger von Förderschulen mit mindestens 30 Schülerinnen und Schülern in nichtzentralen Orten und die Träger von Realschulen in nichtzentralen Orten vorab Zuweisungen in Höhe von 10.000 Euro für die Trägerschaft einer Förderschule und 20.000 Euro für die Trägerschaft einer Realschule. Die verbleibenden Mittel werden so auf die anderen zentralen Orte verteilt, dass die Zuweisung für

ein Mittelzentrum im Verdichtungsraum und ein Unterzentrum mit Teilfunktionen eines Mittelzentrums 50,0 %,

ein Unterzentrum ohne Teilfunktionen eines Mittelzentrums und einen Stadtrandkern I. Ordnung mit Teilfunktionen eines Mittelzentrums 25,0 %,

einen ländlichen Zentralort und einen Stadtrandkern I. Ordnung ohne Teilfunktionen eines Mittelzentrums 15,0 %,

einen Stadtrandkern II. Ordnung 7,5 %

der Zuweisung für ein Mittelzentrum beträgt, das nicht im Verdichtungsraum liegt.

(6) Empfänger der Schlüsselzuweisungen für übergemeindliche Aufgaben sind die zentralen Orte und die Schulträger. Maßgebend für die Zahlung der Zuweisungen an die zentralen Orte sind die Verhältnisse am 1. Januar des Finanzausgleichsjahres; maßgebend für die Zahlung der Zuweisungen an die Schulträger sind die Verhältnisse am Stichtag der amtlichen Schulstatistik des vorvergangenen Jahres.

(7) Sind Gemeinden nach der Verordnung nach § 14 Abs. 4 des Landesentwicklungsgrundsatzgesetzes gemeinsam als zentraler Ort oder Stadtrandkern eingestuft, wird die Zuweisung auf die Gemeinden aufgeteilt. Gehören die Gemeinden einem Kreis an und unterliegen der Kommunalaufsicht der Landrätin oder des Landrats, entscheidet diese oder dieser über die Aufteilung der Zuweisung. In allen anderen Fällen entscheidet das Innenministerium.

(8) Gemeinsame zentrale Orte oder Stadtrandkerne nach Absatz 7 erhalten nach erfolgter gemeinsamer Einstufung in den drei folgenden Finanzausgleichsjahren eine Zuweisung mindestens in Höhe des Betrages, die den beteiligten Gemeinden ohne gemeinsame Einstufung zugestanden hätte. Absatz 7 gilt entsprechend.

(9) Zentrale Orte und Stadtrandkerne nach Absatz 2 oder 7 erhalten nach erfolgter Abstufung in den drei folgenden Finanzausgleichsjahren eine Zuweisung mindestens in Höhe des Betrages, die der Gemeinde oder den beteiligten Gemeinden ohne Abstufung zugestanden hätte. Satz 1 gilt entsprechend

1. für den Wegfall von Einstufungen,
2. bei Eingliederung einer Gemeinde in eine andere Gemeinde (Eingemeindung),
3. bei Zusammenschluss einer oder mehrerer Gemeinden zu einer neuen Gemeinde (Vereinigung);

in den Fällen von Nr. 2 und 3 erhält der jeweilige Rechtsnachfolger die Zuweisung.“

7. § 17 erhält folgende Fassung:

#### „§ 17 Sonderbedarfszuweisungen

(1) Soweit die nach § 7 Abs. 1 Nr. 1 bereitgestellten Mittel nicht durch Fehlbetragszuweisungen (§ 16) oder nach § 34 Abs. 2 in Anspruch genommen werden, sind sie als Sonderbedarfszuweisungen an Gemeinden, Kreise, Ämter und Zweckverbände, die sich in einer außergewöhnlichen Lage befinden oder besondere Aufgaben zu erfüllen haben, zu gewähren, wenn ihre Höhe im Einzelfall mindestens 80.000 Euro beträgt. Für Projekte zur modellhaften Erprobung neuer Formen der Verwaltungsorganisation können nach Anhörung der Landesverbände der Gemeinden und Kreise bis zu 0,5 Millionen Euro Zuweisungen gewährt werden; dabei kann der Mindestbetrag von 80.000 Euro unterschritten werden.

(2) Über die Bewilligung der Sonderbedarfszuweisungen im Einzelnen entscheidet das Innenministerium.

(3) Sonderbedarfszuweisungen sind auszuführen, sobald der Zuwendungsempfänger Zahlungen für den geförderten Zweck zu leisten hat.“

8. § 19 erhält folgende Fassung:

#### „§ 19 Kommunaler Investitionsfonds

(1) Der bei der Investitionsbank Schleswig-Holstein gebildete Fonds zur Vergabe von Darlehen und Zuschüssen für kommunale Infrastrukturinvestitionen (Kommunaler Investitionsfonds) ist ein rechtlich unselbständiges, zweckgebundenes Sondervermögen des Landes nach § 26 Abs. 2 der Landeshaushaltsordnung. Es wird von der Investitionsbank Schleswig-Holstein im Auftrage des Innenministeriums treuhänderisch verwaltet.



(2) Für die Herrichtung und Erweiterung der Landesfeuerweherschule einschließlich der Einrichtungskosten sind aus dem Vermögen des Kommunalen Investitionsfonds nach Absatz 1 Mittel in Höhe von 8,997 Millionen Euro in Anspruch genommen worden. Das Land führt diese Mittel ab 2003 in Höhe von jährlich 0,4 Millionen Euro aus dem Aufkommen aus der Feuerschutzsteuer dem Vermögen des Kommunalen Investitionsfonds wieder zu.

(3) Von dem Vermögen des Kommunalen Investitionsfonds nach Absatz 1 werden zum 1. April 2011 sowie zum 1. April 2012 jeweils 1,0 Millionen Euro entnommen und zweckgebunden zur Finanzierung von Maßnahmen gemeinde- und kreisübergreifender Zusammenarbeit im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik einschließlich der Grundlagen- und Entwicklungsarbeit verwendet. Über die Mittelverwendung entscheiden die Landesverbände der Gemeinden und Kreise in Abstimmung mit dem Finanzministerium. Die Beträge werden im Einzelplan 11 des Landeshaushalts vereinnahmt und bereitgestellt. Nicht benötigte Mittel werden dem Vermögen des Kommunalen Investitionsfonds wieder zugeführt.

(4) Die Investitionsbank Schleswig-Holstein ist ermächtigt, für den Kommunalen Investitionsfonds Kapitalmarktmittel aufzunehmen; die Schulden des Fonds dürfen sein Nettovermögen nicht überschreiten.

(5) Die Gemeinden, Kreise, Ämter, Zweckverbände sowie Wasser- und Bodenverbände, soweit sie kommunale Aufgaben wahrnehmen, erhalten aus dem Kommunalen Investitionsfonds Darlehen und Zuschüsse für kommunale Infrastrukturmaßnahmen. Von der Förderung ausgeschlossen sind Finanzierungen von Krankenhäusern, sonstigen kommunalen Einrichtungen des Gesundheitswesens, des Pflegedienstes und des öffentlichen Personennahverkehrs sowie Kraftwerksanlagen zur Energie- und Wärmeversorgung.

(6) Zuschüsse können in Höhe des jährlich erwirtschafteten Überschusses des Kommunalen Investitionsfonds im Benehmen mit den Landesverbänden der Gemeinden und Kreise in den Folgejahren für jährlich neu festzulegende Förderungsschwerpunkte vergeben werden.

(7) Über den Kommunalen Investitionsfonds verfügt das Innenministerium.

(8) Die Zins- und Tilgungsleistungen für die Darlehen fließen dem Kommunalen Investitionsfonds wieder zu.

(9) Bei einer Auflösung des Kommunalen Investitionsfonds wird das verbleibende Vermögen den nach § 7 Abs. 2 zu verteilenden Beträgen zugeführt."

9. § 25 a erhält folgende Fassung:

„§ 25 a  
Förderung von Frauenhäusern  
und Frauenberatungsstellen

(1) Die Kreise und kreisfreien Städte erhalten aus den nach § 7 Abs. 1 Nr. 5 bereitgestellten Mitteln Zuweisungen zur Förderung

1. der Personal-, Sach- und Mietkosten von Frauenhäusern,
2. von Institutionen, die im Interesse einer nachhaltigen Gewaltprävention die Arbeit mindestens von Polizei, Justiz und Beratungseinrichtungen vor Ort koordinieren sowie
3. von Frauenberatungsstellen ab 2012.

(2) Die Förderung der Frauenhäuser nach Absatz 1 Nr. 1 erfolgt auf der Grundlage eines einheitlichen Platzkostensatzes und einer für jedes Frauenhaus festgelegten Mietkostenerstattung. Statt der Mietkosten können für Kredite zur Finanzierung der Anschaffungs- oder Herstellungskosten von Gebäuden für Frauenhäuser die tatsächlich gezahlten Zinsen und Tilgungen bis zur Höhe der vergleichbaren Mietkosten berücksichtigt werden. Die Förderung der Koordination der Anti-Gewalt-Arbeit nach Absatz 1 Nr. 2 und ab 2012 der Frauenberatungsstellen nach Absatz 1 Nr. 3 erfolgt über einen Festbetrag.

(3) Über die Bewilligung der Zuweisungen entscheidet das Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Integration."

10. § 25 e erhält folgende Fassung:

„§ 25 e  
Zuweisungen zur Förderung von Kindertages-  
einrichtungen und Tagespflegestellen

(1) Die Kreise und kreisfreien Städte erhalten aus den nach § 7 Abs. 1 Nr. 7 bereitgestellten Mitteln Zuweisungen zur Betreuung und Förderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen nach § 25 Abs. 1 des Kindertagesstättengesetzes vom 12. Dezember 1991 (GVOBl. Schl.-H. S. 651), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22. Juni 2010 (GVOBl. Schl.-H. S. 497), und in Tagespflegestellen nach § 30 des Kindertagesstättengesetzes.

(2) Über die Bewilligung der Zuweisungen entscheidet das Ministerium für Bildung und Kultur. Bei der Verteilung an die einzelnen Kreise und kreisfreien Städte berücksichtigt es insbesondere die Zahl der betreuten Kinder über drei Jahren in Kindertageseinrichtungen und öffentlich geförderter Kindertagespflege, die Dauer der Betreuung sowie den Anteil der Kinder aus überwiegend nicht deutsch sprechenden Familien im vorvergangenen Jahr."

11. § 30 erhält folgende Fassung:

„§ 30  
Finanzausgleichsumlage

(1) Übersteigt die Steuerkraftmesszahl einer Gemeinde (§ 10) ihre Ausgangsmesszahl (§ 9), wird von der Gemeinde eine Finanzausgleichsumlage in Höhe von 20 % des übersteigenden Betrages erhoben. Die Finanzausgleichsumlage fließt zur einen Hälfte den nach § 7 Abs. 2 Nr. 1 zu verteilenden Mitteln und zur anderen Hälfte demjenigen Kreis zu, von dessen Gemeinden die Umlage aufgebracht wird.

(2) Die Finanzausgleichsumlage ist von kreisangehörigen Gemeinden zusammen mit der Kreisumlage an den Kreis zu zahlen; dieser ist verpflichtet, die Hälfte der Finanzausgleichsumlage unverzüglich an das Land weiterzuleiten, sofern dieser Anteil der Umlage nicht mit der Zahlung der Schlüsselzuweisungen an den Kreis verrechnet wird.

(3) § 34 Abs. 1 und § 35 Abs. 1 und 2 gelten entsprechend.“

12. § 31 a erhält folgende Fassung:

„§ 31 a  
Zuweisung des Landes an die Gemeinden zum Ausgleich der Belastungen aus der Neuregelung des Familienleistungsausgleichs

(1) Das Land stellt den Gemeinden 26 % von den Umsatzsteuermehreinnahmen des Landes nach § 1 Satz 6 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 20. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3955, 3956), zuletzt geändert durch Artikel 8 des Gesetzes vom 22. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2955), nach Berücksichtigung der Auswirkungen des Finanzausgleichs unter den Ländern zur Verfügung.

(2) Die Zuweisung wird nach den in der Anlage zur jeweils geltenden Fassung der Landesverordnung über die Aufteilung und Auszahlung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer und die Abführung der Gewerbesteuerumlage vom 8. Mai 1979 (GVOBl. Schl.-H. S. 364), zuletzt geändert durch Verordnung vom 27. Juli 2010 (GVOBl. Schl.-H. S. 554), enthaltenen Schlüsselzahlen auf die Gemeinden aufgeteilt.

(3) Für die Berechnung der Zuweisung gelten die Vorschriften des § 5 Abs. 2 und 3, für die Auszahlung der Zuweisung die Vorschriften des § 35 entsprechend.“

13. § 31 b erhält folgende Fassung:

„§ 31 b  
Zuweisungen zur Förderung von freiwilligen gemeindlichen Gebietsänderungen

(1) Wird eine Gemeinde nach dem 31. Dezember 2006

1. in eine andere Gemeinde eingegliedert (Eingemeindung),

2. mit einer oder mehreren Gemeinden zu einer neuen Gemeinde zusammengeschlossen (Vereinigung),

3. auf mehrere Gemeinden aufgeteilt (Auflösung), erhält der jeweilige Rechtsnachfolger oder erhalten die jeweiligen Rechtsnachfolger eine einmalige Zuweisung nach Maßgabe des Absatzes 2.

(2) Die Zuweisung beträgt in den Fällen des Absatzes 1 Nr. 1 und 2 50 Euro je Einwohnerin und Einwohner der beteiligten nach der Einwohnerzahl kleineren Gemeinde oder Gemeinden und in den Fällen des Absatzes 1 Nr. 3 50 Euro je Einwohnerin und Einwohner der Gemeinde, die aufgelöst wird. Die Zuweisung nach Satz 1 beträgt in der Summe jedoch mindestens 30.000 Euro und höchstens 100.000 Euro je Gemeinde, die durch Eingemeindung oder Auflösung in einer Gemeinde oder mehreren Gemeinden aufgeht. Das Gleiche gilt im Falle einer Vereinigung zu einer neuen Gemeinde für die nach der Einwohnerzahl kleinere Gemeinde oder kleineren Gemeinden.

(3) Über die Bewilligung der Zuweisung entscheidet das Innenministerium. Die Zuweisung wird nach dem Wirksamwerden der Gebietsänderung ausgezahlt, wobei Zuweisungen für Gebietsänderungen, die nach dem 31. Dezember 2005 gewährt worden sind, berücksichtigt werden. Im Falle der Auflösung einer Gemeinde wird die Zuweisung jeweils anteilig nach der Einwohnerzahl den betroffenen Gemeinden gewährt.“

14. § 31 c erhält folgende Fassung:

„§ 31 c  
Zuweisung des Landes an die Kreise und kreisfreien Städte für den Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren

(1) Der Bund beteiligt sich aus seinem Umsatzsteueranteil nach Maßgabe des Kinderförderungsgesetzes vom 10. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2403) bundesweit insgesamt im Jahr 2009 mit 100 Millionen Euro, im Jahr 2010 mit 200 Millionen Euro, im Jahr 2011 mit 350 Millionen Euro, im Jahr 2012 mit 500 Millionen Euro, im Jahr 2013 mit 700 Millionen Euro und ab dem Jahr 2014 mit 770 Millionen Euro an den zusätzlich entstehenden Betriebskosten. Das Land leitet die auf Schleswig-Holstein entfallenden Umsatzsteuermehreinnahmen an die Kreise und kreisfreien Städte unter Berücksichtigung der Auswirkungen des Finanzausgleichs unter den Ländern weiter.

(2) Das Land stellt Mittel in gleicher Höhe zur Verfügung, wie sie nach Absatz 1 Satz 2 auf Schleswig-Holstein entfallen.

(3) Über die Bewilligung der Zuweisungen nach den Absätzen 1 und 2 entscheidet das Ministerium für Bildung und Kultur. Bei der Verteilung an die einzelnen Kreise und kreisfreien Städte berücksichtigt es insbesondere die Zahl der betreuten Kinder unter drei Jahren in Kindertageseinrichtungen und öffentlich geförderter Kindertagespflege, die Dauer der Betreuung sowie den Anteil der Kinder aus überwiegend nicht deutsch sprechenden Familien im vorvergangenen Jahr.

(4) Für die Berechnung der Zuweisung nach den Absätzen 1 und 2 gelten die Vorschriften des § 5 Abs. 2 und 3 entsprechend.“

15. Nach § 31 c wird folgender § 31 d neu eingefügt:

„§ 31 d

Zuweisung des Landes an die Kreise und kreisfreien Städte für die Sprachbildung in Kindertageseinrichtungen

(1) Das Land stellt den Kreisen und kreisfreien Städten für die Sprachbildung in Kindertageseinrichtungen jährlich 4,0 Millionen Euro zur Verfügung. Die Mittel sind für Kinder mit besonderem Förderbedarf bei der sprachlichen Entwicklung und beim Erlernen der deutschen Sprache einzusetzen.

(2) Über die Bewilligung entscheidet das Ministerium für Bildung und Kultur. Bei der Verteilung an die einzelnen Kreise und kreisfreien Städte berücksichtigt es insbesondere die Zahl der betreuten Kinder über drei Jahren in Kindertageseinrichtungen und öffentlich geförderter Kindertagespflege und den Anteil der Kinder aus überwiegend nicht deutsch sprechenden Familien im vorvergangenen Jahr.“

16. In Abschnitt VIII wird folgender § 33 eingefügt:

„§ 33

Beirat für den kommunalen Finanzausgleich

(1) Es wird ein Beirat für den kommunalen Finanzausgleich gebildet. Dem Beirat gehören als Mitglieder jeweils zwei Vertreterinnen oder Vertreter des

1. Innenministeriums,
  2. Finanzministeriums,
  3. Schleswig-Holsteinischen Gemeindetages,
  4. Städtebundes Schleswig-Holstein,
  5. Städtetages Schleswig-Holstein und
  6. Schleswig-Holsteinischen Landkreistages
- an. Die Mitglieder der Landesverbände der Gemeinden und Kreise werden auf Vorschlag des jeweiligen Verbandes vom Innenministerium berufen und abberufen.

(2) Den Vorsitz des Beirats führt eine Vertreterin oder ein Vertreter des Innenministeriums. Die oder der Vorsitzende ruft den Beirat nach Bedarf sowie auf Wunsch eines Mitglieds des Beirats zu einer Sitzung zusammen. Beschlüsse des Beirats erfolgen einstimmig. Die Mitglieder erhalten keinen Ersatz ihrer Auslagen und des entgangenen Arbeitsverdienstes. Der Beirat kann sich eine Geschäftsordnung geben.

(3) Der Beirat berät das Innenministerium in Fragen des kommunalen Finanzausgleichs. Er soll vor Entscheidungen der Landesregierung über den kommunalen Finanzausgleich gehört werden.

(4) Sonstige Mitwirkungsrechte der Gemeinden und Kreise bleiben durch die Bildung des Beirats unberührt.“

17. Der bisherige § 33 wird § 33 a und wird wie folgt gefasst:

„§ 33 a

Begriffsbestimmungen

(1) Im Sinne dieses Gesetzes bedeuten

1. Finanzausgleichsjahr: das Haushaltsjahr, für das die Zahlungen geleistet werden,
2. vergangenes Jahr: das Jahr, welches dem Finanzausgleichsjahr vorhergeht,
3. vorvergangenes Jahr: das Jahr, welches dem vergangenen Jahr vorhergeht,
4. Verwaltungsausgaben oder Verwaltungsaufwendungen: persönliche und sächliche Ausgaben oder Aufwendungen, die die Tätigkeit des Verwaltungsapparates ermöglichen,
5. Zweckausgaben oder Zweckaufwendungen und Zweckauszahlungen: Ausgaben oder Aufwendungen und Auszahlungen, die entweder dem Sachzweck des Einzelplans oder der Produktgruppe oder der Erfüllung des Verwaltungszwecks unmittelbar dienen; hierzu gehören auch die persönlichen und sächlichen Ausgaben oder Aufwendungen und Auszahlungen für öffentliche Anstalten, Anlagen und Einrichtungen wie Schulen und Krankenhäuser.

(2) Als Einwohnerzahl im Sinne dieses Gesetzes gilt die vom Statistischen Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein nach dem Stand vom 31. März des vergangenen Jahres fortgeschriebene Bevölkerung. Als gewogener Durchschnitt des Hebesatzes für die Grundsteuer von den Grundstücken sowie des Hebesatzes für die Gewerbesteuer im Sinne dieses Gesetzes gelten die vom Statistischen Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein mit dem Realsteuervergleich veröffentlichten Hebesätze. Als Fläche im Sinne dieses Gesetzes gilt die vom Statistischen Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein bis zum 1. Dezember des vergangenen Jahres fortgeschriebene Fläche in Quadratkilometern

unter Einbeziehung der Forstgutsbezirke; die Fläche ist auf zwei Nachkommastellen zu runden. Soweit die Zahl der betreuten Kinder in Tageseinrichtungen und öffentlich geförderter Kindertagespflege, die Dauer der Betreuung sowie der Anteil der Kinder aus überwiegend nicht deutsch sprechenden Familien maßgebend ist, gelten die vom Statistischen Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein in der Jugendhilfestatistik veröffentlichten Zahlen."

**Artikel 3  
Änderung des Landesbeamtengesetzes**

Das Landesbeamtengesetz vom 26. März 2009 (GVOBl. Schl.- H. S. 93), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 15. Juni 2010 (GVOBl. Schl.-H. S. 452), wird wie folgt geändert:

- 1. In § 6 Abs. 3 werden nach dem Klammerzusatz „(§ 23 Abs. 1 Nr. 5 BeamStG)“ ein Komma und die Worte „das Dienstjubiläum (§ 58)“ eingefügt.
- 2. § 36 wird wie folgt geändert:
  - a) In Absatz 2 wird die Zahl „60“ durch die Zahl „62“ ersetzt.
  - b) Es werden folgende Absätze 3 und 4 angefügt:  
 „(3) Beamtinnen und Beamte auf Lebenszeit, die schwerbehindert im Sinne des § 2 Abs. 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch sind und vor dem 1. Januar 1952 geboren sind, können auf ihren Antrag in den Ruhestand versetzt werden, wenn sie das 60. Lebensjahr vollendet haben. Für Beamtinnen und Beamte auf Lebenszeit, die schwerbehindert im Sinne des § 2 Abs. 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch sind und nach dem 31. Dezember 1951 geboren sind, wird die Altersgrenze wie folgt angehoben:

Geburtsjahr	Anhebung um Monate	Altersgrenze	
		Jahr	Monat
1952	1	60	1
1953	2	60	2
1954	3	60	3
1955	4	60	4
1956	5	60	5
1957	6	60	6
1958	7	60	7
1959	8	60	8
1960	9	60	9
1961	10	60	10
1962	11	60	11
1963	12	61	0
1964	14	61	2
1965	16	61	4
1966	18	61	6
1967	20	61	8
1968	22	61	10

Satz 1 gilt entsprechend für am 1. Januar 2011 vorhandene und im Sinne des § 2 Abs. 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch schwer behinderte Beamtinnen und Beamte auf Lebenszeit, die vor dem 1. Januar 2011 eine bis zum Beginn des Ruhestandes bewilligte

- 1. Teilzeitbeschäftigung nach § 61 Abs. 1 Satz 2 oder nach § 88 a Abs. 1 in Verbindung mit § 88 Abs. 5 des Landesbeamtengesetzes in der bis zum 31. März 2009 geltenden Fassung oder
- 2. Altersteilzeit nach § 63 Abs. 1 Satz 4 oder nach § 88a Abs. 3 Satz 4 des Landesbeamtengesetzes in der bis zum 31. März 2009 geltenden Fassung oder
- 3. Beurlaubung nach § 64 Abs. 1 Nr. 2 oder nach § 88 c Abs. 1 Nr. 2 des Landesbeamtengesetzes in der bis zum 31. März 2009 geltenden Fassung

angetreten haben.

(4) Beamtinnen und Beamte auf Lebenszeit mit Dienstbezügen, die das 60. Lebensjahr vollendet haben und in Verwaltungsbereichen beschäftigt sind, in denen ein Personalüberhang besteht, können auf ihren Antrag in den Ruhestand versetzt werden, wenn dienstliche Belange nicht entgegenstehen und entsprechende Planstellen oder ein Äquivalent eingespart werden. Die Verwaltungsbereiche nach Satz 1 werden durch die Landesregierung bestimmt. Im Bereich der der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften des öffentlichen Rechts mit und ohne Gebietshoheit und rechtsfähigen Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts trifft die oberste Dienstbehörde diese Bestimmung mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde. Für die Beamtinnen und Beamten des Landtages trifft die Landtagspräsidentin oder der Landtagspräsident, für die Beamtinnen und Beamten des Landesrechnungshofs trifft die Präsidentin oder der Präsident des Landesrechnungshofs die erforderlichen Regelungen.“

3. § 58 erhält folgende Fassung:

**„§ 58  
Dienstjubiläen**

Die Beamtinnen und Beamten werden bei Dienstjubiläen durch Aushändigung einer Dankurkunde geehrt. Das Nähere regelt die Landesregierung durch Verordnung.“

4. § 63 Abs. 1 Satz 1 erhält folgende Fassung:

„Beamtinnen und Beamten mit Dienstbezügen kann auf Antrag, der sich auf die Zeit bis zum Beginn des Ruhestandes erstrecken muss, Teilzeitbeschäftigung mit 60 % der bisherigen Arbeitszeit bewilligt werden, wenn die Beamtin oder der Beamte das fünfundfünfzigste Lebensjahr vollendet hat und zwingende dienstliche Belange nicht entgegenstehen (Altersteilzeit).“

5. § 80 Abs. 5 wird wie folgt geändert:

a) Satz 2 wird wie folgt geändert:

aa) Es wird folgende neue Nummer 4 eingefügt:

„4. während einer Beurlaubung ohne Dienstbezüge nach § 62 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 Buchst. b,“

bb) Die bisherige Nummer 4 wird Nummer 5.

b) Es wird folgender Satz angefügt:

„Beamtinnen und Beamten ist in Fällen einer Beurlaubung ohne Dienstbezüge nach § 64 Abs. 1 Nr. 2 bei der Bewilligung des Urlaubs ein Anspruch auf Gewährung von Beihilfe (Beihilferechtigung) zuzusprechen, wenn die Beamtin oder der Beamte in einem Verwaltungsbereich beschäftigt ist, in dem ein Personalüberhang besteht, entsprechende Planstellen oder ein Äquivalent eingespart werden und der Urlaub bis zum 31. Dezember 2015 angetreten wird.“

6. In § 89 Abs. 1 werden die Sätze 4 bis 7 durch folgende Sätze 4 bis 8 ersetzt:

„Ohne Einwilligung der Beamtin oder des Beamten ist es zulässig, Personalaktendaten an die Ministerpräsidentin oder den Ministerpräsidenten, die von ihr oder ihm bestimmte oberste Landesbehörde oder eine beauftragte öffentliche Stelle zu Zwecken der ressortübergreifenden Personalvermittlung innerhalb der Landesverwaltung zu übermitteln und dort für diese Zwecke weiterzuverarbeiten. Entsprechendes gilt für die Übermittlung und Weiterverarbeitung von Personalaktendaten an die in Satz 4 genannten Stellen zu statistischen Zwecken; § 13 des Landesstatistikgesetzes vom 8. März 1991 (GVOBl. Schl.-H. S. 131), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. September 2009 (GVOBl. Schl.-H. S. 573), findet entsprechende Anwendung. Für Auskünfte aus der Personalakte gelten die Sätze 1 bis 5 entsprechend. Soweit eine Auskunft ausreicht, ist von einer Vorlage abzusehen. In den Fällen des Satzes 4 sind die übermittelten Daten der Beamtin oder dem Beamten schriftlich mitzuteilen.“

7. § 108 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 wird die Zahl „60“ durch die Zahl „62“ ersetzt.

b) Nach Absatz 1 wird folgender Absatz 2 eingefügt:

“(2) Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamte auf Lebenszeit, die vor dem 1. Januar 1952 geboren sind, treten mit dem Ende des Monats in den Ruhestand, in dem sie das 60. Lebensjahr vollenden. Für Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamte, die nach dem 31. Dezember 1951 geboren sind, wird die Altersgrenze wie folgt angehoben:

Geburtsjahr	Anhebung um Monate	Altersgrenze	
		Jahr	Monat
1952	1	60	1
1953	2	60	2
1954	3	60	3
1955	4	60	4
1956	5	60	5
1957	6	60	6
1958	7	60	7
1959	8	60	8
1960	9	60	9
1961	10	60	10
1962	11	60	11
1963	12	61	0
1964	14	61	2
1965	16	61	4
1966	18	61	6
1967	20	61	8
1968	22	61	10

Satz 1 gilt entsprechend für Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamte auf Lebenszeit, die vor dem 1. Januar 2011 eine bis zum Beginn des Ruhestandes bewilligte

1. Teilzeitbeschäftigung nach § 61 Abs. 1 Satz 2 oder nach § 88 a Abs. 1 in Verbindung mit § 88 Abs. 5 des Landesbeamtengesetzes in der bis zum 31. März 2009 geltenden Fassung oder

2. Altersteilzeit nach § 63 Abs. 1 Satz 4 oder nach § 88a Abs. 3 Satz 4 Landesbeamtengesetzes in der bis zum 31. März 2009 geltenden Fassung oder

3. Beurlaubung nach § 64 Abs. 1 Nr. 2 oder nach § 88 c Abs. 1 Nr. 2 des Landesbeamtengesetzes in der bis zum 31. März 2009 geltenden Fassung angetreten haben.

c) Der bisherige Absatz 2 wird Absatz 3.

8. § 113 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Für die Beamtinnen und Beamten des feuerwehrtechnischen Dienstes, die im Brandbekämpfungs- und Hilfeleistungsdienst (Einsatzdienst) stehen, bildet die Vollendung des 60. Lebensjahres die Altersgrenze. Zum Einsatzdienst kann auch der Einsatz im Rettungsdienst gehören.“

b) Nach Absatz 1 wird folgender Absatz 2 eingefügt:

„(2) Die Beamtinnen und Beamten nach Absatz 1 werden hinsichtlich der Dienstunfähigkeit (Feuerwehrdienstunfähigkeit) den Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamten gleichgestellt. § 109 findet entsprechende Anwendung.“

c) Die bisherigen Absätze 2 bis 4 werden die Absätze 3 bis 5.

9. Nach § 127 wird folgender § 127 a eingefügt:

„§ 127 a  
Geltungsdauer der Laufbahn-, Ausbildungs- und Prüfungsverordnungen

Für die auf der Grundlage dieses Gesetzes erlassenen und zu erlassenden Laufbahnverordnungen sowie Ausbildungs- und Prüfungsverordnungen findet § 62 des Landesverwaltungsgesetzes keine Anwendung. Dies gilt entsprechend für Verordnungen im Sinne des Satzes 1, die auf der Grundlage des Landesbeamtengesetzes in seiner bis zum 31. März 2009 geltenden Fassung erlassen wurden. Sofern Verordnungen, die vor dem 1. Januar 2011 erlassen wurden, eine Befristung enthalten, gelten sie unbefristet weiter.“

#### **Artikel 4 Änderung des Landesbesoldungsgesetzes**

Das Landesbesoldungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Januar 2005 (GVOBl. Schl.-H. S. 93), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 15. Juni 2010 (GVOBl. Schl.-H. S. 452), wird wie folgt geändert:

1. Die Anlage wird wie folgt geändert:

Die Landesbesoldungsordnung B wird wie folgt geändert:

a) Der Besoldungsgruppe 2 wird folgende Amtsbezeichnung hinzugefügt:  
„Stellvertretende Direktorin oder Stellvertretender Direktor der Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein“

b) In der Besoldungsgruppe 3 wird folgende Amtsbezeichnung gestrichen:  
„Stellvertretende Direktorin oder Stellvertretender Direktor der Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein“

c) In der Besoldungsgruppe 5 werden in der Amtsbezeichnung für die Direktorin oder den Direktor der Landwirtschaftskammer die Worte „soweit nicht in der Besoldungsgruppe B 6“ gestrichen.

d) In der Besoldungsgruppe 6 wird die Amtsbezeichnung „Direktorin oder Direktor der Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein, soweit nicht in der Besoldungsgruppe B 5“ gestrichen.

e) Die Besoldungsgruppen 8 bis 10 erhalten folgende Fassung:

„Besoldungsgruppe 8  
Direktorin oder Direktor des Landtages  
Besoldungsgruppe 9  
Präsidentin oder Präsident des Landesrechnungshofs  
Staatssekretärin oder Staatssekretär  
Besoldungsgruppe 10  
- nicht besetzt -“

2. Der Anhang zu den Besoldungsordnungen A und B - Künftig wegfallende Ämter und Amtsbezeichnungen - wird wie folgt geändert:

Die Landesbesoldungsordnung B wird wie folgt geändert:

a) In der Besoldungsgruppe 3 wird folgende Amtsbezeichnung hinzugefügt:

„Stellvertretende Direktorin oder Stellvertretender Direktor der Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein“

b) In der Besoldungsgruppe 6 wird folgende Amtsbezeichnung hinzugefügt:

„Direktorin oder den Direktor der Landwirtschaftskammer, soweit nicht in der Besoldungsgruppe B 5“

c) Es werden folgende Besoldungsgruppen angefügt:

„Besoldungsgruppe 9  
Direktorin oder Direktor des Landtages  
Besoldungsgruppe 10  
Präsidentin oder Präsident des Landesrechnungshofs  
Staatssekretärin oder Staatssekretär“

#### **Artikel 4 a Änderung der Bundesbesoldungsordnung B - Überleitungsfassung für Schleswig-Holstein -**

Das Bundesbesoldungsgesetz in der Fassung des § 1 a des Landesbesoldungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Januar 2005 (GVOBl. Schl.-H. S. 93), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften vom 15. Juni 2010 (GVOBl. Schl.-H. S. 452) erhält in der Fußnote 3 a der Bundesbesoldungsordnung B - Überleitungsfassung für Schleswig-Holstein - bei der Besoldungsgruppe B 5 folgende Fassung:

„Erhält für die Dauer der Bestellung zur stellvertretenden Staatssekretärin oder zur alleinigen stellvertretenden Landtagsdirektorin oder zum stellvertretenden Staatssekretär oder zum alleinigen stellvertretenden Landtagsdirektor eine widerriefliche Zulage in Höhe von 11 % des Grundgehalts der Besoldungsgruppe B 5.“

## Artikel 5

### Änderung des Beamtenversorgungsgesetzes - Überleitungsfassung für Schleswig-Holstein

Das Beamtenversorgungsgesetz - Überleitungsfassung für Schleswig-Holstein - in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Juli 2009 (GVBl. Schl.-H. S. 506), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 15. Juni 2010 (GVBl. Schl.-H. S. 452) wird wie folgt geändert:

1. § 12 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Die nach Vollendung des 17. Lebensjahres verbrachte Mindestzeit

1. der außer der allgemeinen Schulbildung vorgeschriebenen Ausbildung (Fachschul-, Hochschul- und praktische Ausbildung, Vorbereitungsdienst, übliche Prüfungszeit),

2. einer praktischen hauptberuflichen Tätigkeit, die für die Übernahme in das Beamtenverhältnis vorgeschrieben ist,

kann als ruhegehaltfähige Dienstzeit berücksichtigt werden, die Zeit einer Fachschulausbildung einschließlich der Prüfungszeit bis zu 1095 Tage und die Zeit einer Hochschulausbildung einschließlich der Prüfungszeit bis zu 855 Tagen, insgesamt höchstens bis zu 1095 Tagen. Wird die allgemeine Schulbildung durch eine andere Art der Ausbildung ersetzt, steht diese der Schulbildung gleich. Für Beamtinnen und Beamte, die vor dem 1. Januar 2015 in den Ruhestand eingetreten sind, gilt hinsichtlich der höchstens zu berücksichtigenden Zeit einer Hochschulausbildung einschließlich Prüfungszeit anstelle des in Satz 1 genannten Zeitraums von bis zu 855 Tagen die Regelung des § 69 g.“

2. § 14 Abs. 3 erhält folgende Fassung:

„(3) Das Ruhegehalt vermindert sich um 3,6 vom Hundert für jedes Jahr, um das die Beamtin oder der Beamte

1. vor Ablauf des Monats, in dem sie oder er das 65. Lebensjahr vollendet, nach § 36 Abs. 2 oder 3 des Landesbeamtenversorgungsgesetzes in den Ruhestand versetzt wird,

2. vor Ablauf des Monats, in dem sie oder er die für sie oder ihn geltende gesetzliche Altersgrenze erreicht, nach § 36 Abs. 1 des Landesbeamtenversorgungsgesetzes in den Ruhestand versetzt wird,

3. vor Ablauf des Monats, in dem sie oder er die für sie oder ihn geltende gesetzliche Altersgrenze erreicht, nach § 36 Abs. 4 des Landesbeamtenversorgungsgesetzes in den Ruhestand versetzt wird,

4. vor Ablauf des Monats, in dem sie oder er das 65. Lebensjahr vollendet, wegen Dienstunfähigkeit, die nicht auf einem Dienstunfall beruht, in den Ruhestand versetzt wird;

die Minderung des Ruhegehalts darf 10,8 vom Hundert in den Fällen der Nummern 1 und 4 und 14,4 vom Hundert in den Fällen der Nummern 2 und 3 nicht übersteigen. Absatz 1 Satz 2 bis 4 gilt entsprechend. Gilt für die Beamtin oder den Beamten eine vor der Vollendung des 65. Lebensjahres liegende Altersgrenze, tritt sie in den Fällen des Satzes 1 Nr. 1 und 4 an die Stelle des 65. Lebensjahres. Gilt für die Beamtin oder den Beamten eine nach Vollendung des 67. Lebensjahres liegende Altersgrenze, wird in den Fällen des Satzes 1 Nr. 2 und 3 nur die Zeit bis zum Ablauf des Monats berücksichtigt, in dem die Beamtin oder der Beamte das 67. Lebensjahr vollendet. In den Fällen des Satzes 1 Nr. 2 und 3 ist das Ruhegehalt nicht zu vermindern, wenn die Beamtin oder der Beamte zum Zeitpunkt des Eintritts in den Ruhestand das 65. Lebensjahr vollendet und mindestens 45 Jahre mit ruhegehaltfähigen Dienstzeiten nach den §§ 6, 8 bis 10 und nach § 14 a Abs. 2 Satz 1 berücksichtigungsfähigen Pflichtbeitragszeiten, soweit sie nicht im Zusammenhang mit Arbeitslosigkeit stehen, und Zeiten nach § 50 d sowie Zeiten einer der Beamtin oder dem Beamten zuzuordnenden Erziehung eines Kindes bis zu dessen vollendetem zehnten Lebensjahr zurückgelegt hat. In den Fällen des Satzes 1 Nr. 4 ist das Ruhegehalt nicht zu vermindern, wenn die Beamtin oder der Beamte zum Zeitpunkt des Eintritts in den Ruhestand das 63. Lebensjahr vollendet und mindestens 40 Jahre mit ruhegehaltfähigen Dienstzeiten nach den §§ 6, 8 bis 10 und nach § 14 a Abs. 2 Satz 1 berücksichtigungsfähigen Pflichtbeitragszeiten, soweit sie nicht im Zusammenhang mit Arbeitslosigkeit stehen, und Zeiten nach § 50 d sowie Zeiten einer der Beamtin oder dem Beamten zuzuordnenden Erziehung eines Kindes bis zu dessen vollendetem zehnten Lebensjahr zurückgelegt hat. Soweit sich bei der Berechnung nach den Sätzen 5 und 6 Zeiten überschneiden, sind diese nur einmal zu berücksichtigen.“

3. § 48 wird gestrichen.

4. In § 53 Abs. 2 Nr. 3 wird die Angabe „§ 36 Abs. 1 oder 2“ durch die Angabe „§ 36“ ersetzt.

5. In § 66 Abs. 6 Satz 1 wird die Angabe „Nr. 3“ durch die Angabe „Nr. 4“ ersetzt.

6. In § 69 d Abs. 5 wird nach der Angabe „§ 36 Abs. 2“ die Angabe „oder 3“ eingefügt.

7. In § 69 f wird folgender Absatz 3 angefügt:

„(3) Für Beamtinnen und Beamte, die nach dem 31. Dezember 2010 nach § 36 Abs. 3 des Landesbeamtenversorgungsgesetzes in den Ruhestand versetzt werden, ist § 14 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 mit folgenden Maßgaben anzuwenden:

1. An die Stelle der Vollendung des 65. Lebensjahres tritt, wenn sie vor dem 1. Januar 1952 geboren sind, die Vollendung des 63. Lebensjahres.
2. An die Stelle der Vollendung des 65. Lebensjahres tritt, wenn sie nach dem 31. Dezember 1951 und vor dem 1. Januar 1969 geboren sind, die Vollendung folgenden Lebensalters:

Geburtsdatum bis	Lebensalter	
	Jahr	Monat
31. Dezember 1952	63	1
31. Dezember 1953	63	2
31. Dezember 1954	63	3
31. Dezember 1955	63	4
31. Dezember 1956	63	5
31. Dezember 1957	63	6
31. Dezember 1958	63	7
31. Dezember 1959	63	8
31. Dezember 1960	63	9
31. Dezember 1961	63	10
31. Dezember 1962	63	11
31. Dezember 1963	64	0
31. Dezember 1964	64	2
31. Dezember 1965	64	4
31. Dezember 1966	64	6
31. Dezember 1967	64	8
31. Dezember 1968	64	10

3. Für am 1. Januar 2011 vorhandene und im Sinne des § 2 Abs. 2 des neunten Buches Sozialgesetzbuch schwerbehinderte Beamtinnen und Beamte, die vor dem 1. Januar 1955 geboren sind, und denen Altersteilzeit vor dem 1. Januar 2010 bewilligt wurde, gilt § 14 Abs. 3 in der bis zum 31. Dezember 2010 geltenden Fassung.“

8. Es wird folgender § 69 g eingefügt:

„§ 69 g  
 Übergangsregelung für die Verminderung  
 der Berücksichtigung von  
 Hochschulausbildungszeiten

Für Versorgungsfälle, die vor dem 1. Januar 2015 eingetreten sind, gilt anstelle der nach § 12 Abs. 1 Satz 1 höchstens anrechenbaren Zeit einer Hochschulausbildung einschließlich Prüfungszeit folgender Zeitraum:

Zeitraum des Eintritts des Versorgungsfalles vor dem	Zeitraum der höchstens anrechenbaren Zeit einer Hochschulausbildung
1. Juli 2011	1095 Tage
1. Januar 2012	1065 Tage
1. Juli 2012	1035 Tage
1. Januar 2013	1005 Tage
1. Juli 2013	975 Tage
1. Januar 2014	945 Tage
1. Juli 2014	915 Tage
1. Januar 2015	885 Tage

## Artikel 6 Änderung des Landesministergesetzes

Das Gesetz über die Rechtsverhältnisse des Ministerpräsidenten und der Landesminister in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Oktober 1990 (GVBl. Schl.-H. S. 515), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 15. Juni 2004 (GVBl. Schl.-H. S. 153) wird wie folgt geändert:

1. § 11 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 wird die Angabe „55. Lebensjahr“ durch die Angabe „62. Lebensjahr“ ersetzt.

b) Absatz 3 erhält folgende Fassung:

„(3) Das Ruhegehalt beträgt 25 % der Amtsbezüge. Es erhöht sich nach einer Amtszeit von fünf Jahren mit jedem weiteren Jahr der nach Absatz 2 zu berücksichtigenden Zeiten um 5 % bis zu einem Höchstsatz von 35 % und darüber hinaus mit jedem weiteren Jahr der nach Absatz 2 zu berücksichtigenden Zeiten um 2 % bis zum Höchstsatz von 71,75 %.“

c) In Absatz 4 wird die Angabe „55. Lebensjahr“ durch die Angabe „62. Lebensjahr“ ersetzt“.

d) Absatz 5 erhält folgende Fassung:

„(5) Eine Landesministerin oder ein Landesminister, die oder der die Voraussetzung des Absatzes 1 nicht erfüllt und die oder der mindestens zwei Jahre Mitglied der Landesregierung gewesen ist, erhält ab Beginn des Monats, in dem das 62. Lebensjahr vollendet wird, ein Ruhegehalt von 10 % der Amtsbezüge, sofern deren oder dessen Amtszeiten nicht bereits bei einem anderweitigen Versorgungsanspruch Berücksichtigung finden. Der Ruhegehaltssatz von 10 % erhöht sich nach einer Amtszeit von drei Jahren auf 15 % und nach einer Amtszeit von 4 Jahren auf 20 %.“

e) In Absatz 6 wird die Angabe „den Absätzen 1 und 2“ durch die Angabe „Absatz 2“ ersetzt.

2. Es wird folgender § 16 a eingefügt:

„§ 16 a  
 Übergangsregelung aus Anlass der Anhebung  
 der Altersgrenzen und der Neustaffelung  
 der Versorgungssätze

(1) § 11 Abs. 3 und 5 Satz 2 findet in der ab 1. Januar 2011 geltenden Fassung nur für danach in die Landesregierung eintretende Landesministerinnen und Landesminister Anwendung, sofern sie bis dahin nicht einer Landesregierung im Geltungsbereich des Landesministergesetzes angehört haben. § 11 Abs. 1 und 4 gilt mit der Maßgabe, dass an Stelle der Angabe „62. Lebensjahr“ für ehemalige Ministerinnen und Minister, die vor dem 1. August 2014 das



55. Lebensjahr vollenden, die Angabe „57. Lebensjahr“ und für ehemalige Ministerinnen und Minister, die nach dem 31. Juli 2014 und vor dem 1. August 2016 das 55. Lebensjahr vollenden, die Angabe „59. Lebensjahr“ tritt.

(2) § 11 Abs. 1, 4 und 5 Satz 1 findet in der bis zum 1. Januar 2011 geltenden Fassung Anwendung für zum 1. Januar 2011 ausgeschiedene Landesministerinnen und Landesminister, sofern sie bereits Ruhegehalt erhalten oder innerhalb eines Zeitraumes von zwei Jahren nach dem 28. Dezember 2010 Ruhegehalt nach den bis zum 1. Januar 2011 bestehenden Vorschriften des Gesetzes erhalten würden."

### **Artikel 7 Änderung des Landesrichtergesetzes**

Das Landesrichtergesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 1992 (GVOBl. Schl.-H. S. 46), zuletzt geändert durch Gesetz vom 27. Januar 2010 (GVOBl. Schl.-H. S. 6) wird wie folgt geändert:

1. In § 3 Abs. 4 Nr. 1 wird die Angabe „Satz 4“ durch die Angabe „Satz 3“ ersetzt.

2. § 3a wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 2 wird die Zahl „60“ durch die Zahl „62“ ersetzt.

b) Es wird folgender Absatz 3 angefügt:

„(3) Richterinnen und Richter auf Lebenszeit, die schwerbehindert im Sinne des § 2 Abs. 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch sind und vor dem 1. Januar 1952 geboren sind, können auf ihren Antrag in den Ruhestand versetzt werden, wenn sie das 60. Lebensjahr vollendet haben. Für Richterinnen und Richter auf Lebenszeit, die schwerbehindert im Sinne des § 2 Abs. 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch sind und nach dem 31. Dezember 1951 geboren sind, wird die Altersgrenze wie folgt angehoben:

Geburtsjahr Geburtsmonat	Anhebung um Monate	Altersgrenze	
		Jahr	Monat
1952	1	60	1
1953	2	60	2
1954	3	60	3
1955	4	60	4
1956	5	60	5
1957	6	60	6
1958	7	60	7
1959	8	60	8
1960	9	60	9
1961	10	60	10
1962	11	60	11
1963	12	61	0
1964	14	61	2
1965	16	61	4
1966	18	61	6
1967	20	61	8
1968	22	61	10

Satz 1 gilt entsprechend für am 1. Januar 2011 vorhandene und im Sinne des § 2 Abs. 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuchs schwerbehinderte Richterinnen und Richter auf Lebenszeit, die vor dem 1. Januar 2011 eine bis zum Beginn des Ruhestandes bewilligte

1. Teilzeitbeschäftigung nach § 7 b Abs. 3 oder nach § 7 b Abs. 4 Satz 1 des Landesrichtergesetzes in der bis zum 31. März 2009 geltenden Fassung oder

2. Altersteilzeit nach § 7 c Abs. 1 Satz 4 oder nach § 7 c Satz 3 des Landesrichtergesetzes in der bis zum 31. März 2009 geltenden Fassung oder

3. Beurlaubung nach § 7 a Abs. 1 Nr. 2 oder nach § 7 a Abs. 1 Nr. 2 des Landesrichtergesetzes in der bis zum 31. März 2009 geltenden Fassung

angetreten haben.

3. § 7 c Abs. 1 Satz 1 erhält folgende Fassung:

„Richterinnen und Richter ist auf Antrag, der sich auf die Zeit bis zum Beginn des Ruhestandes erstrecken muss, Teilzeitbeschäftigung mit 60% des bisherigen Dienstes zu bewilligen, wenn

1. das Aufgabengebiet des richterlichen Amtes Altersteilzeit zulässt,
2. die Richterin oder der Richter das fünfzigste Lebensjahr vollendet hat und
3. zwingende dienstliche Belange nicht entgegenstehen

(Altersteilzeit).“

### **Artikel 8 Änderung der Gemeindeordnung**

Die Gemeindeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Februar 2003 (GVOBl. Schl.-H. S. 57), zuletzt geändert durch Artikel 13 des Gesetzes vom 26. März 2009 (GVOBl. Schl.-H. S. 93), wird wie folgt geändert:

§ 24 Abs. 6 erhält folgende Fassung:

„(6) Ehrenbeamtinnen und Ehrenbeamte können bei Vollendung einer Jubiläumsdienstzeit von 25, 40 und 50 Jahren eine Dankurkunde und eine Jubiläumszuwendung in Höhe der für die Bundesbeamtinnen und Bundesbeamten jeweils zu zahlenden Beträge erhalten. Die Vorschriften der Jubiläumsverordnung vom 9. Dezember 2008 (GVOBl. Schl.-H. S. 767) gelten entsprechend mit der Maßgabe, dass abweichend von § 2 Abs. 1 Satz 1 zur Jubiläumsdienstzeit nur Zeiten im jeweiligen Ehrenbeamtenverhältnis sowie Vordienstzeiten in anderen Ehrenbeamtenverhältnissen zählen.“

### **Artikel 9 Änderung des Brandschutzgesetzes**

Das Brandschutzgesetz vom 10. Februar 1996 (GVOBl. Schl.-H. S. 200), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. November 2008 (GVOBl. Schl.-H. S. 614), wird wie folgt geändert:

§ 32 Abs. 5 erhält folgende Fassung:

„(5) Orts-, Gemeinde-, Amts-, Kreis- und Stadtwehrführungen sowie deren Stellvertretungen können bei Vollendung einer Jubiläumsdienstzeit von 25, 40 und 50 Jahren eine Dankurkunde und eine Jubiläumszuwendung in Höhe der für die Bundesbeamtinnen und Bundesbeamten jeweils zu zahlenden Beträge erhalten. Die Vorschriften der Jubiläumsverordnung vom 9. Dezember 2008 (GVOBl. Schl.-H. S. 767) gelten entsprechend mit der Maßgabe, dass abweichend von § 2 Abs. 1 Satz 1 zur Jubiläumsdienstzeit nur Zeiten im jeweiligen Ehrenbeamtenverhältnis sowie Vordienstzeiten in anderen Ehrenbeamtenverhältnissen zählen.“

### **Artikel 10 Änderung des Schulgesetzes**

Das Schulgesetz vom 24. Januar 2007 (GVOBl. Schl.-H. S. 39, ber. S. 276), zuletzt geändert durch § 33 des Gesetzes vom 17. Dezember 2010 (GVOBl. Schl.-H. S. 818) wird wie folgt geändert:

1. In § 36 Abs. 2 Nr. 8 wird das Wort „Jubiläumszuwendungen“ durch die Worte „Jubiläumsgelder der Beschäftigten“ ersetzt.

2. § 113 Abs. 1 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„Soweit das Land auf vertraglicher Grundlage verpflichtet ist, für den Schulbesuch einer Schülerin oder eines Schülers außerhalb des Landes Schleswig-Holstein eine Ausgleichszahlung zu leisten, haben die nach § 111 Abs. 1, 2 und 6 oder § 112 Abs. 2 Verpflichteten an das Land einen Betrag zu erstatten, der

1. beim Besuch einer Ersatzschule dem Richtwert nach Maßgabe der §§ 111 und 112 und
2. beim Besuch einer öffentlichen Schule dem Richtwert nach Maßgabe der §§ 111 und 112 für das Jahr 2011

entspricht.“

3. § 114 Abs. 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Die Kreise bestimmen durch Satzung, welche Kosten für die Schülerbeförderung als notwendig anerkannt werden. Die Satzung kann vorsehen, dass nur die Kosten notwendig sind, die beim Besuch der nächstgelegenen Schule der gleichen Schulart entstehen würden; davon auszunehmen sind die Fälle, in denen das nächstgelegene Förderzentrum wegen fehlender Aufnahmemöglichkeiten nicht besucht werden kann. Die Satzung hat vorzusehen, dass die Eltern oder die volljährige Schülerin oder der volljährige Schüler an den Kosten der Schülerbeförderung beteiligt werden (Eigenbeteiligung).“

4. § 148 Abs. 11 Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„§ 111 Abs. 4 Satz 5 findet bis zum 31. Dezember 2010 mit der Maßgabe Anwendung, dass die Höhe des Investitionskostenanteils je Schülerin und Schüler 125 Euro beträgt.“

### **Artikel 11 Änderung der Beihilfeverordnung**

Die Verordnung vom 16. Mai 2006 (GVOBl. Schl.-H. S. 85), zuletzt geändert durch Verordnung vom 21. Juni 2010 (GVOBl. Schl.-H. S. 504) wird wie folgt geändert:

1. § 2 Abs. 3 wird wie folgt geändert:

a) Satz 2 wird wie folgt geändert:

aa) Es wird folgende neue Nummer 4 eingefügt:

„4. während einer Beurlaubung ohne Dienstbezüge nach § 62 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 Buchst. b Landesbeamtengesetz,“

bb) Die bisherige Nummer 4 wird Nummer 5.

b) Nach Nummer 5 wird folgender Halbsatz angefügt:

„sowie in den Fällen nach § 80 Abs. 5 Satz 3 Landesbeamtengesetz“

2. § 16 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„Die errechnete Beihilfe wird je Kalenderjahr, in dem die Aufwendungen entstanden sind (§ 8 Abs. 1), um folgenden Selbstbehalt gekürzt:

Stufe	Besoldungsgruppen	Betrag
1	A 2 bis A 6	60,00 €
2	A 7 bis A 9	120,00 €
3	A 10, A 11	180,00 €
4	A 12 bis A 15, B 1, C 1, C 2, W 1, W 2, R 1	240,00 €
5	A 16, B 2, B 3, C 3, W 3, R 2, R 3	360,00 €
6	B 4 bis B 7, C 4, R 4 bis R 7	480,00 €
7	Höhere Besoldungsgruppen	600,00 €

Bei Teilzeitbeschäftigung werden die Beträge im gleichen Verhältnis wie die verminderte Arbeitszeit zur regelmäßigen Arbeitszeit vermindert. Die Selbstbehalte dürfen 1 % des jeweiligen Grundgehalts, bei Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger des jährlichen Ruhegehalts, nicht übersteigen.“

b) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„Die Beträge nach Absatz 1 reduzieren sich für Hinterbliebene auf 40 %, für Waisen auf 10 %.“

### **Artikel 12 Änderung des Mitbestimmungsgesetzes Schleswig-Holstein**

Das Mitbestimmungsgesetz Schleswig-Holstein vom 11. Dezember 1990 (GVOBl. Schl.-H. S. 577), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 26. März 2009 (GVOBl. Schl.-H. S. 93), wird wie folgt geändert:

1. § 13 Satz 1 erhält folgende Fassung:

„Der Personalrat besteht in Dienststellen mit in der Regel  
5 bis 20 Wahlberechtigten aus einer Person,  
21 bis 100 Wahlberechtigten aus drei Mitgliedern,  
101 bis 500 Wahlberechtigten aus fünf Mitgliedern,  
501 bis 1.000 Wahlberechtigten aus sieben Mitgliedern,  
1.001 und mehr Wahlberechtigten aus neun Mitgliedern.“

2. § 34 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Satz 2 wird Nummer 1 gestrichen. Die Nummern 2 bis 7 werden Nummern 1 bis 6.

b) In Absatz 1 Satz 3 werden die Worte „Nr. 4 bis 7“ durch die Worte „Nr. 3 bis 6“ ersetzt.

c) In Absatz 4 werden die Worte „Nr. 1 und 4 bis 7“ durch die Worte „Nr. 3 bis 6“ ersetzt.

3. § 37 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Die Mitglieder des Personalrates sowie die Ersatzmitglieder sind unter Fortzahlung der Dienstbezüge oder des Arbeitsentgelts und unter Übernahme der Kosten für die Teilnahme an Schulungs- und Bildungsveranstaltungen vom Dienst freizustellen, soweit diese Kenntnisse vermitteln, die für die Tätigkeit im Personalrat erforderlich sind. Dem Personalrat wird hierfür ein Freistellungskontingent für seine Amtszeit zur Verfügung gestellt, dessen Höhe nach der Anzahl seiner Mitglieder gemäß § 13 zu ermitteln ist; für jedes Mitglied ist ein Freistellungsanspruch von zehn Arbeitstagen und für Ersatzmitglieder jeder Wahlvorschlagsliste entsprechend der von dieser Liste gewählten Anzahl von Personalratsmitgliedern ein Freistellungsanspruch von fünf Arbeitstagen zu Grunde zu legen.“

b) Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Unbeschadet des Absatzes 1 hat jedes Mitglied des Personalrates während seiner regelmäßigen Amtszeit Anspruch auf Freistellung vom Dienst unter Fortzahlung der Dienstbezüge oder des Arbeitsentgelts für insgesamt zehn Arbeitstage zur Teilnahme an Schulungs- und Bildungsveranstaltungen, die von der Bundeszentrale für politische Bildung oder von der Landeszentrale für politische Bildung oder von der Personalratsarbeit nützlich anerkannt sind. Ersatzmitglieder jeder Wahlvorschlagsliste entsprechend der von dieser Liste gewählten Anzahl von Personalratsmitgliedern haben einen Anspruch auf Freistellung vom Dienst unter Fortzahlung der Dienstbezüge oder des Arbeitsentgelts für insgesamt fünf Arbeitstage. Eine Kostenübernahme durch die Dienststelle erfolgt nicht.“

c) Absatz 3 erhält folgende Fassung:

„(3) Das den Vorsitz führende Mitglied des Personalrates sowie die es vertretenden Mitglieder des Personalrates haben unter Fortzahlung der Dienstbezüge oder des Arbeitsentgelts bis zu fünf Arbeitstage je Amtszeit Anspruch auf Teilnahme an einer von einer Gewerkschaft oder einem Berufsverband einberufenen Konferenz der Personalräte. Absätze 1 und 2 bleiben unberührt.“

4. § 40 Absatz 1 erhält folgende Fassung:

"Personalversammlungen sind in der Regel einmal im Kalenderjahr durchzuführen. Hierzu hat der Personalrat einen Tätigkeitsbericht zu erstatten. Weitere Personalversammlungen finden nur in besonderen Ausnahmefällen statt."

5. § 44 Absatz 3 Satz 3 erhält folgende Fassung:

" Die Stufenvertretung besteht bei in der Regel bis zu 3.000 Wahlberechtigten aus sieben Mitgliedern und bei 3.001 und mehr Wahlberechtigten aus neun Mitgliedern."

6. § 47 Absatz 1 Satz 1 erhält folgende Fassung:

"Die Dienststellenleitung (§ 8 Abs. 5) und der Personalrat treten in jedem Quartal zu mindestens einer gemeinsamen Besprechung zusammen."

7. In § 53 Abs.7 werden die Worte „und Sitzungsgeld“ gestrichen.

8. § 81 Nr. 1 erhält folgende Fassung:

„1. Die Kosten nach den §§ 17 und 34 Abs. 1 Nr. 1, 4, 5 und 6 sowie Abs. 2 tragen die Träger der sächlichen Kosten der Dienststellen, die Kosten nach § 34 Abs. 1 Nr. 2 und 3 tragen die Dienstherrn der Lehrkräfte.“

### **Artikel 13 Änderung der Entschädigungsverordnung- Mitbestimmungsgesetz**

Die Entschädigungsverordnung-Mitbestimmungsgesetz vom 9. Dezember 2008 (GVOBl. Schl.-H. S. 766) wird wie folgt geändert:

1. In der Überschrift werden die Worte „das Sitzungsgeld für die Mitglieder des Personalrates und“ gestrichen.

2. Die §§ 1 und 2 werden durch folgenden § 1 ersetzt:

#### **§ 1**

Die Entschädigungspauschale nach § 53 Abs. 6 des Mitbestimmungsgesetzes Schleswig-Holstein beträgt 110 Euro."

3. Der bisherige § 3 wird § 2.

### **Artikel 14 Gesetz zur Aufhebung der Liegenschaftsverwaltung Schleswig-Holstein**

#### **§ 1**

Aufhebung der  
Liegenschaftsverwaltung Schleswig-Holstein

Die Liegenschaftsverwaltung Schleswig-Holstein (LVSH) rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts wird mit Ablauf des 31. Dezember 2010 aufgehoben.

#### **§ 2**

Vermögensübergang und Verwaltung

Mit der Aufhebung der Liegenschaftsverwaltung Schleswig-Holstein (LVSH) fällt das Vermögen der Anstalt mit allen Aktiva und Passiva an das Land Schleswig-Holstein. Die Verwaltung des Vermögens obliegt dem Finanzministerium.

### § 3

#### Ermächtigung zur Aufgabenübertragung

(1) Das Finanzministerium wird ermächtigt, der Gebäudemanagement Schleswig-Holstein (GMSH) durch gesonderte Vereinbarung ganz oder teilweise die Verwaltung des mit der Aufhebung der Liegenschaftsverwaltung Schleswig-Holstein (LVSH) auf das Land übergeleiteten Liegenschaftsbestandes als für das Land zur Erfüllung nach Weisung wahrzunehmende Aufgabe zu übertragen.

(2) Die nach Absatz 1 übertragbare Aufgabe umfasst insbesondere die Bewirtschaftung und die bauliche Unterhaltung des Liegenschaftsbestandes, die Unterbringung von Landeseinrichtungen, die Feststellung und Deckung des Bedarfs des Landes an Verwaltungsgebäuden und sonstigen Grundstücken und Gebäuden sowie die Vermietung und Verpachtung von Liegenschaften an Dritte.

### § 4

#### Aufhebung des Gesetzes zur Errichtung der Liegenschaftsverwaltung Schleswig-Holstein als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts

Das Gesetz zur Errichtung der Liegenschaftsverwaltung Schleswig-Holstein als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts vom 7. Mai 2003 (GVOBl. 2003, S. 206) wird aufgehoben.

### Artikel 15

#### Änderung des Gesetzes zur Errichtung der Gebäudemanagement Schleswig-Holstein

Das Gesetz zur Errichtung der Gebäudemanagement Schleswig-Holstein vom 15. Juni 1999 (GVOBl. Schl.-H. S. 134), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 7. Mai 2003 (GVOBl. Schl.-H. S. 206), Zuständigkeiten und Ressortbezeichnungen zuletzt ersetzt durch Verordnung vom 16. September 2003 (GVOBl. Schl.-H. S. 503, ber. 2006 S. 241), wird wie folgt geändert:

1. In § 1 Abs. 3 wird das Wort „kleine“ gestrichen.

2. § 3 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 Satz 2 Nr. 2 erhält folgende Fassung:

„2. Sie verwaltet den Liegenschaftsbestand des Landes Schleswig-Holstein. Die Aufgabe umfasst insbesondere die Bewirtschaftung und die bauliche Unterhaltung des Liegenschaftsbestandes, die Unterbringung von Landeseinrichtungen, die Feststellung und Deckung des Bedarfs des Landes an Verwaltungsgebäuden und sonstigen Grundstücken und Gebäuden sowie die Vermietung und Verpachtung von Liegenschaften an

Dritte. Außerdem obliegt ihr die Feststellung und Deckung des Bedarfs des Landes an Verwaltungsgebäuden und sonstigen Grundstücken und Gebäuden, soweit dieses nicht im Liegenschaftsbestand des Landes Schleswig-Holstein möglich ist. Die Aufgaben werden nach Maßgabe gesonderter Vereinbarung mit dem Finanzministerium als Aufgaben zur Erfüllung nach Weisung wahrgenommen.“

b) In Absatz 3 Satz 1 werden die Worte „und der Justizvollzugsanstalten“ gestrichen.

c) Absatz 4 Nr. 1 wird gestrichen. Die bisherigen Nummern 2 bis 4 werden die Nummern 1 bis 3.

d) In Absatz 4 Nr. 1 wird Satz 2 gestrichen.

e) In Absatz 6 wird Satz 2 gestrichen.

3. § 4 Satz 2 wird gestrichen.

4. In § 5 wird das Wort „Hauptzweck“ durch das Wort „Zweck“ ersetzt.

5. § 6 erhält folgende Fassung:

#### „§ 6 Beteiligungen und Einrichtungen

Die Anstalt darf eigene und wirtschaftliche selbständige Einrichtungen gründen sowie sich an anderen Unternehmen beteiligen.“

6. § 7 erhält folgende Fassung:

#### „§ 7 Organe der Anstalt

Die Organe der Anstalt sind der Verwaltungsrat und die Geschäftsführung.“

7. §§ 8 und 9 werden gestrichen.

8. § 10 erhält folgende Fassung:

#### „§ 10 Verwaltungsrat

(1) Der Verwaltungsrat besteht aus fünf Mitgliedern, von denen je ein Mitglied von dem Finanzministerium, von dem Innenministerium, von dem Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr, von dem Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Integration des Landes Schleswig-Holstein gestellt und ein Mitglied von dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung entsandt werden.

(2) An den Sitzungen des Verwaltungsrates nehmen die oder der Vorsitzende des Personalrats der Anstalt und die Gleichstellungsbeauftragte der Anstalt mit beratender Stimme und ohne Stimmrecht teil.“

9. § 11 erhält folgende Fassung:

„§ 11  
Aufgaben des Verwaltungsrates

(1) Der Verwaltungsrat beschließt über die grundsätzlichen Angelegenheiten der Anstalt und überwacht die Geschäftsführung. Ihm obliegen insbesondere

1. die Feststellung des Jahresabschlusses und die Beschlussfassung über die Gewinnverwendung oder den Verlustausgleich,
2. die Entlastung der Geschäftsführung,
3. die Berufung und Abberufung der Geschäftsführung sowie die Festsetzung der Vergütung für die Geschäftsführung,
4. die Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan,
5. die Bestellung der Abschlussprüferin oder des Abschlussprüfers sowie die Bestellung von Prüferinnen und Prüfern in besonderen Fällen,
6. die Entscheidung in organisatorischen und personellen Grundsatzangelegenheiten der Anstalt,
7. die Änderung des Stammkapitals,
8. die Zustimmung zu der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung,
9. die Festlegung von Grundsätzen für die Zusammenarbeit mit dem Finanzministerium - Amt für Bundesbau,
10. der Abschluss von Zielvereinbarungen mit der Geschäftsführung,
11. der Erlass oder die Änderung der Satzung,
12. die Entscheidung über die Übernahme von Aufgaben nach § 3 Abs. 7,
13. die Entscheidung über die Errichtung von selbständigen Einrichtungen und die Beteiligung an Unternehmen,

Aus wichtigem Grund kann der Verwaltungsrat die Entscheidung in einzelnen Angelegenheiten, für die die Geschäftsführung zuständig ist, an sich ziehen.

(2) Der Verwaltungsrat hat gegenüber der Geschäftsführung das Recht, unverzüglich Auskunft über sämtliche Angelegenheiten der Anstalt zu bekommen und umfassend Einsicht in die Bücher und Schriften zu nehmen.“

10. In § 12 werden in Absatz 3 die Worte „der Gewährträgerversammlung“ durch die Worte „des Verwaltungsrates“ ersetzt.

11. § 14 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 2 wird gestrichen. Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 2.

b) Absatz 4 wird gestrichen.

12. § 16 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 2 werden die Worte „gemäß § 3 Abs. 3 Satz 2 und 3“ gestrichen.

b) In Absatz 7 wird die Angabe „§ 3 Abs. 3 Satz 5“ durch die Angabe „§ 3 Abs. 3 Satz 3“ ersetzt.

13. In § 17 Abs. 2 Satz 1 werden die Worte „gemäß § 3 Abs. 3 Satz 2 und 3“ gestrichen.

**Artikel 16  
Änderung des Investitionsbankgesetzes**

Das Investitionsbankgesetz vom 7. Mai 2003 (GVOBl. Schl.-H. S. 206), Zuständigkeiten und Ressortbezeichnungen zuletzt ersetzt durch Verordnung vom 12. Oktober 2005 (GVOBl. Schl.-H. S. 487 ber. 2006 S. 241), wird wie folgt geändert:

1. § 2 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 2 werden die Worte „Zweckvermögens Wohnraumförderung“ durch die Worte „Zweckvermögens Wohnraumförderung/Krankenhausfinanzierung“ ersetzt.

b) Absatz 4 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 wird das Wort „Gewährträgerversammlung“ durch das Wort „Landesregierung“ ersetzt.

bb) Satz 2 wird gestrichen.

2. § 3 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„Der Erlass und die Änderung der Satzung bedürfen der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.“

3. § 10 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Die Mittel des Zweckvermögens Wohnraumförderung/Krankenhausfinanzierung und ihre Rückflüsse (Rückzahlungen der Darlehenssummen im Ganzen oder in Teilen, Zinsen und Tilgungsbeträge) sind unter Berücksichtigung der Vorgaben des Schleswig-Holsteinischen Wohnraumförderungsgesetzes (SHWoFG) vom 25. April 2009 (GVOBl. Schl.-H. S. 194), geändert durch Artikel 17 des Gesetzes vom 17. Dezember 2010 (GVOBl. Schl.-H. S. 789) und des Entflechtungsgesetzes (EntflechtG) vom 5. September 2006 (BGBl. I S. 2098, 2102) laufend zur Förderung von Maßnahmen zugunsten der sozialen Wohnraumförderung und zur Krankenhausfinanzierung zu verwenden, soweit sie nicht zur Rückführung von Bundesanteilen der sozialen Wohnraumförderung benötigt werden. Die durch den Landeshaushalt der Investitionsbank Schleswig-Holstein für die Wohnraumförderung und die Krankenhausfinanzierung zur Verausgabung zugeführten Mittel sind nach Abschluss des

Haushaltsjahres durch das Finanzministerium auf die Investitionsbank Schleswig-Holstein zugunsten der Zweckerücklage im Zweckvermögen Wohnraumförderung/Krankenhausfinanzierung zu übertragen. Teilbeträge der zugeführten Mittel können im laufenden Haushaltsjahr durch das Finanzministerium auf die Investitionsbank Schleswig-Holstein zugunsten der Zweckerücklage im Zweckvermögen Wohnraumförderung/Krankenhausfinanzierung übertragen werden.“

4. § 11 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Organe der Investitionsbank Schleswig-Holstein sind der Vorstand und der Verwaltungsrat.“

b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) Satz 2 erhält folgende Fassung:

„Die Mitglieder des Vorstandes werden auf längstens fünf Jahre vom Verwaltungsrat bestellt.“

bb) Folgende Sätze werden angefügt:

„Der Vorstand führt die Geschäfte der Investitionsbank Schleswig-Holstein in eigener Verantwortung nach Maßgabe der Gesetze, der Satzung und der für ihn geltenden Geschäftsordnung. Er vertritt die Investitionsbank Schleswig-Holstein gerichtlich und außergerichtlich und ist für die Durchführung der Beschlüsse des Verwaltungsrates verantwortlich.“

c) In Absatz 3 Satz 1 und Absatz 4 Satz 2 werden jeweils die Worte „Vereinigung der Industrie- und Handelskammern“ durch die Worte „IHK Schleswig-Holstein (Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern Flensburg, Kiel und Lübeck)“ ersetzt.

d) Absatz 6 erhält folgende Fassung:

„(6) Der Verwaltungsrat beschließt über die grundsätzlichen Angelegenheiten der Investitionsbank Schleswig-Holstein und überwacht die Geschäftsführung des Vorstandes. Er ist insbesondere zuständig für:

1. die Einrichtung von Ausschüssen, deren Zusammensetzung und Aufgaben,
2. den Erlass und die Änderung der Satzung,
3. den Erlass und die Änderung einer Geschäftsordnung für sich und die Ausschüsse,
4. die Bestellung, Abberufung und Zurrücksetzung von Vorstandsmitgliedern; die Anstellungsverträge mit den Vorstandsmitgliedern schließt die oder der Vorsitzende des Verwaltungsrates,
5. die Bestellung eines Vorstandsmitglieds zur Vorstandsvorsitzenden oder zum Vorstandsvorsitzenden sowie eines weiteren Vorstandsmitglieds zur stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden oder zum stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden,

6. die Entlastung des Vorstands,
7. die Feststellung des Jahresabschlusses und die Gewinnverwendung.

Das Nähere zu den Aufgaben des Verwaltungsrates sowie die Zusammensetzung und die Aufgaben der Ausschüsse bestimmt die Satzung.“

e) Die Absätze 7 und 8 werden gestrichen.

5. In § 15 wird das Wort „kleine“ gestrichen.

6. Die bisherigen §§ 18 bis 20 werden gestrichen.

7. In § 5 Abs. 4, § 6 Abs. 1 Satz 3 und Abs. 2 Nr. 1 wird jeweils das Wort „Gemeinschaft“ durch das Wort „Union“ ersetzt.

## Artikel 17

### Änderung des Schleswig-Holsteinischen Wohnraumförderungsgesetzes

Das Schleswig-Holsteinische Wohnraumförderungsgesetz vom 25. April 2009 (GVBl. Schl.-H. S. 194) wird wie folgt geändert:

1. § 3 erhält folgende Fassung:

#### „§ 3 Fördermittel und Rückflüsse

(1) Die soziale Wohnraumförderung durch das Land erfolgt insbesondere aus dem Zweckvermögen Wohnraumförderung/Krankenhausfinanzierung und aus den Rückflüssen von Fördermitteln nach § 2 Abs. 2 und nach § 10 Abs. 1 des Investitionsbankgesetzes vom 7. Mai 2003 (GVBl. Schl.-H. S. 206), zuletzt geändert durch Artikel 16 des Gesetzes vom 17. Dezember 2010 (GVBl. Schl.-H. S. 789).

(2) Geldleistungen nach § 11 Abs. 3 Satz 4, § 14 Abs. 2 Satz 1 und § 18 Abs. 1, Ausgleichszahlungen aus Kooperationsverträgen nach § 6 sowie Mehreinnahmen durch nachträgliche Zinserhöhungen fließen in das Zweckvermögen Wohnraumförderung/Krankenhausfinanzierung nach Absatz 1 ein und sind zugunsten der sozialen Wohnraumförderung zu verwenden.“

2. § 16 wird wie folgt geändert:

a) In den Absätzen 1 und 2 wird jeweils die Angabe „und 12“ durch die Angabe „und 13“ ersetzt.

b) Folgender Absatz 12 wird eingefügt:

„(12) Das Mehraufkommen aus der Erhöhung der Zinssätze nach Absatz 9 und Absatz 11 Nr. 1 und 5 ist zur Förderung von Maßnahmen des sozialen Wohnungsbaus zu verwenden.“

c) Der bisherige Absatz 12 wird Absatz 13.

## **Artikel 18** **Änderung des Kindertagesstättengesetzes**

§ 23 des Gesetzes zur Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflegestellen vom 12. Dezember 1991, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes zur Änderung des Kindertagesstättengesetzes vom 22. Juni 2010 (GVOBl. Schl.-H. S. 497), wird wie folgt geändert:

1. In Absatz 1 werden folgende Sätze angefügt:

„Der größere Raumbedarf von Ganztageseinrichtungen, integrativen Gruppen und besonderen Betreuungsformen wird dabei berücksichtigt. Die Förderung durch das Land wird vorbehaltlich des Absatzes 2 nach Maßgabe des Haushalts gewährt.“

2. Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„Das Land fördert den Ausbau von Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren mit einem Investitionsprogramm für die Jahre 2010 bis 2013. Die Investitionsbank Schleswig-Holstein übernimmt die finanzielle Abwicklung des Investitionsprogramms nach Maßgabe gesonderter Vereinbarung gemäß § 6 Abs. 3 in Verbindung mit § 8 Abs. 1 IBG (Aufgabenübertragungsvertrag) im Auftrag des Landes. Für diesen Zweck führt das Land der Investitionsbank Schleswig-Holstein einen Betrag in Höhe von 60 Millionen Euro bis zum 31. Dezember 2010 zu. Aus diesen Finanzmitteln und deren Erträgen deckt die Investitionsbank die Mittel des Programms, die Kosten der Programmdurchführung sowie eigene Kosten nach Maßgabe des Aufgabenübertragungsvertrages. Verbleibt nach Ablauf des Förderzeitraumes ein Restvermögen, ist dieses zur Reduzierung des Fehlbetrages im Landeshaushalt zu verwenden.“

3. Die Absätze 3 und 4 werden gestrichen.

## **Artikel 19** **Änderung des Landesblindengeldgesetzes**

Das Landesblindengeldgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. Mai 1997 (GVOBl. Schl.-H. S. 313), geändert durch Artikel 4 des Haushaltsbegleitgesetzes 2002 vom 12. Dezember 2001 (GVOBl. Schl.-H. S. 365), geändert durch Artikel 7 des Haushaltsstrukturgesetzes zum Haushaltsplan 2006 vom 15. Dezember 2005 (GVOBl. Schl.-H. S. 558, ber. 2006 S. 25) wird wie folgt geändert:

§ 1 wird wie folgt geändert:

1. Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

"Zivilblinde, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Lande Schleswig-Holstein haben oder nach der Verordnung VO (EG) Nr. 883/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit (ABl. L 166 vom 30. April 2004, S. 1, L 200 S.1, L 204 vom 4. August 2007, S. 30), geändert durch Verordnung (EG) Nr. 988/2009 (ABl. L 284 vom 30. Oktober 2009, S. 43), anspruchsberechtigt sind, erhalten ein Landesblindengeld zum Ausgleich der durch die Blindheit bedingten Mehraufwendungen."

2. Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

"(2) Auf das Landesblindengeld nach diesem Gesetz werden Landesblindengelder, die nach den Vorschriften der anderen Bundesländer erbracht werden, angerechnet. Entsprechendes gilt für vergleichbare Leistungen aus anderen EU-Mitgliedstaaten."

3. Absatz 3 wird wie folgt gefasst:

"(3) Landesblindengeld wird Blinden altersunabhängig in Höhe von monatlich 200 Euro ab 1. Januar 2011 gewährt. Taubblinde erhalten 400 Euro."

## **Artikel 20** **Änderung des Kinderschutzgesetzes**

Das Gesetz zur Weiterentwicklung und Verbesserung des Schutzes von Kindern und Jugendlichen in Schleswig-Holstein vom 29. Mai 2008 (GVOBl. Schl.-H. S. 270) wird wie folgt geändert:

§ 2 Abs. 5 wird gestrichen.

## **Artikel 21** **Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes**

Das Gesetz zur Ausführung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes (AG-KHG) vom 12. Dezember 1986 (GVOBl. Schl.-H. S. 302), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 12. Dezember 2001 (GVOBl. Schl.-H. S. 365), Zuständigkeiten und Ressortbezeichnungen zuletzt ersetzt durch Verordnung vom 12. Oktober 2005 (GVOBl. Schl.-H. S. 487, ber. 2006 S. 241), wird wie folgt geändert:

§ 21 Abs. 1 Satz 2 wird gestrichen.



## **Artikel 22**

### **Gesetz über die Festsetzung des Steuersatzes bei der Grunderwerbsteuer (GrEStSatzG)**

#### § 1

Der Steuersatz bei der Grunderwerbsteuer für Rechtsvorgänge, die sich auf im Land Schleswig-Holstein belegene Grundstücke beziehen, beträgt 5,0 %.

#### § 2

Der Steuersatz nach Absatz 1 ist auf Rechtsvorgänge anzuwenden, die ab dem 1. Januar 2012 verwirklicht werden.

## **Artikel 23**

### **Änderung des Landesverwaltungsgesetzes**

Das Landesverwaltungsgesetz vom 2. Juni 1992 (GVOBl. Schl.-H. S. 243, ber. S. 534), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 9. März 2010 (GVOBl. Schl.-H. S. 356), wird wie folgt geändert:

§ 62 wird wie folgt geändert:

In Absatz 3 werden nach der Zahl 2009 die Worte „sowie Verordnungen über die Laufbahnen, Ausbildungen und Prüfungen nach dem Landesbeamtengesetz, die bis zum 1. Januar 2008 erlassen sind, mit Ablauf des 31. Dezember 2010“ gestrichen.

## **Artikel 24**

### **Gesetz zur Aufhebung der Innovationsstiftung Schleswig-Holstein**

#### § 1

Die Innovationsstiftung Schleswig-Holstein wird mit Ablauf des 31. Dezember 2011 aufgehoben.

#### § 2

Rechtsnachfolger der Innovationsstiftung Schleswig-Holstein ist das Land Schleswig-Holstein.

#### § 3

Das Gesetz über die Zusammenlegung der „Energienstiftung Schleswig-Holstein“ mit der „Technologiestiftung Schleswig-Holstein“ zur „Innovationsstiftung Schleswig-Holstein“ vom 10. Juni 2004 (GVOBl. Schl.-H. S. 149) tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2011 außer Kraft.

## **Artikel 25**

### **Änderung des Selbstbestimmungsstärkungsgesetzes**

Das Gesetz zur Stärkung von Selbstbestimmung und Schutz von Menschen mit Pflegebedürftigkeit oder Behinderung (Selbstbestimmungsstärkungsgesetz - SbStG) vom 17. Juli 2009 (GVOBl. Schl.-H. S. 402) wird wie folgt geändert:

In § 9 Absatz 1 werden die Sätze 4 und 5 durch einen neuen Satz 4 ersetzt:

„Anbieter können ein Qualitätssiegel führen, das von einem unabhängigen und qualifizierten Zertifizierer auf der Grundlage der DIN 77800 „Betreutes Wohnen für ältere Menschen“ nach dem Stand der Ausgabe September 2006 (DIN-Anzeiger für technische Regeln/DIN-Mitteilungen September 2006) vergeben wird.“

## **Artikel 26**

### **Änderung des Landeswassergesetzes**

Das Landeswassergesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. Februar 2008 (GVOBl. Schl.-H. S. 91), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 19. März 2010 (GVOBl. Schl.-H. S. 365), wird wie folgt geändert:

a) § 63 wird wie folgt geändert:

aa) Absatz 4 wird gestrichen; die bisherigen Absätze 5 und 6 werden Absätze 4 und 5.

bb) Im neuen Absatz 5 wird die Angabe „Absatz 5“ durch die Angabe „Absatz 4“ ersetzt.

b) Nach § 63 werden folgende §§ 63 a, 63 b und 63 c eingefügt:

„§ 63 a  
Beiträge zu den Maßnahmen der Wasser- und Bodenverbände und Gemeinden

Diejenigen, deren Grundstücke durch Deiche oder Dämme gemäß § 63 Abs. 1 Nr. 3 geschützt werden, können zu den Kosten des Baus und der Unterhaltung nach dem Maß ihres Vorteils herangezogen werden. Im Streitfall setzt die zuständige Wasserbehörde oder Küstenschutzbehörde nach Anhörung der Beteiligten den Beitrag fest.

### § 63 b

#### Beiträge zu den Küstenschutzmaßnahmen des Landes

(1) Zu den Aufwendungen des Landes für die Erfüllung der in § 63 genannten Landesaufgaben können die Eigentümerinnen oder Eigentümer und die Erbbauberechtigten der Grundstücke, die in den dadurch geschützten Gebieten liegen, nach Maßgabe einer von der obersten Küstenschutzbehörde zu erlassenden Verordnung mit jährlichen Beiträgen herangezogen werden. Als beitragsfähige Aufwendungen gelten insbesondere Baukosten, Planungs- und Personalkosten, laufende Kosten der Verwaltung und Unterhaltung sowie die Kosten der Errichtung und des Betriebs der gewässerkundlichen Messanlagen gemäß § 101.

(2) Zu den beitragspflichtigen Gebieten im Sinne von Absatz 1 gehören:

1. die Grundstücke in den Risikogebieten im Sinne von § 73 WHG an den Küstengewässern der Nordsee und Ostsee und an der Elbe bis zu den in der Verordnung nach Absatz 7 näher zu bestimmenden Höhenlinien und Grenzen,
2. die Grundstücke auf der Insel Fehmarn sowie die Grundstücke auf den Inseln im Schleswig-Holsteinischen Wattenmeer mit Ausnahme der Halligen, und
3. Bodenerhebungen oberhalb der in der Verordnung nach Absatz 7 zu bestimmenden Höhenlinien und Grenzen, die von dem jeweils beitragspflichtigen Gebiet umschlossen sind.

Die beitragspflichtigen Gebiete sind in der Verordnung nach Absatz 7 grob zu beschreiben und in einer Übersichtskarte darzustellen. Die Verordnung bestimmt Behörden, bei denen grundstücksgenaue Karten auf Dauer eingesehen werden können.

(3) Der Beitrag der Eigentümerinnen oder der Eigentümer und der Erbbauberechtigten der Grundstücke bemisst sich nach dem Maß ihres Vorteils. Für die Festlegung des Beitragsmaßstabs reicht eine annähernde Ermittlung des Vorteils aus. Wohnungs- und Teileigentümerinnen und Wohnungs- und Teileigentümer sind entsprechend ihrem Miteigentumsanteil beitragspflichtig; sie haften jeweils als Gesamtschuldner. Der Beitrag ruht als öffentliche Last auf dem Grundstück, bei Bestehen eines Erbbaurechtes oder von Wohnungs- oder Teileigentum auf diesem.

(4) Ausgenommen von der Beitragspflicht sind die Grundstücke, die gemäß §§ 3 bis 6 Grundsteuergesetz (GrStG) vom 7. August 1973 (BGBl. I S. 965), zuletzt geändert durch Artikel 38 des Gesetzes vom 19. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2794), von der Grundsteuer befreit sind.

(5) Die Beitragsfestsetzung und -erhebung wird von dem Landesverband der Wasser- und Bodenverbände als Aufgabe zur Erfüllung nach Weisung für das Land wahrgenommen; er ist insoweit Vollstreckungsbehörde.

(6) Aus dem Beitragsaufkommen wird vorweg der durch den Vollzug dieser Regelungen entstehende Verwaltungsaufwand gedeckt. Zu diesem Zweck erhält der Landesverband der Wasser- und Bodenverbände nach Absatz 5 pauschale Zuweisungen nach Maßgabe der Verordnung.

(7) Die oberste Küstenschutzbehörde bestimmt durch Verordnung insbesondere

1. die Abgrenzung der beitragspflichtigen Gebiete,
2. den Beitragsmaßstab,
3. die Grundlagen und das Verfahren der Beitragsfestsetzung und -erhebung,
4. das Beitragsaufkommen, das 25 v.H. des Gesamtaufwandes für die Erfüllung der in § 63 genannten Landesaufgaben, abzüglich EU- und Bundesmittel, nicht übersteigen darf,
5. eine abweichend von Absatz 5 für die Durchführung von Rechtsbehelfsverfahren zuständige Behörde,
6. das Verfahren zur Berechnung und Zuweisung des pauschalen Aufwandsausgleichs gemäß Absatz 6,
7. das Nähere über die Auskunftspflicht der Beitragspflichtigen und die Befugnis der zuständigen Behörden zur Verarbeitung der personenbezogenen Daten der Beitragspflichtigen im Rahmen der Festsetzung, Erhebung und Vollstreckung, einschließlich Rechtsbehelfs- und Klageverfahren.

### § 63 c

#### Küstenschutzbeirat

(1) Bei der obersten Küstenschutzbehörde wird ein Beirat gebildet, der die oberste Küstenschutzbehörde bei den generellen Planungsprozessen des Küstenschutzes und der Verwendung des Abgabeaufkommens berät.

(2) Den Vorsitz im Beirat führt die Vertreterin oder der Vertreter der obersten Küstenschutzbehörde. Die Tätigkeit der von der obersten Küstenschutzbehörde berufenen Beiratsmitglieder ist ehrenamtlich. Die oberste Küstenschutzbehörde erlässt eine Geschäftsordnung für den Beirat."

**Artikel 27**  
**Gesetz zur Ausführung des Zwölften Buches**  
**Sozialgesetzbuch (AG-SBG XII)**

§ 1

Träger der Sozialhilfe

- (1) Örtliche Träger der Sozialhilfe sind die Kreise und kreisfreien Städte. Sie führen die Sozialhilfe als Selbstverwaltungsangelegenheit durch.
- (2) Überörtlicher Träger der Sozialhilfe ist das Land Schleswig-Holstein. Behörde des überörtlichen Trägers ist das für Sozialhilfe zuständige Ministerium (Ministerium). Abweichend von Satz 1 sind die Kreise und kreisfreien Städte überörtliche Träger für die Aufgaben nach § 142 Satz 2 Sozialgesetzbuch Neuntes Buch (SGB IX) vom 19. Juni 2001 (BGBl. I S. 1046), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 5. August 2010 (BGBl. I S. 1127), sowie nach § 12 Abs. 6 Werkstättenverordnung vom 13. August 1980 (BGBl. I S. 1365), zuletzt geändert durch Artikel 8 des Gesetzes vom 22. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2959). Sie führen diese Aufgaben als Selbstverwaltungsangelegenheit durch.
- (3) Zur Beratung und Unterstützung bei der Erfüllung einzelner Aufgaben können die Träger der Sozialhilfe eine gemeinsame Arbeitsstruktur bilden.

§ 2

Sachliche Zuständigkeit

- (1) Die örtlichen Träger der Sozialhilfe sind sachlich zuständig für die Hilfe zum Lebensunterhalt, die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, die Hilfen zur Gesundheit, die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen, die Hilfe zur Pflege und die Hilfe in anderen Lebenslagen (§ 8 Nr. 1 bis 5 und 7 Zwölftes Buch Sozialgesetzbuch – SGB XII) sowie für die ambulante Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten (§ 8 Nr. 6 SGB XII).
- (2) Der überörtliche Träger der Sozialhilfe ist sachlich zuständig für die Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten (§ 8 Nr. 6 SGB XII), wenn es erforderlich ist, die Leistung in einer Einrichtung zur stationären oder teilstationären Betreuung zu erbringen.

§ 3

Zusammenarbeit des Landes mit den örtlichen  
Trägern der Sozialhilfe, Steuerung

- (1) Das Land und die örtlichen Träger der Sozialhilfe bilden einen Gemeinsamen Ausschuss, der insbesondere
  1. Grundsätze für die fachliche Weiterentwicklung der Leistungen nach dem Sechsten Kapitel SGB XII und
  2. Maßnahmen zur Steuerung der Kostenentwicklung vereinbart.

- (2) Das Land und die örtlichen Träger der Sozialhilfe vereinbaren das Nähere über die Zahl der Mitglieder, ihre Bestellung und Abberufung. Der Gemeinsame Ausschuss gibt sich eine Geschäftsordnung.

§ 4

Teilhabebeirat

- (1) Beim Ministerium wird ein Teilhabebeirat gebildet. Er soll durch Informationsaustausch und Zusammenarbeit zur Sicherung und Weiterentwicklung der Selbstbestimmung und Teilhabe von Menschen mit Behinderung am Leben in der Gesellschaft beitragen. Die Mitglieder des Teilhabebeirats sind ehrenamtlich tätig.
- (2) Dem Teilhabebeirat gehören Vertreterinnen und Vertreter
  1. der Rehabilitationsträger nach § 6 SGB IX,
  2. der Vereinigungen der Leistungserbringer und der Verbände der Menschen mit Behinderung sowie die oder der Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderung an.
- (3) Näheres regelt das Ministerium in einer Geschäftsordnung.

§ 5

Heranziehung von kreisangehörigen amtsfreien  
Gemeinden und Ämtern durch die Kreise

- (1) Die Kreise können bestimmen, dass kreisangehörige amtsfreie Gemeinden und Ämter die den Kreisen als örtliche Träger obliegenden Aufgaben durchführen und dabei im eigenen Namen entscheiden. Für die Durchführung der Aufgaben können die Kreise Richtlinien erlassen und Weisungen erteilen. Eine Heranziehung zur Durchführung von Aufgaben der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen (§ 8 Nr. 4 SGB XII) ist nur zulässig, wenn die amtsfreien Gemeinden und Ämter zur Durchführung der Aufgabe in der Lage sind und der Heranziehung zustimmen.
- (2) Die Kreise können kreisangehörige amtsfreie Gemeinden und Ämter auch beauftragen, dem örtlichen Träger obliegende Aufgaben durchzuführen und dabei im Namen des Kreises zu entscheiden. Absatz 1 Satz 3 gilt entsprechend.
- (3) § 19 a des Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Februar 2003 (GVObI. Schl.-H. S. 122), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14. Dezember 2006 (GVObI. Schl.-H. S. 285), bleibt unberührt.

§ 6

Kosten der Sozialhilfe

Die Träger der Sozialhilfe tragen die Kosten für die ihnen obliegenden Aufgaben. Ihnen stehen die damit zusammenhängenden Einnahmen zu.

§ 7

Bereitstellung von Landesmitteln

(1) Das Land stellt den örtlichen Trägern der Sozialhilfe zur Finanzierung der Leistungen nach dem SGB XII Landesmittel zur Verfügung. Die jährliche Gesamtsumme der Landesmittel wird durch Haushaltsgesetz festgelegt; dabei ist die durchschnittliche Ausgabenentwicklung der vorangegangenen drei Jahre für Leistungen innerhalb von Einrichtungen zu berücksichtigen. Die Bereitstellung von Landesmitteln nach Satz 1 umfasst auch den finanziellen Ausgleich für die vom überörtlichen auf die örtlichen Träger der Sozialhilfe nach diesem Gesetz übertragenen Aufgaben.

(2) Der Kalkulation der Landesmittel der Jahre 2011 und 2012 liegen folgende Beträge zugrunde (in Euro):

	2011	2012
1. Nettoausgaben für Leistungen nach dem Dritten bis Siebten Kapitel SGB XII an Personen unter 60 Jahren innerhalb von Einrichtungen sowie die Blindenhilfe nach § 72 SGB XII	509.034.400	529.682.300
2. Nettoausgaben für Leistungen der Hilfe zur Pflege, der Eingliederungshilfe und der Hilfe zur Gesundheit an Personen über 60 Jahren innerhalb von Einrichtungen ohne Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt und der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	107.589.000	110.292.200
3. anteilige Nettoausgaben für Leistungen nach dem Sechsten Kapitel SGB XII außerhalb von Einrichtungen	17.000.000	17.000.000
4. Maßnahmen zur strukturellen Verbesserung der Teilhabeplanung	9.000.000	9.000.000
5. Koordinierungsaufwand	2.000.000	2.000.000
Gesamtbetrag	644.623.400	667.974.500

§ 8

Verteilung der Landesmittel

(1) Für die Jahre 2011 und 2012 werden den örtlichen Trägern der Sozialhilfe Landesmittel nach § 7 Abs. 2 Nr. 1 bis 3 in Höhe der sich aus der Anlage zu diesem Gesetz ergebenden Beträge zur Verfügung gestellt. Sie erhalten monatliche Abschlagszahlungen. Die Anlage ist Bestandteil des Gesetzes.

(2) Die örtlichen Träger der Sozialhilfe erhalten die Landesmittel nach § 7 Abs. 2 Nr. 4 auf Antrag als Pauschale. Im Antrag sind die Maßnahmen zur strukturellen Verbesserung der Teilhabeplanung zu erläutern. Die Pauschale beträgt bis zu 50.000 Euro je Vollzeitstelle.

(3) Die Landesmittel nach § 7 Abs. 2 Nr. 5 werden auf der Grundlage eines gemeinsamen Vorschlags der örtlichen Träger der Sozialhilfe verteilt. Kommt ein gemeinsamer Vorschlag bis zum 30. September eines jeden Jahres nicht zustande, entscheidet das Ministerium über die Verteilung.

§ 9

Sozialräumliche Angebote

(1) Die nach § 7 Abs. 1 bereit gestellten Landesmittel können auch dazu verwendet werden, die Schaffung oder den Ausbau von wohnortnahen Begegnungs-, Beratungs- und Unterstützungsstrukturen, mit denen die Teilhabe von Menschen mit Behinderung am Leben in der Gesellschaft verbessert werden (sozialräumliche Angebote), mit zu finanzieren.

(2) Die Schaffung oder der Ausbau von sozialräumlichen Angeboten nach Absatz 1 ist mit dem Ministerium abzustimmen.

§ 10

Erfassung und Übermittlung von Daten durch die örtlichen Träger der Sozialhilfe

(1) Die örtlichen Träger der Sozialhilfe erfassen die für die Steuerung und der Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen erforderlichen Daten. Näheres vereinbart der Gemeinsame Ausschuss.

(2) Die örtlichen Träger der Sozialhilfe übermitteln dem Ministerium halbjährlich zum 1. April und 1. Oktober die Daten über die voraussichtliche Entwicklung der Ausgaben für Leistungen nach dem SGB XII sowie die voraussichtliche Entwicklung der Zahl der Leistungsberechtigten. Über die Personal- und Sachkosten nach § 7 Abs. 2 Nr. 4 für strukturelle Verbesserungen der Teilhabeplanung, einschließlich der Anzahl und der Qualifikation der Beschäftigten, informieren die örtlichen Träger der Sozialhilfe jährlich.

## § 11

### Nachfinanzierung durch das Land

(1) Weist ein örtlicher Träger der Sozialhilfe bis zum 31. Oktober des Folgejahres nach, dass seine Nettoausgaben für Leistungen nach § 7 Abs. 2 Nr. 1 und Nr. 2 die ihm vom Land nach § 7 Abs. 1 Satz 1 in Verbindung mit Absatz 2 Nr. 1 und 2 für das Kalenderjahr zur Verfügung gestellten Mittel übersteigen, leistet das Land einen Ausgleich in Höhe der notwendigen Mehrausgaben.

(2) Erkennen die örtlichen Träger der Sozialhilfe, dass die Voraussetzungen für einen Ausgleich nach Absatz 1 vorliegen, ist das Ministerium unverzüglich zu unterrichten.

## § 12

### Vorläufige Hilfeleistung

(1) Die kreisangehörigen amtsfreien Gemeinden und Ämter haben, soweit sie nicht selbst nach § 5 Abs. 1 oder 2 zuständig sind, vorläufig die notwendigen Maßnahmen zu treffen, wenn der Träger der Sozialhilfe nicht rechtzeitig tätig werden kann, die Gewährung der Leistung aber keinen Aufschub duldet. § 93 des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch gilt entsprechend.

(2) Bei Zweifeln über die sachliche Zuständigkeit hat der örtliche Träger, in dessen Bereich die leistungsberechtigte Person sich tatsächlich aufhält, vorläufig einzutreten. Das gilt auch, wenn der überörtliche Träger nicht rechtzeitig tätig werden kann, die Gewährung der Leistung aber keinen Aufschub duldet.

## § 13

### Beteiligung sozial erfahrener Dritter

Näheres zum Verfahren der Beteiligung sozial erfahrener Dritter und den Kreis der zu beteiligenden sozial erfahrener Dritten legt der Gemeinsame Ausschuss fest.

## § 14

### Zuständige Behörden, Aufsicht

(1) Zuständige Stellen für die Festsetzung des Barbetrages nach § 35 Abs. 2 Satz 3 SGB XII sowie für die Bemessung der für den häuslichen Lebensunterhalt ersparten Aufwendungen und des Kostenbeitrages für das Mittagessen nach § 92 Abs. 2 Satz 5 SGB XII sind die örtlichen Träger der Sozialhilfe.

(2) Das Ministerium ist oberste Landesbehörde nach § 59 Nr. 3 SGB XII.

(3) Zuständige Verwaltungsbehörde für die Verfolgung einer Ordnungswidrigkeit nach § 117 Abs. 6 SGB XII ist die Behörde des Trägers der Sozialhilfe, dem gegenüber die Pflicht zur Auskunft besteht.

(4) Das Land übt die Aufsicht darüber aus, dass die Kreise und kreisfreien Städte die ihnen als örtlichen Trägern der Sozialhilfe obliegenden Aufgaben rechtmäßig erfüllen. Aufsichtsbehörde ist das für Sozialhilfe zuständige Ministerium. § 3 Abs. 2 Sätze 4 und 5 des Gesundheitsdienstgesetzes vom 14. Dezember 2001 (GVOBl. Schl.-H. S. 398), zuletzt geändert durch Artikel 16 des Gesetzes vom 9. März 2010 (GVOBl. Schl.-H. S. 356), gelten entsprechend.

## § 15

### Ausgleichsleistungen des Bundes

(1) Der auf das Land Schleswig-Holstein entfallende Anteil am Festbetrag, den der Bund für Mehrbelastungen durch Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zur Verfügung stellt, wird an die örtlichen Träger weitergeleitet.

(2) Für die Berechnung des Anteils eines örtlichen Trägers an den vom Bund für ein Kalenderjahr nach Absatz 1 zugewiesenen Mitteln gilt § 46 a Abs. 2 SGB XII entsprechend.

## § 16

### Evaluation

Die Auswirkungen der §§ 7 und 8 dieses Gesetzes werden durch eine vom Ministerium beauftragte unabhängige Stelle evaluiert. Näheres vereinbart der Gemeinsame Ausschuss. Kommt eine Vereinbarung nicht zustande, entscheidet das Ministerium.

### Anlage (zu § 8 Abs. 1)

	2011	2012
Flensburg	29.467.978,82 €	30.250.688,88 €
Kiel	66.298.740,76 €	68.518.213,47 €
Lübeck	65.348.439,33 €	67.837.458,88 €
Neumünster	23.077.018,17 €	24.529.097,19 €
Dithmarschen	32.025.314,49 €	32.950.080,19 €
Hzgt. Lauenburg	36.418.761,82 €	37.785.818,20 €
Nordfriesland	35.468.960,66 €	36.695.551,28 €
Ostholstein	40.927.896,50 €	42.471.937,63 €
Pinneberg	57.034.863,22 €	59.341.218,26 €
Plön	25.604.153,32 €	26.191.174,21 €
Rendsburg-Eck.	61.447.661,97 €	64.028.689,90 €
Schl.-Flensburg.	43.014.226,63 €	44.228.907,23 €
Segeberg	47.832.285,97 €	50.092.926,25 €
Steinburg	28.037.606,66 €	28.734.460,02 €
Stormarn	41.619.491,68 €	43.318.278,41 €

**Artikel 28**  
**Änderung des Haushaltsgesetzes 2009/2010**

Das Haushaltsgesetz 2009/2010 vom 12. Dezember 2008, verkündet als Artikel 1 des Haushaltsstrukturgesetzes zum Haushaltsplan 2009/2010 (Hahaltsstrukturgesetz 2009/2010) vom 12. Dezember 2008 (GVOBl. Schl.-H. 2008, S. 791), zuletzt geändert durch § 2 des Gesetzes über die Feststellung eines 2. Nachtrages zum Haushaltsplan für die Haushaltsjahre 2009 und 2010 vom 22. Juli 2009 (GVOBl. Schl.-H. 2009, S. 413) wird wie folgt geändert:

In dem dem Gesetz als Anlage beigefügten Haushaltsplan des Landes Schleswig-Holstein

1. wird ein neuer Titel 0704 - 891 01 MG 02 mit der Zweckbestimmung „An die Investitionsbank für die Förderung von Investitionen zum Ausbau der Betreuung von Kindern unter 3 Jahren“ und einem Ansatz von 60.000,0 T€ im Haushaltsjahr 2010 ausgebracht.
2. vermindert sich der Ansatz 2010 des Titels 1116 - 575 01 MG 01 "Zinsausgaben Ist- und Plan-Portfolio (Kredite und Finanzderivate)" von 1.053.232,0 T€ um 60.000,0 T€ auf 993.232,0 T€.

**Artikel 29**  
**Bekanntmachung Finanzausgleichsgesetz**

Das Innenministerium wird ermächtigt, das Finanzausgleichsgesetz in der geltenden Fassung bekannt zu machen und dabei die Paragraphenfolge neu festzulegen sowie Unstimmigkeiten des Wortlauts zu beseitigen.

**Artikel 30**  
**Inkrafttreten**

(1) Das Gesetz tritt vorbehaltlich der folgenden Absätze am 1. Januar 2011 in Kraft. Gleichzeitig tritt das Gesetz zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch vom 15. Dezember 2005 (GVOBl. Schl.-H. S. 568, ber. 2006 S. 25) außer Kraft.

(2) Abweichend von Absatz 1 Satz 1 treten Artikel 18 und Artikel 28 mit Wirkung vom 20. Dezember 2010 in Kraft.

(3) Abweichend von Absatz 1 Satz 1 treten Artikel 3 Nr. 9 und Artikel 23 am 31. Dezember 2010 in Kraft.

(4) Abweichend von Absatz 1 Satz 1 treten Artikel 3 Nr. 1 und 3 sowie Artikel 8, Artikel 9 und Artikel 10 Nr. 1 am 1. Mai 2011 in Kraft.

(5) Abweichend von Absatz 1 Satz 1 tritt Artikel 10 Nr. 3 am 1. August 2011 in Kraft.

(6) Abweichend von Absatz 1 Satz 1 tritt Artikel 5 Nr. 3 am 1. Januar 2013 in Kraft.

**Übersichten**  
**Allgemeine Bemerkungen**  
**Sachverzeichnis**





## **Übersichten**

- I. Gruppierungsübersicht**
- II. Funktionenübersicht**
- III. Haushaltsquerschnitt**
- IV. Übersicht über die den Haushalt durchlaufenden Posten**
- V. Sonderabgaben des Landes**
- VI. Übersicht ÖPP**
- VII. Personalübersichten**



# I. Gruppierungsübersicht

## **Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Gruppen**

- In Tausend € -

## Gruppierungsübersicht 2011 / 2012

HGr. NR.	Bezeichnung	Haushaltsplan		
		Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
		T€		
1	2	3	4	5
0	Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	5.608.883,0	5.965.380,1	6.398.500,0
01	Gemeinschaftsteuern und Gewerbesteuerumlage	5.169.400,0	5.517.800,0	5.842.500,0
011	Lohnsteuer	1.686.400,0	1.807.400,0	1.905.000,0
012	Veranlagte Einkommensteuer	276.200,0	473.500,0	556.600,0
013	Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag (ohne Zinsabschlagsteuer)	68.300,0	133.200,0	143.700,0
014	Körperschaftsteuer	130.500,0	136.600,0	157.800,0
015	Umsatzsteuer	2.064.200,0	2.047.100,0	2.100.100,0
016	Einfuhrumsatzsteuer	657.700,0	658.600,0	700.300,0
017	Gewerbesteuerumlage	140.100,0	164.700,0	175.000,0
018	Zinsabschlagsteuer	146.000,0	96.700,0	104.000,0
05-06	Landessteuern	376.400,0	387.600,0	475.800,0
051	Vermögensteuer	0,0	0,0	0,0
052	Erbschaftsteuer	117.100,0	105.444,0	109.644,0
053	Grunderwerbsteuer	176.600,0	203.200,0	287.400,0
054	Kraftfahrzeugsteuer	0,0	0,0	0,0
055	Totalisatorsteuer	0,0	0,0	0,0
056	Andere Rennwettsteuern	0,0	0,0	0,0
057	Lotteriesteuer	47.500,0	44.400,0	44.400,0
059	Feuerschutzsteuer	12.000,0	11.056,0	11.056,0
061	Biersteuer	23.200,0	23.500,0	23.300,0
069	Sonstige	0,0	0,0	
09	Steuerähnliche Abgaben	63.083,0	59.980,1	80.200,0
093	Abgaben von Spielbanken	11.900,0	7.800,0	7.100,0
099	Sonstige	51.183,0	52.180,1	73.100,0
1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	468.674,8	377.611,3	382.105,7
11	Verwaltungseinnahmen	240.716,1	222.165,9	223.115,9
111	Gebühren, sonstige Entgelte	184.366,6	169.602,1	170.552,1
112	Geldstrafen und Geldbußen	45.593,3	42.229,5	42.229,5
119	Sonstige	10.756,2	10.334,3	10.334,3
12	Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit und aus Vermögen (ohne Zinsen)	217.864,5	149.093,6	149.653,0
121	Gewinne aus Unternehmen und Beteiligungen	7.500,0	1.500,0	1.500,0
122	Konzessionsabgaben	204.091,0	140.243,5	140.243,5
123	Einnahmen aus Lotterie, Lotto, Toto	1.437,0	1.474,0	1.547,0
124	Mieten und Pachten	2.708,0	3.740,8	4.267,8
125	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen und Diensten aus wirtschaftlicher Tätigkeit	1.696,5	1.662,8	1.662,5
129	Sonstige	432,0	472,5	432,2
13	Erlöse aus der Veräußerung von Gegenständen, Kapitalrückzahlungen	5.409,3	2.052,9	5.057,1
131	Erlöse aus der Veräußerung von unbeweglichen Sachen	4.800,0	1.100,0	4.700,0
132	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	190,3	158,9	174,1

## Gruppierungsübersicht 2011 / 2012

HGr. NR.	Bezeichnung	Haushaltsplan		
		Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
		T€		
1	2	3	4	5
133	Erlöse aus der Veräußerung von Beteiligungen und sonstigem Kapitalvermögen	0,0	0,0	0,0
134	Kapitalrückzahlungen	419,0	794,0	183,0
14	Einnahmen aus der Inanspruchnahme von Gewährleistungen	350,0	350,0	350,0
141	Einnahmen aus der Inanspruchnahme von Gewährleistungen aus dem Inland	350,0	350,0	350,0
15	Zinseinnahmen aus dem öffentlichen Bereich	0,1	0,0	0,0
153	Zinseinnahmen von Gemeinden und Gemeindeverbänden	0,1	0,0	0,0
157	Zinseinnahmen von Zweckverbänden	0,0	0,0	0,0
16	Zinseinnahmen aus sonstigen Bereichen	118,9	127,6	120,4
161	Zinseinnahmen von öffentlichen Unternehmen und Einrichtungen	10,0	0,0	0,0
162	Sonstige Zinseinnahmen aus dem Inland	108,9	127,6	120,4
17	Darlehensrückflüsse aus dem öffentlichen Bereich	300,7	159,4	156,7
171	Darlehensrückflüsse vom Bund	15,0	0,0	0,0
173	Darlehensrückflüsse von Gemeinden und Gemeindeverbänden	9,9	9,4	6,7
177	Darlehensrückflüsse von Zweckverbänden	275,8	150,0	150,0
18	Darlehensrückflüsse aus sonstigen Bereichen	3.915,2	3.661,9	3.652,6
181	Darlehensrückflüsse von öffentlichen Unternehmen und Einrichtungen	0,0	0,0	0,0
182	Sonstige Darlehensrückflüsse aus dem Inland	3.905,2	3.659,4	3.650,1
186	Darlehensrückflüsse aus dem Ausland	10,0	2,5	2,5
2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	1.167.483,7	1.216.864,0	1.298.823,1
21	Allgemeine (nicht zweckgebundene) Zuweisungen aus dem öffentlichen Bereich	546.500,0	554.400,0	570.200,0
211	Allgemeine Zuweisungen vom Bund	432.500,0	435.200,0	440.900,0
212	Allgemeine Zuweisungen von Ländern	114.000,0	119.200,0	129.300,0
213	Allgemeine Zuweisungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden	0,0	0,0	0,0
22	Schuldendiensthilfen aus dem öffentlichen Bereich	0,0	0,0	0,0
221	Schuldendiensthilfen vom Bund	0,0	0,0	0,0
23	Sonstige (zweckgebundene) Zuweisungen aus dem öffentlichen Bereich	589.158,3	626.495,9	636.882,6
231	Sonstige Zuweisungen vom Bund	462.152,6	493.607,9	502.585,9
232	Sonstige Zuweisungen von Ländern	27.262,9	44.424,5	45.121,2
233	Sonstige Zuweisungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden	99.011,1	87.778,7	88.476,7
235	Sonstige Zuweisungen von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesanstalt für Arbeit	0,0	0,0	0,0
236	Erstattungen von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesanstalt für Arbeit	708,7	661,8	675,8
237	Sonstige Zuweisungen von Zweckverbänden	23,0	23,0	23,0
26	Schuldendiensthilfen und Erstattungen von Verwaltungsausgaben aus sonstigen Bereichen	9.386,1	9.507,0	9.768,0

## Gruppierungsübersicht 2011 / 2012

HGr. NR.	Bezeichnung	Haushaltsplan		
		Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
		T€		
1	2	3	4	5
261	Schuldendiensthilfen und Erstattungen von Verwaltungsausgaben aus dem Inland	9.386,1	9.507,0	9.768,0
266	Schuldendiensthilfen und Erstattungen von Verwaltungsausgaben aus dem Ausland	0,0	0,0	0,0
27	Zuschüsse von der EU	15.979,3	22.354,6	23.956,5
271	Erstattungen von der EU	360,3	6.434,6	8.056,5
272	Sonstige Zuschüsse von der EU	15.619,0	15.920,0	15.900,0
28	Sonstige Zuschüsse aus sonstigen Bereichen	6.460,0	4.106,5	4.016,0
281	Sonstige Erstattungen aus dem Inland	366,6	485,5	475,5
282	Sonstige Zuschüsse aus dem Inland	6.093,4	3.621,0	3.540,5
286	Sonstige Erstattungen aus dem Ausland	0,0	0,0	0,0
29	Vermögensübertragungen, soweit nicht für Investitionen			54.000,0
298	Vermögensübertragungen von Sonstigen aus dem Inland, soweit nicht Investitionszuschüsse			54.000,0
3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	5.308.157,5	4.632.326,1	4.106.869,5
32	Schuldenaufnahmen am Kreditmarkt	4.672.575,5	4.285.779,7	3.818.241,4
325	Schuldenaufnahmen auf dem sonstigen inländischen Kreditmarkt	4.672.575,5	4.285.779,7	3.818.241,4
33	Zuweisungen für Investitionen aus dem öffentlichen Bereich	356.026,3	238.331,9	178.669,5
331	Zuweisungen für Investitionen vom Bund	168.977,7	164.184,2	155.746,6
332	Zuweisungen für Investitionen von Ländern	871,0	600,0	600,0
333	Zuweisungen für Investitionen von Gemeinden und Gemeindeverbänden	0,0	22.322,9	22.322,9
334	Zuweisungen für Investitionen von Sondervermögen	186.177,6	51.224,8	0,0
34	Beiträge und sonstige Zuschüsse für Investitionen	90.552,5	94.237,1	95.839,6
341	Beiträge	150,0	0,0	0,0
346	Zuschüsse für Investitionen von der EU	90.402,5	94.237,1	95.839,6
35	Entnahmen aus Rücklagen, Fonds und Stöcken	175.361,5	1.000,0	1.000,0
351	Entnahmen aus der Ausgleichsrücklage	0,0	0,0	
353	Entnahmen aus der Schuldendienstrücklage	164.361,5	0,0	0,0
355	Entnahmen aus der Konjunkturausgleichsrücklage	0,0	0,0	
356	Entnahmen aus Fonds und Stöcken	0,0	0,0	0,0
359	Sonstige	11.000,0	1.000,0	1.000,0
36	Einnahmen aus überschüssen der Vorjahre	0,0	0,0	
37	Globale Mehr- und Mindereinnahmen	0,0	0,0	0,0
371	Globale Mehreinnahmen		0,0	0,0
372	Globale Mindereinnahmen	0,0	0,0	0,0
38	Haushaltstechnische Verrechnungen	13.641,7	12.977,4	13.119,0
381	Verrechnungen zwischen Kapiteln	13.111,1	12.694,4	12.836,0
382	Durchlaufende Posten	487,6	240,0	240,0
389	Sonstiges	43,0	43,0	43,0
	<b>Gesamteinnahmen:</b>	<b>12.553.199,0</b>	<b>12.192.181,5</b>	<b>12.186.298,3</b>

## Gruppierungsübersicht 2011 / 2012

HGr. NR.	Bezeichnung	Haushaltsplan		
		Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
		T€		
1	2	3	4	5
4	Personalausgaben	3.313.527,8	3.415.991,1	3.469.385,4
41	Aufwendungen für Abgeordnete und ehrenamtlich Tätige	14.258,5	17.809,0	16.974,7
411	Aufwendungen für Abgeordnete	13.239,3	16.776,2	15.941,9
412	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige	1.019,2	1.032,8	1.032,8
42	Dienstbezüge und Nebenleistungen	2.128.739,0	2.155.446,5	2.138.535,0
421	Bezüge der Ministerpräsidentin bzw. des Ministerpräsidenten, der Ministerin bzw. des Ministers und sonstiger Amtsträger	1.087,6	1.115,7	1.115,7
422	Bezüge und Nebenleistungen der Beamten/innen und Richter/innen	1.724.187,7	1.722.821,9	1.708.444,8
424	Zuführung an die Versorgungsrücklage	10.800,0	14.000,0	17.500,0
425	Vergütungen der Angestellten	0,0	0,0	0,0
426	Löhne der Arbeiter/innen	0,0	0,0	0,0
427	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	17.530,1	16.784,7	16.807,2
428	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	374.504,9	400.094,9	394.038,0
429	Nicht aufteilbare Personalausgaben	628,7	629,3	629,3
43	Versorgungsbezüge und dgl.	897.287,8	927.180,1	951.355,2
431	Versorgungsbezüge der Ministerpräsidentin bzw. des Ministerpräsidenten, der Ministerin bzw. des Ministers	1.725,8	1.948,1	1.957,8
432	Versorgungsbezüge der Beamten/innen und Richter/innen	875.043,5	897.719,0	919.384,4
434	Zuführung an die Versorgungsrücklage	20.500,0	27.500,0	30.000,0
439	Sonstige	18,5	13,0	13,0
44	Beihilfen, Unterstützungen und dgl.	235.944,5	236.692,3	248.787,7
441	Beihilfen, soweit nicht für Versorgungsempfänger/innen	89.417,9	83.494,6	86.074,5
443	Fürsorgeleistungen	10.992,4	12.541,7	12.580,5
446	Beihilfen für Versorgungsempfänger/innen und dgl.	135.534,2	140.656,0	150.132,7
45	Sonstige personalbezogene Ausgaben	9.454,3	9.274,1	9.228,9
453	Trennungsgeld, Umzugskostenvergütungen	1.961,5	1.854,6	1.808,4
459	Sonstiges	7.492,8	7.419,5	7.420,5
46	Globale Mehr- und Minderausgaben für Personalausgaben	27.843,7	69.589,1	104.503,9
461	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	27.843,7	69.589,1	104.503,9
5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	4.595.936,7	4.389.889,9	4.354.849,7
51-55	Sächliche Verwaltungsausgaben	449.327,9	418.198,1	417.620,8
511	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	31.694,2	30.677,1	30.416,5
514	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	20.507,1	22.851,6	22.130,1
517	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	53.375,8	58.170,5	60.138,8
518	Mieten und Pachten	86.225,7	30.206,6	30.125,2
519	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	6.804,6	15.937,8	15.953,4

## Gruppierungsübersicht 2011 / 2012

HGr. NR.	Bezeichnung	Haushaltsplan		
		Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
		T€		
1	2	3	4	5
521	Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens	2.712,2	2.977,8	2.920,8
523	Kunst- und Wissenschaftliche Sammlungen und Bibliotheken	101,0	98,5	98,5
525	Aus- und Fortbildung	9.496,3	10.062,1	10.166,4
526	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	123.970,0	124.155,8	123.672,7
527	Dienstreisen	7.535,7	7.076,2	7.094,9
529	Verfügungsmittel	539,8	485,6	484,1
531-546	Sonstiges	103.548,1	112.748,6	111.484,7
547	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	2.817,4	2.749,9	2.934,7
56	Zinsausgaben an Gebietskörperschaften, Sondervermögen und gebietskörperschaftliche Zusammenschlüsse	15,0	14,7	14,2
561	Zinsausgaben an Bund	15,0	14,7	14,2
57	Zinsausgaben an Kreditmarkt	1.056.346,4	958.935,5	1.059.107,9
575	Zinsausgaben an sonstigen inländischen Kreditmarkt	1.056.346,4	958.935,5	1.059.107,9
58	Tilgungsausgaben an Gebietskörperschaften, Sondervermögen und gebietskörperschaftliche Zusammenschlüsse	492,4	492,8	493,1
581	Tilgungsausgaben an Bund	92,4	92,8	93,1
584	Tilgungsausgaben an Sondervermögen	400,0	400,0	400,0
59	Tilgungsausgaben an Kreditmarkt	3.089.755,0	3.012.248,8	2.877.613,7
595	Tilgungsausgaben an sonstigen inländischen Kreditmarkt	3.089.755,0	3.012.248,8	2.877.613,7
6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	3.477.889,1	3.443.962,9	3.529.161,3
61	Allgemeine (nicht zweckgebundene) Zuweisungen an öffentlichen Bereich	1.013.974,5	908.883,0	953.241,8
611	Allgemeine Zuweisungen an Bund	0,0	0,0	
612	Allgemeine Zuweisungen an Länder	0,0	0,0	
613	Allgemeine Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	1.013.974,5	908.883,0	953.241,8
62	Schuldendiensthilfen an öffentlichen Bereich	33.988,0	40.003,6	40.002,1
623	Schuldendiensthilfen an Gemeinden und Gemeindeverbände	33.988,0	40.003,6	40.002,1
63	Sonstige (zweckgebundene) Zuweisungen an öffentlichen Bereich	1.164.280,4	1.179.236,1	1.207.622,0
631	Sonstige Zuweisungen an Bund	11.976,8	12.333,5	12.087,3
632	Sonstige Zuweisungen an Länder	27.062,3	48.257,6	48.831,3
633	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	1.115.560,4	1.107.099,2	1.134.924,4
634	Sonstige Zuweisungen an Sondervermögen	1.353,0	1.331,0	1.170,0
636	Sonstige Zuweisungen an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	2.992,4	4.587,3	4.581,5
637	Sonstige Zuweisungen an Zweckverbände	5.335,5	5.627,5	6.027,5
66	Schuldendiensthilfen an sonstige Bereiche	11.872,2	10.536,9	9.846,6
661	Schuldendiensthilfen an öffentliche Unternehmen	1.320,2	1.287,4	1.248,0
662	Schuldendiensthilfen an private Unternehmen	9.817,0	8.658,5	8.037,6



## Gruppierungsübersicht 2011 / 2012

HGr. NR.	Bezeichnung	Haushaltsplan		
		Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
		T€		
1	2	3	4	5
663	Schuldendiensthilfen an Sonstige im Inland	735,0	591,0	561,0
67	Erstattungen an sonstige Bereiche	35.105,0	37.654,4	37.265,8
671	Erstattungen an Inland	35.105,0	37.654,4	37.265,8
68	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke an sonstige Bereiche	1.218.222,0	1.265.584,9	1.278.312,0
681	Renten, Unterstützungen und sonstige Geldleistungen an natürliche Personen	137.322,8	162.151,8	161.423,0
682	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	258.876,8	252.135,4	271.947,8
683	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	97.444,4	107.371,6	93.171,1
684	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	153.707,1	150.014,4	149.671,8
685	sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	517.452,9	539.464,3	546.195,7
686	Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	53.130,5	53.976,6	55.441,8
687	Zuschüsse für laufende Zwecke im Ausland	287,5	470,8	460,8
69	Vermögensübertragungen, soweit nicht für Investitionen	447,0	2.064,0	2.871,0
693	Vermögensübertragungen an Gemeinden und Gemeindeverbände, soweit nicht Investitionszuweisungen	447,0	1.974,0	2.781,0
698	Vermögensübertragungen an Sonstige im Inland, soweit nicht Investitionszuschüsse	0,0	90,0	90,0
7	Baumaßnahmen	202.468,2	186.351,0	166.321,7
71-74	Hochbau	201.868,2	186.031,0	166.055,7
75-79	Tiefbau	600,0	320,0	266,0
8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	975.878,0	691.031,0	630.415,0
81	Erwerb von beweglichen Sachen	82.579,1	40.038,1	36.344,9
811	Erwerb von Fahrzeugen	20.890,4	7.551,4	5.871,0
812	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	61.668,7	32.457,7	30.473,9
813	Erwerb von sonstigen beweglichen Sachen im Inland	20,0	0,0	0,0
816	Erwerb von Fahrzeugen im Ausland		29,0	0,0
82	Erwerb von unbeweglichen Sachen	3.550,0	90,0	3.500,0
821	Grunderwerb	3.550,0	0,0	3.500,0
823	Erwerb privat vorfinanzierter unbeweglicher Sachen		90,0	0,0
83	Erwerb von Beteiligungen und dgl.	0,0	0,0	0,0
831	Erwerb von Beteiligungen und dgl. im Inland	0,0	0,0	0,0
85	Darlehen an öffentlichen Bereich	20.000,0	0,0	0,0
851	Darlehen an Bund	20.000,0	0,0	0,0
86	Darlehen an sonstige Bereiche	26.020,0	33.720,0	35.020,0
862	Darlehen an private Unternehmen	0,0	0,0	0,0
863	Darlehen an sonstige im Inland	26.020,0	33.720,0	35.020,0
87	Inanspruchnahme aus Gewährleistungen	11.826,1	11.180,9	10.147,1
871	Inanspruchnahme aus Gewährleistungen	11.826,1	11.180,9	10.147,1

## Gruppierungsübersicht 2011 / 2012

HGr. NR.	Bezeichnung	Haushaltsplan		
		Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
		T€		
1	2	3	4	5
88	Zuweisungen für Investitionen an öffentlichen Bereich	568.720,9	421.881,0	372.130,0
881	Zuweisungen für Investitionen an Bund	0,0	0,0	0,0
882	Zuweisungen für Investitionen an Länder	500,0	1.200,0	1.075,0
883	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	541.147,6	394.464,4	343.797,5
884	Zuweisungen für Investitionen an Sondervermögen	12.620,0	12.620,0	12.620,0
887	Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände	14.453,3	13.596,6	14.637,5
89	Zuschüsse für Investitionen an sonstige Bereiche	263.181,9	184.121,0	173.273,0
891	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	113.434,4	56.583,2	49.228,0
892	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	45.383,0	41.949,1	37.504,7
893	Zuschüsse für Investitionen an sonstige im Inland	44.075,7	34.407,5	33.621,9
894	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	60.288,8	51.181,2	52.918,4
9	Besondere Finanzierungsausgaben	-12.500,8	64.955,6	36.165,2
91	Zuführungen an Rücklagen, Fonds und Stöcke	3.500,0	51.978,2	23.046,2
911	Zuführungen an Ausgleichsrücklage	0,0	0,0	
913	Zuführungen an Schuldendienstrücklage	0,0	51.978,2	20.046,2
915	Zuführungen an Konjunkturausgleichsrücklage	0,0	0,0	
916	Zuführungen an Fonds und Stöcke	0,0	0,0	0,0
919	Sonstige	3.500,0	0,0	3.000,0
96	Ausgaben zur Deckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren	0,0	0,0	
97	Globale Mehr- und Minderausgaben	-29.642,5	0,0	0,0
971	Globale Mehrausgaben	0,0	4.900,0	3.900,0
972	Globale Minderausgaben	-29.642,5	-4.900,0	-3.900,0
98	Haushaltstechnische Verrechnungen	13.641,7	12.977,4	13.119,0
981	Verrechnungen zwischen Kapiteln	13.111,1	12.694,4	12.836,0
982	Durchlaufende Posten	487,6	240,0	240,0
989	Sonstiges	43,0	43,0	43,0
	<b>Gesamtausgaben:</b>	<b>12.553.199,0</b>	<b>12.192.181,5</b>	<b>12.186.298,3</b>

## II. Funktionenübersicht

### **Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Funktionen / Aufgabenbereichen**

- In Tausend € -

## Funktionenübersicht 2011 / 2012

1	Funktionen (Aufgabenbereiche)	Haushaltsplan					
		Soll 2010		Soll 2011		Soll 2012	
		Ein- nahmen	Aus- gaben	Ein- nahmen	Aus- gaben	Ein- nahmen	Aus- gaben
		T€					
2	3	4	5	6	7	8	
<b>0</b>	<b>Allgemeine Dienste</b>	<b>281.957,4</b>	<b>1.940.203,8</b>	<b>281.387,9</b>	<b>1.964.438,3</b>	<b>276.913,4</b>	<b>1.969.165,4</b>
<b>01</b>	<b>Politische Führung und zentrale Verwaltung</b>	<b>68.181,7</b>	<b>794.999,1</b>	<b>84.156,8</b>	<b>801.713,4</b>	<b>78.264,0</b>	<b>809.285,7</b>
011	Politische Führung	16.839,6	187.022,4	8.310,5	172.109,0	1.670,0	169.508,8
012	Innere Verwaltung	854,5	11.599,8	796,0	12.946,1	796,0	13.076,0
013	Informationswesen	0,0	4.708,5	0,0	2.531,0	0,0	2.359,8
014	Statistischer Dienst	0,0	17.499,1	0,0	28.081,6	0,0	15.194,6
016	Hochbauverwaltung	41.018,7	184.426,8	48.877,0	155.023,1	50.397,5	157.047,1
018	Versorgung einschließlich Beihilfen für Versorgungsempfänger/innen, soweit nicht unter Funktionen 038, 039, 048, 058, 068, 118 und 138	7.372,6	288.953,5	24.117,0	329.747,0	23.344,2	351.323,8
019	Sonstige allgemeine Staatsaufgaben	2.096,3	100.789,0	2.056,3	101.275,6	2.056,3	100.775,6
<b>02</b>	<b>Auswärtige Angelegenheiten</b>	<b>492,5</b>	<b>2.218,1</b>	<b>618,0</b>	<b>2.540,8</b>	<b>618,0</b>	<b>2.578,0</b>
023	Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	0,0	87,5	133,0	185,5	133,0	185,5
024	Auslandsschulwesen und kulturelle Angelegenheiten im Ausland	492,5	2.129,5	485,0	2.354,3	485,0	2.391,5
029	Sonstiges	0,0	1,1	0,0	1,0	0,0	1,0
<b>04</b>	<b>Öffentliche Sicherheit und Ordnung</b>	<b>23.329,2</b>	<b>519.577,0</b>	<b>21.761,8</b>	<b>511.531,4</b>	<b>20.585,3</b>	<b>507.903,8</b>
042	Polizei	18.836,2	379.432,7	17.185,7	365.740,9	15.837,2	359.861,6
044	Brandschutz	850,0	13.953,1	821,1	17.472,6	943,1	16.638,3
045	Katastrophenschutz	33,0	8.249,5	15,0	2.369,3	15,0	2.372,3
048	Versorgung einschließlich Beihilfen für Versorgungsempfänger/innen im Bereich der öffentlichen Sicherheit und Ordnung	3.000,0	114.804,8	3.050,0	122.356,1	3.100,0	125.443,1
049	Sonstiges	610,0	3.136,9	690,0	3.592,5	690,0	3.588,5
<b>05</b>	<b>Rechtsschutz</b>	<b>150.901,9</b>	<b>421.227,1</b>	<b>136.413,9</b>	<b>434.475,4</b>	<b>138.274,7</b>	<b>434.607,3</b>
052	Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften	143.247,0	262.310,0	130.371,0	270.779,6	132.377,0	269.327,9
053	Verwaltungsgerichte	2.304,5	7.158,3	1.005,0	7.895,9	1.003,0	6.884,0
054	Arbeits- und Sozialgerichte	2.302,5	17.669,6	1.952,5	18.791,1	1.952,5	18.644,3
055	Finanzgerichte	450,0	1.669,1	450,0	1.717,5	450,0	1.719,5
056	Justizvollzugsanstalten	2.597,9	64.572,6	2.635,4	62.844,9	2.492,2	63.026,2
058	Versorgung einschließlich Beihilfen für Versorgungsempfänger/innen im Bereich des Rechtsschutzes	0,0	67.847,5	0,0	72.446,4	0,0	75.005,4
<b>06</b>	<b>Finanzverwaltung</b>	<b>39.052,1</b>	<b>202.182,5</b>	<b>38.437,4</b>	<b>214.177,3</b>	<b>39.171,4</b>	<b>214.790,6</b>
061	Steuer- und Zollverwaltung, Vermögensverwaltung	37.081,0	160.150,4	36.564,6	170.166,3	37.298,6	169.468,2
062	Schuldenverwaltung und sonstige Finanzverwaltung	1.971,1	7.056,8	1.872,8	7.394,9	1.872,8	7.405,8

## Funktionenübersicht 2011 / 2012

	Funktionen  (Aufgabenbereiche)	Haushaltsplan					
		Soll 2010		Soll 2011		Soll 2012	
		Ein- nahmen	Aus- gaben	Ein- nahmen	Aus- gaben	Ein- nahmen	Aus- gaben
		T€					
1	2	3	4	5	6	7	8
068	Versorgung einschließlich Beihilfen für Versorgungsempfänger/innen im Bereich der Finanzverwaltung	0,0	34.975,3	0,0	36.616,1	0,0	37.916,6
<b>1</b>	<b>Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten</b>	<b>167.412,6</b>	<b>2.852.894,5</b>	<b>189.072,5</b>	<b>2.802.416,9</b>	<b>211.749,9</b>	<b>2.772.588,3</b>
<b>11</b>	<b>Allgemeinbildende und berufliche Schulen</b>	<b>2.351,0</b>	<b>1.479.129,9</b>	<b>2.351,0</b>	<b>1.470.703,6</b>	<b>2.351,0</b>	<b>1.468.221,3</b>
111	Unterrichtsverwaltung	2.351,0	4.436,0	2.351,0	4.562,0	2.351,0	4.607,5
112	Grundschulen	0,0	2.017,0	0,0	2.016,5	0,0	2.006,4
113	Hauptschulen	0,0	60,0	0,0	60,0	0,0	60,0
114	Kombinierte Grund- und Hauptschulen	0,0	450.444,2	0,0	294.821,8	0,0	290.707,8
115	Kombinierte Haupt- und Realschulen	0,0	175.819,9	0,0	97.456,8	0,0	96.482,4
116	Realschulen	0,0	5.348,5	0,0	5.048,8	0,0	4.897,0
117	Gymnasien, Kollegs	0,0	258.739,9	0,0	276.859,8	0,0	273.972,8
118	Versorgung einschließlich Beihilfen für Versorgungsempfänger/innen im Bereich der Schulen (nur Länder)	0,0	493.543,5	0,0	493.116,3	0,0	500.982,4
119	Gesamtschulen (integrierte und additive)	0,0	88.720,9	0,0	296.761,6	0,0	294.505,0
<b>12</b>	<b>Allgemeinbildende und berufliche Schulen</b>	<b>21.831,3</b>	<b>501.979,8</b>	<b>25.895,0</b>	<b>446.464,9</b>	<b>26.220,1</b>	<b>399.686,5</b>
123	Freie Waldorfschulen	0,0	22.111,4	0,0	22.746,0	0,0	23.019,0
124	Sonderschulen	7.421,5	118.012,3	7.683,0	118.137,7	7.851,8	118.060,9
127	Berufliche Schulen	1.990,7	214.524,1	2.037,0	219.356,3	2.007,0	215.729,6
129	Sonstige schulische Aufgaben	12.419,1	147.332,0	16.175,0	86.224,9	16.361,3	42.877,0
<b>13</b>	<b>Hochschulen</b>	<b>31.324,5</b>	<b>549.752,0</b>	<b>32.488,6</b>	<b>556.410,2</b>	<b>41.717,2</b>	<b>565.516,2</b>
131	Universitäten	28.774,5	359.517,2	32.422,1	361.908,0	41.717,2	383.345,6
132	Hochschulkliniken	0,0	39.692,0	0,0	31.857,0	0,0	20.638,0
133	Verwaltungsfachhochschulen	0,0	420,0	0,0	555,0	0,0	555,0
135	Kunsthochschulen	0,0	10.804,9	0,0	11.529,3	0,0	11.529,3
136	Fachhochschulen	0,0	66.240,7	0,0	73.813,6	0,0	69.702,6
137	Deutsche Forschungsgemeinschaft	0,0	21.424,0	0,0	22.695,2	0,0	23.830,0
138	Versorgung einschließlich Beihilfen für Versorgungsempfänger/innen im Bereich der Hochschulen	2.400,0	50.354,2	66,5	53.312,1	0,0	55.172,2
139	Sonstige Hochschulaufgaben	150,0	1.299,0	0,0	740,0	0,0	743,5
<b>14</b>	<b>Förderung von Schülern/innen, Studenten/innen und dgl.</b>	<b>55.712,0</b>	<b>85.811,5</b>	<b>65.300,5</b>	<b>97.616,9</b>	<b>67.835,5</b>	<b>101.402,6</b>
141	Fördermaßnahmen für Schüler/innen	17.763,0	26.704,6	19.861,5	29.862,8	20.661,5	31.162,8
142	Fördermaßnahmen für Studierende	37.934,0	57.501,9	45.439,0	67.754,1	47.174,0	70.239,8
143	Fördermaßnahmen für den wissenschaftlichen Nachwuchs	15,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
146	Studentenwohnraumförderung	0,0	1.605,0	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>15</b>	<b>Sonstiges Bildungswesen</b>	<b>2.288,0</b>	<b>24.751,5</b>	<b>2.714,4</b>	<b>24.520,9</b>	<b>2.734,0</b>	<b>24.406,7</b>
151	Förderung der Weiterbildung	2.184,0	6.834,0	2.714,4	7.211,0	2.734,0	7.321,0
152	Volkshochschulen	0,0	3.604,3	0,0	3.181,5	0,0	3.181,5
153	Andere Einrichtungen der Weiterbildung	104,0	921,4	0,0	312,9	0,0	265,9

## Funktionenübersicht 2011 / 2012

	Funktionen  (Aufgabenbereiche)	Haushaltsplan					
		Soll 2010		Soll 2011		Soll 2012	
		Ein- nahmen	Aus- gaben	Ein- nahmen	Aus- gaben	Ein- nahmen	Aus- gaben
		T€					
1	2	3	4	5	6	7	8
154	Einrichtungen der Lehrerausbildung	0,0	13.391,8	0,0	13.815,5	0,0	13.638,3
155	Einrichtungen der Lehrerfortbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>16/17</b>	<b>Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen</b>	<b>53.038,8</b>	<b>128.340,1</b>	<b>60.268,0</b>	<b>124.555,2</b>	<b>70.837,1</b>	<b>132.331,6</b>
162	Wissenschaftliche Bibliotheken, Archive, Fachinformationszentren	0,0	3.354,3	1,8	3.935,3	0,0	3.414,6
164	Gemeinsame Forschungsförderung von Bund und Ländern	53.025,8	110.784,4	60.256,2	115.291,4	70.827,1	122.779,5
165	Andere Einrichtungen für Wissenschaft und Forschung	0,0	2.086,8	0,0	1.611,4	0,0	2.202,0
169	Forschung und experimentelle Entwicklung zur industriellen Produktivität und Technologie (Einzelmaßnahmen)	0,0	11.457,5	0,0	3.056,0	0,0	3.247,6
174	Forschung und experimentelle Entwicklung zur landwirtschaftlichen Produktivität und Technologie (Einzelmaßnahmen)	0,0	185,0	0,0	400,0	0,0	450,0
177	Forschung und experimentelle Entwicklung zur Erkundung und Nutzung der irdischen Umwelt (Einzelmaßnahmen)	13,0	472,1	10,0	261,1	10,0	237,9
<b>18</b>	<b>Kultureinrichtungen (einschließlich Kulturverwaltung)</b>	<b>819,0</b>	<b>63.303,0</b>	<b>15,0</b>	<b>62.670,7</b>	<b>15,0</b>	<b>61.665,3</b>
181	Theater	0,0	37.059,5	0,0	37.074,5	0,0	37.066,3
182	Einrichtungen der Musikpflege	804,0	1.950,0	0,0	1.667,5	0,0	1.450,8
183	Museen, Sammlungen, Ausstellungen	0,0	13.510,6	0,0	13.744,5	0,0	13.069,5
185	Musikschulen	0,0	810,5	0,0	800,5	0,0	800,5
186	Nichtwissenschaftliche Bibliotheken	15,0	7.242,0	15,0	7.313,0	15,0	7.313,0
187	Sonstige Kultureinrichtungen	0,0	2.730,4	0,0	2.070,7	0,0	1.965,2
188	Verwaltung für kulturelle Angelegenheiten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>19</b>	<b>Kulturförderung, Denkmalschutz, kirchliche Angelegenheiten</b>	<b>48,0</b>	<b>19.826,7</b>	<b>40,0</b>	<b>19.474,5</b>	<b>40,0</b>	<b>19.358,1</b>
<b>2</b>	<b>Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung</b>	<b>145.299,7</b>	<b>1.249.612,8</b>	<b>163.599,5</b>	<b>1.203.832,5</b>	<b>151.065,1</b>	<b>1.210.362,6</b>
<b>21</b>	<b>Verwaltung</b>	<b>137,0</b>	<b>15.524,1</b>	<b>7,0</b>	<b>15.771,6</b>	<b>7,0</b>	<b>15.571,5</b>
212	Sozialamt, Sozialhilfeverband, Landeswohlfahrtsverband	1,0	0,0	1,0	0,0	1,0	0,0
214	Versorgungsämter	136,0	14.968,1	6,0	15.521,6	6,0	15.321,5
219	Sonstige Behörden	0,0	556,0	0,0	250,0	0,0	250,0
<b>22</b>	<b>Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung</b>	<b>375,8</b>	<b>6.930,0</b>	<b>305,1</b>	<b>6.974,0</b>	<b>319,1</b>	<b>7.124,0</b>
223	Unfallversicherung	0,0	6.910,0	0,0	6.960,0	0,0	7.110,0
224	Krankenversicherung	375,8	0,0	305,1	0,0	319,1	0,0
227	Pflegeversicherung	0,0	0,0	0,0	1,0	0,0	1,0
229	Sonstige Sozialversicherungen	0,0	20,0	0,0	13,0	0,0	13,0
<b>23</b>	<b>Familien-und Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u.ä.</b>	<b>83.771,4</b>	<b>841.716,5</b>	<b>93.708,5</b>	<b>866.273,7</b>	<b>92.310,3</b>	<b>874.465,1</b>
232	Erziehungsgeld, Mutterschutz	0,0	0,0	10,0	17,0	10,0	17,0
233	Wohngeld	28.250,0	56.500,0	38.500,0	77.000,0	36.750,0	73.500,0

## Funktionenübersicht 2011 / 2012

1	Funktionen (Aufgabenbereiche)	Haushaltsplan					
		Soll 2010		Soll 2011		Soll 2012	
		Ein- nahmen	Aus- gaben	Ein- nahmen	Aus- gaben	Ein- nahmen	Aus- gaben
		T€					
2	3	4	5	6	7	8	
234	Leistungen nach dem Bundessozialhilfe- und dem Asylbewerberleistungsgesetz	34.911,1	683.712,2	35.254,8	687.470,2	35.606,6	698.979,8
235	Soziale Einrichtungen	262,0	20.141,4	262,0	24.397,0	262,0	25.496,5
236	Förderung der Wohlfahrtspflege	195,0	39.836,2	195,0	37.862,8	195,0	36.945,1
237	Leistungen nach dem Unterhaltsvorschuss- gesetz	20.153,3	41.526,7	19.486,7	39.526,7	19.486,7	39.526,7
<b>24</b>	<b>Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen</b>	<b>2.031,2</b>	<b>21.928,1</b>	<b>2.254,2</b>	<b>21.391,4</b>	<b>2.234,7</b>	<b>20.814,9</b>
241	Leistungen der Kriegsopferversorgung und gleichartige Leistungen (nur Bund)	0,0	1.712,5	0,0	1.712,5	0,0	1.682,5
242	Einrichtungen der Kriegsopferversorgung	0,0	2.944,0	0,0	3.144,5	0,0	3.189,5
243	Lastenausgleich	0,0	410,0	0,0	340,0	0,0	300,0
244	Wiedergutmachung	20,4	7.762,5	20,4	7.390,3	20,4	7.190,3
246	Vertriebene und Spätaussiedler/innen	1,5	5.377,1	1,5	5.221,0	1,5	4.947,5
247	Kriegsopferversorgung	1.186,4	2.870,0	1.165,7	2.486,9	1.146,2	2.408,9
249	Sonstiges	822,9	852,0	1.066,6	1.096,2	1.066,6	1.096,2
<b>25</b>	<b>Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsschutz</b>	<b>17.209,8</b>	<b>82.298,5</b>	<b>17.759,2</b>	<b>82.346,0</b>	<b>17.756,5</b>	<b>81.731,7</b>
251	Grundsicherung für Arbeitssuchende	0,0	51.000,0	0,0	51.000,0	0,0	51.000,0
252	Hilfen für Berufsausbildung, Fortbildung und Umschulung	409,5	3.424,0	509,5	2.794,0	509,5	2.769,0
253	Sonstige Anpassungsmaßnahmen und produktive Arbeitsförderung	15.403,3	22.452,3	15.702,7	23.016,0	15.700,0	22.325,0
254	Arbeitsschutz	1.397,0	5.422,2	1.547,0	5.536,0	1.547,0	5.637,7
<b>26</b>	<b>Jugendhilfe nach dem SGB VIII</b>	<b>19.040,0</b>	<b>203.649,1</b>	<b>26.072,0</b>	<b>133.459,0</b>	<b>14.072,0</b>	<b>131.204,8</b>
<b>27</b>	<b>Einrichtungen der Jugendhilfe</b>	<b>28,0</b>	<b>998,8</b>	<b>28,0</b>	<b>977,0</b>	<b>28,0</b>	<b>901,5</b>
<b>29</b>	<b>Sonstige soziale Angelegenheiten</b>	<b>22.706,5</b>	<b>76.567,7</b>	<b>23.465,5</b>	<b>76.639,8</b>	<b>24.337,5</b>	<b>78.549,1</b>
<b>3</b>	<b>Gesundheit, Umwelt, Sport und Erho- lung</b>	<b>79.243,8</b>	<b>241.590,3</b>	<b>83.672,2</b>	<b>228.600,6</b>	<b>84.109,5</b>	<b>224.557,0</b>
<b>31</b>	<b>Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens</b>	<b>36.870,7</b>	<b>153.760,1</b>	<b>44.004,1</b>	<b>148.710,9</b>	<b>44.010,2</b>	<b>145.909,7</b>
311	Gesundheitsbehörden	434,8	126,1	484,8	98,1	484,8	98,1
312	Krankenhäuser und Heilstätten	35.600,3	129.700,7	42.409,3	123.561,2	42.409,3	121.204,2
314	Maßnahmen des Gesundheitswesens	502,7	23.933,3	753,3	25.051,6	759,4	24.607,4
319	Sonstiges	332,9	0,0	356,7	0,0	356,7	0,0
<b>32</b>	<b>Sport und Erholung</b>	<b>60,0</b>	<b>8.710,6</b>	<b>60,0</b>	<b>6.340,9</b>	<b>60,0</b>	<b>6.340,9</b>
323	Sportstätten	60,0	2.354,0	60,0	60,0	60,0	60,0
324	Förderung des Sports	0,0	6.356,6	0,0	6.280,9	0,0	6.280,9
<b>33</b>	<b>Umwelt- und Naturschutz</b>	<b>18.172,6</b>	<b>53.613,8</b>	<b>15.666,6</b>	<b>48.131,2</b>	<b>16.097,8</b>	<b>46.888,8</b>
<b>34</b>	<b>Reaktorsicherheit und Strahlenschutz</b>	<b>24.140,5</b>	<b>25.505,8</b>	<b>23.941,5</b>	<b>25.417,6</b>	<b>23.941,5</b>	<b>25.417,6</b>
341	Behörden für Reaktorsicherheit und Strah- lenschutz	24.006,5	4.600,2	23.796,5	4.512,0	23.796,5	4.512,0

## Funktionenübersicht 2011 / 2012

	Funktionen  (Aufgabenbereiche)	Haushaltsplan					
		Soll 2010		Soll 2011		Soll 2012	
		Ein- nahmen	Aus- gaben	Ein- nahmen	Aus- gaben	Ein- nahmen	Aus- gaben
		T€					
1	2	3	4	5	6	7	8
342	Maßnahmen der Reaktorsicherheit und des Strahlenschutzes	134,0	20.905,6	145,0	20.905,6	145,0	20.905,6
<b>4</b>	<b>Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste</b>	<b>34.123,9</b>	<b>83.375,8</b>	<b>34.182,4</b>	<b>66.439,4</b>	<b>33.522,8</b>	<b>62.964,9</b>
<b>41</b>	<b>Wohnungswesen</b>	<b>12.807,9</b>	<b>12.736,5</b>	<b>12.741,3</b>	<b>12.712,0</b>	<b>12.741,3</b>	<b>12.712,0</b>
411	Förderung des Wohnungsbaues	12.807,9	12.671,0	12.741,3	12.620,0	12.741,3	12.620,0
419	Sonstiges	0,0	65,5	0,0	92,0	0,0	92,0
<b>42</b>	<b>Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen</b>	<b>11.701,0</b>	<b>27.896,3</b>	<b>10.763,5</b>	<b>27.588,8</b>	<b>9.763,5</b>	<b>26.546,9</b>
421	Kataster- und Vermessungsverwaltung	11.696,0	27.702,1	10.758,5	27.465,9	9.758,5	26.424,0
422	Raumordnung und Landesplanung	5,0	194,2	5,0	122,9	5,0	122,9
<b>44</b>	<b>Städtebauförderung</b>	<b>9.615,0</b>	<b>42.743,0</b>	<b>10.677,6</b>	<b>26.138,6</b>	<b>11.018,0</b>	<b>23.706,0</b>
<b>5</b>	<b>Ernährung, Landwirtschaft und Forsten</b>	<b>46.723,7</b>	<b>91.761,4</b>	<b>52.919,7</b>	<b>80.256,9</b>	<b>54.038,7</b>	<b>81.279,3</b>
<b>51</b>	<b>Verwaltung (ohne Betriebsverwaltung)</b>	<b>25,0</b>	<b>33.477,2</b>	<b>25,0</b>	<b>29.748,2</b>	<b>25,0</b>	<b>28.090,2</b>
511	Ernährung und Landwirtschaft	25,0	24.275,5	25,0	22.622,0	25,0	21.581,8
512	Forsten	0,0	9.201,7	0,0	7.126,2	0,0	6.508,4
<b>52</b>	<b>Verbesserung der Agrarstruktur</b>	<b>17.960,0</b>	<b>51.882,3</b>	<b>20.008,3</b>	<b>44.727,2</b>	<b>21.110,2</b>	<b>47.526,2</b>
521	Verbesserung der Agrarstruktur (Gemeinschaftsaufgabe)	17.115,0	45.714,7	13.241,0	37.201,6	12.749,7	39.422,2
528	EU-Ausrichtungsfonds	500,0	590,0	6.415,3	6.389,6	8.025,5	7.970,5
529	Sonstiges	345,0	5.577,6	352,0	1.136,0	335,0	133,5
<b>53</b>	<b>Einkommensstabilisierende Maßnahmen</b>	<b>25.052,5</b>	<b>0,0</b>	<b>29.328,0</b>	<b>0,0</b>	<b>29.355,9</b>	<b>0,0</b>
531	EU-Garantiefonds	25.052,5	0,0	29.328,0	0,0	29.355,9	0,0
<b>54</b>	<b>Sonstige Bereiche</b>	<b>3.686,2</b>	<b>6.401,9</b>	<b>3.558,4</b>	<b>5.781,5</b>	<b>3.547,6</b>	<b>5.662,9</b>
542	Fischerei	2.926,2	3.064,9	2.993,4	3.006,4	3.012,6	2.949,4
549	Sonstiges	760,0	3.337,0	565,0	2.775,1	535,0	2.713,5
<b>6</b>	<b>Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen</b>	<b>482.001,1</b>	<b>294.615,0</b>	<b>283.960,7</b>	<b>244.571,6</b>	<b>249.841,6</b>	<b>226.043,8</b>
<b>61</b>	<b>Verwaltung</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
<b>62</b>	<b>Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau</b>	<b>80.942,3</b>	<b>110.145,0</b>	<b>78.392,1</b>	<b>113.293,3</b>	<b>99.000,8</b>	<b>112.517,2</b>
623	Wasserwirtschaft und Kulturbau	53.069,8	63.723,6	53.721,9	67.459,8	74.430,6	70.343,2
625	Küstenschutz	27.872,5	44.221,4	24.670,2	43.633,5	24.570,2	39.974,0
627	Sonstige Energieversorgung	0,0	200,0	0,0	200,0	0,0	200,0
629	Sonstiges	0,0	2.000,0	0,0	2.000,0	0,0	2.000,0
<b>63</b>	<b>Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe</b>	<b>140.000,0</b>	<b>1.235,0</b>	<b>80.000,0</b>	<b>2.736,0</b>	<b>80.000,0</b>	<b>2.736,0</b>
632	Sonstiger Bergbau	140.000,0	0,0	80.000,0	0,0	80.000,0	0,0
634	Verarbeitende Industrie	0,0	1.000,0	0,0	2.500,0	0,0	2.500,0
635	Handwerk und Kleingewerbe	0,0	235,0	0,0	236,0	0,0	236,0
<b>64</b>	<b>Handel</b>	<b>0,0</b>	<b>550,0</b>	<b>0,0</b>	<b>100,0</b>	<b>0,0</b>	<b>100,0</b>
642	Exportförderung, Auslandsmessen	0,0	350,0	0,0	100,0	0,0	100,0



## Funktionenübersicht 2011 / 2012

	Funktionen  (Aufgabenbereiche)	Haushaltsplan					
		Soll 2010		Soll 2011		Soll 2012	
		Ein- nahmen	Aus- gaben	Ein- nahmen	Aus- gaben	Ein- nahmen	Aus- gaben
		T€					
1	2	3	4	5	6	7	8
649	Sonstiges	0,0	200,0	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>65</b>	<b>Fremdenverkehr</b>	<b>0,0</b>	<b>3.002,8</b>	<b>0,0</b>	<b>2.103,8</b>	<b>0,0</b>	<b>1.933,8</b>
<b>68</b>	<b>Sonstige Bereiche</b>	<b>2.000,0</b>	<b>12.787,0</b>	<b>1.050,1</b>	<b>12.957,0</b>	<b>1.000,1</b>	<b>11.982,0</b>
<b>69</b>	<b>Regionale Fördermaßnahmen</b>	<b>259.058,8</b>	<b>166.895,2</b>	<b>124.518,5</b>	<b>113.381,5</b>	<b>69.840,7</b>	<b>96.774,8</b>
691	Betriebliche Investitionen	10.730,0	19.363,1	10.413,0	18.479,0	8.828,0	15.682,1
692	Verbesserung der Infrastruktur	248.328,8	147.532,1	114.105,5	94.902,5	61.012,7	81.092,7
<b>7</b>	<b>Verkehrs- und Nachrichtenwesen</b>	<b>287.503,1</b>	<b>436.615,8</b>	<b>271.413,1</b>	<b>418.412,4</b>	<b>274.860,0</b>	<b>418.960,0</b>
<b>71</b>	<b>Verwaltung</b>	<b>35,0</b>	<b>101.069,3</b>	<b>28,0</b>	<b>83.124,7</b>	<b>28,0</b>	<b>80.194,9</b>
711	Straßen- und Brückenbau	35,0	100.930,0	28,0	83.061,3	28,0	80.131,0
719	Sonstiges	0,0	139,3	0,0	63,4	0,0	63,9
<b>72</b>	<b>Straßen</b>	<b>52.637,0</b>	<b>79.043,1</b>	<b>29.637,0</b>	<b>61.554,8</b>	<b>29.637,0</b>	<b>60.757,0</b>
722	Bundesstraßen	20.000,0	20.000,0	0,0	0,0	0,0	0,0
723	Landesstraßen	0,0	0,0	0,0	7.000,0	0,0	7.000,0
724	Kreisstraßen	32.437,0	20.400,0	29.437,0	20.400,0	29.437,0	20.400,0
725	Gemeindestraßen	0,0	38.243,1	0,0	33.819,8	0,0	33.037,0
729	Sonstiges	200,0	400,0	200,0	335,0	200,0	320,0
<b>73</b>	<b>Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt</b>	<b>2.602,7</b>	<b>5.159,0</b>	<b>2.600,2</b>	<b>6.004,0</b>	<b>2.559,9</b>	<b>6.792,0</b>
731	Wasserstraßen und Häfen	2.602,7	5.159,0	2.600,2	6.004,0	2.559,9	6.792,0
<b>74</b>	<b>Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr</b>	<b>232.228,4</b>	<b>250.684,4</b>	<b>239.147,9</b>	<b>267.103,9</b>	<b>242.635,1</b>	<b>270.591,1</b>
741	Maßnahmen für den öffentlichen Personennahverkehr	232.228,4	249.984,4	239.147,9	266.403,9	242.635,1	269.891,1
749	Sonstiges	0,0	700,0	0,0	700,0	0,0	700,0
<b>75</b>	<b>Luftfahrt</b>	<b>0,0</b>	<b>660,0</b>	<b>0,0</b>	<b>625,0</b>	<b>0,0</b>	<b>625,0</b>
759	Sonstiges	0,0	660,0	0,0	625,0	0,0	625,0
<b>8</b>	<b>Wirtschaftsunternehmen, allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen</b>	<b>73.330,5</b>	<b>9.142,3</b>	<b>65.791,9</b>	<b>9.510,7</b>	<b>123.412,4</b>	<b>7.160,2</b>
<b>81</b>	<b>Land- und forstwirtschaftliche Unternehmen</b>	<b>0,0</b>	<b>934,2</b>	<b>0,0</b>	<b>641,5</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
812	Forstwirtschaftliche Unternehmen	0,0	934,2	0,0	641,5	0,0	0,0
<b>85</b>	<b>Sonstige Wirtschaftsunternehmen</b>	<b>67.530,5</b>	<b>104,1</b>	<b>63.691,9</b>	<b>2.964,1</b>	<b>63.712,4</b>	<b>264,1</b>
853	Banken und Kreditinstitute	1.500,0	0,0	1.500,0	2.700,0	1.500,0	0,0
856	Lotterie, Lotto, Toto	65.438,0	0,0	61.652,5	0,0	61.725,5	0,0
859	Sonstiges	592,5	104,1	539,4	264,1	486,9	264,1
<b>87</b>	<b>Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen</b>	<b>5.800,0</b>	<b>8.104,0</b>	<b>2.100,0</b>	<b>5.905,1</b>	<b>59.700,0</b>	<b>6.896,1</b>
871	Allgemeines Grundvermögen	4.800,0	3.812,6	1.100,0	5.655,1	4.700,0	6.646,1
872	Allgemeines Kapitalvermögen	1.000,0	250,0	1.000,0	250,0	55.000,0	250,0

## Funktionenübersicht 2011 / 2012

	Funktionen (Aufgabenbereiche)	Haushaltsplan					
		Soll 2010		Soll 2011		Soll 2012	
		Ein- nahmen	Aus- gaben	Ein- nahmen	Aus- gaben	Ein- nahmen	Aus- gaben
		T€					
1	2	3	4	5	6	7	8
873	Sondervermögen	0,0	4.041,4	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>9</b>	<b>Allgemeine Finanzwirtschaft</b>	<b>10.955.603,2</b>	<b>5.353.387,3</b>	<b>10.766.181,6</b>	<b>5.173.702,2</b>	<b>10.726.784,9</b>	<b>5.213.216,8</b>
<b>91</b>	<b>Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen</b>	<b>6.098.200,0</b>	<b>1.099.356,4</b>	<b>6.462.600,0</b>	<b>981.323,4</b>	<b>6.891.100,0</b>	<b>1.046.558,0</b>
<b>92</b>	<b>Schulden</b>	<b>4.672.575,5</b>	<b>4.146.608,8</b>	<b>4.285.779,7</b>	<b>3.971.691,8</b>	<b>3.818.241,4</b>	<b>3.937.228,9</b>
<b>94</b>	<b>Beihilfen, Unterstützungen u.ä.</b>	<b>0,0</b>	<b>91.307,8</b>	<b>0,0</b>	<b>85.425,3</b>	<b>0,0</b>	<b>88.043,8</b>
<b>95</b>	<b>Rücklagen</b>	<b>165.361,5</b>	<b>3.500,0</b>	<b>0,0</b>	<b>51.978,2</b>	<b>0,0</b>	<b>23.046,2</b>
<b>96</b>	<b>Sonstiges</b>	<b>7.000,0</b>	<b>1.000,0</b>	<b>6.000,0</b>	<b>1.000,0</b>	<b>5.500,0</b>	<b>1.000,0</b>
<b>97</b>	<b>Abwicklung der Vorjahre</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
<b>98</b>	<b>Globalposten</b>	<b>0,0</b>	<b>-1.798,8</b>	<b>0,0</b>	<b>69.589,1</b>	<b>0,0</b>	<b>104.503,9</b>
981	Verstärkungsmittel für Personalausgaben	0,0	27.843,7	0,0	69.589,1	0,0	104.503,9
988	Globale Mehrausgaben / globale Mindereinnahmen	0,0	0,0	0,0	4.900,0	0,0	3.900,0
989	Globale Minderausgaben / globale Mehreinnahmen	0,0	-29.642,5	0,0	-4.900,0	0,0	-3.900,0
<b>99</b>	<b>Haushaltstechnische Verrechnungen</b>	<b>12.466,2</b>	<b>13.413,1</b>	<b>11.801,9</b>	<b>12.694,4</b>	<b>11.943,5</b>	<b>12.836,0</b>
	<b>Gesamtsumme</b>	<b>12.553.199,0</b>	<b>12.553.199,0</b>	<b>12.192.181,5</b>	<b>12.192.181,5</b>	<b>12.186.298,3</b>	<b>12.186.298,3</b>

## III. Haushaltsquerschnitt

### **Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Funktionen und Gruppen**

- In Tausend € -

## Zuordnungsverzeichnis zum Haushaltsquerschnitt

Zuordnung der Gruppierung zu den einzelnen Spalten des Haushaltsquerschnitts  
(horizontale Gliederung)

### a) Einnahmen

Spalte	Bezeichnung	Gruppierung
1	Funktionen	
2	Aufgabenbereiche	
3	Steuern, steuerähnliche Abgaben	01 bis 09
4	Gebühren, Geldstrafen und Geldbußen	111, 112
5	Übrige Verwaltungseinnahmen	12, 14, 113, 119
6	Erlöse, Vermögensveräußerungen, Kapitalrückzahlungen	12, 14, 119
7	Zinseinnahmen aus dem öffentlichen Bereich Bund, Länder und Sondervermögen	151, 152, 154, 155
8	Zinseinnahmen aus dem öffentlichen Bereich Gemeinden	153
9	Sonstige Zinseinnahmen aus dem öffentlichen Bereich	156, 157
10	Zinseinnahmen aus dem öffentlichen Bereich Zusammen	15
11	Zinseinnahmen aus sonstigen Bereichen	16
12	Zinseinnahmen Zusammen	15, 16
13	Funktionen	
14	Funktionen	
15	Aufgabenbereiche	
16	Darlehnsrückflüsse aus dem öffentlichen Bereich Bund, Länder und Sondervermögen	171, 172, 174
17	Darlehnsrückflüsse aus dem öffentlichen Bereich Gemeinden	173
18	Sonstige Darlehnsrückflüsse aus dem öffentlichen Bereich	176, 177
19	Darlehnsrückflüsse aus dem öffentlichen Bereich Zusammen	17
20	Darlehnsrückflüsse aus sonstigen Bereichen	18
21	Darlehnsrückflüsse Zusammen	17, 18
22	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme von Investitionen vom Bund	211, 221, 231, 291
23	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme von Investitionen von Ländern	212, 222, 232, 292
24	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme von Investitionen von Gemeinden	213, 223, 233, 293
25	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme von Investitionen aus dem übrigen öffentlichen Bereich	214-217, 224-227, 234-237
26	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme von Investitionen aus sonstigen Bereichen	26-28, 297-299
27	Funktionen	
28	Funktionen	
29	Aufgabenbereiche	
30	Schuldenaufnahme	31, 32
31	Zuweisungen für Investitionen	33
32	Zuschüsse für Investitionen	34
33	Sonstige Einnahmen	35, 36, 37, 38
34	Einnahmen insgesamt	0, 1, 2, 3

## Zuordnungsverzeichnis zum Haushaltsquerschnitt

Zuordnung der Gruppierung zu den einzelnen Spalten des Haushaltsquerschnitts  
(horizontale Gliederung)

### b) Ausgaben

Spalte	Bezeichnung	Gruppierung
1	Funktionen	
2	Aufgabenbereiche	
3	Personalausgaben	4
4	Sächliche Verwaltungsausgaben	51-54
5	Zinsausgaben	56,57
6	Tilgungsausgaben	58,59
7	Zuweisungen mit Ausnahme für Investitionen an Bund und Sondervermögen	611, 614, 631, 634, 691
8	Zuweisungen mit Ausnahme für Investitionen an Länder	612, 632, 692
9	Zuweisungen mit Ausnahme für Investitionen an Gemeinden	613, 633, 693
10	Zuweisungen mit Ausnahme für Investitionen an Sonstige	616, 617, 636, 637
11	Zuweisungen mit Ausnahme für Investitionen Zusammen	61, 63, 691-693
12	Funktionen	
13	Funktionen	
14	Aufgabenbereiche	
15	Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen an natürliche Personen	681
16	Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen an Unternehmen	682, 683, 687, 697
17	Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen an Sonstige	67, 684, 685, 686, 698, 699
18	Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen Zusammen	67, 68, 697-699
19	Schuldendiensthilfen an Gemeinden	623
20	Schuldendiensthilfen an Bund	621
21	Schuldendiensthilfen an Länder	622
22	Schuldendiensthilfen an sonstige Bereiche	624-627, 66
23	Schuldendiensthilfen Zusammen	62, 66
24	Baumaßnahmen	7
25	Erwerb von beweglichen Sachen	81
26	Erwerb von unbeweglichen Sachen	82
27	Erwerb von Beteiligungen	83
28	Funktionen	
29	Funktionen	
30	Aufgabenbereiche	
31	Darlehen an öffentlichen Bereich Gemeinden	853
32	Sonstige Darlehen an öffentlichen Bereich	851, 852, 854-857
33	Darlehen an öffentlichen Bereich Zusammen	85
34	Darlehen an sonstige Bereiche	86, 87
35	Darlehen Zusammen	85-87
36	Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen an öffentlichen Bereich Bund, Länder und Sondervermögen	881, 882, 884
37	Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen an öffentlichen Bereich Gemeinden	883
38	Sonstige Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen an öffentlichen Bereich	886, 887
39	Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen an öffentlichen Bereich Zusammen	88
40	Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen an sonstige Bereiche	89
41	Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen Zusammen	88, 89
42	Sonstige Ausgaben	9
43	Ausgaben insgesamt	4 bis 9
44	Funktionen	

## Haushaltsquerschnitt

Einnahmen 2011 in T€

Funktionen	Aufgabenbereiche	Steuern, steuer-ähnliche Abgaben	Gebühren, Geldstrafen und Geldbußen	Übrige Verwaltungseinnahmen	Erlöse, Vermögensveräußerungen, Kapitalrückzahlungen
		01-09	111, 112	12, 14, 119	13
1	2	3	4	5	6
0	Allgemeine Dienste		170.300,0	8.018,0	144,1
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung		371,4	5.519,0	0,1
02	Auswärtige Angelegenheiten				
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung		12.336,0	773,7	130,0
05	Rechtsschutz		133.690,0	295,5	5,0
06	Finanzverwaltung		23.902,6	1.429,8	9,0
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten		816,0	2.625,3	3,8
11	Allgemeinbildende und berufliche Schulen				
12	Allgemeinbildende und berufliche Schulen		755,0	272,3	
13	Hochschulen		31,0	20,0	
14	Förderung von Schülern/innen, Studenten/innen und dgl.			2.305,0	
15	Sonstiges Bildungswesen				
16/17	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen		5,0	5,0	1,8
18	Kultureinrichtungen (einschließlich Kulturverwaltung)			15,0	
19	Kulturförderung, Denkmalschutz, kirchliche Angelegenheiten		25,0	8,0	2,0
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung		3.283,0	621,5	2,0
21	Verwaltung			5,0	2,0
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung				
23	Familien- und Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrts- pflege u.ä.		10,0	457,0	
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen				
25	Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsschutz		1.547,0	9,5	
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII				
27	Einrichtungen der Jugendhilfe		6,0		
29	Sonstige soziale Angelegenheiten		1.720,0	150,0	
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung		26.564,0	722,6	4,0
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens		498,5	12,0	
32	Sport und Erholung				
33	Umwelt- und Naturschutz		2.327,5	710,6	4,0
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz		23.738,0		
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste		10.000,5	578,0	5,0
41	Wohnungswesen			5,0	
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen		10.000,5	573,0	5,0
44	Städtebauförderung				

## Haushaltsquerschnitt

Einnahmen 2011 in T€

Zinseinnahmen						Funktionen	
aus dem öffentlichen Bereich				aus sonstigen Bereichen	Zusammen		13
Bund, Länder und Sondervermögen	Gemeinden	Sonstige	Zusammen				
151, 152, 154, 155	153	156, 157	15	16	15, 16		
<b>7</b>	<b>8</b>	<b>9</b>	<b>10</b>	<b>11</b>	<b>12</b>		
						0	
						01	
						02	
						04	
						05	
						06	
				88,5	88,5	1	
						11	
						12	
						13	
				88,5	88,5	14	
						15	
						16/17	
						18	
						19	
				0,5	0,5	2	
						21	
						22	
						23	
				0,5	0,5	24	
						25	
						26	
						27	
						29	
						3	
						31	
						32	
						33	
						34	
				15,7	15,7	4	
				15,7	15,7	41	
						42	
						44	

## Haushaltsquerschnitt

Einnahmen 2011 in T€

Funktionen	Aufgabenbereiche	Darlehnsrückflüsse					Zusammen
		aus dem öffentlichen Bereich				aus sonstigen Bereichen	
		Bund, Länder und Sondervermögen	Gemeinden	Sonstige	Zusammen		
		171, 172 174	173	176, 177	17	18	17, 18
<b>14</b>	<b>15</b>	<b>16</b>	<b>17</b>	<b>18</b>	<b>19</b>	<b>20</b>	<b>21</b>
0	Allgemeine Dienste					2,5	2,5
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung						
02	Auswärtige Angelegenheiten					2,5	2,5
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung						
05	Rechtsschutz						
06	Finanzverwaltung						
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten					3.322,0	3.322,0
11	Allgemeinbildende und berufliche Schulen						
12	Allgemeinbildende und berufliche Schulen						
13	Hochschulen						
14	Förderung von Schülern/innen, Studenten/innen und dgl.					3.322,0	3.322,0
15	Sonstiges Bildungswesen						
16/17	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen						
18	Kultureinrichtungen (einschließlich Kulturverwaltung)						
19	Kulturförderung, Denkmalschutz, kirchliche Angelegenheiten						
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung		2,7		2,7	57,8	60,5
21	Verwaltung						
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung						
23	Familien- und Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u.ä.					0,9	0,9
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen					56,9	56,9
25	Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsschutz		2,7		2,7		2,7
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII						
27	Einrichtungen der Jugendhilfe						
29	Sonstige soziale Angelegenheiten						
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung						
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens						
32	Sport und Erholung						
33	Umwelt- und Naturschutz						
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz						
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste					100,6	100,6
41	Wohnungswesen					100,6	100,6
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen						
44	Städtebauförderung						



## Haushaltsquerschnitt

Einnahmen 2011 in T€

Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme von Investitionen					Funktionen
vom Bund	von Ländern	von Gemeinden	aus dem übrigen öffentlichen Bereich	aus sonstigen Bereichen	
211, 221, 231, 291	212, 222, 232, 292	213, 223, 233, 293	214-217, 224-227, 234-237	26-28, 297-299	
22	23	24	25	26	27
68.074,2	20.030,7	262,0		12.767,8	0
58.314,3	18.884,7	42,0		1.025,3	01
482,5				133,0	02
2.326,1	1.144,0	220,0		3.050,0	04
431,4	2,0			1.990,0	05
6.519,9				6.569,5	06
95.815,7	11.402,9	24.796,3		91,5	1
2.351,0					11
11,1	40,3	24.796,3		20,0	12
12.895,6				66,5	13
37.200,0	500,0				14
2.714,4					15
40.643,6	10.862,6				16/17
					18
				5,0	19
74.643,4		42.481,5	305,1	16.202,0	2
					21
			305,1		22
50.895,6		42.345,0			23
2.191,8				5,0	24
		106,0		16.094,0	25
				72,0	26
		11,0		11,0	27
21.556,0		19,5		20,0	29
588,6	4.594,9	20.088,9	356,7	367,2	3
226,2	187,9	20.088,9	356,7	311,0	31
					32
158,9	4.407,0			56,2	33
203,5					34
5,0		150,0		30,0	4
					41
5,0		150,0		30,0	42
					44

## Haushaltsquerschnitt

Einnahmen 2011 in T€

Funktionen	Aufgabenbereiche	Schulden- auf- nahme	Zuwei- sungen für Investi- tionen	Zuschüsse für Investi- tionen	Sonstige Ein- nahmen	Ein- nahmen ins- gesamt
		31, 32	33	34	35, 36, 37, 38	0-3
28	29	30	31	32	33	34
0	Allgemeine Dienste		1.788,6			281.387,9
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung					84.156,8
02	Auswärtige Angelegenheiten					618,0
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung		1.782,0			21.761,8
05	Rechtsschutz					136.413,9
06	Finanzverwaltung		6,6			38.437,4
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten		48.935,0		1.175,5	189.072,5
11	Allgemeinbildende und berufliche Schulen					2.351,0
12	Allgemeinbildende und berufliche Schulen					25.895,0
13	Hochschulen		18.300,0		1.175,5	32.488,6
14	Förderung von Schülern/innen, Studenten/innen und dgl.		21.885,0			65.300,5
15	Sonstiges Bildungswesen					2.714,4
16/17	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen		8.750,0			60.268,0
18	Kultureinrichtungen (einschließlich Kulturverwaltung)					15,0
19	Kulturförderung, Denkmalschutz, kirchliche Angele- genheiten					40,0
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiede- rgutmachung		26.000,0			163.599,5
21	Verwaltung					7,0
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung					305,1
23	Familien-und Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrts- pflege u.ä.					93.708,5
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politi- schen Ereignissen					2.254,2
25	Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsschutz					17.759,2
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII		26.000,0			26.072,0
27	Einrichtungen der Jugendhilfe					28,0
29	Sonstige soziale Angelegenheiten					23.465,5
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung		22.382,9	8.002,4		83.672,2
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswe- sens		22.322,9			44.004,1
32	Sport und Erholung		60,0			60,0
33	Umwelt- und Naturschutz			8.002,4		15.666,6
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz					23.941,5
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kom- munale Gemeinschaftsdienste		23.297,6			34.182,4
41	Wohnungswesen		12.620,0			12.741,3
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen					10.763,5
44	Städtebauförderung		10.677,6			10.677,6



## Haushaltsquerschnitt

Einnahmen 2011 in T€

Funktionen	Aufgabenbereiche	Steuern, steuer- ähnliche Abgaben	Gebühren, Geldstrafen und Geldbußen	Übrige Verwal- tungs- einnahmen	Erlöse, Vermögens- veräuße- rungen, Kapital- rückzah- lungen
		01-09	111, 112	12, 14, 119	13
1	2	3	4	5	6
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	1.130,0	10,0	926,4	
51	Verwaltung (ohne Betriebsverwaltung)				
52	Verbesserung der Agrarstruktur			767,0	
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen				
54	Sonstige Bereiche	1.130,0	10,0	159,4	
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstlei- stungen	51.050,1	721,1	81.350,0	794,0
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	51.050,1	21,0		
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe			80.000,0	
64	Handel				
68	Sonstige Bereiche		700,1	350,0	
69	Regionale Fördermaßnahmen			1.000,0	794,0
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen		137,0	457,2	
71	Verwaltung		25,0	3,0	
72	Straßen				
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt		101,0	454,2	
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr		11,0		
8	Wirtschaftsunternehmen, allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen			64.478,9	1.100,0
81	Land- und forstwirtschaftliche Unternehmen				
85	Sonstige Wirtschaftsunternehmen			63.478,9	
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sonderver- mögen			1.000,0	1.100,0
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	5.913.200,0			
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	5.908.200,0			
92	Schulden				
95	Rücklagen				
96	Sonstiges	5.000,0			
97	Abwicklung der Vorjahre				
98	Globalposten				
99	Haushaltstechnische Verrechnungen				
	Gesamtsumme	5.965.380,1	211.831,6	159.777,9	2.052,9

## Haushaltsquerschnitt

Einnahmen 2011 in T€

Zinseinnahmen						Funktionen
aus dem öffentlichen Bereich				aus sonstigen Bereichen	Zusammen	
Bund, Länder und Sondervermögen	Gemeinden	Sonstige	Zusammen			
151, 152, 154, 155	153	156, 157	15	16	15, 16	
<b>7</b>	<b>8</b>	<b>9</b>	<b>10</b>	<b>11</b>	<b>12</b>	<b>13</b>
				15,0	15,0	5
						51
				15,0	15,0	52
						53
						54
						6
						62
						63
						64
						68
						69
						7
						71
						72
						73
						74
				7,9	7,9	8
						81
				7,9	7,9	85
						87
						9
						91
						92
						95
						96
						97
						98
						99
				127,6	127,6	

## Haushaltsquerschnitt

Einnahmen 2011 in T€

Funktionen	Aufgabenbereiche	Darlehnsrückflüsse					Zusammen
		aus dem öffentlichen Bereich				aus sonstigen Bereichen	
		Bund, Länder und Sondervermögen	Gemeinden	Sonstige	Zusammen		
		171, 172 174	173	176, 177	17	18	17, 18
<b>14</b>	<b>15</b>	<b>16</b>	<b>17</b>	<b>18</b>	<b>19</b>	<b>20</b>	<b>21</b>
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten			150,0	150,0	95,0	245,0
51	Verwaltung (ohne Betriebsverwaltung)						
52	Verbesserung der Agrarstruktur			150,0	150,0	95,0	245,0
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen						
54	Sonstige Bereiche						
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen		6,7		6,7		6,7
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau						
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe						
64	Handel						
68	Sonstige Bereiche						
69	Regionale Fördermaßnahmen		6,7		6,7		6,7
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen						
71	Verwaltung						
72	Straßen						
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt						
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr						
8	Wirtschaftsunternehmen, allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen					84,0	84,0
81	Land- und forstwirtschaftliche Unternehmen						
85	Sonstige Wirtschaftsunternehmen					84,0	84,0
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen						
9	Allgemeine Finanzwirtschaft						
91	Steuern und allgemeine Finanzaufweisungen						
92	Schulden						
95	Rücklagen						
96	Sonstiges						
97	Abwicklung der Vorjahre						
98	Globalposten						
99	Haushaltstechnische Verrechnungen						
	Gesamtsumme		9,4	150,0	159,4	3.661,9	3.821,3

## Haushaltsquerschnitt

Einnahmen 2011 in T€

Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme von Investitionen					Funktionen
vom Bund	von Ländern	von Gemeinden	aus dem übrigen öffentlichen Bereich	aus sonstigen Bereichen	
211, 221, 231, 291	212, 222, 232, 292	213, 223, 233, 293	214-217, 224-227, 234-237	26-28, 297-299	
22	23	24	25	26	27
12.319,0	150,0		23,0	6.304,6	5
			17,0	8,0	51
12.319,0	150,0			6.276,6	52
			6,0	20,0	53
					54
27.316,0				5,0	6
27.316,0				5,0	62
					63
					64
					68
					69
214.724,9	8.246,0			200,0	7
					71
				200,0	72
					73
214.724,9	8.246,0				74
121,1					8
					81
121,1					85
					87
435.200,0	119.200,0				9
435.200,0	119.200,0				91
					92
					95
					96
					97
					98
					99
928.807,9	163.624,5	87.778,7	684,8	35.968,1	

## Haushaltsquerschnitt

Einnahmen 2011 in T€

Funktionen	Aufgabenbereiche	Schulden- auf- nahme	Zuwei- sungen für Investi- tionen	Zuschüsse für Investi- tionen	Sonstige Ein- nahmen	Ein- nahmen ins- gesamt
		31, 32	33	34	35, 36, 37, 38	0-3
<b>28</b>	<b>29</b>	<b>30</b>	<b>31</b>	<b>32</b>	<b>33</b>	<b>34</b>
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten			31.796,7		52.919,7
51	Verwaltung (ohne Betriebsverwaltung)					25,0
52	Verbesserung der Agrarstruktur			235,7		20.008,3
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen			29.302,0		29.328,0
54	Sonstige Bereiche			2.259,0		3.558,4
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstlei- stungen		68.279,8	54.438,0		283.960,7
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau					78.392,1
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe					80.000,0
64	Handel					
68	Sonstige Bereiche					1.050,1
69	Regionale Fördermaßnahmen		68.279,8	54.438,0		124.518,5
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen		47.648,0			271.413,1
71	Verwaltung					28,0
72	Straßen		29.437,0			29.637,0
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt		2.045,0			2.600,2
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr		16.166,0			239.147,9
8	Wirtschaftsunternehmen, allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen					65.791,9
81	Land- und forstwirtschaftliche Unternehmen					
85	Sonstige Wirtschaftsunternehmen					63.691,9
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sonderver- mögen					2.100,0
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	4.285.779,7			12.801,9	10.766.181,6
91	Steuern und allgemeine Finanzaufweisungen					6.462.600,0
92	Schulden	4.285.779,7				4.285.779,7
95	Rücklagen					
96	Sonstiges				1.000,0	6.000,0
97	Abwicklung der Vorjahre					
98	Globalposten					
99	Haushaltstechnische Verrechnungen				11.801,9	11.801,9
	Gesamtsumme	4.285.779,7	238.331,9	94.237,1	13.977,4	12.192.181,5





## Haushaltsquerschnitt

Ausgaben 2011 in T€

Funktionen	Aufgabenbereiche	Personal- ausgaben	Sächliche Verwal- tungs- ausgaben	Zinsaus- gaben
		4	51-54	56, 57
1	2	3	4	5
0	Allgemeine Dienste	1.376.920,6	343.938,8	
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	445.648,0	180.913,8	
02	Auswärtige Angelegenheiten		155,5	
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	437.593,0	36.332,3	
05	Rechtsschutz	292.455,5	117.059,0	
06	Finanzverwaltung	201.224,1	9.478,2	
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	1.794.398,8	18.759,8	
11	Allgemeinbildende und berufliche Schulen	1.415.100,9	3.171,3	
12	Allgemeinbildende und berufliche Schulen	309.758,4	2.887,4	
13	Hochschulen	53.918,6	7.869,6	
14	Förderung von Schülern/innen, Studenten/innen und dgl.			
15	Sonstiges Bildungswesen	10.984,1	2.882,8	
16/17	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	2.367,6	1.314,6	
18	Kultureinrichtungen (einschließlich Kulturverwaltung)		47,0	
19	Kulturförderung, Denkmalschutz, kirchliche Ange- legenheiten	2.269,2	587,1	
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wie- dergutmachung	17.399,4	12.128,0	
21	Verwaltung	14.008,2	1.398,8	
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung		1,0	
23	Familien- und Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrts- pflege u.ä.	1.432,0	1.463,5	
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politi- schen Ereignissen		6.441,0	
25	Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsschutz		2.500,2	
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII	1.900,0	193,9	
27	Einrichtungen der Jugendhilfe		15,0	
29	Sonstige soziale Angelegenheiten	59,2	114,6	
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	23.559,8	32.631,7	
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswe- sens	3.130,9	1.220,1	
32	Sport und Erholung	106,9		
33	Umwelt- und Naturschutz	17.817,0	8.599,0	
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	2.505,0	22.812,6	
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kom- munale Gemeinschaftsdienste	25.781,1	1.420,8	
41	Wohnungswesen			
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	25.781,1	1.420,8	
44	Städtebauförderung			

## Haushaltsquerschnitt

Ausgaben 2011 in T€

Tilgungs- ausgaben	Zuweisungen mit Ausnahme für Investitionen					Funktionen
	an Bund und Sonder- vermögen	an Länder	an Gemeinden	an Sonstige	Zu- sammen	
58, 59	611, 614, 631, 634, 691	612, 632, 692	613, 633, 693	616, 617, 636, 637	61, 63, 691-693	
<b>6</b>	<b>7</b>	<b>8</b>	<b>9</b>	<b>10</b>	<b>11</b>	<b>12</b>
	1.632,0	29.311,2	13.622,6	2.197,0	46.762,8	0
	441,5	24.403,7	8.772,6	2.162,0	35.779,8	01
						02
	1.190,5	2.326,8	4.667,1	35,0	8.219,4	04
		2.155,7			2.155,7	05
		425,0	182,9		607,9	06
	1.555,9	15.558,0	49.952,7		67.066,6	1
		1.277,5			1.277,5	11
		12.650,0	5.789,7		18.439,7	12
		439,0			439,0	13
	1.555,9	750,0			2.305,9	14
		24,6	150,0		174,6	15
		407,4			407,4	16/17
			44.013,0		44.013,0	18
		9,5			9,5	19
	9.531,8	217,8	958.393,5	2.390,3	970.533,4	2
						21
				373,0	373,0	22
	2.408,6		743.818,0		746.226,6	23
	6.538,2	24,0	3.530,0	195,0	10.287,2	24
		25,6	53.025,0		53.050,6	25
	80,0		101.777,7		101.857,7	26
		148,2			148,2	27
	505,0	20,0	56.242,8	1.822,3	58.590,1	29
	154,0	2.604,4	538,5		3.296,9	3
		2.022,1	523,5		2.545,6	31
						32
	154,0	582,3	15,0		751,3	33
						34
		120,9	22,8		143,7	4
		41,0			41,0	41
		79,9			79,9	42
			22,8		22,8	44

## Haushaltsquerschnitt

Ausgaben 2011 in T€

Funktionen	Aufgabenbereiche	Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen			
		an natürl. Personen	an Unternehmen	an Sonstige	Zusammen
		681	682, 683, 687, 697	67, 684, 685, 686, 698, 699	67, 68, 697-699
13	14	15	16	17	18
0	Allgemeine Dienste	2.041,5	1.800,1	51.311,8	55.153,4
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	635,5	498,3	42.223,0	43.356,8
02	Auswärtige Angelegenheiten		401,8	1.932,4	2.334,2
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung			363,4	363,4
05	Rechtsschutz	1.406,0	900,0	6.792,4	9.098,4
06	Finanzverwaltung			0,6	0,6
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	63.016,0	107.925,0	531.303,5	702.244,5
11	Allgemeinbildende und berufliche Schulen			26.413,9	26.413,9
12	Allgemeinbildende und berufliche Schulen	21,5		62.908,4	62.929,9
13	Hochschulen		107.776,0	310.343,9	418.119,9
14	Förderung von Schülern/innen, Studenten/innen und dgl.	59.492,0		2.119,0	61.611,0
15	Sonstiges Bildungswesen	3.480,0		6.119,4	9.599,4
16/17	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	5,7	80,0	96.567,7	96.653,4
18	Kultureinrichtungen (einschließlich Kulturverwaltung)	15,0		11.585,7	11.600,7
19	Kulturförderung, Denkmalschutz, kirchliche Angelegenheiten	1,8	69,0	15.245,5	15.316,3
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	91.973,5	13.004,9	52.381,3	157.359,7
21	Verwaltung		250,0		250,0
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung			6.600,0	6.600,0
23	Familien- und Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrts- pflege u.ä.	80.366,9	396,4	18.557,9	99.321,2
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2.929,0		1.714,2	4.643,2
25	Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsschutz		3.350,0	21.870,2	25.220,2
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII	483,0		2.900,4	3.383,4
27	Einrichtungen der Jugendhilfe			108,8	108,8
29	Sonstige soziale Angelegenheiten	8.194,6	9.008,5	629,8	17.832,9
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	5.097,8	28.506,9	26.916,9	60.521,6
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	50,0	28.492,8	15.858,8	44.401,6
32	Sport und Erholung			6.174,0	6.174,0
33	Umwelt- und Naturschutz	5.047,8	14,1	4.859,1	9.921,0
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz			25,0	25,0
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste			51,0	51,0
41	Wohnungswesen			51,0	51,0
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen				
44	Städtebauförderung				

## Haushaltsquerschnitt

Ausgaben 2011 in T€

Schuldendiensthilfen					Bau- maß- nahmen	Erwerb von			Funktionen
an Gemeinden	an Bund	an Länder	an sonstige Bereiche	Zu- sammen		beweg- lichen Sachen	unbeweg- lichen Sachen	Beteili- gungen	
623	621	622	624-627, 66	62, 66	7	81	82	83	
19	20	21	22	23	24	25	26	27	28
					101.800,4	32.990,2	90,0		0
					76.900,7	18.856,3			01
									02
					9.634,3	12.916,0			04
					12.483,9	1.132,9	90,0		05
					2.781,5	85,0			06
1,5			570,0	571,5	63.713,7	3.289,7			1
									11
1,5				1,5	1.000,0	172,0			12
					51.335,0	2.856,0			13
									14
			570,0	570,0					15
					11.178,7	141,5			16/17
									18
					200,0	110,2			19
			504,9	504,9	103,0	157,6			2
						114,6			21
			483,9	483,9		43,0			22
									23
									24
			21,0	21,0	103,0				25
									26
40.000,0			4.422,4	44.422,4	2.820,0	3.255,1			27
40.000,0			4.077,4	44.077,4	2.500,0				29
									3
									31
									32
			345,0	345,0	320,0	3.180,1			33
						75,0			34
						307,0			4
									41
						307,0			42
									44

## Haushaltsquerschnitt

Ausgaben 2011 in T€

Funktionen	Aufgabenbereiche	Darlehen			
		an öffentlichen Bereich			an sonst. Bereiche
		Gemeinden	Sonstige	Zusammen	
		853	851, 852, 854-857	85	86, 87
29	30	31	32	33	34
0	Allgemeine Dienste				
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung				
02	Auswärtige Angelegenheiten				
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung				
05	Rechtsschutz				
06	Finanzverwaltung				
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten				33.700,0
11	Allgemeinbildende und berufliche Schulen				
12	Allgemeinbildende und berufliche Schulen				
13	Hochschulen				
14	Förderung von Schülern/innen, Studenten/innen und dgl.				33.700,0
15	Sonstiges Bildungswesen				
16/17	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen				
18	Kultureinrichtungen (einschließlich Kulturverwaltung)				
19	Kulturförderung, Denkmalschutz, kirchliche Angelegenheiten				
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung				20,0
21	Verwaltung				
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung				
23	Familien- und Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u.ä.				
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen				20,0
25	Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsschutz				
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII				
27	Einrichtungen der Jugendhilfe				
29	Sonstige soziale Angelegenheiten				
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung				
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens				
32	Sport und Erholung				
33	Umwelt- und Naturschutz				
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz				
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste				
41	Wohnungswesen				
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen				
44	Städtebauförderung				

## Haushaltsquerschnitt

Ausgaben 2011 in T€

Darlehen	Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen						Sonstige Ausgaben	Ausgaben insgesamt	Funktionen
Zu- sammen	an öffentlichen Bereich				an sonstige Bereiche	Zu- sammen			
	Bund, Länder und Sonder- vermögen	Gemeinden	Sonstige	Zu- sammen					
85-87	881, 882, 884	883	886, 887	88	89	88, 89	9	4-9	
35	36	37	38	39	40	41	42	43	44
		6.473,0		6.473,0	309,1	6.782,1		1.964.438,3	0
					258,0	258,0		801.713,4	01
					51,1	51,1		2.540,8	02
		6.473,0		6.473,0		6.473,0		511.531,4	04
								434.475,4	05
								214.177,3	06
33.700,0	500,0	74.551,2		75.051,2	43.381,1	118.432,3	240,0	2.802.416,9	1
		24.500,0		24.500,0		24.500,0	240,0	1.470.703,6	11
		50.041,0		50.041,0	1.235,0	51.276,0		446.464,9	12
					21.872,1	21.872,1		556.410,2	13
33.700,0								97.616,9	14
	500,0			500,0	300,0	300,0		24.520,9	15
					11.992,0	12.492,0		124.555,2	16/17
					7.010,0	7.010,0		62.670,7	18
		10,2		10,2	972,0	982,2		19.474,5	19
20,0		44.593,5		44.593,5	990,0	45.583,5	43,0	1.203.832,5	2
								15.771,6	21
								6.974,0	22
		17.303,5		17.303,5		17.303,5		866.273,7	23
20,0								21.391,4	24
		1.200,0		1.200,0	375,0	1.575,0		82.346,0	25
		26.000,0		26.000,0		26.000,0		133.459,0	26
		90,0		90,0	615,0	705,0		977,0	27
							43,0	76.639,8	29
		48.278,9	1.291,8	49.570,7	8.522,4	58.093,1		228.600,6	3
		46.376,9		46.376,9	4.458,4	50.835,3		148.710,9	31
		60,0		60,0		60,0		6.340,9	32
		1.842,0	1.291,8	3.133,8	4.064,0	7.197,8		48.131,2	33
								25.417,6	34
	12.620,0	26.115,8		38.735,8		38.735,8		66.439,4	4
	12.620,0			12.620,0		12.620,0		12.712,0	41
								27.588,8	42
		26.115,8		26.115,8		26.115,8		26.138,6	44

## Haushaltsquerschnitt

Ausgaben 2011 in T€

Funktionen	Aufgabenbereiche	Personal- ausgaben	Sächliche Verwal- tungs- ausgaben	Zinsaus- gaben
		4	51-54	56, 57
1	2	3	4	5
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	16.304,4	1.846,9	
51	Verwaltung (ohne Betriebsverwaltung)	16.273,4	767,8	
52	Verbesserung der Agrarstruktur	31,0	452,5	
54	Sonstige Bereiche		626,6	
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstlei- stungen	6.612,6	6.528,8	
61	Verwaltung			
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	6.612,6	5.724,8	
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe		50,0	
64	Handel			
65	Fremdenverkehr		154,0	
68	Sonstige Bereiche		200,0	
69	Regionale Fördermaßnahmen		400,0	
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen		629,0	
71	Verwaltung		90,0	
72	Straßen		200,0	
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt		164,0	
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr		175,0	
75	Luftfahrt			
8	Wirtschaftsunternehmen, allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen		314,3	
81	Land- und forstwirtschaftliche Unternehmen			
85	Sonstige Wirtschaftsunternehmen		264,1	
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sonderver- mögen		50,2	
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	155.014,4		958.950,2
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen			
92	Schulden			958.950,2
94	Beihilfen, Unterstützungen u.ä.	85.425,3		
95	Rücklagen			
96	Sonstiges			
97	Abwicklung der Vorjahre			
98	Globalposten	69.589,1		
99	Haushaltstechnische Verrechnungen			
	Gesamtsumme	3.415.991,1	418.198,1	958.950,2



## Haushaltsquerschnitt

Ausgaben 2011 in T€

Tilgungs- ausgaben	Zuweisungen mit Ausnahme für Investitionen					Funktionen
	an Bund und Sonder- vermögen	an Länder	an Gemeinden	an Sonstige	Zu- sammen	
58, 59	611, 614, 631, 634, 691	612, 632, 692	613, 633, 693	616, 617, 636, 637	61, 63, 691-693	
<b>6</b>	<b>7</b>	<b>8</b>	<b>9</b>	<b>10</b>	<b>11</b>	<b>12</b>
	480,2		1.175,0		1.655,2	5
	17,0				17,0	51
	463,2		1.175,0		1.638,2	52
						54
	0,6	445,3	4.097,1	5.627,5	10.170,5	6
						61
	0,6	445,3	3.780,0	5.627,5	9.853,4	62
						63
						64
						65
						68
			317,1		317,1	69
	310,0		78.538,0		78.848,0	7
			35,0		35,0	71
			16.850,0		16.850,0	72
			900,0		900,0	73
	310,0		60.128,0		60.438,0	74
			625,0		625,0	75
						8
						81
						85
						87
3.012.741,6			911.616,0		911.616,0	9
3.012.741,6			911.616,0		911.616,0	91
						92
						94
						95
						96
						97
						98
						99
3.012.741,6	13.664,5	48.257,6	2.017.956,2	10.214,8	2.090.093,1	

## Haushaltsquerschnitt

Ausgaben 2011 in T€

Funktionen	Aufgabenbereiche	Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen			
		an natürl. Personen	an Unternehmen	an Sonstige	Zusammen
13	14	15	16	17	18
		681	682, 683, 687, 697	67, 684, 685, 686, 698, 699	67, 68, 697-699
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	18,0	11.748,5	15.469,1	27.235,6
51	Verwaltung (ohne Betriebsverwaltung)	8,0		12.657,0	12.665,0
52	Verbesserung der Agrarstruktur		11.748,5	35,2	11.783,7
54	Sonstige Bereiche	10,0		2.776,9	2.786,9
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	5,0	6.667,5	50.117,4	56.789,9
61	Verwaltung				
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	5,0		45.671,0	45.676,0
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe			186,0	186,0
64	Handel		100,0		100,0
65	Fremdenverkehr		1.701,0	121,0	1.822,0
68	Sonstige Bereiche		2.475,0	1.282,0	3.757,0
69	Regionale Fördermaßnahmen		2.391,5	2.857,4	5.248,9
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen		190.324,9	49.698,7	240.023,6
71	Verwaltung			49.128,7	49.128,7
72	Straßen			135,0	135,0
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt			435,0	435,0
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr		190.324,9		190.324,9
75	Luftfahrt				
8	Wirtschaftsunternehmen, allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen			2.950,0	2.950,0
81	Land- und forstwirtschaftliche Unternehmen				
85	Sonstige Wirtschaftsunternehmen			2.700,0	2.700,0
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen			250,0	250,0
9	Allgemeine Finanzwirtschaft			1.000,0	1.000,0
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen				
92	Schulden				
94	Beihilfen, Unterstützungen u.ä.				
95	Rücklagen				
96	Sonstiges			1.000,0	1.000,0
97	Abwicklung der Vorjahre				
98	Globalposten				
99	Haushaltstechnische Verrechnungen				
	Gesamtsumme	162.151,8	359.977,8	781.199,7	1.303.329,3

## Haushaltsquerschnitt

Ausgaben 2011 in T€

Schuldendiensthilfen					Bau- maß- nahmen	Erwerb von			Funktionen
an Gemeinden	an Bund	an Länder	an sonstige Bereiche	Zu- sammen		beweg- lichen Sachen	unbeweg- lichen Sachen	Beteili- gungen	
623	621	622	624-627, 66	62, 66	7	81	82	83	
19	20	21	22	23	24	25	26	27	28
			5.039,6	5.039,6		38,5			5
			5.039,6	5.039,6		38,5			51
2,1				2,1	12.309,0				52
									54
									6
2,1				2,1	2.000,0				61
									62
									63
									64
									65
									68
					10.309,0				69
									7
									71
									72
									73
									74
					5.604,9				75
									8
									81
									85
					5.604,9				87
									9
									91
									92
									94
									95
									96
									97
									98
									99
40.003,6			10.536,9	50.540,5	186.351,0	40.038,1	90,0		

## Haushaltsquerschnitt

Ausgaben 2011 in T€

Funktionen	Aufgabenbereiche	Darlehen			
		an öffentlichen Bereich			an sonst. Bereiche
		Gemeinden	Sonstige	Zu-sammen	
		853	851, 852, 854-857	85	86, 87
<b>29</b>	<b>30</b>	<b>31</b>	<b>32</b>	<b>33</b>	<b>34</b>
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten				
51	Verwaltung (ohne Betriebsverwaltung)				
52	Verbesserung der Agrarstruktur				
54	Sonstige Bereiche				
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen				11.180,9
61	Verwaltung				
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau				
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe				
64	Handel				
65	Fremdenverkehr				
68	Sonstige Bereiche				9.000,0
69	Regionale Fördermaßnahmen				2.180,9
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen				
71	Verwaltung				
72	Straßen				
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt				
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr				
75	Luftfahrt				
8	Wirtschaftsunternehmen, allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen				
81	Land- und forstwirtschaftliche Unternehmen				
85	Sonstige Wirtschaftsunternehmen				
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen				
9	Allgemeine Finanzwirtschaft				
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen				
92	Schulden				
94	Beihilfen, Unterstützungen u.ä.				
95	Rücklagen				
96	Sonstiges				
97	Abwicklung der Vorjahre				
98	Globalposten				
99	Haushaltstechnische Verrechnungen				
	Gesamtsumme				44.900,9

## Haushaltsquerschnitt

Ausgaben 2011 in T€

Darlehen	Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen						Sonstige Ausgaben	Ausgaben insgesamt	Funktionen
Zu-sammen	an öffentlichen Bereich				an sonstige Bereiche	Zu-sammen			
85-87	Bund, Länder und Sondervermögen	Gemeinden	Sonstige	Zu-sammen			9	4-9	
881, 882, 884	883	886, 887	88	89	88, 89				
35	36	37	38	39	40	41	42	43	44
	700,0	8.552,9	2.988,3	12.241,2	15.895,5	28.136,7		80.256,9	5
					25,0	25,0		29.748,2	51
		8.052,9	2.988,3	11.041,2	14.702,5	25.743,7		44.727,2	52
	700,0	500,0		1.200,0	1.168,0	2.368,0		5.781,5	54
11.180,9		71.726,9	9.316,5	81.043,4	59.934,4	140.977,8		244.571,6	6
									61
		914,4	9.316,5	10.230,9	33.193,5	43.424,4		113.293,3	62
					2.500,0	2.500,0		2.736,0	63
					127,8	127,8		100,0	64
9.000,0								2.103,8	65
2.180,9								12.957,0	68
		70.812,5		70.812,5	24.113,1	94.925,6		113.381,5	69
		44.464,8		44.464,8	54.447,0	98.911,8		418.412,4	7
					33.871,0	33.871,0		83.124,7	71
		37.369,8		37.369,8	7.000,0	44.369,8		61.554,8	72
		2.045,0		2.045,0	2.460,0	4.505,0		6.004,0	73
		5.050,0		5.050,0	11.116,0	16.166,0		267.103,9	74
								625,0	75
					641,5	641,5		9.510,7	8
					641,5	641,5		641,5	81
								2.964,1	85
								5.905,1	87
		69.707,4		69.707,4		69.707,4	64.672,6	5.173.702,2	9
		69.707,4		69.707,4		69.707,4		981.323,4	91
								3.971.691,8	92
								85.425,3	94
							51.978,2	51.978,2	95
								1.000,0	96
									97
								69.589,1	98
							12.694,4	12.694,4	99
44.900,9	13.820,0	394.464,4	13.596,6	421.881,0	184.121,0	606.002,0	64.955,6	12.192.181,5	

## Haushaltsquerschnitt

Einnahmen 2012 in T€

Funktionen	Aufgabenbereiche	Steuern, steuer- ähnliche Abgaben	Gebühren, Geldstrafen und Geldbußen	Übrige Verwal- tungs- einnahmen	Erlöse, Vermögens- veräuße- rungen, Kapital- rückzah- lungen
		01-09	111, 112	12, 14, 119	13
1	2	3	4	5	6
0	Allgemeine Dienste		172.310,0	8.525,5	158,1
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung		381,4	6.019,0	0,1
02	Auswärtige Angelegenheiten				
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung		12.336,0	781,2	140,0
05	Rechtsschutz		135.690,0	295,5	13,0
06	Finanzverwaltung		23.902,6	1.429,8	5,0
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten		806,0	2.625,3	5,0
11	Allgemeinbildende und berufliche Schulen				
12	Allgemeinbildende und berufliche Schulen		745,0	272,3	3,0
13	Hochschulen		31,0	20,0	
14	Förderung von Schülern/innen, Studenten/innen und dgl.			2.305,0	
15	Sonstiges Bildungswesen				
16/17	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen		5,0	5,0	
18	Kultureinrichtungen (einschließlich Kulturverwaltung)			15,0	
19	Kulturförderung, Denkmalschutz, kirchliche Angele- genheiten		25,0	8,0	2,0
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wie- dergutmachung		3.283,0	621,5	2,0
21	Verwaltung			5,0	2,0
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung				
23	Familien-und Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrts- pflege u.ä.		10,0	457,0	
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politi- schen Ereignissen				
25	Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsschutz		1.547,0	9,5	
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII				
27	Einrichtungen der Jugendhilfe		6,0		
29	Sonstige soziale Angelegenheiten		1.720,0	150,0	
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung		26.564,0	722,6	4,0
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswe- sens		498,5	12,0	
32	Sport und Erholung				
33	Umwelt- und Naturschutz		2.327,5	710,6	4,0
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz		23.738,0		
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kom- munale Gemeinschaftsdienste		9.000,5	578,0	5,0
41	Wohnungswesen			5,0	
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen		9.000,5	573,0	5,0
44	Städtebauförderung				

## Haushaltsquerschnitt

Einnahmen 2012 in T€

Zinseinnahmen						Funktionen	
aus dem öffentlichen Bereich				aus sonstigen Bereichen	Zusammen		
Bund, Länder und Sondervermögen	Gemeinden	Sonstige	Zusammen				
151, 152, 154, 155	153	156, 157	15	16	15, 16		
<b>7</b>	<b>8</b>	<b>9</b>	<b>10</b>	<b>11</b>	<b>12</b>	<b>13</b>	
						0	
						01	
						02	
						04	
						05	
						06	
				88,5	88,5	1	
						11	
						12	
						13	
				88,5	88,5	14	
						15	
						16/17	
						18	
						19	
				0,5	0,5	2	
						21	
						22	
						23	
				0,5	0,5	24	
						25	
						26	
						27	
						29	
						3	
						31	
						32	
						33	
						34	
				13,9	13,9	4	
				13,9	13,9	41	
						42	
						44	

## Haushaltsquerschnitt

Einnahmen 2012 in T€

Funktionen	Aufgabenbereiche	Darlehnsrückflüsse					Zusammen
		aus dem öffentlichen Bereich				aus sonstigen Bereichen	
		Bund, Länder und Sondervermögen	Gemeinden	Sonstige	Zusammen		
		171, 172 174	173	176, 177	17	18	17, 18
14	15	16	17	18	19	20	21
0	Allgemeine Dienste					2,5	2,5
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung						
02	Auswärtige Angelegenheiten					2,5	2,5
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung						
05	Rechtsschutz						
06	Finanzverwaltung						
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten					3.322,0	3.322,0
11	Allgemeinbildende und berufliche Schulen						
12	Allgemeinbildende und berufliche Schulen						
13	Hochschulen						
14	Förderung von Schülern/innen, Studenten/innen und dgl.					3.322,0	3.322,0
15	Sonstiges Bildungswesen						
16/17	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen						
18	Kultureinrichtungen (einschließlich Kulturverwaltung)						
19	Kulturförderung, Denkmalschutz, kirchliche Angelegenheiten						
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung					57,8	57,8
21	Verwaltung						
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung						
23	Familien- und Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u.ä.					0,9	0,9
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen					56,9	56,9
25	Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsschutz						
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII						
27	Einrichtungen der Jugendhilfe						
29	Sonstige soziale Angelegenheiten						
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung						
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens						
32	Sport und Erholung						
33	Umwelt- und Naturschutz						
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz						
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste					102,4	102,4
41	Wohnungswesen					102,4	102,4
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen						
44	Städtebauförderung						



## Haushaltsquerschnitt

Einnahmen 2012 in T€

Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme von Investitionen					Funktionen
vom Bund	von Ländern	von Gemeinden	aus dem übrigen öffentlichen Bereich	aus sonstigen Bereichen	
211, 221, 231, 291	212, 222, 232, 292	213, 223, 233, 293	214-217, 224-227, 234-237	26-28, 297-299	
22	23	24	25	26	27
62.462,9	20.138,8	257,0		13.052,0	0
51.938,2	18.880,8	37,0		1.007,5	01
482,5				133,0	02
2.752,1	1.256,0	220,0		3.100,0	04
284,2	2,0			1.990,0	05
7.005,9				6.821,5	06
108.724,9	11.730,4	25.147,3		5,0	1
2.351,0					11
11,1	41,4	25.147,3			12
17.940,7					13
38.800,0	500,0				14
2.734,0					15
46.888,1	11.189,0				16/17
					18
				5,0	19
73.745,7		42.833,5	319,1	16.202,0	2
					21
			319,1		22
49.145,4		42.697,0			23
2.172,3				5,0	24
		106,0		16.094,0	25
				72,0	26
		11,0		11,0	27
22.428,0		19,5		20,0	29
545,7	4.625,0	20.088,9	356,7	320,0	3
223,3	187,9	20.088,9	356,7	320,0	31
					32
118,9	4.437,1				33
203,5					34
5,0		150,0		30,0	4
					41
5,0		150,0		30,0	42
					44

## Haushaltsquerschnitt

Einnahmen 2012 in T€

Funktionen	Aufgabenbereiche	Schulden-	Zuwei-	Zuschüsse	Sonstige	Einnahmen ins-
		auf-	sungen	für	Ein-	
		31,	33	34	35, 36,	0-3
		32			37, 38	
28	29	30	31	32	33	34
0	Allgemeine Dienste		6,6			276.913,4
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung					78.264,0
02	Auswärtige Angelegenheiten					618,0
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung					20.585,3
05	Rechtsschutz					138.274,7
06	Finanzverwaltung		6,6			39.171,4
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten		58.120,0		1.175,5	211.749,9
11	Allgemeinbildende und berufliche Schulen					2.351,0
12	Allgemeinbildende und berufliche Schulen					26.220,1
13	Hochschulen		22.550,0		1.175,5	41.717,2
14	Förderung von Schülern/innen, Studenten/innen und dgl.		22.820,0			67.835,5
15	Sonstiges Bildungswesen					2.734,0
16/17	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen		12.750,0			70.837,1
18	Kultureinrichtungen (einschließlich Kulturverwaltung)					15,0
19	Kulturförderung, Denkmalschutz, kirchliche Angelegenheiten					40,0
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung		14.000,0			151.065,1
21	Verwaltung					7,0
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung					319,1
23	Familien- und Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrts- pflege u.ä.					92.310,3
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politi- schen Ereignissen					2.234,7
25	Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsschutz					17.756,5
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII		14.000,0			14.072,0
27	Einrichtungen der Jugendhilfe					28,0
29	Sonstige soziale Angelegenheiten					24.337,5
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung		22.382,9	8.499,7		84.109,5
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswe- sens		22.322,9			44.010,2
32	Sport und Erholung		60,0			60,0
33	Umwelt- und Naturschutz			8.499,7		16.097,8
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz					23.941,5
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kom- munale Gemeinschaftsdienste		23.638,0			33.522,8
41	Wohnungswesen		12.620,0			12.741,3
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen					9.763,5
44	Städtebauförderung		11.018,0			11.018,0



## Haushaltsquerschnitt

Einnahmen 2012 in T€

Funktionen	Aufgabenbereiche	Steuern, steuer- ähnliche Abgaben	Gebühren, Geldstrafen und Geldbußen	Übrige Verwal- tungs- einnahmen	Erlöse, Vermögens- veräuße- rungen, Kapital- rückzah- lungen
		01-09	111, 112	12, 14, 119	13
1	2	3	4	5	6
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	1.100,0	10,0	945,6	
51	Verwaltung (ohne Betriebsverwaltung)				
52	Verbesserung der Agrarstruktur			767,0	
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen				
54	Sonstige Bereiche	1.100,0	10,0	178,6	
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstlei- stungen	72.000,0	671,1	81.350,0	183,0
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	72.000,0	21,0		
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe			80.000,0	
64	Handel				
68	Sonstige Bereiche		650,1	350,0	
69	Regionale Fördermaßnahmen			1.000,0	183,0
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen		137,0	416,9	
71	Verwaltung		25,0	3,0	
72	Straßen				
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt		101,0	413,9	
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr		11,0		
8	Wirtschaftsunternehmen, allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen			64.551,9	4.700,0
81	Land- und forstwirtschaftliche Unternehmen				
85	Sonstige Wirtschaftsunternehmen			63.551,9	
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sonderver- mögen			1.000,0	4.700,0
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	6.325.400,0			
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	6.320.900,0			
92	Schulden				
95	Rücklagen				
96	Sonstiges	4.500,0			
98	Globalposten				
99	Haushaltstechnische Verrechnungen				
	Gesamtsumme	6.398.500,0	212.781,6	160.337,3	5.057,1

## Haushaltsquerschnitt

Einnahmen 2012 in T€

Zinseinnahmen						Funktionen	
aus dem öffentlichen Bereich				aus sonstigen Bereichen	Zusammen		
Bund, Länder und Sondervermögen 151, 152, 154, 155	Gemeinden 153	Sonstige 156, 157	Zusammen 15				
7	8	9	10	11	12	13	
				13,0	13,0	5	
						51	
				13,0	13,0	52	
						53	
						54	
						6	
						62	
						63	
						64	
						68	
						69	
						7	
						71	
						72	
						73	
						74	
				4,5	4,5	8	
						81	
				4,5	4,5	85	
						87	
						9	
						91	
						92	
						95	
						96	
						98	
						99	
				120,4	120,4		

## Haushaltsquerschnitt

Einnahmen 2012 in T€

Funktionen	Aufgabenbereiche	Darlehnsrückflüsse					
		aus dem öffentlichen Bereich				aus sonstigen Bereichen	Zusammen
		Bund, Länder und Sondervermögen	Gemeinden	Sonstige	Zusammen		
		171, 172 174	173	176, 177	17	18	17, 18
<b>14</b>	<b>15</b>	<b>16</b>	<b>17</b>	<b>18</b>	<b>19</b>	<b>20</b>	<b>21</b>
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten			150,0	150,0	80,0	230,0
51	Verwaltung (ohne Betriebsverwaltung)						
52	Verbesserung der Agrarstruktur			150,0	150,0	80,0	230,0
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen						
54	Sonstige Bereiche						
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen		6,7		6,7		6,7
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau						
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe						
64	Handel						
68	Sonstige Bereiche						
69	Regionale Fördermaßnahmen		6,7		6,7		6,7
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen						
71	Verwaltung						
72	Straßen						
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt						
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr						
8	Wirtschaftsunternehmen, allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen					87,9	87,9
81	Land- und forstwirtschaftliche Unternehmen						
85	Sonstige Wirtschaftsunternehmen					87,9	87,9
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen						
9	Allgemeine Finanzwirtschaft						
91	Steuern und allgemeine Finanzaufweisungen						
92	Schulden						
95	Rücklagen						
96	Sonstiges						
98	Globalposten						
99	Haushaltstechnische Verrechnungen						
	Gesamtsumme		6,7	150,0	156,7	3.652,6	3.809,3

## Haushaltsquerschnitt

Einnahmen 2012 in T€

Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme von Investitionen					Funktionen
vom Bund	von Ländern	von Gemeinden	aus dem übrigen öffentlichen Bereich	aus sonstigen Bereichen	
211, 221, 231, 291	212, 222, 232, 292	213, 223, 233, 293	214-217, 224-227, 234-237	26-28, 297-299	
22	23	24	25	26	27
11.827,7	150,0		23,0	7.926,5	5
			17,0	8,0	51
11.827,7	150,0			7.902,5	52
			6,0	16,0	53
					54
26.974,8				5,0	6
26.974,8				5,0	62
					63
					64
					68
					69
218.231,1	8.477,0			200,0	7
					71
				200,0	72
					73
218.231,1	8.477,0				74
68,1				54.000,0	8
					81
68,1					85
				54.000,0	87
440.900,0	129.300,0				9
440.900,0	129.300,0				91
					92
					95
					96
					98
					99
943.485,9	174.421,2	88.476,7	698,8	91.740,5	

## Haushaltsquerschnitt

Einnahmen 2012 in T€

Funktionen	Aufgabenbereiche	Schulden- auf- nahme	Zuweisungen für Investitionen	Zuschüsse für Investitionen	Sonstige Einnahmen	Einnahmen insgesamt
		31, 32	33	34	35, 36, 37, 38	0-3
28	29	30	31	32	33	34
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten			31.812,9		54.038,7
51	Verwaltung (ohne Betriebsverwaltung)					25,0
52	Verbesserung der Agrarstruktur			220,0		21.110,2
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen			29.333,9		29.355,9
54	Sonstige Bereiche			2.259,0		3.547,6
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen		13.124,0	55.527,0		249.841,6
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau					99.000,8
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe					80.000,0
64	Handel					
68	Sonstige Bereiche					1.000,1
69	Regionale Fördermaßnahmen		13.124,0	55.527,0		69.840,7
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen		47.398,0			274.860,0
71	Verwaltung					28,0
72	Straßen		29.437,0			29.637,0
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt		2.045,0			2.559,9
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr		15.916,0			242.635,1
8	Wirtschaftsunternehmen, allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen					123.412,4
81	Land- und forstwirtschaftliche Unternehmen					
85	Sonstige Wirtschaftsunternehmen					63.712,4
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen					59.700,0
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	3.818.241,4			12.943,5	10.726.784,9
91	Steuern und allgemeine Finanzausweisungen					6.891.100,0
92	Schulden	3.818.241,4				3.818.241,4
95	Rücklagen					
96	Sonstiges				1.000,0	5.500,0
98	Globalposten					
99	Haushaltstechnische Verrechnungen				11.943,5	11.943,5
	Gesamtsumme	3.818.241,4	178.669,5	95.839,6	14.119,0	12.186.298,3





## Haushaltsquerschnitt

Ausgaben 2012 in T€

Funktionen	Aufgabenbereiche	Personal- ausgaben	Sächliche Verwal- tungs- ausgaben	Zinsaus- gaben
1	2	3	4	5
		4	51-54	56, 57
0	Allgemeine Dienste	1.399.524,9	344.707,3	
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	462.822,2	181.388,3	
02	Auswärtige Angelegenheiten		155,5	
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	441.976,1	36.412,3	
05	Rechtsschutz	293.624,5	117.055,1	
06	Finanzverwaltung	201.102,1	9.696,1	
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	1.789.649,0	18.684,5	
11	Allgemeinbildende und berufliche Schulen	1.411.719,0	3.175,8	
12	Allgemeinbildende und berufliche Schulen	306.765,6	2.909,9	
13	Hochschulen	55.799,7	7.733,4	
14	Förderung von Schülern/innen, Studenten/innen und dgl.			
15	Sonstiges Bildungswesen	10.862,0	2.932,8	
16/17	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	2.337,7	1.306,5	
18	Kultureinrichtungen (einschließlich Kulturverwaltung)		47,0	
19	Kulturförderung, Denkmalschutz, kirchliche Ange- legenheiten	2.165,0	579,1	
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wie- dergutmachung	17.243,0	11.938,4	
21	Verwaltung	13.851,8	1.432,8	
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung		1,0	
23	Familien- und Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrts- pflege u.ä.	1.432,0	1.357,5	
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politi- schen Ereignissen		6.492,5	
25	Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsschutz		2.347,2	
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII	1.900,0	193,3	
27	Einrichtungen der Jugendhilfe		10,0	
29	Sonstige soziale Angelegenheiten	59,2	104,1	
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	23.411,0	31.973,4	
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswe- sens	3.130,9	1.138,8	
32	Sport und Erholung	106,9		
33	Umwelt- und Naturschutz	17.668,2	8.022,0	
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	2.505,0	22.812,6	
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kom- munale Gemeinschaftsdienste	24.718,2	1.475,8	
41	Wohnungswesen			
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	24.718,2	1.475,8	
44	Städtebauförderung			

## Haushaltsquerschnitt

Ausgaben 2012 in T€

Tilgungs- ausgaben	Zuweisungen mit Ausnahme für Investitionen					Funktionen
	an Bund und Sonder- vermögen	an Länder	an Gemeinden	an Sonstige	Zu- sammen	
58, 59	611, 614, 631, 634, 691	612, 632, 692	613, 633, 693	616, 617, 636, 637	61, 63, 691-693	
<b>6</b>	<b>7</b>	<b>8</b>	<b>9</b>	<b>10</b>	<b>11</b>	<b>12</b>
	1.465,0	29.362,7	7.192,1	2.196,2	40.216,0	0
	435,5	24.324,7	2.307,1	2.161,2	29.228,5	01
						02
	1.029,5	2.494,9	4.697,1	35,0	8.256,5	04
		2.068,1			2.068,1	05
		475,0	187,9		662,9	06
	1.555,9	15.827,4	45.783,4		63.166,7	1
		1.308,4			1.308,4	11
		12.850,0	1.620,4		14.470,4	12
		439,0			439,0	13
	1.555,9	750,0			2.305,9	14
		20,5	150,0		170,5	15
		450,0			450,0	16/17
			44.013,0		44.013,0	18
		9,5			9,5	19
	9.291,6	216,7	982.192,9	2.385,3	994.086,5	2
						21
				373,0	373,0	22
	2.408,4		756.388,7		758.797,1	23
	6.298,2	24,0	3.452,0	190,0	9.964,2	24
		24,5	52.500,0		52.524,5	25
	80,0		111.837,7		111.917,7	26
		148,2			148,2	27
	505,0	20,0	58.014,5	1.822,3	60.361,8	29
	154,0	2.868,3	552,1		3.574,4	3
		2.208,2	531,1		2.739,3	31
						32
	154,0	660,1	21,0		835,1	33
						34
		120,9	14,5		135,4	4
		41,0			41,0	41
		79,9			79,9	42
			14,5		14,5	44

## Haushaltsquerschnitt

Ausgaben 2012 in T€

Funktionen	Aufgabenbereiche	Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen			
		an natürl. Personen	an Unternehmen	an Sonstige	Zusammen
		681	682, 683, 687, 697	67, 684, 685, 686, 698, 699	67, 68, 697-699
13	14	15	16	17	18
0	Allgemeine Dienste	2.046,2	1.700,1	44.577,1	48.323,4
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	640,2	498,3	35.489,5	36.628,0
02	Auswärtige Angelegenheiten		401,8	1.974,7	2.376,5
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung			363,4	363,4
05	Rechtsschutz	1.406,0	800,0	6.748,9	8.954,9
06	Finanzverwaltung			0,6	0,6
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	65.471,4	107.835,0	556.657,3	729.963,7
11	Allgemeinbildende und berufliche Schulen			27.278,1	27.278,1
12	Allgemeinbildende und berufliche Schulen	21,3		66.755,2	66.776,5
13	Hochschulen		107.776,0	326.040,0	433.816,0
14	Förderung von Schülern/innen, Studenten/innen und dgl.	61.892,0		2.204,7	64.096,7
15	Sonstiges Bildungswesen	3.505,0		5.982,4	9.487,4
16/17	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	5,6		101.727,3	101.732,9
18	Kultureinrichtungen (einschließlich Kulturverwaltung)	15,0		11.245,3	11.260,3
19	Kulturförderung, Denkmalschutz, kirchliche Angelegenheiten	32,5	59,0	15.424,3	15.515,8
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	88.772,3	13.004,9	50.620,7	152.397,9
21	Verwaltung		250,0		250,0
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung			6.750,0	6.750,0
23	Familien- und Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrts- pflege u.ä.	77.035,7	396,4	17.075,0	94.507,1
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2.899,0		1.439,2	4.338,2
25	Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsschutz		3.350,0	21.935,0	25.285,0
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII	483,0		2.694,8	3.177,8
27	Einrichtungen der Jugendhilfe			108,8	108,8
29	Sonstige soziale Angelegenheiten	8.354,6	9.008,5	617,9	17.981,0
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	5.111,7	30.255,4	25.970,8	61.337,9
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	50,0	30.247,7	15.079,2	45.376,9
32	Sport und Erholung			6.174,0	6.174,0
33	Umwelt- und Naturschutz	5.061,7	7,7	4.692,6	9.762,0
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz			25,0	25,0
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste			51,0	51,0
41	Wohnungswesen			51,0	51,0
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen				
44	Städtebauförderung				

## Haushaltsquerschnitt

Ausgaben 2012 in T€

Schuldendiensthilfen					Bau- maß- nahmen	Erwerb von			Funktionen
an Gemeinden	an Bund	an Länder	an sonstige Bereiche	Zu- sammen		beweg- lichen Sachen	unbeweg- lichen Sachen	Beteili- gungen	
623	621	622	624-627, 66	62, 66	7	81	82	83	
19	20	21	22	23	24	25	26	27	28
					97.804,1	31.302,7			0
					77.620,7	21.340,0			01
									02
					4.684,0	9.385,5			04
					12.217,9	529,8			05
					3.281,5	47,4			06
0,8			545,0	545,8	60.155,7	1.639,7			1
									11
0,8				0,8	1.031,0	120,8			12
					44.556,0	1.300,0			13
									14
			545,0	545,0		9,0			15
					14.368,7	110,7			16/17
									18
					200,0	99,2			19
			484,7	484,7		39,4			2
						36,9			21
			468,7	468,7		2,5			22
									23
									24
			16,0	16,0					25
									26
									27
40.000,0			4.408,3	44.408,3	3.266,0	3.051,6			29
40.000,0			4.408,3	44.408,3	3.000,0	150,0			3
									31
									32
					266,0	2.826,6			33
						75,0			34
						273,0			4
									41
						273,0			42
									44

## Haushaltsquerschnitt

Ausgaben 2012 in T€

Funktionen	Aufgabenbereiche	Darlehen			
		an öffentlichen Bereich			an sonst. Bereiche
		Gemeinden	Sonstige	Zusammen	
<b>29</b>	<b>30</b>	<b>31</b>	<b>32</b>	<b>33</b>	<b>34</b>
0	Allgemeine Dienste				
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung				
02	Auswärtige Angelegenheiten				
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung				
05	Rechtsschutz				
06	Finanzverwaltung				
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten				35.000,0
11	Allgemeinbildende und berufliche Schulen				
12	Allgemeinbildende und berufliche Schulen				
13	Hochschulen				
14	Förderung von Schülern/innen, Studenten/innen und dgl.				35.000,0
15	Sonstiges Bildungswesen				
16/17	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen				
18	Kultureinrichtungen (einschließlich Kulturverwaltung)				
19	Kulturförderung, Denkmalschutz, kirchliche Angelegenheiten				
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung				20,0
21	Verwaltung				
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung				
23	Familien- und Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u.ä.				
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen				20,0
25	Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsschutz				
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII				
27	Einrichtungen der Jugendhilfe				
29	Sonstige soziale Angelegenheiten				
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung				
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens				
32	Sport und Erholung				
33	Umwelt- und Naturschutz				
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz				
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste				
41	Wohnungswesen				
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen				
44	Städtebauförderung				

## Haushaltsquerschnitt

Ausgaben 2012 in T€

Darlehen	Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen						Sonstige Ausgaben	Ausgaben insgesamt	Funktionen
Zu- sammen	an öffentlichen Bereich				an sonstige Bereiche	Zu- sammen			
	Bund, Länder und Sonder- vermögen	Gemeinden	Sonstige	Zu- sammen					
85-87	881, 882, 884	883	886, 887	88	89	88, 89	9	4-9	
<b>35</b>	<b>36</b>	<b>37</b>	<b>38</b>	<b>39</b>	<b>40</b>	<b>41</b>	<b>42</b>	<b>43</b>	<b>44</b>
		6.826,0		6.826,0	461,0	7.287,0		1.969.165,4	0
					258,0	258,0		809.285,7	01
					46,0	46,0		2.578,0	02
		6.826,0		6.826,0		6.826,0		507.903,8	04
					157,0	157,0		434.607,3	05
								214.790,6	06
35.000,0	375,0	31.009,2		31.384,2	42.159,0	73.543,2	240,0	2.772.588,3	1
		24.500,0		24.500,0		24.500,0	240,0	1.468.221,3	11
		6.500,0		6.500,0	1.111,5	7.611,5		399.686,5	12
35.000,0					21.872,1	21.872,1		565.516,2	13
								101.402,6	14
					400,0	400,0		24.406,7	15
	375,0			375,0	11.650,1	12.025,1		132.331,6	16/17
					6.345,0	6.345,0		61.665,3	18
		9,2		9,2	780,3	789,5		19.358,1	19
20,0		33.181,2		33.181,2	928,5	34.109,7	43,0	1.210.362,6	2
								15.571,5	21
								7.124,0	22
		17.900,2		17.900,2		17.900,2		874.465,1	23
20,0								20.814,9	24
		1.200,0		1.200,0	375,0	1.575,0		81.731,7	25
		14.000,0		14.000,0		14.000,0		131.204,8	26
		81,0		81,0	553,5	634,5		901,5	27
							43,0	78.549,1	29
		46.518,9	1.552,8	48.071,7	5.462,7	53.534,4		224.557,0	3
		44.722,8		44.722,8	1.242,7	45.965,5		145.909,7	31
		60,0		60,0		60,0		6.340,9	32
		1.736,1	1.552,8	3.288,9	4.220,0	7.508,9		46.888,8	33
								25.417,6	34
	12.620,0	23.691,5		36.311,5		36.311,5		62.964,9	4
	12.620,0			12.620,0		12.620,0		12.712,0	41
								26.546,9	42
		23.691,5		23.691,5		23.691,5		23.706,0	44

## Haushaltsquerschnitt

Ausgaben 2012 in T€

Funktionen	Aufgabenbereiche	Personal- ausgaben	Sächliche Verwal- tungs- ausgaben	Zinsaus- gaben
1	2	3	4	5
		4	51-54	56, 57
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	15.608,0	1.573,0	
51	Verwaltung (ohne Betriebsverwaltung)	15.577,0	537,5	
52	Verbesserung der Agrarstruktur	31,0	407,5	
54	Sonstige Bereiche		628,0	
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	6.683,6	6.417,1	
61	Verwaltung			
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	6.683,6	5.613,1	
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe		50,0	
64	Handel			
65	Fremdenverkehr		154,0	
68	Sonstige Bereiche		200,0	
69	Regionale Fördermaßnahmen		400,0	
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen		537,0	
71	Verwaltung		10,0	
72	Straßen		200,0	
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt		152,0	
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr		175,0	
75	Luftfahrt			
8	Wirtschaftsunternehmen, allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen		314,3	
81	Land- und forstwirtschaftliche Unternehmen			
85	Sonstige Wirtschaftsunternehmen		264,1	
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen		50,2	
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	192.547,7		1.059.122,1
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen			
92	Schulden			1.059.122,1
94	Beihilfen, Unterstützungen u.ä.	88.043,8		
95	Rücklagen			
96	Sonstiges			
98	Globalposten	104.503,9		
99	Haushaltstechnische Verrechnungen			
	Gesamtsumme	3.469.385,4	417.620,8	1.059.122,1



## Haushaltsquerschnitt

Ausgaben 2012 in T€

Tilgungs- ausgaben	Zuweisungen mit Ausnahme für Investitionen					Funktionen
	an Bund und Sonder- vermögen	an Länder	an Gemeinden	an Sonstige	Zu- sammen	
58, 59	611, 614, 631, 634, 691	612, 632, 692	613, 633, 693	616, 617, 636, 637	61, 63, 691-693	
<b>6</b>	<b>7</b>	<b>8</b>	<b>9</b>	<b>10</b>	<b>11</b>	<b>12</b>
	480,2		1.175,0		1.655,2	5
	17,0				17,0	51
	463,2		1.175,0		1.638,2	52
						54
	0,6	435,3	4.007,4	6.027,5	10.470,8	6
						61
	0,6	435,3	3.764,7	6.027,5	10.228,1	62
						63
						64
						65
						68
			242,7		242,7	69
	310,0		79.345,0		79.655,0	7
			35,0		35,0	71
			16.850,0		16.850,0	72
			1.700,0		1.700,0	73
	310,0		60.135,0		60.445,0	74
			625,0		625,0	75
						8
						81
						85
						87
2.878.106,8			970.684,8		970.684,8	9
			970.684,8		970.684,8	91
2.878.106,8						92
						94
						95
						96
						98
						99
2.878.106,8	13.257,3	48.831,3	2.090.947,2	10.609,0	2.163.644,8	

## Haushaltsquerschnitt

Ausgaben 2012 in T€

Funktionen	Aufgabenbereiche	Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen			
		an natürl. Personen	an Unternehmen	an Sonstige	Zusammen
13	14	15	16	17	18
		681	682, 683, 687, 697	67, 684, 685, 686, 698, 699	67, 68, 697-699
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	16,4	11.569,5	14.658,0	26.243,9
51	Verwaltung (ohne Betriebsverwaltung)	6,4		11.927,3	11.933,7
52	Verbesserung der Agrarstruktur		11.569,5	31,8	11.601,3
54	Sonstige Bereiche	10,0		2.698,9	2.708,9
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	5,0	7.159,7	46.050,9	53.215,6
61	Verwaltung				
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	5,0		43.804,4	43.809,4
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe			186,0	186,0
64	Handel		100,0		100,0
65	Fremdenverkehr		1.531,0	121,0	1.652,0
68	Sonstige Bereiche		2.475,0	1.307,0	3.782,0
69	Regionale Fördermaßnahmen		3.053,7	632,5	3.686,2
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen		194.055,1	48.829,3	242.884,4
71	Verwaltung			48.115,3	48.115,3
72	Straßen			120,0	120,0
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt			594,0	594,0
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr		194.055,1		194.055,1
75	Luftfahrt				
8	Wirtschaftsunternehmen, allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen			250,0	250,0
81	Land- und forstwirtschaftliche Unternehmen				
85	Sonstige Wirtschaftsunternehmen				
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen			250,0	250,0
9	Allgemeine Finanzwirtschaft			1.000,0	1.000,0
91	Steuern und allgemeine Finanzausweisungen				
92	Schulden				
94	Beihilfen, Unterstützungen u.ä.				
95	Rücklagen				
96	Sonstiges			1.000,0	1.000,0
98	Globalposten				
99	Haushaltstechnische Verrechnungen				
	Gesamtsumme	161.423,0	365.579,7	788.665,1	1.315.667,8

## Haushaltsquerschnitt

Ausgaben 2012 in T€

Schuldendiensthilfen					Bau- maß- nahmen	Erwerb von			Funktionen
an Gemeinden	an Bund	an Länder	an sonstige Bereiche	Zu- sammen		beweg- lichen Sachen	unbeweg- lichen Sachen	Beteili- gungen	
623	621	622	624-627, 66	62, 66	7	81	82	83	
19	20	21	22	23	24	25	26	27	28
			4.408,6	4.408,6		38,5			5
			4.408,6	4.408,6		38,5			51
1,3				1,3	2.000,0				52
									54
									6
									61
1,3				1,3	2.000,0				62
									63
									64
									65
									68
									69
									7
									71
									72
									73
									74
									75
					3.095,9		3.500,0		8
									81
									85
					3.095,9		3.500,0		87
									9
									91
									92
									94
									95
									96
									98
									99
40.002,1			9.846,6	49.848,7	166.321,7	36.344,9	3.500,0		

## Haushaltsquerschnitt

Ausgaben 2012 in T€

Funktionen	Aufgabenbereiche	Darlehen			
		an öffentlichen Bereich			an sonst. Bereiche
		Gemeinden	Sonstige	Zu-sammen	
		853	851, 852, 854-857	85	86, 87
<b>29</b>	<b>30</b>	<b>31</b>	<b>32</b>	<b>33</b>	<b>34</b>
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten				
51	Verwaltung (ohne Betriebsverwaltung)				
52	Verbesserung der Agrarstruktur				
54	Sonstige Bereiche				
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen				10.147,1
61	Verwaltung				
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau				
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe				
64	Handel				
65	Fremdenverkehr				
68	Sonstige Bereiche				8.000,0
69	Regionale Fördermaßnahmen				2.147,1
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen				
71	Verwaltung				
72	Straßen				
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt				
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr				
75	Luftfahrt				
8	Wirtschaftsunternehmen, allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen				
81	Land- und forstwirtschaftliche Unternehmen				
85	Sonstige Wirtschaftsunternehmen				
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen				
9	Allgemeine Finanzwirtschaft				
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen				
92	Schulden				
94	Beihilfen, Unterstützungen u.ä.				
95	Rücklagen				
96	Sonstiges				
98	Globalposten				
99	Haushaltstechnische Verrechnungen				
	Gesamtsumme				45.167,1

## Haushaltsquerschnitt

Ausgaben 2012 in T€

Darlehen	Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen						Sonstige Ausgaben	Ausgaben insgesamt	Funktionen
Zu-sammen	an öffentlichen Bereich				an sonstige Bereiche	Zu-sammen			
85-87	Bund, Länder und Sondervermögen	Gemeinden	Sonstige	Zu-sammen	89	88, 89	9	4-9	
35	36	37	38	39	40	41	42	43	44
	700,0	10.610,3	2.869,5	14.179,8	17.572,3	31.752,1		81.279,3	5
					25,0	25,0		28.090,2	51
		10.110,3	2.869,5	12.979,8	16.421,3	29.401,1		47.526,2	52
	700,0	500,0		1.200,0	1.126,0	2.326,0		5.662,9	54
10.147,1		72.405,2	10.215,2	82.620,4	54.487,9	137.108,3		226.043,8	6
									61
		586,4	10.215,2	10.801,6	33.380,1	44.181,7		112.517,2	62
					2.500,0	2.500,0		2.736,0	63
					127,8	127,8		1.933,8	65
8.000,0								11.982,0	68
2.147,1		71.818,8		71.818,8	18.480,0	90.298,8		96.774,8	69
		43.682,0		43.682,0	52.201,6	95.883,6		418.960,0	7
					32.034,6	32.034,6		80.194,9	71
		36.587,0		36.587,0	7.000,0	43.587,0		60.757,0	72
		2.045,0		2.045,0	2.301,0	4.346,0		6.792,0	73
		5.050,0		5.050,0	10.866,0	15.916,0		270.591,1	74
								625,0	75
								7.160,2	8
									81
								264,1	85
								6.896,1	87
		75.873,2		75.873,2		75.873,2	35.882,2	5.213.216,8	9
		75.873,2		75.873,2		75.873,2		1.046.558,0	91
								3.937.228,9	92
								88.043,8	94
							23.046,2	23.046,2	95
								1.000,0	96
								104.503,9	98
							12.836,0	12.836,0	99
45.167,1	13.695,0	343.797,5	14.637,5	372.130,0	173.273,0	545.403,0	36.165,2	12.186.298,3	



## IV. Übersicht über die den Haushalt durchlaufenden Posten





## IV. Übersicht

über die den Haushalt durchlaufenden Posten

Kapitel Titel	Bezeichnung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
		- T€ -		
<b>03 01</b>	Ministerpräsident, Staatskanzlei			
<b>382 01</b>	Einnahmen aus Spenden	0,0	0,0	0,0
<b>982 01</b>	Hilfen aus zweckgebundenen Spenden	0,0	0,0	0,0
	<b>Summe Einzelplan 03</b>			
	<b>Ausgaben</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
	<b>Einnahmen</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
<b>07 10</b>	Allgemeine Bewilligungen zur Sicherung der Unterrichtsversorgung			
<b>382 01</b>	Erstattungen der Schulträger für Aufwendungen des Landes zur Abgeltung urheberrechtlicher Ansprüche	185,6	240,0	240,0
<b>982 01</b>	Abgeltung urheberrechtlicher Ansprüche für die Vervielfältigung geschützter Werke an Schulen in kommunaler Trägerschaft	185,6	240,0	240,0
	<b>Summe Einzelplan 07</b>			
	<b>Ausgaben</b>	<b>185,6</b>	<b>240,0</b>	<b>240,0</b>
	<b>Einnahmen</b>	<b>185,6</b>	<b>240,0</b>	<b>240,0</b>
<b>11 04</b>	Sicherheitsleistungen und Gewährleistungen			
<b>382 01</b>	Bürgschaftsentgelte für Sicherheitsleistungen und Gewährleistungen des Landes - Anteil des Bundes -	2,0	0,0	0,0
<b>382 02</b>	Einnahmen des Treuhandvermögens Sachen und Rechte - Anteil des Bundes an Bürgschaftsregressforderungen -	300,0	0,0	0,0
<b>982 01</b>	Anteil des Bundes an den Bürgschaftsentgelten für Sicherheitsleistungen und Gewährleistungen des Landes	2,0	0,0	0,0
<b>982 02</b>	Anteil des Bundes an den Einnahmen des Treuhandvermögens Sachen und Rechte	300,0	0,0	0,0
	<b>Summe Einzelplan 11</b>			
	<b>Ausgaben</b>	<b>302,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
	<b>Einnahmen</b>	<b>302,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
	<b>Gesamtsumme</b>			
	<b>Ausgaben</b>	<b>487,6</b>	<b>240,0</b>	<b>240,0</b>
	<b>Einnahmen</b>	<b>487,6</b>	<b>240,0</b>	<b>240,0</b>



## V. Sonderabgaben des Landes



## Sonderabgaben des Landes Einzelplan 06

Geschäftsbereich	Sonderabgabe	Abgabevolumen in T€		
		2010 Soll	2011 Soll	2012 Soll
1	2	3	4	5
06 (MWV)	<p><b>Bezeichnung:</b> <b>Feldes- und Förderabgaben für Erdöl und sonstige Bodenschätze</b></p> <p>Rechtsgrundlage: Bundesberggesetz; Landesverordnung über Feldes- und Förderabgaben vom 25.11.2002 (GVOBl. Schl.-H. S. 228) zuletzt geändert durch Art. 1 ÄndVO vom 09.12.2008 (GVOBl. Schl.-H., S. 765)</p> <p>Abgabezweck: Gegenleistung für erteilte bergrechtliche Erlaubnis oder Bewilligung und teilweise Abschöpfung der Gewinne aus dem Verkauf der gewonnenen Bodenschätze</p> <p>verpflichtet: Betriebe, die Bodenschätze zu gewerblichen Zwecken nutzen</p> <p>begünstigt: Land Schleswig-Holstein sowie alle Bundesländer über Länderfinanzausgleich</p>	140.000,0	80.000,0	80.000,0

## Sonderabgaben des Landes Einzelplan 10

Geschäftsbereich	Sonderabgabe	Abgabevolumen in T€		
		2010 Soll	2011 Soll	2012 Soll
1	2	3	4	5
10 (MASG)	<p><b>Bezeichnung: Ausgleichsabgabe</b></p> <p>Rechtsgrundlage: Sozialgesetzbuch -Neuntes Buch- (SGB IX)</p> <p>Abgabezweck: Arbeits- und Berufsförderung schwerbehinderter Menschen sowie begleitende Hilfe im Arbeits- und Berufsleben</p> <p>verpflichtet: Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, die ihrer gesetzlichen Verpflichtung zur Beschäftigung von wenigstens 5% schwerbehinderten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern nicht nachkommen.</p> <p>begünstigt: Schwerbehinderte Menschen im Arbeits- und Berufsleben</p>	12.100,0	13.000,0	13.000,0

## Sonderabgaben des Landes Einzelplan 13

Geschäftsbereich	Sonderabgabe	Abgabevolumen in T€		
		2010 Soll	2011 Soll	2012 Soll
1	2	3	4	5
13 (MLUR)	<p><b>Bezeichnung: Abwasserabgabe</b></p> <p>Rechtsgrundlage: Abwasserabgabengesetz (AbwAG) i.d. Bek. der Neufassung vom 18. Januar 2005 (BGBl. I S. 114)</p> <p>Abgabezweck: Lenkungsfunktion für die Reduzierung der Gewässerverschmutzung</p> <p>verpflichtet: Einleiter von Abwasser (z.B. Gemeinden)</p> <p>begünstigt: Land Schleswig-Holstein, Verwendung zweckgebunden gem. § 13 AbwAG</p>	13.000,0	9.500,0	9.500,0
	<p><b>Bezeichnung: Grundwasserentnahmeabgabe</b></p> <p>Rechtsgrundlage: Grundwasserabgabengesetz (GruWAG) vom 14. Februar 1994 (GVOBl. Schl.-H. S. 141), geändert durch das Gesetz zur Änderung des Landeswassergesetzes und andere wasserrechtliche Vorschriften vom 13. Dezember 2007 (GVOBl. Schl.-H. S. 499)</p> <p>Abgabezweck: Teilweise Abschöpfung des wirtschaftlichen Vorteils für die Nutzung der Ressource Grundwasser</p> <p>verpflichtet: Inhaber der Rechte nach § 3 Abs. 1 Nr. 6 WHG (z.B. Wasserversorgungsunternehmen)</p> <p>begünstigt: Land Schleswig-Holstein, nach Abzug der durch den Vollzug des Gesetzes entstehenden Verwaltungsaufwand werden bis zu 50% zweckgebunden gem. § 7 Abs. 2 i.V. mit § 1 GruWAG verwendet</p>	22.000,0	21.500,0	21.500,0

Geschäftsbereich	Sonderabgabe	Abgabevolumen in T€		
		2010 Soll	2011 Soll	2012 Soll
1	2	3	4	5
	<p><b>Bezeichnung:</b> <b>Oberflächenwasserabgabe</b></p> <p>Rechtsgrundlage: Oberflächenwasserabgabegesetz (OWAG) vom 13. Dezember 2000 (GVOBl. Schl.-H. S. 610), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetz zur Änderung des Landeswassergesetzes und andere wasserrechtliche Vorschriften vom 13. Dezember 2007 (GVOBl. Schl.-H. S. 499)</p> <p>Abgabezweck: Teilweise Abschöpfung des wirtschaftlichen Vorteils für die Nutzung der Ressource Wasser.</p> <p>verpflichtet: Inhaber der Rechte nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 WHG (z.B. Kraftwerke)</p> <p>begünstigt: Land SH, Verwendung zu 50% zweckgebunden nach § 5 OWAG</p>	15.000,0	20.050,0	35.000,0
	<p><b>Bezeichnung:</b> <b>Fischereiabgabe</b></p> <p>Rechtsgrundlage: § 29 Landesfischereigesetz</p> <p>Abgabezweck: Förderung von Aktionen zur Verbesserung der Fischbestände, der Gewässer und der Fischerei gem. § 29 Abs. 4 LFischG</p> <p>verpflichtete: Inhaber von Fischereischeinen gem. § 26 LFischG</p> <p>begünstigt: Land Schleswig-Holstein (nach Abzug der Verwaltungskosten Weitergabe als Zuwendung an Verbände und Vereine aus dem Fischereisektor)</p>	533,0	600,0	600,0



Geschäftsbereich	Sonderabgabe	Abgabevolumen in T€		
		2010 Soll	2011 Soll	2012 Soll
1	2	3	4	5
	<p><b>Bezeichnung: Jagdabgabe</b></p> <p>Rechtsgrundlage: § 16 Landesjagdgesetz</p> <p>Abgabezweck: Förderung des Jagdwesens</p> <p>verpflichtet: Jagdschein erwerbende Personen in Schleswig-Holstein</p> <p>begünstigt: Institutionen, die sich zur Förderung des Jagdwesens, der jagdwissenschaftlichen Forschung oder des Artenschutzes jagdbarer Tiere Verpflichtet haben</p>	650,0	530,0	500,0
	<p><b>Bezeichnung: Gebühren und Erstattungen nach der Hafentersorgungsverordnung</b></p> <p>Rechtsgrundlage: Verwaltungsgebührenordnung i.V. mit der Tarifstelle 24.20.1 des allgem. Gebührentarifs der Landesverordnung über Verwaltungsgebühren i.d.F. vom 19. Januar 2010</p> <p>Abgabezweck: Erstattung von Auslagen nach der Hafentersorgungsverordnung (HafEntsVO)</p> <p>verpflichtet: Hafenbetreiber von Wirtschaftshäfen</p> <p>begünstigt: Land Schleswig-Holstein</p>	0,0	0,0	14,4

Geschäftsbereich	Sonderabgabe	Abgabevolumen in T€		
		2010 Soll	2011 Soll	2012 Soll
1	2	3	4	5
	<p><b>Bezeichnung: Küsten- und Hochwasserschutzabgabe</b></p> <p>Rechtsgrundlage Landeswassergesetz (LWG) i.d. Bek. der Neufassung vom 12. Dezember 2008 (GVOBl. Schl.-H. S. 791), zuletzt geändert durch das Haushaltsbegleitgesetz vom 17. Dezember 2010 (GVOBl. Schl.-H. S. 804)</p> <p>Abgabezweck: Beteiligung der Vorteilhabenden von Küstenmaßnahmen des Landes an der Deckung der Aufwendungen des Landes</p> <p>Verpflichtet: Eigentümerinnen und Eigentümer und Erbbauberechtigte der Grundstücke im geschützten Gebiet</p> <p>Begünstigt: Land SH, Verwendung der Beiträge zweckgebunden für Küstenschutzmaßnahmen des Landes</p>	0,0	0,0	6.000,0

## VI. Übersicht ÖPP







## VII. Personalübersicht

**Personalübersicht 2011**

EP Bezeichnungen	01		02		03		04				05			
	Landtag		Landesrechnungshof		Ministerpräsident Staatskanzlei		Innenministerium ohne Polizei		Polizei		Finanzministerium ohne Steuerverwaltung		Steuerverwaltung	
	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010

**1. BeamtInnen u. RichterInnen ohne Stellen in Wirtschaftsbetrieben**

Besoldungsordnung B

B10	--	--	1	1	2	2	1	1	--	--	1	2	--	--
B9	1	1	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--
B7	--	--	1	1	--	--	--	1	--	--	--	--	--	--
B5	4	4	4	4	5	4	4	4	--	--	3	5	--	--
B4	--	--	1	1	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--
B3	--	--	--	--	--	--	1	1	2	2	1	1	--	--
B2	3	3	5	5	6	6	6	7	--	--	6	6	--	--

Besoldungsordnung R

R8	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--
R6	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--
R5	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--
R4	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--
R3	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--
R2	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--
R1	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Besoldungsordnung A

Laufbahngruppe 2.2

A16	9	9	6	6	13	11	21	20	13	13	20	20	10	10
A15	11	12	10	10	21	20	30	30	44	44	27	27	26	26
A14	4	1	2	2	11	9	19	19	42	42	18	19	26	26
A13	1	2	1	1	18	19	5	5	22	22	--	--	25	25
Anw.	--	--	--	--	--	--	6	6	--	--	--	--	--	--
Summe LG 2.2	25	24	19	19	63	59	81	80	121	121	65	66	87	87

Laufbahngruppe 2.1

A15	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--
A14	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--
A13	12	12	41	41	25	9	72	73	171	159	75	74	190	191
A12	5	4	3	3	15	10	71	73	311	299	62	63	331	329
A11	3	2	1	1	9	9	80	81	743	728	38	39	599	597
A10	--	--	--	--	3	3	9	9	1.812	1.800	9	9	332	331
A9	1	1	--	--	4	2	5	5	917	932	2	--	170	158
Anw.	--	--	--	--	35	30	--	--	--	--	--	--	--	--
Summe LG 2.1	21	19	45	45	91	63	237	241	3.954	3.918	186	185	1.622	1.606

Laufbahngruppe 1.2

A9	1	1	2	2	5	4	41	41	1.475	1.495	45	45	824	827
A8	1	--	1	1	1	1	27	27	789	804	61	61	485	487
A7	--	--	--	--	--	--	--	--	356	356	26	32	488	478
A6	--	--	--	--	7	--	--	--	--	--	1	1	39	19
Anw.	--	--	--	--	35	30	--	--	--	--	--	--	--	--
Summe LG 1.2	2	1	3	3	48	35	68	68	2.620	2.655	133	139	1.836	1.811

Laufbahngruppe 1.1

A6	--	--	--	--	--	--	1	1	--	--	--	--	--	8
A5	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	1	5
A4	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	4
A3	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--
Summe LG 1.1	--	--	--	--	--	--	1	1	--	--	--	--	1	17

Besoldungsordnung W

W2	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--
W1	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Summe 1	56	52	79	79	215	169	399	404	6.697	6.696	395	404	3.546	3.521
---------	----	----	----	----	-----	-----	-----	-----	-------	-------	-----	-----	-------	-------



**Personalübersicht 2011**

EP	06		07				08		09		10	
	Bezeichnungen		Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft, und Verkehr	Ministerium für Bildung und Kultur	Schulen				Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Integration	Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit		
	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010

**1. BeamtInnen u. RichterInnen ohne Stellen in Wirtschaftsbetrieben**

Besoldungsordnung B

B10	2	2	1	1	--	--	--	--	--	--	1	1	1	1
B9	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--
B7	1	1	1	1	--	--	--	--	--	--	2	1	1	1
B5	5	5	5	4	--	--	--	--	--	--	4	3	2	2
B4	--	--	--	--	1	1	--	--	--	--	--	--	--	--
B3	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	1	1
B2	7	7	7	6	--	--	--	--	--	--	4	4	6	5

Besoldungsordnung R

R8	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	1	1	--	--
R6	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	4	4	--	--
R5	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	4	3	--	--
R4	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	5	6	--	--
R3	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	41	40	--	--
R2	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	238	241	--	--
R1	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	580	581	--	--

Besoldungsordnung A

Laufbahngruppe 2.2

A16	23	24	39	41	171	161	--	--	--	--	19	19	24	26
A15	32	33	48	48	1.256	1.142	--	--	--	--	28	26	36	36
A14	16	20	28	27	3.244	3.217	--	--	--	--	30	30	16	19
A13	4	6	12	9	4.629	4.637	--	--	--	--	12	13	2	3
Anw.	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--
Summe LG 2.2	75	83	127	125	9.300	9.157	--	--	--	--	89	88	78	84

Laufbahngruppe 2.1

A15	--	--	--	--	72	101	--	--	--	--	--	--	--	--
A14	--	--	--	--	534	591	--	--	--	--	--	--	--	--
A13	43	42	32	32	5.324	5.021	--	--	--	--	96	96	61	61
A12	30	32	27	27	6.394	6.906	--	--	--	--	187	181	53	56
A11	33	34	28	27	260	261	--	--	--	--	251	249	45	48
A10	10	10	10	12	164	165	--	--	--	--	234	241	28	37
A9	4	2	2	2	--	--	--	--	--	--	55	53	1	4
Anw.	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--
Summe LG 2.1	120	120	99	100	12.748	13.045	--	--	--	--	823	820	188	206

Laufbahngruppe 1.2

A9	7	6	3	4	--	--	--	--	--	--	578	552	25	26
A8	3	5	2	1	--	--	--	--	--	--	475	477	40	43
A7	6	6	1	1	--	--	--	--	--	--	389	411	14	23
A6	--	--	1	1	--	--	--	--	--	--	83	85	--	--
Anw.	1	1	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--
Summe LG 1.2	17	18	7	7	--	--	--	--	--	--	1.525	1.525	79	92

Laufbahngruppe 1.1

A6	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	175	176	--	--
A5	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--
A4	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--
A3	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--
Summe LG 1.1	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	175	176	--	--

Besoldungsordnung W

W2	8	10	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--
W1	3	13	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--
Summe 1	238	259	247	244	22.049	22.203	--	--	--	--	3.496	3.494	356	392

### Personalübersicht 2011

EP	13											
	Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume				Zusammen		Differenz + mehr - weniger		Leerstellen		Ständig teilbeschäftigte Kräfte	
Bezeichnungen	2011	2010	2011	2010	2011	2010	+ / -	2011	2010	2011	2010	

#### 1. BeamtInnen u. RichterInnen ohne Stellen in Wirtschaftsbetrieben

##### Besoldungsordnung B

B10	1	1	--	--	11	12	-1	--	--	--	--
B9	--	--	--	--	1	1	0	--	--	--	--
B7	1	1	--	--	7	7	0	--	--	--	--
B5	4	4	--	--	40	39	+1	--	--	--	--
B4	1	1	--	--	3	3	0	--	--	--	--
B3	2	2	--	--	7	7	0	--	--	--	--
B2	9	10	--	--	59	59	0	1	1	--	--

##### Besoldungsordnung R

R8	--	--	--	--	1	1	0	--	--	--	--
R6	--	--	--	--	4	4	0	--	--	--	--
R5	--	--	--	--	4	3	+1	--	--	--	--
R4	--	--	--	--	5	6	-1	--	--	--	--
R3	--	--	--	--	41	40	+1	--	--	--	--
R2	--	--	--	--	238	241	-3	--	--	--	--
R1	--	--	--	--	580	581	-1	--	--	--	--

##### Besoldungsordnung A

##### Laufbahngruppe 2.2

A16	39	38	--	--	407	398	+9	--	1	--	--
A15	77	80	--	--	1.646	1.534	+112	6	9	--	--
A14	107	109	--	--	3.563	3.540	+23	27	24	--	--
A13	28	28	--	--	4.759	4.770	-11	30	20	--	--
Anw.	--	--	--	--	6	6	0	--	--	--	--
Summe LG 2.2	251	255	--	--	10.381	10.248	+133	63	54	--	--

##### Laufbahngruppe 2.1

A15	--	--	--	--	72	101	-29	--	1	--	--
A14	--	--	--	--	534	591	-57	6	10	--	--
A13	83	82	--	--	6.225	5.893	+332	33	58	--	--
A12	83	83	--	--	7.572	8.066	-494	61	65	--	--
A11	118	118	--	--	2.208	2.194	+14	3	6	--	--
A10	32	37	--	--	2.643	2.654	-11	--	--	--	--
A9	5	5	--	--	1.166	1.164	+2	--	--	--	--
Anw.	--	--	--	--	35	30	+5	--	--	--	--
Summe LG 2.1	321	325	--	--	20.455	20.693	-238	103	140	--	--

##### Laufbahngruppe 1.2

A9	26	24	--	--	3.032	3.027	+5	--	--	--	--
A8	10	9	--	--	1.895	1.916	-21	--	--	--	--
A7	6	6	--	--	1.286	1.313	-27	--	--	--	--
A6	1	--	--	--	132	106	+26	--	--	--	--
Anw.	--	--	--	--	36	31	+5	--	--	--	--
Summe LG 1.2	43	39	--	--	6.381	6.393	-12	--	--	--	--

##### Laufbahngruppe 1.1

A6	--	--	--	--	176	185	-9	--	--	--	--
A5	--	--	--	--	1	5	-4	--	--	--	--
A4	--	--	--	--	--	4	-4	--	--	--	--
A3	--	--	--	--	--	--	0	--	--	--	--
Summe LG 1.1	--	--	--	--	177	194	-17	--	--	--	--

##### Besoldungsordnung W

W2	--	--	--	--	8	10	-2	--	--	--	--
W1	--	--	--	--	3	13	-10	--	--	--	--
Summe 1	633	638	--	--	38.406	38.555	-149	167	195	--	--



**Personalübersicht 2011**

EP Bezeichnungen	01 Landtag		02 Landesrechnungshof		03 Ministerpräsident Staatskanzlei		04 Innenministerium ohne Polizei				05 Finanzministerium ohne Steuerverwaltung			
	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010

**2. Beamtete Hilfskräfte ohne Stellen in Wirtschaftsbetrieben**

Besoldungsordnung R

R1 -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- --

Besoldungsordnung A

Laufbahngruppe 2.2

A13 -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- --

Summe LG 2.2 -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- --

Laufbahngruppe 2.1

A13 -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- --

A12 -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- --

A9 -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- 44

Summe LG 2.1 -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- 44

Laufbahngruppe 1.2

A6 -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- 5

Summe LG 1.2 -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- 5

Summe 2 -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- 49

**3. BeamtInnen im Vorbereitungsdienst ohne Stellen in Wirtschaftsbetrieben**

LG 2.2 -- -- -- -- -- -- 1 1 -- -- -- -- -- -- --

LG 2.1 -- -- -- -- -- -- 2 2 185 185 -- -- 155 155

LG 1.2 -- -- -- -- -- -- -- -- 350 350 -- -- 95 95

LG 1.1 -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- --

Summe 3 -- -- -- -- -- -- 3 3 535 535 -- -- 250 250

**4. Arbeitnehmer ohne Stellen in Wirtschaftsbetrieben**

AT -- 1 -- -- 2 3 -- -- -- -- -- -- -- -- --

AT B5 -- -- -- -- -- -- 1 1 -- -- -- -- -- -- --

AT B2 -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- --

E15 Ü 1 1 -- -- 6 6 -- -- -- -- 2 2 -- -- --

E15 2 -- 1 1 9 10 4 4 1 1 1 1 -- -- --

E14 5 6 -- -- -- -- -- -- 3 3 2 1 -- -- --

E13 Ü -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- --

E13 7 7 1 1 2 2 9 9 1 1 9 8 -- -- --

E12 11 12 3 3 7 6 35 35 8 8 29 25 27 29

E11 10 11 -- -- 7 7 77 77 24 25 21 20 27 30

E10 7 8 -- -- 3 1 22 22 47 40 6 6 2 2

E9 4 4 3 3 15 15 5 7 21 21 10 10 50 50

E8 14 11 3 3 15 15 151 151 182 157 178 170 120 122

E7 -- -- -- -- -- -- 4 4 16 16 -- -- -- -- --

E6 11 13 5 5 7 6 210 211 112 110 28 29 95 98

E5 15 16 2 2 9 11 103 113 422 454 21 22 178 186

E4 1 1 -- -- 2 2 4 4 43 43 -- -- 3 3

E3 -- -- -- -- 2 2 7 7 23 23 3 3 68 68

E2 -- -- -- -- -- -- 1 1 -- -- 3 3 1 1

KR 4a -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- --

Cheffahrer 6 6 1 1 1 1 23 29 -- -- -- -- -- --

PKW-Fahrer 1 1 -- -- -- -- 13 13 -- -- -- -- -- --

Praktikant 1 -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- --

Volontär 1 1 -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- --

Auszubild. 6 6 -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- --

SD B 5 -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- --

SD B 2 -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- --

Summe 4 103 105 19 19 87 87 669 688 903 902 313 300 571 589

**5. Nachwuchskräfte ohne Stellen in Wirtschaftsbetrieben**

Praktikant -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- --

Volontär -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- --

**Personalübersicht 2011**

EP Bezeichnungen	06		07				08		09		10			
	Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft, und Verkehr		Ministerium für Bildung und Kultur		Schulen				Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Integration		Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit			
	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010

**2. Beamtete Hilfskräfte ohne Stellen in Wirtschaftsbetrieben**

Besoldungsordnung R

R1 -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- --

Besoldungsordnung A

Laufbahngruppe 2.2

A13 -- -- -- -- -- 17 -- -- -- -- -- -- -- --

Summe LG 2.2 -- -- -- -- -- 17 -- -- -- -- -- -- -- --

Laufbahngruppe 2.1

A13 -- -- -- -- -- 5 -- -- -- -- -- -- -- --

A12 -- -- -- -- -- 5 -- -- -- -- -- -- -- --

A9 -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- 2 -- --

Summe LG 2.1 -- -- -- -- -- 10 -- -- -- -- -- 2 -- --

Laufbahngruppe 1.2

A6 -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- --

Summe LG 1.2 -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- --

Summe 2 -- -- -- -- -- 27 -- -- -- -- -- 2 -- --

**3. BeamtInnen im Vorbereitungsdienst ohne Stellen in Wirtschaftsbetrieben**

LG 2.2 -- -- 1 1 663 663 -- -- -- -- 905 913 -- --

LG 2.1 -- -- 1 1 1.156 1.156 -- -- -- -- 67 59 -- --

LG 1.2 -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- 98 108 -- --

LG 1.1 -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- 9 9 -- --

Summe 3 -- -- 2 2 1.819 1.819 -- -- -- -- 1.079 1.089 -- --

**4. Arbeitnehmer ohne Stellen in Wirtschaftsbetrieben**

AT -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- --

AT B5 -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- --

AT B2 -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- 1 1 -- --

E15 Ü 6 6 4 4 -- -- -- -- -- 2 2 8 7

E15 1 1 2 2 -- -- -- -- -- 3 4 8 9

E14 3 3 6 7 -- -- -- -- -- 1 2 14 16

E13 Ü -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- --

E13 8 3 9 8 643 475 -- -- -- -- 2 2 2 3

E12 7 7 1 1 41 41 -- -- -- -- 13 13 22 22

E11 6 11 4 4 313 313 -- -- -- -- 22 22 14 14

E10 4 5 3 4 40 40 -- -- -- -- 11 11 17 13

E9 12 13 20 23 200 200 -- -- -- -- 50 51 18 18

E8 29 28 11 12 36 30 -- -- -- -- 503 506 128 127

E7 -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- --

E6 18 18 25 26 27 28 -- -- -- -- 412 412 48 47

E5 20 21 42 44 4 4 -- -- -- -- 136 143 95 100

E4 2 3 4 4 -- -- -- -- -- 53 53 13 13

E3 1 1 2 5 3 3 -- -- -- -- 19 19 6 7

E2 -- -- 1 4 -- -- -- -- -- 4 4 8 9

KR 4a -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- 1 1 -- --

Cheffahrer -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- 1 1 -- --

PKW-Fahrer -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- 5 5 1 1

Praktikant -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- 5 -- 4 1

Volontär -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- --

Auszubild. -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- 1 1

SD B 5 -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- 2 2

SD B 2 -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- 1

Summe 4 117 120 134 148 1.307 1.134 -- -- -- -- 1.244 1.252 409 411

**5. Nachwuchskräfte ohne Stellen in Wirtschaftsbetrieben**

Praktikant -- -- 1 1 11 11 -- -- -- -- -- -- -- --

Volontär -- -- 1 1 -- -- -- -- -- -- -- -- -- --

**Personalübersicht 2011**

EP	13						Zusammen		Differenz	Leerstellen		Ständig teilbeschäftigte Kräfte	
	Bezeichnungen		Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume						+ mehr - weniger				
	2011	2010	2011	2010			2011	2010	+ / -	2011	2010	2011	2010

**2. Beamtete Hilfskräfte ohne Stellen in Wirtschaftsbetrieben**

Besoldungsordnung R

R1 -- -- -- -- -- -- 0 -- -- -- --

Besoldungsordnung A

Laufbahngruppe 2.2

A13 -- -- -- -- -- 17 -17 -- -- -- --

Summe LG 2.2 -- -- -- -- -- 17 -17 -- -- -- --

Laufbahngruppe 2.1

A13 -- -- -- -- -- 5 -5 -- -- -- --

A12 -- -- -- -- -- 5 -5 -- -- -- --

A9 -- -- -- -- -- 46 -46 -- -- -- --

Summe LG 2.1 -- -- -- -- -- 56 -56 -- -- -- --

Laufbahngruppe 1.2

A6 -- -- -- -- -- 5 -5 -- -- -- --

Summe LG 1.2 -- -- -- -- -- 5 -5 -- -- -- --

Summe 2 -- -- -- -- -- 78 -78 -- -- -- --

**3. BeamtInnen im Vorbereitungsdienst ohne Stellen in Wirtschaftsbetrieben**

LG 2.2 6 6 -- -- 1.576 1.584 -8 -- -- -- --

LG 2.1 12 12 -- -- 1.578 1.570 +8 -- -- -- --

LG 1.2 1 1 -- -- 544 554 -10 -- -- -- --

LG 1.1 -- -- -- -- 9 9 0 -- -- -- --

Summe 3 19 19 -- -- 3.707 3.717 -10 -- -- -- --

**4. Arbeitnehmer ohne Stellen in Wirtschaftsbetrieben**

AT -- -- -- -- 2 4 -2 -- -- -- --

AT B5 3 3 -- -- 4 4 0 -- -- -- --

AT B2 2 2 -- -- 3 3 0 -- -- -- --

E15 Ü 3 3 -- -- 32 31 +1 -- -- -- --

E15 12 12 -- -- 44 45 -1 -- -- -- --

E14 17 17 -- -- 51 55 -4 -- -- -- --

E13 Ü -- -- -- -- -- 0 -- -- -- --

E13 78 78 -- -- 771 597 +174 -- 3 -- --

E12 57 58 -- -- 261 260 +1 -- -- -- --

E11 81 82 -- -- 606 616 -10 -- 1 -- --

E10 46 46 -- -- 208 198 +10 -- -- -- --

E9 43 43 -- -- 451 458 -7 1 -- -- --

E8 137 141 -- -- 1.507 1.473 +34 -- -- -- --

E7 -- -- -- -- 20 20 0 -- -- -- --

E6 138 141 -- -- 1.136 1.144 -8 -- -- -- --

E5 123 136 -- -- 1.170 1.252 -82 -- -- -- --

E4 1 5 -- -- 126 131 -5 -- -- -- --

E3 3 5 -- -- 137 143 -6 -- -- -- --

E2 1 1 -- -- 19 23 -4 -- -- -- --

KR 4a -- -- -- -- 1 1 0 -- -- -- --

Cheffahrer -- -- -- -- 32 38 -6 -- -- -- --

PKW-Fahrer 2 2 -- -- 22 22 0 -- -- -- --

Praktikant -- -- -- -- 10 1 +9 -- -- -- --

Volontär -- -- -- -- 1 1 0 -- -- -- --

Auszubild. 3 3 -- -- 10 10 0 -- -- -- --

SD B 5 -- -- -- -- 2 2 0 -- -- -- --

SD B 2 -- -- -- -- -- 1 -1 -- -- -- --

Summe 4 750 778 -- -- 6.626 6.533 +93 1 4 -- --

**5. Nachwuchskräfte ohne Stellen in Wirtschaftsbetrieben**

Praktikant -- -- -- -- 12 12 0 -- -- -- --

Volontär -- -- -- -- 1 1 0 -- -- -- --









**Personalübersicht 2011**

EP Bezeichnungen	13 Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume				Zusammen		Differenz + mehr - weniger	Leerstellen		Ständig teilbeschäftigte Kräfte	
	2011	2010	2011	2010	2011	2010		2011	2010	2011	2010
Auszub. gD	--	--	--	--	3	8	-5	--	--	--	--
Auszubild.	--	--	--	--	66	71	-5	--	--	--	--
Auszub. (Ang.)	--	--	--	--	56	55	+1	--	--	--	--
Summe 5	--	--	--	--	138	147	-9	--	--	--	--
Summe 1-5	1.402	1.435	--	--	48.877	49.030	-153	168	199	--	--
<b>6. BeamtInnen und RichterInnen in Wirtschaftsbetrieben</b>											
Besoldungsordnung B											
B4	--	--	--	--	1	1	0	--	--	--	--
B2	--	--	--	--	1	1	0	--	--	--	--
Besoldungsordnung A											
Laufbahngruppe 2.2											
A16	--	--	--	--	5	6	-1	--	--	--	--
A15	--	--	--	--	15	29	-14	--	--	--	--
A14	--	--	--	--	18	45	-27	--	--	--	--
A13	--	--	--	--	3	28	-25	--	--	--	--
Summe LG 2.2	--	--	--	--	41	108	-67	--	--	--	--
Laufbahngruppe 2.1											
A13	--	--	--	--	25	23	+2	--	--	--	--
A12	--	--	--	--	48	44	+4	--	--	--	--
A11	--	--	--	--	64	58	+6	--	--	--	--
A10	--	--	--	--	19	19	0	--	--	--	--
A9	--	--	--	--	2	2	0	--	--	--	--
Summe LG 2.1	--	--	--	--	158	146	+12	--	--	--	--
Laufbahngruppe 1.2											
A9	--	--	--	--	8	8	0	--	--	--	--
A8	--	--	--	--	19	19	0	--	--	--	--
A7	--	--	--	--	13	14	-1	--	--	--	--
A6	--	--	--	--	2	4	-2	--	--	--	--
Summe LG 1.2	--	--	--	--	42	45	-3	--	--	--	--
Besoldungsordnung W											
W3	--	--	--	--	--	68	-68	--	--	--	--
W2	--	--	--	--	--	85	-85	--	--	--	--
W1	--	--	--	--	--	126	-126	--	--	--	--
Summe 7	--	--	--	--	243	580	-337	--	--	--	--
<b>8. BeamtInnen im Vorbereitungsdienst in Wirtschaftsbetrieben</b>											
LG 2.2	--	--	--	--	3	3	0	--	--	--	--
LG 2.1	--	--	--	--	9	9	0	--	--	--	--
Summe 9	--	--	--	--	12	12	0	--	--	--	--
<b>9. Arbeitnehmer in Wirtschaftsbetrieben</b>											
E15	5	--	--	--	7	2	+5	--	--	--	--
E14	13	--	--	--	26	13	+13	--	--	--	--
E13	23	--	--	--	52	31	+21	--	--	--	--
E12	24	--	--	--	107	87	+20	--	--	--	--
E11	37	--	--	--	116	85	+31	--	--	--	--
E10	22	--	--	--	34	12	+22	--	--	--	--
E9	16	--	--	--	94	78	+16	--	--	--	--
E8	90	--	--	--	196	106	+90	--	--	--	--
E7	9	--	--	--	114	109	+5	--	--	--	--
E6	137	--	--	--	292	155	+137	--	--	--	--
E5	191	--	--	--	368	178	+190	--	--	--	--
E4	219	--	--	--	542	323	+219	--	--	--	--
E3	6	--	--	--	11	10	+1	--	--	--	--
E2	2	--	--	--	2	--	+2	--	--	--	--
PKW-Fahrer	1	--	--	--	4	3	+1	--	--	--	--







**Personalübersicht 2011**

EP Bezeichnungen	13						Zusammen	Differenz + mehr - weniger	Leerstellen		Ständig teilbeschäftigte Kräfte	
	2011	2010	2011	2010	2011	2010			+	/	-	2011

Auszubild.	<b>10</b>	--	--	--	<b>65</b>	55	<b>+10</b>	--	--	--	--	--	--
Summe 10	<b>805</b>	--	--	--	<b>2.030</b>	1.247	<b>+783</b>	--	--	--	--	--	--

**10. Nachwuchskräfte in Wirtschaftsbetrieben**

Auszubild.	--	--	--	--	--	--	<b>0</b>	--	--	--	--	--	--
Summe 11	--	--	--	--	--	--	<b>0</b>	--	--	--	--	--	--

Summe 6-10	<b>805</b>	--	--	--	<b>2.285</b>	1.839	<b>+446</b>	--	--	--	--	--	--
Summe 1-10	<b>2.207</b>	1.435	--	--	<b>51.162</b>	50.869	<b>+293</b>	<b>168</b>	199	--	--	--	--

**11. Leerstellen**

BeamtInnen u. Richt- erinnen	--	--	--	--	<b>167</b>	195	<b>-28</b>						
Arbeitnehmer	--	--	--	--	<b>1</b>	4	<b>-3</b>						
Summe 13	--	--	--	--	<b>168</b>	199	<b>-31</b>						



**Personalübersicht 2012**

EP Bezeichnungen	01		02		03		04				05			
	Landtag		Landesrechnungshof		Ministerpräsident Staatskanzlei		Innenministerium ohne Polizei		Polizei		Finanzministerium ohne Steuerverwaltung		Steuerverwaltung	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011

**1. BeamtInnen u. RichterInnen ohne Stellen in Wirtschaftsbetrieben**

Besoldungsordnung B

B10	--	--	1	1	2	2	1	1	--	--	1	1	--	--
B9	1	1	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--
B7	--	--	1	1	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--
B5	4	4	4	4	5	5	4	4	--	--	3	3	--	--
B4	--	--	1	1	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--
B3	--	--	--	--	--	--	1	1	2	2	1	1	--	--
B2	3	3	5	5	6	6	6	6	--	--	6	6	--	--

Besoldungsordnung R

R8	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--
R6	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--
R5	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--
R4	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--
R3	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--
R2	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--
R1	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Besoldungsordnung A

Laufbahngruppe 2.2

A16	9	9	6	6	13	13	21	21	13	13	20	20	10	10
A15	11	11	10	10	21	21	30	30	44	44	27	27	26	26
A14	4	4	2	2	11	11	19	19	42	42	18	18	26	26
A13	1	1	1	1	16	18	5	5	22	22	--	--	25	25
Anw.	--	--	--	--	--	--	3	6	--	--	--	--	--	--
Summe LG 2.2	25	25	19	19	61	63	78	81	121	121	65	65	87	87

Laufbahngruppe 2.1

A15	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--
A14	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--
A13	12	12	41	41	25	25	72	72	181	171	75	75	190	190
A12	6	5	3	3	15	15	71	71	332	311	62	62	331	331
A11	2	3	1	1	9	9	80	80	776	743	38	38	595	599
A10	1	--	--	--	3	3	9	9	1.828	1.812	9	9	332	332
A9	1	1	--	--	4	4	5	5	872	917	2	2	168	170
Anw.	--	--	--	--	35	35	--	--	--	--	--	--	--	--
Summe LG 2.1	22	21	45	45	91	91	237	237	3.989	3.954	186	186	1.616	1.622

Laufbahngruppe 1.2

A9	--	1	2	2	5	5	41	41	1.460	1.475	45	45	822	824
A8	1	1	1	1	1	1	27	27	769	789	61	61	485	485
A7	--	--	--	--	--	--	--	--	356	356	26	26	487	488
A6	--	--	--	--	7	7	--	--	--	--	--	1	32	39
Anw.	--	--	--	--	35	35	--	--	--	--	--	--	--	--
Summe LG 1.2	1	2	3	3	48	48	68	68	2.585	2.620	132	133	1.826	1.836

Laufbahngruppe 1.1

A6	--	--	--	--	--	--	1	1	--	--	--	--	--	--
A5	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	1	1
A4	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--
A3	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--
Summe LG 1.1	--	--	--	--	--	--	1	1	--	--	--	--	1	1

Besoldungsordnung W

W2	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--
W1	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Summe 1	56	56	79	79	213	215	396	399	6.697	6.697	394	395	3.530	3.546
---------	----	----	----	----	-----	-----	-----	-----	-------	-------	-----	-----	-------	-------



**Personalübersicht 2012**

EP Bezeichnungen	06		07						08		09		10	
	Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft, und Verkehr		Ministerium für Bildung und Kultur		Schulen						Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Integration		Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011

**1. BeamtInnen u. RichterInnen ohne Stellen in Wirtschaftsbetrieben**

Besoldungsordnung B

B10	2	2	1	1	--	--	--	--	--	--	1	1	1	1
B9	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--
B7	1	1	1	1	--	--	--	--	--	--	2	2	1	1
B5	5	5	5	5	--	--	--	--	--	--	4	4	2	2
B4	--	--	--	--	1	1	--	--	--	--	--	--	--	--
B3	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	1	1
B2	7	7	7	7	--	--	--	--	--	--	4	4	6	6

Besoldungsordnung R

R8	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	1	1	--	--
R6	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	4	4	--	--
R5	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	4	4	--	--
R4	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	5	5	--	--
R3	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	41	41	--	--
R2	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	238	238	--	--
R1	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	580	580	--	--

Besoldungsordnung A

Laufbahngruppe 2.2

A16	22	23	38	39	171	171	--	--	--	--	19	19	23	24
A15	31	32	48	48	1.260	1.256	--	--	--	--	28	28	36	36
A14	13	16	28	28	3.243	3.244	--	--	--	--	30	30	16	16
A13	4	4	12	12	4.625	4.629	--	--	--	--	12	12	2	2
Anw.	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--
Summe LG 2.2	70	75	126	127	9.299	9.300	--	--	--	--	89	89	77	78

Laufbahngruppe 2.1

A15	--	--	--	--	72	72	--	--	--	--	--	--	--	--
A14	--	--	--	--	534	534	--	--	--	--	--	--	--	--
A13	42	43	32	32	5.324	5.324	--	--	--	--	96	96	61	61
A12	30	30	27	27	6.394	6.394	--	--	--	--	187	187	53	53
A11	32	33	28	28	260	260	--	--	--	--	251	251	45	45
A10	10	10	9	10	164	164	--	--	--	--	235	234	28	28
A9	4	4	2	2	--	--	--	--	--	--	54	55	1	1
Anw.	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--
Summe LG 2.1	118	120	98	99	12.748	12.748	--	--	--	--	823	823	188	188

Laufbahngruppe 1.2

A9	7	7	3	3	--	--	--	--	--	--	578	578	25	25
A8	3	3	2	2	--	--	--	--	--	--	475	475	40	40
A7	6	6	1	1	--	--	--	--	--	--	389	389	14	14
A6	--	--	--	1	--	--	--	--	--	--	81	83	--	--
Anw.	1	1	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--
Summe LG 1.2	17	17	6	7	--	--	--	--	--	--	1.523	1.525	79	79

Laufbahngruppe 1.1

A6	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	175	175	--	--
A5	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--
A4	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--
A3	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--
Summe LG 1.1	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	175	175	--	--

Besoldungsordnung W

W2	8	8	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--
W1	3	3	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--
Summe 1	231	238	244	247	22.048	22.049	--	--	--	--	3.494	3.496	355	356

**Personalübersicht 2012**

EP	13											
	Bezeichnungen	Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume			Zusammen	Differenz  + mehr - weniger	Leerstellen	Ständig teilbeschäftigte Kräfte				
	2012	2011	2012	2011	2012	2011	+ / -	2012	2011	2012	2011	

**1. BeamtInnen u. RichterInnen ohne Stellen in Wirtschaftsbetrieben**

Besoldungsordnung B

B10	1	1	--	--	11	11	0	--	--	--	--
B9	--	--	--	--	1	1	0	--	--	--	--
B7	1	1	--	--	7	7	0	--	--	--	--
B5	4	4	--	--	40	40	0	--	--	--	--
B4	1	1	--	--	3	3	0	--	--	--	--
B3	2	2	--	--	7	7	0	--	--	--	--
B2	9	9	--	--	59	59	0	1	1	--	--

Besoldungsordnung R

R8	--	--	--	--	1	1	0	--	--	--	--
R6	--	--	--	--	4	4	0	--	--	--	--
R5	--	--	--	--	4	4	0	--	--	--	--
R4	--	--	--	--	5	5	0	--	--	--	--
R3	--	--	--	--	41	41	0	--	--	--	--
R2	--	--	--	--	238	238	0	--	--	--	--
R1	--	--	--	--	580	580	0	--	--	--	--

Besoldungsordnung A

Laufbahngruppe 2.2

A16	39	39	--	--	404	407	-3	--	--	--	--
A15	76	77	--	--	1.648	1.646	+2	8	6	--	--
A14	107	107	--	--	3.559	3.563	-4	31	27	--	--
A13	28	28	--	--	4.753	4.759	-6	30	30	--	--
Anw.	--	--	--	--	3	6	-3	--	--	--	--
Summe LG 2.2	250	251	--	--	10.367	10.381	-14	69	63	--	--

Laufbahngruppe 2.1

A15	--	--	--	--	72	72	0	2	--	--	--
A14	--	--	--	--	534	534	0	6	6	--	--
A13	83	83	--	--	6.234	6.225	+9	42	33	--	--
A12	83	83	--	--	7.594	7.572	+22	61	61	--	--
A11	118	118	--	--	2.235	2.208	+27	2	3	--	--
A10	32	32	--	--	2.660	2.643	+17	--	--	--	--
A9	5	5	--	--	1.118	1.166	-48	--	--	--	--
Anw.	--	--	--	--	35	35	0	--	--	--	--
Summe LG 2.1	321	321	--	--	20.482	20.455	+27	113	103	--	--

Laufbahngruppe 1.2

A9	26	26	--	--	3.014	3.032	-18	--	--	--	--
A8	10	10	--	--	1.875	1.895	-20	--	--	--	--
A7	6	6	--	--	1.285	1.286	-1	--	--	--	--
A6	1	1	--	--	121	132	-11	--	--	--	--
Anw.	--	--	--	--	36	36	0	--	--	--	--
Summe LG 1.2	43	43	--	--	6.331	6.381	-50	--	--	--	--

Laufbahngruppe 1.1

A6	--	--	--	--	176	176	0	--	--	--	--
A5	--	--	--	--	1	1	0	--	--	--	--
A4	--	--	--	--	--	--	0	--	--	--	--
A3	--	--	--	--	--	--	0	--	--	--	--
Summe LG 1.1	--	--	--	--	177	177	0	--	--	--	--

Besoldungsordnung W

W2	--	--	--	--	8	8	0	--	--	--	--
W1	--	--	--	--	3	3	0	--	--	--	--

Summe 1	632	633	--	--	38.369	38.406	-37	183	167	--	--
---------	-----	-----	----	----	--------	--------	-----	-----	-----	----	----



**Personalübersicht 2012**

EP Bezeichnungen	01 Landtag		02 Landesrechnungshof		03 Ministerpräsident Staatskanzlei		04 Innenministerium ohne Polizei				05 Finanzministerium ohne Steuerverwaltung			
	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011

**2. Beamtete Hilfskräfte ohne Stellen in Wirtschaftsbetrieben**

Besoldungsordnung R

R1 -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- --

Besoldungsordnung A

Laufbahngruppe 2.2

A13 -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- --

Summe LG 2.2 -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- --

Laufbahngruppe 2.1

A13 -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- --

A12 -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- --

A9 -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- --

Summe LG 2.1 -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- --

Laufbahngruppe 1.2

A6 -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- --

Summe LG 1.2 -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- --

Summe 2 -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- --

**3. BeamtInnen im Vorbereitungsdienst ohne Stellen in Wirtschaftsbetrieben**

LG 2.2 -- -- -- -- -- -- -- 1 1 -- -- -- -- -- --

LG 2.1 -- -- -- -- -- -- -- 2 2 185 185 -- -- 155 155

LG 1.2 -- -- -- -- -- -- -- -- -- 350 350 -- -- 95 95

LG 1.1 -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- --

Summe 3 -- -- -- -- -- -- -- 3 3 535 535 -- -- 250 250

**4. Arbeitnehmer ohne Stellen in Wirtschaftsbetrieben**

AT -- -- -- -- -- 2 2 -- -- -- -- -- -- -- --

AT B5 -- -- -- -- -- -- -- 1 1 -- -- -- -- -- --

AT B2 -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- --

E15 Ü 1 1 -- -- -- 6 6 -- -- -- 2 2 -- --

E15 2 2 1 1 9 9 4 4 1 1 1 1 -- --

E14 5 5 -- -- -- -- -- 3 3 2 2 -- --

E13 Ü -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- --

E13 7 7 1 1 2 2 9 9 1 1 9 9 -- --

E12 11 11 3 3 7 7 34 35 8 8 29 29 27 27

E11 10 10 -- -- -- 7 7 77 77 24 24 21 21 27 27

E10 7 7 -- -- -- 3 3 22 22 47 47 6 6 2 2

E9 4 4 3 3 15 15 5 5 21 21 10 10 50 50

E8 14 14 3 3 15 15 151 151 182 182 177 178 120 120

E7 -- -- -- -- -- -- 4 4 16 16 -- -- -- --

E6 11 11 5 5 7 7 210 210 112 112 27 28 93 95

E5 15 15 2 2 9 9 96 103 422 422 20 21 177 178

E4 1 1 -- -- -- 2 2 4 4 43 43 -- -- 3 3

E3 -- -- -- -- -- 2 2 4 7 23 23 2 3 61 68

E2 -- -- -- -- -- -- -- 1 -- -- 2 3 1 1

KR 4a -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- --

Cheffahrer 6 6 1 1 1 1 23 23 -- -- -- -- --

PKW-Fahrer 1 1 -- -- -- -- 13 13 -- -- -- -- --

Praktikant 1 1 -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- --

Volontär 1 1 -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- --

Auszubild. 6 6 -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- --

SD B 5 -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- --

SD B 2 -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- --

Summe 4 103 103 19 19 87 87 657 669 903 903 308 313 561 571

**5. Nachwuchskräfte ohne Stellen in Wirtschaftsbetrieben**

Praktikant -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- --

Volontär -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- --

**Personalübersicht 2012**

EP Bezeichnungen	06		07				08		09		10	
	Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft, und Verkehr		Ministerium für Bildung und Kultur		Schulen				Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Integration		Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011

**2. Beamtete Hilfskräfte ohne Stellen in Wirtschaftsbetrieben**

Besoldungsordnung R

R1 -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- --

Besoldungsordnung A

Laufbahngruppe 2.2

A13 -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- --

Summe LG 2.2

-- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- --

Laufbahngruppe 2.1

A13 -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- --

A12 -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- --

A9 -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- --

Summe LG 2.1

-- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- --

Laufbahngruppe 1.2

A6 -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- --

Summe LG 1.2

-- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- --

Summe 2

-- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- --

**3. BeamtInnen im Vorbereitungsdienst ohne Stellen in Wirtschaftsbetrieben**

LG 2.2 -- -- **1** **1** **663** 663 -- -- -- -- **890** 905 -- --

LG 2.1 -- -- **1** **1** **1.156** 1.156 -- -- -- -- **70** 67 -- --

LG 1.2 -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- **95** 98 -- --

LG 1.1 -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- **9** 9 -- --

Summe 3 -- -- **2** **2** **1.819** 1.819 -- -- -- -- **1.064** 1.079 -- --

**4. Arbeitnehmer ohne Stellen in Wirtschaftsbetrieben**

AT -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- --

AT B5 -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- --

AT B2 -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- **1** **1** -- --

E15 Ü **6** **6** **4** **4** -- -- -- -- -- -- **2** **2** **8** **8**

E15 **1** **1** **2** **2** -- -- -- -- -- -- **3** **3** **8** **8**

E14 **3** **3** **6** **6** -- -- -- -- -- -- **1** **1** **14** **14**

E13 Ü -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- --

E13 **7** **8** **9** **9** **643** 643 -- -- -- -- **2** **2** **2** **2**

E12 **7** **7** **1** **1** **41** 41 -- -- -- -- **13** **13** **22** **22**

E11 **6** **6** **4** **4** **313** 313 -- -- -- -- **22** **22** **14** **14**

E10 **4** **4** **1** **3** **40** 40 -- -- -- -- **10** **11** **17** **17**

E9 **12** **12** **20** **20** **200** 200 -- -- -- -- **50** **50** **18** **18**

E8 **29** **29** **11** **11** **36** 36 -- -- -- -- **503** **503** **128** **128**

E7 -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- --

E6 **18** **18** **25** **25** **27** 27 -- -- -- -- **412** **412** **48** **48**

E5 **20** **20** **36** **42** **4** **4** -- -- -- -- **129** **136** **95** **95**

E4 **2** **2** **4** **4** -- -- -- -- -- -- **53** **53** **13** **13**

E3 **1** **1** **2** **2** **1** **3** -- -- -- -- **19** **19** **6** **6**

E2 -- -- -- **1** -- -- -- -- -- -- **4** **4** **8** **8**

KR 4a -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- **1** **1** -- --

Cheffahrer -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- **1** **1** -- --

PKW-Fahrer -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- **5** **5** **1** **1**

Praktikant -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- **5** **5** **4** **4**

Volontär -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- --

Auszubild. -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- **1** **1**

SD B 5 -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- **2** **2**

SD B 2 -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- -- --

Summe 4 **116** **117** **125** **134** **1.305** 1.307 -- -- -- -- **1.236** 1.244 **409** 409

**5. Nachwuchskräfte ohne Stellen in Wirtschaftsbetrieben**

Praktikant -- -- **1** **1** **11** 11 -- -- -- -- -- -- -- --

Volontär -- -- **1** **1** -- -- -- -- -- -- -- -- -- --

**Personalübersicht 2012**

EP	13											
	Bezeichnungen	Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume			Zusammen	Differenz + mehr - weniger	Leerstellen	Ständig teilbeschäftigte Kräfte				
	2012	2011	2012	2011	2012	2011	+ / -	2012	2011	2012	2011	

**2. Beamtete Hilfskräfte ohne Stellen in Wirtschaftsbetrieben**

Besoldungsordnung R

R1 -- -- -- -- -- -- 0 -- -- -- --

Besoldungsordnung A

Laufbahngruppe 2.2

A13 -- -- -- -- -- -- 0 -- -- -- --

Summe LG 2.2 -- -- -- -- -- -- 0 -- -- -- --

Laufbahngruppe 2.1

A13 -- -- -- -- -- -- 0 -- -- -- --

A12 -- -- -- -- -- -- 0 -- -- -- --

A9 -- -- -- -- -- -- 0 -- -- -- --

Summe LG 2.1 -- -- -- -- -- -- 0 -- -- -- --

Laufbahngruppe 1.2

A6 -- -- -- -- -- -- 0 -- -- -- --

Summe LG 1.2 -- -- -- -- -- -- 0 -- -- -- --

Summe 2 -- -- -- -- -- -- 0 -- -- -- --

**3. BeamtInnen im Vorbereitungsdienst ohne Stellen in Wirtschaftsbetrieben**

LG 2.2 6 6 -- -- 1.561 1.576 -15 -- -- -- --

LG 2.1 12 12 -- -- 1.581 1.578 +3 -- -- -- --

LG 1.2 1 1 -- -- 541 544 -3 -- -- -- --

LG 1.1 -- -- -- -- 9 9 0 -- -- -- --

Summe 3 19 19 -- -- 3.692 3.707 -15 -- -- -- --

**4. Arbeitnehmer ohne Stellen in Wirtschaftsbetrieben**

AT -- -- -- -- 2 2 0 -- -- -- --

AT B5 3 3 -- -- 4 4 0 -- -- -- --

AT B2 2 2 -- -- 3 3 0 -- -- -- --

E15 Ü 3 3 -- -- 32 32 0 -- -- -- --

E15 12 12 -- -- 44 44 0 -- -- -- --

E14 17 17 -- -- 51 51 0 -- -- -- --

E13 Ü -- -- -- -- -- -- 0 -- -- -- --

E13 78 78 -- -- 770 771 -1 1 -- -- -- --

E12 57 57 -- -- 260 261 -1 -- -- -- --

E11 81 81 -- -- 606 606 0 -- -- -- --

E10 46 46 -- -- 205 208 -3 -- -- -- --

E9 43 43 -- -- 451 451 0 -- 1 -- --

E8 137 137 -- -- 1.506 1.507 -1 -- -- -- --

E7 -- -- -- -- 20 20 0 -- -- -- --

E6 138 138 -- -- 1.133 1.136 -3 -- -- -- --

E5 123 123 -- -- 1.148 1.170 -22 -- -- -- --

E4 1 1 -- -- 126 126 0 -- -- -- --

E3 3 3 -- -- 124 137 -13 -- -- -- --

E2 1 1 -- -- 16 19 -3 -- -- -- --

KR 4a -- -- -- -- 1 1 0 -- -- -- --

Cheffahrer -- -- -- -- 32 32 0 -- -- -- --

PKW-Fahrer 2 2 -- -- 22 22 0 -- -- -- --

Praktikant -- -- -- -- 10 10 0 -- -- -- --

Volontär -- -- -- -- 1 1 0 -- -- -- --

Auszubild. 3 3 -- -- 10 10 0 -- -- -- --

SD B 5 -- -- -- -- 2 2 0 -- -- -- --

SD B 2 -- -- -- -- -- -- 0 -- -- -- --

Summe 4 750 750 -- -- 6.579 6.626 -47 1 1 -- --

**5. Nachwuchskräfte ohne Stellen in Wirtschaftsbetrieben**

Praktikant -- -- -- -- 12 12 0 -- -- -- --

Volontär -- -- -- -- 1 1 0 -- -- -- --









**Personalübersicht 2012**

EP	13											
	Bezeichnungen	Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume			Zusammen	Differenz + mehr - weniger	Leerstellen	Ständig teilbeschäftigte Kräfte				
	2012	2011	2012	2011	2012	2011	+ / -	2012	2011	2012	2011	
Auszub. gD	--	--	--	--	3	3	0	--	--	--	--	--
Auszubild.	--	--	--	--	52	66	-14	--	--	--	--	--
Auszub. (Ang.)	--	--	--	--	56	56	0	--	--	--	--	--
Summe 5	--	--	--	--	124	138	-14	--	--	--	--	--
Summe 1-5	1.401	1.402	--	--	48.764	48.877	-113	184	168	--	--	--
<b>6. BeamtInnen und RichterInnen in Wirtschaftsbetrieben</b>												
Besoldungsordnung B												
B4	--	--	--	--	1	1	0	--	--	--	--	--
B2	--	--	--	--	1	1	0	--	--	--	--	--
Besoldungsordnung A												
Laufbahngruppe 2.2												
A16	--	--	--	--	5	5	0	--	--	--	--	--
A15	--	--	--	--	15	15	0	--	--	--	--	--
A14	--	--	--	--	19	18	+1	--	--	--	--	--
A13	--	--	--	--	3	3	0	--	--	--	--	--
Summe LG 2.2	--	--	--	--	42	41	+1	--	--	--	--	--
Laufbahngruppe 2.1												
A13	--	--	--	--	24	25	-1	--	--	--	--	--
A12	--	--	--	--	48	48	0	--	--	--	--	--
A11	--	--	--	--	64	64	0	--	--	--	--	--
A10	--	--	--	--	19	19	0	--	--	--	--	--
A9	--	--	--	--	2	2	0	--	--	--	--	--
Summe LG 2.1	--	--	--	--	157	158	-1	--	--	--	--	--
Laufbahngruppe 1.2												
A9	--	--	--	--	8	8	0	--	--	--	--	--
A8	--	--	--	--	19	19	0	--	--	--	--	--
A7	--	--	--	--	10	13	-3	--	--	--	--	--
A6	--	--	--	--	2	2	0	--	--	--	--	--
Summe LG 1.2	--	--	--	--	39	42	-3	--	--	--	--	--
Besoldungsordnung W												
W3	--	--	--	--	--	--	0	--	--	--	--	--
W2	--	--	--	--	--	--	0	--	--	--	--	--
W1	--	--	--	--	--	--	0	--	--	--	--	--
Summe 7	--	--	--	--	240	243	-3	--	--	--	--	--
<b>8. BeamtInnen im Vorbereitungsdienst in Wirtschaftsbetrieben</b>												
LG 2.2	--	--	--	--	3	3	0	--	--	--	--	--
LG 2.1	--	--	--	--	9	9	0	--	--	--	--	--
Summe 9	--	--	--	--	12	12	0	--	--	--	--	--
<b>9. Arbeitnehmer in Wirtschaftsbetrieben</b>												
E15	5	5	--	--	7	7	0	--	--	--	--	--
E14	13	13	--	--	24	26	-2	--	--	--	--	--
E13	23	23	--	--	52	52	0	--	--	--	--	--
E12	24	24	--	--	107	107	0	--	--	--	--	--
E11	36	37	--	--	115	116	-1	--	--	--	--	--
E10	21	22	--	--	33	34	-1	--	--	--	--	--
E9	16	16	--	--	94	94	0	--	--	--	--	--
E8	89	90	--	--	195	196	-1	--	--	--	--	--
E7	9	9	--	--	114	114	0	--	--	--	--	--
E6	133	137	--	--	287	292	-5	--	--	--	--	--
E5	189	191	--	--	363	368	-5	--	--	--	--	--
E4	216	219	--	--	538	542	-4	--	--	--	--	--
E3	6	6	--	--	7	11	-4	--	--	--	--	--
E2	2	2	--	--	2	2	0	--	--	--	--	--
PKW-Fahrer	1	1	--	--	4	4	0	--	--	--	--	--







**Personalübersicht 2012**

EP	13						Zusammen		Differenz + mehr - weniger	Leerstellen		Ständig teilbeschäftigte Kräfte	
	Bezeichnungen	Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume											
	2012	2011	2012	2011			2012	2011	+ / -	2012	2011	2012	2011

Auszubild.	<b>10</b>	10	--	--			<b>65</b>	65	<b>0</b>		--	--	--	--
Summe 10	<b>793</b>	805	--	--			<b>2.007</b>	2.030	<b>-23</b>		--	--	--	--

**10. Nachwuchskräfte in Wirtschaftsbetrieben**

Auszubild.	--	--	--	--			--	--	<b>0</b>		--	--	--	--
Summe 11	--	--	--	--			--	--	<b>0</b>		--	--	--	--

Summe 6-10	<b>793</b>	805	--	--			<b>2.259</b>	2.285	<b>-26</b>		--	--	--	--
Summe 1-10	<b>2.194</b>	2.207	--	--			<b>51.023</b>	51.162	<b>-139</b>	<b>184</b>	168	--	--	--

**11. Leerstellen**

BeamtInnen u. Richt- erinnen	--	--	--	--			<b>183</b>	167	<b>+16</b>					
Arbeitnehmer	--	--	--	--			<b>1</b>	1	<b>0</b>					

Summe 13	--	--	--	--			<b>184</b>	168	<b>+16</b>					
----------	----	----	----	----	--	--	------------	-----	------------	--	--	--	--	--



**Abschluss Stellenpläne und -übersichten 2011 / 2012**

EP	Bezeichnung	Jahr	Beamtinnen und Beamte			Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	Nachwuchskräfte	Summe Spalte 4-8
			422 01 422 TG	Z. A. 422 02	im Vorb.D. 422 03			
			4	5	6	428 01 428 TG		
01	Landtag	<b>2012</b>	56	-	-	103	-	159
		<b>2011</b>	56	-	-	103	-	159
		<b>2010</b>	52	-	-	105	-	157
02	Landesrechnungshof	<b>2012</b>	79	-	-	19	-	98
		<b>2011</b>	79	-	-	19	-	98
		<b>2010</b>	79	-	-	19	-	98
03	Ministerpräsident, Staatskanzlei	<b>2012</b>	213	-	-	87	16	316
		<b>2011</b>	215	-	-	87	24	326
		<b>2010</b>	169	-	-	87	34	290
04	Innenministerium	<b>2012</b>	7.093	-	538	1.560	37	9.228
		<b>2011</b>	7.096	-	538	1.572	43	9.249
		<b>2010</b>	7.100	-	538	1.590	43	9.271
05	Finanzministerium	<b>2012</b>	3.924	-	250	869	-	5.043
		<b>2011</b>	3.941	-	250	884	-	5.075
		<b>2010</b>	3.925	49	250	889	-	5.113
06	Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr	<b>2012</b>	231	-	-	116	1	348
		<b>2011</b>	238	-	-	117	1	356
		<b>2010</b>	259	-	-	120	-	379
07	Ministerium für Bildung und Kultur	<b>2012</b>	22.292	-	1.821	1.430	13	25.556
		<b>2011</b>	22.296	-	1.821	1.441	13	25.571
		<b>2010</b>	22.447	27	1.821	1.282	13	25.590
09	Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Integration	<b>2012</b>	3.494	-	1.064	1.236	57	5.851
		<b>2011</b>	3.496	-	1.079	1.244	57	5.876
		<b>2010</b>	3.494	2	1.089	1.252	57	5.894
10	Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit	<b>2012</b>	355	-	-	409	-	764
		<b>2011</b>	356	-	-	409	-	765
		<b>2010</b>	392	-	-	411	-	803
13	Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume	<b>2012</b>	632	-	19	750	-	1.401
		<b>2011</b>	633	-	19	750	-	1.402
		<b>2010</b>	638	-	19	778	-	1.435
Summe		<b>2012</b>	38.369	-	3.692	6.579	124	48.764
		<b>2011</b>	38.406	-	3.707	6.626	138	48.877
		<b>2010</b>	38.555	78	3.717	6.533	147	49.030



**Abschluss Stellenpläne und -übersichten 2011 / 2012**

in Wirtschaftsbetrieben			Leerstellen		Jahr	Bezeichnung	EP
Planstellen	Stellen	Summe Spalte 10+11					
10	11	12	13	14	15	16	17
-	-	-	1		2012	Landtag	01
-	-	-	1		2011		
-	-	-	1		2010		
-	-	-	-		2012	Landesrechnungshof	02
-	-	-	-		2011		
-	-	-	-		2010		
-	-	-	-		2012	Ministerpräsident, Staatskanzlei	03
-	-	-	-		2011		
-	-	-	-		2010		
-	-	-	-		2012	Innenministerium	04
-	-	-	-		2011		
-	-	-	-		2010		
-	-	-	-		2012	Finanzministerium	05
-	-	-	-		2011		
-	-	-	-		2010		
252	1.214	1.466	-		2012	Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr	06
255	1.225	1.480	-		2011		
592	1.247	1.839	-		2010		
-	-	-	183		2012	Ministerium für Bildung und Kultur	07
-	-	-	167		2011		
-	-	-	198		2010		
-	-	-	-		2012	Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Integration	09
-	-	-	-		2011		
-	-	-	-		2010		
-	-	-	-		2012	Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit	10
-	-	-	-		2011		
-	-	-	-		2010		
-	793	793	-		2012	Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume	13
-	805	805	-		2011		
-	-	-	-		2010		
252	2.007	2.259	184		2012		Summe
255	2.030	2.285	168		2011		
592	1.247	1.839	199		2010		



## Allgemeine Bemerkungen

### Inhalt:

	Seite
I. Der Haushalt .....	126 - 131
II.A. Das Vermögen .....	132 - 144
II.B. Die Schulden.....	145 - 148
II.C. Die Sicherheitsleistungen und Gewährleistungen.....	149 - 151
Anlagen 1 - 6 .....	152 - 159

### Übersichten

1. Zuweisungen des Bundes für Investitionen einschl. Schuldenaufnahme .....	160 - 161
2. Sonstige Zuweisungen vom Bund.....	162 - 166
2.a. EU-Mittel.....	167 - 170
3. Zuweisungen der Kreise und Gemeinden für Investitionen .....	171
4. Sonstige Zuweisungen der Kreise und Gemeinden .....	172 - 173
5. Zuweisungen für Investitionen an den Bund.....	174
6. Sonstige Zuweisungen an den Bund.....	175 - 177
7. Allgemeine Zuweisungen an Kreise und Gemeinden (einschl. kommunaler Sondervermögen .....	178 - 183
8. Dienstfahrzeuge .....	184 - 185
9. Unmittelbare und mittelbare Landesbeteiligungen.....	186 - 190

**Allgemeine Bemerkungen  
I. Der Haushalt**

**1 Zweijahreshaushalt 2011 / 2012**

Für die Haushaltsjahre 2011 und 2012 ist ein Zweijahreshaushalt aufgestellt worden. Die Gesamteinnahmen und -ausgaben entwickeln sich wie folgt:

	2011	2012
	in T €	
Gesamteinnahmen	12.192.181,5	12.186.298,3
Gesamtausgaben	12.192.181,5	12.186.298,3

**2 Einnahmen**

Daten zu den Einnahmen nach Einnahmearten können den Anlagen 1 und 1a entnommen werden.

**2.1 Einnahmen aus Steuern, Allg. Zuweisungen vom Bund und Länderfinanzausgleich**

Die Einnahmen aus Gemeinschaftsteuern, Landessteuern, Allgemeinen Zuweisungen vom Bund (Bundesergänzungszuweisungen und Zuweisungen des Bundes zum Ausgleich der weggefallenen Einnahmen aus der Kraftfahrzeugsteuer<sup>1</sup>) und Länderfinanzausgleich sind auf der Grundlage der Steuerschätzung des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ vom 02. bis 04. November 2010 wie folgt veranschlagt:

	2011	2012
	in T €	
Gemeinschaftsteuern	5.517.800,0	5.842.500,0
Landessteuern	387.600,0	475.800,0
	5.905.400,0	6.318.300,0
Allg. Zuweisungen vom Bund	435.200,0	440.900,0
Länderfinanzausgleich	119.200,0	129.300,0
	6.459.800,0	6.888.500,0

**2.2 Kreditaufnahme**

Die Kreditaufnahme zum Ausgleich des Haushalts ist wie folgt vorgesehen. Sie teilt sich in die strukturell bedingte Neuverschuldung und die konjunkturell bedingte Neuverschuldung.

	2011	2012
	in T €	
Bruttokreditaufnahme	4.285.779,7	3.818.241,4
Tilgungen	3.012.248,8	2.877.613,7
Nettokreditaufnahme	1.273.530,9	940.627,7
davon:		
Strukturelle Neuverschuldung <sup>2</sup>	993.630,9	841.427,7
Konjunkturell bedingte Neuverschuldung	293.000,0	113.000,0

**2.3 Zuweisungen von Bund, EU und Kommunen**

Daten zu den Zuweisungen, die das Land vom Bund, der EU oder den Kommunen erhält, können den Übersichten 1 bis 4 entnommen werden.

**3 Ausgaben**

**3.1 Gesamtausgaben**

Mit dem Zweijahreshaushalt 2011/2012 sind erstmals für den gesamten Landeshaushalt Ausgabenbudgets festgelegt worden. Die Budgets I enthalten die Summe der Personal- und sächlichen Ver-

<sup>1</sup> Auf Grund des Gesetzes zur Neuregelung der Kraftfahrzeugsteuer und anderer Gesetze vom 29. Mai 2009 - BGBl. Nr. 29 vom 04. Juni 2009 ist die Ertragshoheit der Länder aus der Kraftfahrzeugsteuer zum 01. Juli 2009 auf den Bund übergegangen.

<sup>2</sup> Strukturelle Neuverschuldung ohne die finanziellen Auswirkungen aus der Schuldübernahme der LVSH.

**Allgemeine Bemerkungen  
I. Der Haushalt**

waltungsausgaben (HGr. 4, OGr. 51-54). Die Budgets II enthalten die restlichen Nettoausgaben unter Abzug der Zinsausgaben und Ausgaben für den kommunalen Finanzausgleich. Sie betragen für den Gesamthaushalt:

	2011	2012
	in T €	
<b>Budget I</b>	3.834.189,2	3.887.006,2
<i>darunter:</i>		
<i>Versorgungsbezüge und dgl., OG 43</i>	927.180,1	951.355,2
<i>Beihilfen, Unterstützungen und dgl., OG 44</i>	236.692,3	248.787,7
<b>Budget II</b>	3.297.297,5	3.213.953,3
<i>nachrichtlich:</i>		
<i>Bauausgaben, HG 7</i>	186.351,0	166.321,7
<i>Sonstige Investitionen und Investitionsförderungs- maßnahmen, HG 8</i>	691.031,0	630.415,0

Daten zu den Ausgaben nach Ausgabearten und Aufgabenbereichen können den Anlagen 2 bis 3a entnommen werden.

**3.2 Kapitaldienst**

An Aufwendungen für den Kapitaldienst des Landes am Kapitalmarkt sind im Haushaltsplan veranschlagt:

	2011	2012
	in T €	
Zinsen	958.950,2	1.059.122,1
Tilgung	3.012.248,8	2.877.613,7
	3.971.199,0	3.936.735,8

Die Kreditfinanzierungs- und die Zins-/Steuerquote sind in den Anlagen 4 und 5 dargestellt.

**3.3 Leistungen an den Bund**

Angaben über die Zuweisungen des Landes an den Bund können den Übersichten 5 und 6 entnommen werden.

**3.4 Leistungen an Kommunen**

Angaben über die Zuweisungen des Landes an die Kommunen können der Übersicht 7 entnommen werden.

**3.5 Leasing**

Zu Öffentlich Privaten Partnerschaften (ÖPP) bzw. privater Vorfinanzierung öffentlicher Baumaßnahmen wird auf Übersicht VI - Übersicht ÖPP - verwiesen.

**Allgemeine Bemerkungen  
I. Der Haushalt**

**4 Der Personalhaushalt<sup>3</sup>**

**4.1 Stellenplan 2011 und 2012**

	2011	incl. terminierter kw-Vermerke	2012	incl. terminierter kw-Vermerke
Landesverwaltung	48.877		48.764	
Wirtschaftsbetriebe	2.285		2.259	
<b>insgesamt</b>	<b>51.152</b>		<b>51.041</b>	
Stellenabbau, s. Ziff. 4.2	614	914	139	452
Neue Stellen, s. Ziff. 4.3 <sup>4</sup>	907	907	0	0
Stellenzuwachs / -abbau insgesamt <sup>5</sup>	-293	7	139	452
<u>nachrichtlich:</u> Stellenabbau ohne Übertra- gungen in und aus im Wirt- schaftsplänen <sup>5</sup>	158	458	139	452

Die Stellenpläne/-übersichten sind neben den Budgets I eine zusätzliche, grundsätzlich verbindliche Obergrenze für die Personalbewirtschaftung. Ausnahmen sind in den §§ 13 und 14 HG geregelt.

**4.2 Einsparungen 2011/2012**

Zum Zwecke der Haushaltssanierung hat die Landesregierung beschlossen, bis zum Jahr 2020 ausgehend von den Stellenplänen 2010 rd. 10 % des Stellenbestandes des Landes zu streichen. Dafür sollen rund 5.300 Stellen wegfallen. Die ersten Stelleneinsparungen werden in den Haushaltsjahren 2011 und 2012, wie aus Ziff. 4.2.1 ersichtlich, erbracht.

**4.2.1 weggefallene Stellen im Haushaltsjahr 2011 bzw. 2012 auf Grund des Beschlusses der Landesregierung bis zum Jahr 2020 rd. 10 v. H. des Stellenbestandes des Landes abzubauen:**

	2011	incl. terminierter kw-Vermerke	2012	incl. terminierter kw-Vermerke
03 StK	3	3	10	10
04 IM	23	23	21	21
05 FM	32	32	32	32
06 MWV	24	24	23	23
07 MBK	13	313	15	315
09 MJGI	20	20	25	38
10 MASG	43	43	1	1
13 MLUR	31	31	12	12
<b>4.2.1 insgesamt</b>	<b>189</b>	<b>489</b>	<b>139</b>	<b>452</b>

Hinsichtlich der terminierten kw-Vermerke enthält der Stellenplan in Kapitel 0711 für 300 Planstellen A 12 zum 31. Juli 2011 und 300 Planstellen A 12 zum 31. Juli 2012 entsprechende Vermerke, die in den folgenden Haushalten haushaltstechnisch zu realisieren sind.

Im Kapitel 0902 sind 3 Planstellen A 6 zum 31. Dezember 2012 und für 10 Stellen E 6 zum 31. Dezember 2012 terminierte kw-Vermerke ausgebracht, die in den folgenden Haushalten haushaltstechnisch zu realisieren sind.

<sup>3</sup> Unter Stellen sind hier Planstellen und Stellen zu verstehen.

<sup>4</sup> In den neuen Stellen sind 805 Stellen in Wirtschaftsbetrieben im Geschäftsbereich des MLUR enthalten, die vorher in Wirtschaftsplänen des Landesbetriebes Landeslabor und des Landesbetriebes Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz dargestellt wurden. Sie werden aus Gründen der Haushaltstransparenz ab dem Haushalt 2011 als Stellen in Wirtschaftsplänen im Haushaltsplan berücksichtigt.

<sup>5</sup> Der reale gesamte Stellenabbau unter Berücksichtigung der Tatsache, dass es sich bei den neuen Stellen in Wirtschaftsplänen im MLUR nicht real um neue Stellen handelt und die wegfallenden Stellen unter Ziff. 4.2.4 keine echten Einsparungen sind, beträgt 458 Stellen im Jahr 2011 (incl. terminierter kw-Vermerke).

**Allgemeine Bemerkungen  
I. Der Haushalt**

4.2.2 wirksam gewordene kw-Vermerke

		2011	2012
05	FM	48	-
07	MBK	1	-
4.2.2	insgesamt	49	-

4.2.3 wirksam gewordene kw-Vermerke für die Übernahme von Nachwuchskräften:

		2011	2012
07	MBK	4	-
4.2.3	insgesamt	4	-

4.2.4 durch Übertragung weggefallene Stellen

		2011	2012
06	MWV	354	-
4.2.4	insgesamt	354	-

Die Stellen wurden in die Wirtschaftspläne der CAU bzw. der Universität zu Lübeck (346), der FH Lübeck (6), der Musikhochschule Lübeck (1) und des IfM Geomar (1) übertragen.

4.2.5 darüber hinaus weggefallene Stellen

		2011	2012
01	LT	4	-
02	LRH	1	-
05	FM	1	-
06	MWV	6	-
07	MBK	6	-
4.2.5	insgesamt	18	-

		2011	2012
4.2	Stellenabbau insgesamt	614	139

4.3 Neue Stellen 2011/2012

4.3.1 Neue Stellen (ohne neue Stellen für die Übernahme von Nachwuchskräften - vgl. Ziff. 4.3.2 und 4.3.3)

		2011	2012
01	LT	3	-
05	FM	16	-
07	MBK	6	-
09	MJGI	1	-
10	MASG	1	-
13	MLUR <sup>6</sup>	805	-
4.3.1	insgesamt	832	-

<sup>6</sup> s. o. Fußnote 4

**Allgemeine Bemerkungen  
I. Der Haushalt**

4.3.2 Neue Stellen mit allgemeinen mit kw-Vermerken

		2011	2012
03	StK	38	-
07	MBK	2	-
4.3.2	insgesamt	40	-

4.3.3 Neue Stellen für die Übernahme von Nachwuchskräften mit kw-Vermerken

		2011	2012
05	FM	27	-
06	MWV	1	-
4.3.3	insgesamt	28	-

4.3.4 Neue Stellen für Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst und Nachwuchskräfte

		2011	2012
06	MWV	1	-
4.3.4	insgesamt	1	-

4.3.5 Neue Stellen durch Übertragung

		2011	2012
02	LRH	1	-
06	MWV	1	-
4.3.5	insgesamt	2	-

4.3.6 Neue Stellen für Praktikanten / Praktikantinnen

		2011	2012
01	LT	1	-
10	MASG	3	-
4.3.6	insgesamt	4	-

		2011	2012
4.3	Neue Stellen <sup>7</sup> insgesamt	906	-

4.4 kostenneutrale Leerstellen

Die Gesamtzahl der kostenneutralen Leerstellen stellt sich wie folgt dar:

		01.02.2010
01	LT	3
02	LRH	4
03	StK	4
04	IM	164
05	FM	208
06	MWV	129
07	MBK	1.977
09	MJGI	231
10	MASG	16
13	MLUR	0
4.4	insgesamt	2.736

<sup>7</sup> s. o. Fußnote 4



**Allgemeine Bemerkungen  
I. Der Haushalt**

**5 Schwerbehinderte Beschäftigte beim Land Schleswig-Holstein<sup>8</sup>**

Geschäftsbereich	Arbeitsplatz nach § 73 Abs. 1-3 SGB IX	Pflichtquote v.H.	durch Schwerbehinderte besetzte Arbeitsplätze	
			absolut	prozentual
Landtag	116	6	11	189,66%
Landesrechnungshof	93	5	9	180,00%
Ministerpräsident, Staatskanzlei	303	15	39	257,43%
Innenministerium	8.573	428	444	103,74%
Finanzministerium	5.088	254	210	82,55%
Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr	1.741	87	117	134,41%
Ministerium für Bildung und Kultur	26.659	1.333	1.166	87,48%
Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Integration	5.054	253	273	108,03%
Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit	855	43	106	247,95%
Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume	2.072	187	189	101,07%
<b>Summe</b>	<b>50.554</b>	<b>2.528</b>	<b>2.564</b>	<b>101,44%</b>

<sup>8</sup> Der Ermittlung der Zahl der Schwerbehinderten-Pflichtplätze in der Landesverwaltung sowie der durch schwerbehinderte Menschen besetzten Arbeitsplätze liegt der Jahresdurchschnitt 2009 zugrunde. Zusammenstellung aus den Vorworten der Einzelpläne.

## Übersicht über das Vermögen und die Schulden des Landes Schleswig-Holstein – Stand Ende Haushaltsjahr 2009 –

Der Bestand des Vermögens und der Schulden des Landes ist durch Fortschreibung der Bestandsaufnahme durch die Ressorts ermittelt worden.

Danach setzt sich das Vermögen und die Schulden wie folgt zusammen:

### II. A. Vermögen

#### I. Grundvermögen

Das Grundvermögen wird nur flächenmäßig (gemessen in ha) erfasst. Das gesamte Grundvermögen wird dabei in die beiden Kategorien: Allgemeines Grundvermögen (Landeseigene Grundstücke, die nicht für Verwaltungszwecke des Landes oder im Rahmen des Gemeingebrauchs im Aufgabenbereich des Landes benötigt werden) und Verwaltungsgrundvermögen (Landeseigene Grundstücke, die für Verwaltungszwecke des Landes oder im Rahmen des Gemeingebrauchs im Aufgabenbereich des Landes benutzt werden oder benutzt werden sollen) unterteilt.

Der Nachweis des Grundvermögens wurde auf Basis der Daten über erfolgte An- und Verkäufe durch die Landesliegenschaftsverwaltung und des Grundvermögensverzeichnisses (GVV S-H) erstellt.

1. Allgemeines Grundvermögen *	2009
Bestand am Anfang des Jahres	109,4 ha
Zugänge	1,1 ha
Abgänge	2,5 ha
Bestand am Ende des Jahres	108,0 ha
2. Verwaltungsgrundvermögen *	
Bestand am Anfang des Jahres	29.858,8 ha
Zugänge	56,2 ha
Abgänge	61,1 ha
Bestand am Ende des Jahres	29.853,9 ha

#### Von dem Verwaltungsgrundvermögen entfallen auf

Flächen des Küsten-/Natur- und Umweltschutzes sowie der Wasserwirtschaft **	21.969,1 ha
Forstflächen	0,0 ha
Landesstraßen ***	6.393,7 ha
übrige Flächen	1.491,1 ha

\* Berücksichtigt sind die dem Land unmittelbar gehörenden Grundstücke ab bzw. bis zum Übergang von Nutzen und Lasten (wirtschaftliches Eigentum), auch wenn die Umschreibung im Grundbuch (rechtliches Eigentum) erst später erfolgt.

\*\* Das Vermögen des Landes, das dem Küstenschutz dient und durch Gesetz von den vormals Unterhaltungspflichtigen (z.B. Verbände, Kommunen) auf das Land übergegangen ist, wurde grundsätzlich nur insoweit als Vermögen des Landes erfasst, als die Flurstücke bereits vermessen und dem Land grundbuchlich zugeschrieben sind.

\*\*\* Flächen, die vom LBV-SH verwaltet werden.

## II. Bewegliches Vermögen

Das bewegliche Vermögen einschließlich musealer Gegenstände und Kunstgegenstände, Sammlungen und Archive ist noch nicht vollständig mit Werten erfasst worden.

Folgende Ergebnisse wurden von den Ressorts vorgelegt:

	Vermögensstand Ende Haushaltsjahr <b>2008</b>	Vermögensstand Ende Haushaltsjahr <b>2009</b>
	EURO	EURO
1. Landesrechnungshof	--,-	54.784,11
2. Ministerpräsident, Staatskanzlei	1.636.300,64	1.985.902,85
3. Innenministerium	71.478.347,99	87.034.108,83
4. Finanzministerium*	6.871.653,14	11.268.874,93
5. Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr	624.982,--	667.121,01
6. Ministerium für Bildung und Frauen	1.804.151,95	2.289.200,89
7. Ministerium für Justiz, Arbeit und Europa**	--,-	9.254.774,85
8. Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren	3.479.859,71	3.529.034,73
9. Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume	44.479.586,22	40.308.072,12

\* Abweichender Anfangsbestand durch Übergang von Anlagen.

\*\* Das Ministerium für Justiz, Arbeit und Europa weist darauf hin, dass alle in der Anlagenrechnung von SAP erfassten Anlagen aufgeführt sind. Im Bereich der Justiz - mit Ausnahme der Justizvollzugsanstalten - sind nur die investiven Ausgaben (HG 8) einbezogen. Ggf. sind auch nicht alle Detaildaten, wie z.B. gewählte Anlagenklassen, im Sinne einer Rechnungslegung belastbar.

### III. Kapitalvermögen \*)

	Stand Ende Haushaltsjahr <b>2008</b> EURO	Zugänge EURO	Abgänge EURO	Stand Ende Haushaltsjahr <b>2009</b> EURO
1. Darlehensforderungen	186.566.972,44	8.779.614,20	4.084.177,62	191.262.409,02
2. Rücklagen	642.897.396,68	210.110.859,29	212.593.658,62	640.414.597,35
3. Sondervermögen	556.580.385,82 *)	74.892.458,95	42.397.834,87	589.075.009,90
4. Vermögensmassen, auf die das Land beim Eintritt bestimmter Bedingungen Anspruch hat	575.470.464,76	100.095,91	19.726.086,13	555.844.474,54
5. Landesbetriebe	40.802.931,97 *)	5.163.467,66	12.085.499,44	33.880.900,19
6. Beteiligungen (unmittelbare)	679.823.135,-- *)	789.539.990,--	1.340,--	1.469.361.785,--
7. Wertpapiere (ohne angekaufte Schuldverschreibungen)	-			-
	<b>2.682.141.286,67</b>	<b>1.088.586.486,01</b>	<b>290.888.596,68</b>	<b>3.479.839.176 ,--</b>

\*) Erläuterung des abweichenden Anfangsbestandes siehe folgende Seiten

nachrichtlich:

Das Kapitalvermögen setzt sich insbesondere zusammen aus den Darlehensforderungen, den Rücklagen, den Sondervermögen, dem Reinvermögen der Landesbetriebe zuzüglich rücklagenähnlicher Mittel, dem Wert der unmittelbaren Beteiligungen und den Wertpapieren sowie aus Vermögensmassen, die dem Land beim Eintritt bestimmter Bedingungen zustehen. Darüber hinaus sind nachrichtliche Werte (treuhänderisch verwaltete Vermögensmassen) aufgeführt.

Die Beteiligungen und die Wertpapiere sind mit dem Nennwert angesetzt, das sonstige Kapitalvermögen mit dem Zeitwert.

**Erläuterungen der Vermögensänderungen bei den einzelnen Gruppen des Kapitalvermögens:**

**zu 1. Darlehensforderungen**

Sie setzen sich aus folgenden wesentlichen Positionen zusammen:

Darlehenszweck	Stand Ende Haushaltsjahr <b>2008</b>	Zugänge	Abgänge	Stand Ende Haushaltsjahr <b>2009</b>
	EURO			EURO
1 Wohnungs- und Kleinsiedlungsbau Instandsetzung von Wohngebäuden und Wohnungsbau für Mitarbeiter/innen des Landes	73.263.428,38	-	128.119,96	73.135.308,42
2 Darlehen an Kreise und Gemeinden	726.689,48	-	108.908,38	617.781,10
3 Förderung von Verkehrsbetrieben	378.355,98	-	-	378.355,98
4 Förderung der Fischerei	842.822,56	-	152.297,90	690.524,66
5 Flurbereinigung	1.312.175,10	-	189.677,78	1.122.497,32
6 Förderung landw. Siedlung und Landarbeiterwohnungsbau	510.380,92	-	55.639,75	454.741,17
7 Allg. Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung	11.750,15	-	6.017,96	5.732,19
8 Darlehen zur Förderung des Wohnungsbaues	12.147.974,68	-	21.224,41	12.126.750,27
9 Existenzaufbau für Spätheimkehrer u. Schwerbehinderte	259.382,37	21.402,--	69.179,34	211.605,03
10 Ausbildungsdarlehen nach BAföG	96.995.510,08	8.758.212,20	3.346.721,36	102.407.000,92
11 Sonstige Darlehen verschiedener Art	118.502,74	-	6.390,78	112.111,96
Summe der Darlehensforderungen des Landes (ohne Darlehensforderungen Sondervermögen)	<b>186.566.972,44</b>	<b>8.779.614,20</b>	<b>4.084.177,62</b>	<b>191.262.409,02</b>

**zu 2. Rücklagen**

	Stand Ende Haushaltsjahr <b>2008</b> EURO	Zugänge EURO	Abgänge EURO	Stand Ende Haushaltsjahr <b>2009</b> EURO
1 Rücklagen zur Verminderung des Kreditbedarfs	366.903.000,00	-	151.241.600,00	215.661.400,00
2 Rücklage für Diskontierungsdarlehen	63.622.717,26	5.032.685,08	-	68.655.402,34
3 Ausgleichsrücklage für Zinsausgaben	91.498.066,16	23.373.234,10	23.679.684,10	91.191.616,16
4 Rücklage für Sachausgaben	492.500,00	-	-	492.500,00
5 Rücklage Sabbatjahr	11.918.538,29	6.842.984,91	4.179.858,54	14.581.664,66
6 Rücklage für personalwirtschaftliche Maßnahmen gem. HG	48.766.137,74	4.003.073,86	5.799.850,18	46.969.361,42
7 Rücklage des Landes für budgetierte Bereiche	8.330.756,95	892.400,00	4.649.948,65	4.573.208,30
8 Rücklage z. Umsetzung der Einsparkonzepte nach dem Liegenschaftsmodell	2.763.454,86	-	2.763.454,86	-
9 Rücklage Tarif- und Besoldungserhöhungen	41.592.300,00	267.000,00	13.976.700,00	27.882.600,00
10 Rücklage für das Landesförderzentrum Hören, Schleswig	64.031,56	-	-	64.031,56
11 Rücklage „Polizeidienstkleidung“	320.000,00	400.000,00	320.000,00	400.000,00
12 Verletztenversorgung auf See	977.230,67	180.000,00	350.000,00	807.230,67
13 Maßnahmen zur Umsetzung der Hafenersorgungsverordnung	44.045,50	57.945,50	44.045,50	57.945,50
14 Rücklage Finanzverwaltungsamt	34.200,00	-	18.099,10	16.100,90
15 Rücklage für archäologische Zwecke	215.315,97	254.995,54	215.315,97	254.995,54
16 Rücklage für bestandserhaltende Maßnahmen pp. des Landesarchivs	55.101,72	94.437,38	55.101,72	94.437,38
17 Rücklage für Projekte oder Maßnahmen im IT-Bereich	5.300.000,00	11.055.000,00	5.300.000,00	11.055.000,00
18 Rücklage Digitalfunk	-	28.284.000,00	-	28.284.000,00
19 Rücklage Investitionsprogramm Kulturelles Erbe	-	228.800,00	-	228.800,00
20 Rücklage - Bevorratung von Impfstoffen	-	10.100.000,00	-	10.100.000,00
21 Rücklage Konjunkturprogramm II	-	79.116.730,66	-	79.116.730,66

**(noch zu 2. Rücklagen)**

22	Sonstige Rücklagen im Bereich des Ministeriums für Bildung und Frauen	-	34.337.865,53	-	34.337.865,53
23	Sonstige Rücklagen im Bereich des Ministeriums für Justiz, Arbeit und Europa	-	5.589.706,73	-	5.589.706,73

**Gesamtsumme Rücklagen**

---

---

<b>642.897.396,68</b>	<b>210.110.859,29</b>	<b>212.593.658,62</b>	<b>640.414.597,35</b>
-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------

---

---

**nachrichtlich:**

Landesbetrieb „Landeslabor“ *	5.266.151,68	-,	1.624.903,14	3.641.248,54
-------------------------------	--------------	----	--------------	--------------

\*) Die Rücklage ist im Reinvermögen des Landesbetriebes - s. zu 5. Nr. 1.2 - enthalten.

**zu 3. Sondervermögen**

	Stand Ende Haushaltsjahr <b>2008</b> EURO	Zugänge EURO	Abgänge EURO	Stand Ende Haushaltsjahr <b>2009</b> EURO
1 Versorgungsrücklage des Landes S.-H. gem. § 85 Abs. 1 Ziff. 2 LHO (nachrichtlich: Zinsansprüche zum 31.12.2009 = 4.574.814,94 EUR)	162.698.443,14	36.286.287,48	847.589,91	198.137.140,71
2 Sondervermögen des Tierseuchenfonds	38.267.138,16	21.075.589,29	16.115.473,17	43.227.254,28
3 Kommunaler Investitionsfond gem. § 23 des Finanzausgleichsgesetzes *	315.896.783,64	-	13.015.533,85	302.881.249,79
4 Sondervermögen Ausgleichsabgabe	39.718.020,88	17.530.582,18	12.419.237,94	44.829.365,12
<b>Summe Sondervermögen des Landes</b>	<b>556.580.385,82</b>	<b>74.892.458,95</b>	<b>42.397.834,87</b>	<b>589.075.009,90</b>

\* geänderter Anfangsbestand aufgrund der nachträglichen Korrektur einer Falschbuchung aus dem Vorjahr

**zu 4. Vermögensmassen, auf die das Land beim Eintritt bestimmter Bedingungen Anspruch hat**

	Stand Ende Haushaltsjahr <b>2008</b> EURO	Zugänge EURO	Abgänge EURO	Stand Ende Haushaltsjahr <b>2009</b> EURO
1 Anteile des Landes an den haftenden Mitteln der bei der Bürgschaftsbank bestehenden Bürgschaftssicherungsfonds	1.701.803,57	-	-	1.701.803,57
2 Forderungen aus Sicherheitsleistungen und Gewährleistungen (Verwaltung des Treuhandvermögens „Sachen und Rechte“ d.d. Bürgschaftsbank) *)	50.829.581,15	-	15.333.971,42	35.495.609,73
3 Forderungen des Landes gegenüber der Bürgschaftsbank aus				
3.1 vereinnahmten, aber noch nicht abgeführten Bürgschaftsentgelten	422.495,76	-	155.709,03	266.786,73
3.2 vereinnahmten, aber noch nicht abgelieferten Zinsen aus der Anlage von Landesmitteln	9.626,42	-	9.626,42	-
3.3 noch nicht an das Land abgelieferten Rückflüssen auf das Treuhandvermögen Sachen und Rechte	61.453,23	100.095,91	-	161.549,14
4 Zweckgebundene Vermögensmasse Nordwestdeutsche Klassenlotterie **	1.351.939,10	-	1.351.939,10	-
5 rücklagenähnliche Mittel des Universitätsklinikums Schleswig- Holstein, gebunden zur Finanzierung des Anlagevermögens (Mittel Land und Bund)	521.093.565,53	-	2.874.840,16	518.218.725,37
<b>Summe sonstige Vermögensmassen</b>	<b>575.470.464,76</b>	<b>100.095,91</b>	<b>19.726.086,13</b>	<b>555.844.474,54</b>

\*) Davon als werthaltig anzusehen: ca.1.898.000 EURO Ende 2008 und 1.909.000 EURO Ende 2009.

\*\*) Die Nordwestdeutsche Klassenlotterie ist am 01. April 2009 in eine Anstalt des öffentlichen Rechts überführt worden (sh. auch Ziff. 5.10 zu 6. Beteiligungen).



**nachrichtlich: vom Land treuhänderisch verwaltete Vermögensmassen**

	Stand Ende Haushaltsjahr <b>2008</b>	Stand Ende Haushaltsjahr <b>2009</b>
	EURO	EURO
1 Staatskanzlei Stiftung Ostdeutsche Galerie	8.245,50	8.245,50
2 Ministerium für Justiz, Arbeit und Europa Hinterlegungen	29.848.742,24	35.195.413,07
3 Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume Sicherheiten, Bürgschaften	668.728,63	646.415,28
4 Fremdgelder	-13.004.100,26	-20.365.874,02
<b>Summe</b>	<b>17.521.616,11</b>	<b>15.484.199,83</b>

**zu 5. Landesbetriebe**

	Stand Ende Haushaltsjahr <b>2008</b> EURO	Zugang EURO	Abgang EURO	Stand Ende Haushaltsjahr <b>2009</b> EURO
1 Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume				
1.1 Landeslabor Schleswig-Holstein	7.393.514,32	-	2.138.249,35	5.255.264,97
1.2 Landesbetrieb Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz	21.628.888,18	-	2.138.688,77	19.490.199,41
	<b>29.022.402,50</b>	-	<b>4.276.938,12</b>	<b>24.745.464,38</b>
2 Ministerium für Justiz, Arbeit und Europa				
2.1 Landesbetrieb „Vollzugliches Arbeits- wesen" *	3.171.401,76	-	381.937,58	2.789.464,18
	<b>3.171.401,76</b>	-	<b>381.937,58</b>	<b>2.789.464,18</b>
<b>Zwischensumme Reinvermögen der Landesbetriebe</b>	<b>32.193.804,26</b>	-	<b>4.658.875,70</b>	<b>27.534.928,56</b>
3 Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr				
3.1 Landesbetrieb Straßenbau (Rücklage)	8.609.127,71	5.163.467,66	7.426.623,74	6.345.971,63
	<b>8.609.127,71</b>	<b>5.163.467,66</b>	<b>7.426.623,74</b>	<b>6.345.971,63</b>
<b>Summe Landesbetriebe</b>	<b>40.802.931,97</b>	<b>5.163.467,66</b>	<b>12.085.499,44</b>	<b>33.880.900,19</b>

\* Der Anfangsbestand wurde an den endgültigen Abschluss 2009 angepasst.

**zu 6. Beteiligungen (unmittelbare)**

	Stand Ende Haushaltsjahr 2008 EURO	Zugang EURO	Abgang EURO	Stand Ende Haushaltsjahr 2009 EURO
<b>1. an Banken und Förderinstituten</b>				
1.1 Norgenta Norddeutsche Life Science Agentur GmbH, Hamburg	25.000			25.000
1.2 Bürgschaftsbank Schleswig-Holstein GmbH, Kiel	1.799.000			1.799.000
1.3 Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frank- furt/Main	23.869.861			23.869.861
1.4 WTSH Wirtschaftsförderung und Technologietransfer Schleswig-Holstein GmbH, Kiel	102.000			102.000
1.5 HSH Nordbank AG, Hamburg	256.434.850	789.473.690		1.045.908.540
(davon treuhänderisch von der GVB gehalten - vgl. Ziff. 5.5)	(133.633.450)		(133.633.450)	(0)
(davon von der HSH Finanzfonds AöR gehalten, das einem Anteil von 50% entspricht, der auf das Land S-H entfällt)	(0)	(789.473.690)		(789.473.690)
1.6 Investitionsbank Schleswig-Holstein Anstalt des öffentlichen Rechts, Kiel	100.000.000			100.000.000
1.7 ÖPP Deutschland AG, Berlin	0	10.000		10.000
	<b>382.230.711 *</b>	<b>789.483.690</b>		<b>1.171.714.401</b>
<b>2. an Verkehrsbetrieben</b>				
2.1 AKN Eisenbahn AG Kaltenkirchen	2.446.406			2.446.406
2.2 HVV GmbH, Hamburg	1.800			1.800
2.3 Kieler Flughafengesellschaft mbH, Kiel	28.121			28.121
2.4 LVS S-H Landesweite Verkehrsservice gesellschaft mbH, Kiel	13.038			13.038
2.5 DEGES Deutsche Einheit Fernstraßen- planungs- und -bau GmbH, Berlin	4.200		300	3.900
	<b>2.493.565</b>		<b>300</b>	<b>2.493.265</b>
<b>3. an Unternehmen im Energie- und Umweltbereich</b>				
3.1 Gesellschaft zur Beseitigung von Sonder- abfällen mbH, Neumünster	12.782			12.782
3.2 GOES Ges. für die Organisation der Ent- sorgung von Sonderabfällen mbH, Neumünster	77.250			77.250
3.3 Nationalpark-Service gGmbH, Tönning	27.500			27.500
3.4 Schl.-Holst. Landesforsten	100.000.000			100.000.000
	<b>100.117.532</b>			<b>100.117.532</b>
<b>4. an Forschungs-, Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen</b>				
4.1 GKSS Forschungszentrum Geesthacht GmbH	1.023			1.023
4.2 Fachinformationszentrum Karlsruhe	1.040		1.040	0
4.3 FWU Institut für Film und Bild in Wissen- schaft + Unterricht gGmbH, Grünwald	10.226			10.226
4.4 HIS Hochschul-Informations-System GmbH, Hannover	2.050			2.050
4.5 IFW Wissen und Medien gGmbH, Göttingen	5.113			5.113
4.6 AMI Arzneimitteluntersuchungsinstitut Nord GmbH, Bremen	6.400			6.400
4.7 Universitätsklinikum Schleswig-Holstein, Kiel und Lübeck	19.364.586			19.364.586
	<b>19.390.438</b>		<b>1.040</b>	<b>19.389.398</b>

**(noch zu zu 6. Beteiligungen)**

**5. an sonstigen juristischen Personen**

5.1	Dataport, Altenholz	15.000.000		15.000.000
5.2	Zentrum für Maritime Technologie und Seefischmarkt ZTS	30.690		30.690
5.3	Grundstücksverwaltung GmbH, Kiel	7.679.726		7.679.726
5.4	Gebäudemanagement Schleswig- Holstein, Kiel	150.000.000		150.000.000
5.5	Liegenschaftsverwaltung Schleswig- Holstein, Kiel	750.000		750.000
5.6	Ges. z. Verwaltung u. Finanzierung v. Beteiligungen des Landes mbH, Lockstedtpetersen, M			
5.6	Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland GmbH, Bonn	1.023		1.023
5.7	Eichdirektion Nord, Kiel	1.250.000		1.250.000
5.8	Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein	873.000		873.000
5.9	Filmförderung Hamburg/ Schleswig-Holstein GmbH	6.450		6.450
5.10	Nordwestdeutsche Klassenlotterie	0	56.300	56.300
		<b>175.590.889</b>	<b>56.300</b>	<b>175.647.189</b>
<hr/>				
		<b>679.823.135 *</b>	<b>789.539.990</b>	<b>1.340</b>
				<b>1.469.361.785</b>

\* Korrigierter Anfangsbestand aufgrund eines Übertragungsfehlers im Vorjahr.

**zu 7. Wertpapiere**

**Vorbemerkung:**

**1. im Eigenbesitz des Landes befindliche Anleihen und Schatzanweisungen**

Anmerkung:

Der Eigenbesitz des Landes an Anleihen und Schatzanweisungen wurde aus dem Vermögensbestand herausgenommen, da diese Bestände ab Vermögensübersicht 1992 auf der Schuldenseite vom Schuldenstand abgezogen werden.

**Der Bestand an eigenen Wertpapieren betrug per**                      **31.12.2009**      **57.178.767,11 €**

**2. eigene Wertpapiere**

Hier handelt es sich um angekaufte Schuldverschreibungen sowie um Wertpapiere, die nach § 14 UG an das Land abgetreten sind.

**3. sicherungsübereignete Wertpapiere**

Wertpapiere zur Sicherung von Beteiligungsrechten an Unternehmen der Wirtschaft und zur Sicherung von Forderungen des Landes.

	EURO			EURO	
	Stand Ende Haushaltsjahr <b>2008</b>	Zugang	Abgang	Stand Ende Haushaltsjahr <b>2009</b>	
1. im Eigenbesitz des Landes befindliche Anleihen und Schatzanweisungen	-			-	
2. eigene Wertpapiere	-			-	
	-	-	-	-	
<b>nachrichtlich</b>					
3. sicherungsübereignete Wertpapiere	2.405.423,78	-	-	2.405.423,78	

## Gliederung des Kapitalvermögens nach Einzelplänen

Davon entfallen auf Einzelplan	Bezeichnung der Vermögensmasse						
	Darlehensforderungen	Rücklagen	Sondervermögen	Vermögensmassen, auf die das Land beim Eintritt bestimmter Bedingungen Anspruch hat	Landesbetriebe zzgl. rücklagen-ähnliche Mittel	Beteiligungen (unmittelbare)	Wertpapiere ohne angekaufte Schuldverschreibungen
	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO
01		3.118.237,56					
02		1.200.000,00					
03		2.576.910,29					
04	85.882.678,46	31.873.472,12					
05	300.037,69	4.908.199,80				1.449.997.199,00	
06	102.894.630,19	3.281.637,77		518.218.725,37	6.345.971,63	19.364.586,00	
07		73.517.857,87					
09	5.732,19	9.408.825,05			2.789.464,18		
10	211.605,03	12.231.262,23	44.829.365,12				
11		482.425.310,01	501.018.390,50	37.625.749,17			
12		11.629.939,15					
13	1.967.725,46	4.242.945,50	43.227.254,28		24.745.464,38		
	<b>191.262.409,02</b>	<b>640.414.597,35</b>	<b>589.075.009,90</b>	<b>555.844.474,54</b>	<b>33.880.900,19</b>	<b>1.469.361.785,00</b>	-

## II. B. Schulden

	Stand Ende Haushaltsjahr 2008 EURO	Zugänge EURO	Abgänge EURO	Stand Ende Haushaltsjahr 2009 EURO
<b>1. Fundierte Schulden</b>				
<b>1.1. Schulden aus Kreditmarktmitteln</b>				
1.1.1. Landesanleihen und andere Inhaberpapiere				
1.1.1.1. Anleihen	-	-	-	-
1.1.1.2. Schatzanweisungen *)	8.817.138.743,22	3.111.587.603,47	1.653.476.324,27	10.275.250.022,42
1.1.2. Schuldscheindarlehen				
1.1.2.1. Schulden bei Banken und Sparkassen	7.041.745.154,10	1.243.000.000,00	1.628.363.160,39	6.656.381.993,71
1.1.2.2. Schulden bei inländischen Bausparkassen	-	40.000.000,00	-	40.000.000,00
1.1.2.3. Schulden bei Versicherungsunternehmen	6.189.941.185,02	841.448.069,55	125.112.918,81	6.906.276.335,76
1.1.2.4. Schulden bei ausländischen KI oder sonstigen ausl. St.	575.000.000,00	30.000.000,00	55.000.000,00	550.000.000,00
1.1.2.5. Schulden aus Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit	-	-	-	-
1.1.2.6. Schulden bei öffentlichen Zusatzversorgungseinrichtungen	89.000.000,00	15.000.000,00	-	104.000.000,00
1.1.2.7. Schulden bei sonstigen inländischen Stellen	40.000.000,00	26.227.021,17	-	66.227.021,17
Summe 1.1.	22.752.825.082,34	5.307.262.694,19	3.461.952.403,47	24.598.135.373,06
<b>1.2. Kreditähnliche Rechtsgeschäfte</b>				
Summe 1.2. Hypothekendarlehen	-	-	-	-
<b>1.3. Schulden bei Verwaltungen</b>				
1.3.1. Wohnungsbauschulden beim Bund	376.839.745,56	-	15.318.801,08	361.520.944,48
1.3.2. Sonstige Schulden beim Bund	3.258.383,03	-	92.880,36	3.165.502,67
1.3.3. Sonstige Schulden beim öffentl. Bereich	16.872,57	-	16.872,57	-
Summe 1.3.	380.115.001,16	-	15.428.554,01	364.686.447,15
<b>Fundierte Schulden insgesamt</b>	<b>23.132.940.083,50</b>	<b>5.307.262.694,19</b>	<b>3.477.380.957,48</b>	<b>24.962.821.820,21</b>
<b>Anmerkung</b>				
Der Schuldenstand lt. Schuldenstatistik der Länder (SFSchu) Stichtag 31.12. errechnet sich wie folgt:	23.132.940.083,50	Anmerkung: Der Schuldenstand lt. Schuldenstatistik der Länder (SFSchu) Stichtag 31.12. errechnet sich wie folgt:		24.962.821.820,21
a) Schuldenaufnahme für das Haushaltsjahr 2008 mit einer Valuta nach dem 31.12.2008	- 380.532.018,68	a) Schuldenaufnahme für das Haushaltsjahr 2009 mit einer Valuta nach dem 31. Dezember 2009		- 414.100.489,70
b) Hypothekendarlehen	-	b) Hypothekendarlehen		-
	<b>22.752.408.064,82</b>			<b>24.548.721.330,51</b>
*) Schuldenstand um den Eigenbesitz des Landes an Schatzanweisungen in Höhe von				
	57.178.767,11			
(Vorjahr	56.048.942,70)			
– wie auch in der Schuldenstatistik der Länder (SFSchu) ausgewiesen – vermindert.				

	Stand Haushaltsjahr Ende 2008 EURO	Stand Haushaltsjahr Ende 2009 EURO
<b>2. Sonstige Schulden</b>		
2.1. Kassenverstärkungskredite	-	-
kurzfristige Forderungen *)	-224.000.000,00	-191.000.000,00
2.2. Fremdgelder	-13.004.100,26	-20.365.874,02
Sonstige Schulden insgesamt	-237.004.100,26	-211.365.874,02
<b>Summe der Landesverschuldung (ohne Sondervermögen)</b>	<b>22.895.935.983,24</b>	<b>24.751.455.946,19</b>

\*) Anlagen bei anderen Ländern und bei Banken.

**Nachrichtlich:**

<b>3. Schuldenähnliche Verpflichtungen</b>	Haushaltsjahr Ende 2008 EURO	Haushaltsjahr Ende 2009 EURO
3.1. Restanten von noch nicht abgeforderten Einlösungsbeträgen für Wertpapiere des Landes incl. Zinsen	50.280,52	50.280,52
3.2. Rückzahlungsverpflichtungen an den Bund aus gemeinschaftlicher Finanzierung	826.448,99	712.038,83
3.3. GKSS Forschungszentrum Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand	8.826.769,14	8.997.555,90
3.4. Kredit-Finanzierung der Maßnahme zur Sanierung des Altstandortes Neue Metallhütte Lübeck	2.587.353,51	1.056.851,09
<b>Schuldenähnliche Verpflichtungen insgesamt</b>	<b>12.290.852,16</b>	<b>10.816.726,34</b>



**Übersicht über die implizite Verschuldung des Landes Schleswig-Holstein  
aus den Verpflichtungen gegenüber den derzeitigen und den zukünftigen  
Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfängern (Stand 31.12.2009)**

	Anzahl der Zugänge abzüglich einer durchschnittlichen Sterberate	Anzahl der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger	Versorgungsbezüge	fiktive Versorgungserhöhung von 1% pro Jahr ab 2011	Versorgungsbezüge insgesamt
1	2	3	4	5	6
Jahr	Personen		in Mio. €		
2010	683	28.691	866,4	0,0	866,4
2011	838	29.528	894,5	8,9	903,5
2012	836	30.364	924,7	18,6	943,3
2013	976	31.340	959,3	29,1	988,4
2014	967	32.306	993,9	40,3	1.034,3
2015	1.016	33.323	1.030,4	52,5	1.082,9
2016	966	34.289	1.065,6	65,4	1.131,0
2017	1.033	35.322	1.103,2	79,4	1.182,6
2018	138	35.461	1.112,1	91,9	1.204,0
2019	831	36.292	1.143,5	106,8	1.250,3
2020	646	36.938	1.168,7	121,8	1.290,5
2021	806	37.744	1.199,5	138,1	1.337,6
2022	765	38.509	1.229,4	155,1	1.384,5
2023	799	39.308	1.260,3	172,9	1.433,2
2024	836	40.145	1.293,1	191,8	1.484,9
2025	801	40.945	1.325,2	211,5	1.536,7
2026	838	41.783	1.359,1	232,3	1.591,4
2027	850	42.633	1.393,7	254,1	1.647,8
2028	63	42.695	1.401,8	272,0	1.673,8
2029	680	43.375	1.431,0	294,3	1.725,3
2030	503	43.878	1.454,6	316,3	1.770,9
<b>Se</b>		<b>43.878</b>	<b>24.610,1</b>	<b>2.853,1</b>	<b>27.463,3</b>

Der Barwert beträgt (in Mio. €)

bei einer angenommenen Verzinsung von jährlich 4,5%  
(gem. Beschluss des Gremiums zur Standardisierung des staatlichen Rechnungswesen § 49a HGrG) **16.560,0**

bei einer angenommenen Verzinsung von jährlich 4,0%  
(entspricht der durchschnittlichen Verzinsung aller Landesschulden der letzten 5 Jahre für eine 10jährige Finanzierung) **17.439,2**

**Anmerkung:**

Die Beträge in Spalte 6 ergeben die im betreffenden Jahr voraussichtlich zu zahlenden Versorgungsbezüge; die Versorgungsanwartschaften der noch aktiven Beamtinnen und Beamten sind nicht enthalten. Unterstellt ist eine 1%ige Versorgungserhöhung pro Jahr (Spalte 5). Die Daten basieren im Gegensatz zur Übersicht des Jahres 2008 auf eigenen Berechnungen.

Die Abweichungen gegenüber der Übersicht des Jahres 2008 erklären sich wie folgt:

- Berechnungsgrundlage für das Jahr 2008 war der Dritte Versorgungsbericht der Bundesregierung aus dem Jahr 2005. Diese nunmehr veralteten Daten wurden durch eine eigene neue Berechnung ersetzt,
- die Darstellungszeit wurde von 2050 auf 2030 verkürzt,
- der Zinssatz zur Errechnung des Barwertes wurde erhöht.

Die Darstellung erfolgt in Abstimmung mit dem Landesrechnungshof Schleswig-Holstein.

**nachrichtlich:**

Die Bilanzen der ausgegliederten Bereiche (unmittelbare Landesbeteiligungen) enthalten zum Stand 31.12.2009: Pensionsrückstellungen i. H. v. 666,1 Mio. € und Forderungen gegen das Land i. H. v. 57,3 Mio. €

## II. C. Sicherheitsleistungen und Gewährleistungen

### (Eventualverbindlichkeiten)

	Ermächtigungs- grundlage	Obligo	Zugänge	Abgänge **)	Obligo	Bürgschaftsrahmen lt. Haushaltsgesetz
		am 01.01.2009			am 31.12.2009	
		EURO	EURO	EURO	EURO	EURO
1.	Förderung der schleswig-holsteinischen Wirtschaft (§ 18 Abs. 1 HG 2009/2010)	*) 128.799.849,88	53.004.470,00	55.682.791,38	*) 126.121.528,50	500.000.000,00
2.	Bürgschaften für Schiffbaudarlehen (§ 18 Abs. 2 HG 2009/2010)	*) 83.437.000,31	68.800.000,00	55.180.753,18	*) 97.056.247,13	500.000.000,00
3.	Gewährleistungen zur Abdeckung atomrechtlicher Freistellungsverpflichtungen (§ 18 Abs. 3 HG 2009/2010)***)	2.020.650,00	-	-	2.020.650,00	75.000.000,00
4.	Bürgschaften zugunsten der Gesellschaft zur Verwaltung und Finanzierung von Beteiligungen des Landes (§ 18 Abs. 6 HG 2009/2010)	1.042.000.000,00	-	862.000.000,00	180.000.000,00	1.100.000.000,00
5.	Bürgschaften zur Finanzierung sozialer Einrichtungen (§ 16 Abs. 3 HG 2006)	*) 1.429.084,07	-	136.247,62	*) 1.292.836,45	10.000.000,00
6.	Bürgschaften zur Schulbaufinanzierung eines Schulträgers privaten Rechts (§ 15 Abs. 13 HG 1984)	*) 393.704,82	-	40.038,09	*) 353.666,73	1.022.583,76
	zzgl. 10% für mitverbürgte Zinsen bei den mit *) gekennzeichneten Positionen	21.405.963,91	1.076.463,97	-	*) 22.482.427,88	-
	<b>Summe</b>	<b>1.279.486.252,99</b>	<b>122.880.933,97</b>	<b>973.039.830,27</b>	<b>429.327.356,69</b> ****)	<b>2.186.022.583,76</b>

\*\*) incl. Abschlagszahlungen und anteiligem Bundesobligo

\*\*\*) weitere Obligen auf der Grundlage dieser Ermächtigung sind unter „bürgschaftsähnliche Zusagen“ erfasst

\*\*\*\*) eine detaillierte Aufgliederung des Bestandes ergibt sich aus der folgende Seite

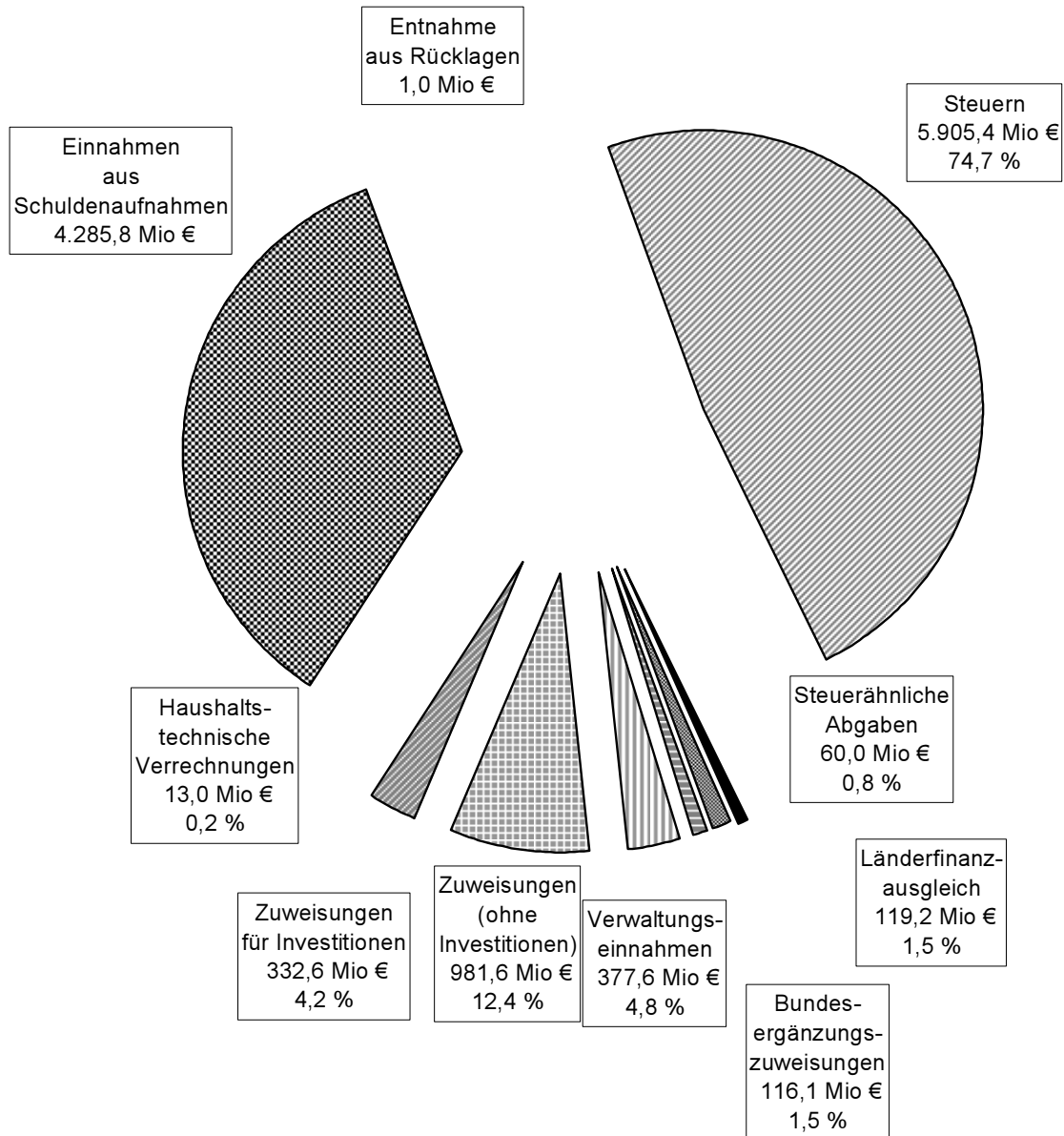
<b>I) <u>Haushaltsgesetz 2009/10</u></b>	EURO	EURO	EURO	EURO
<b>1. § 18 Abs. 1 - Wirtschaftsförderung</b>				
Globalbürgschaften				
- TA (30 Mio. €)	5.842.900,13			
- gew. Wirtschaft (200 Mio. €)	9.564.867,74			
- IB-SoDa (2 u. 30 Mio. €)	17.481.967,36			
- EFRE-Fonds (6,18 Mio. €)	4.656.856,88			
- RBE BB (129,5 Mio. €)	70.230.533,36			
- 1. Nachtrag RBE BB (47 Mio. €)	12.907.998,03			
- RGE BB (18,3 Mio. €)	7.260.779,12			
- 1. Nachtrag RGE BB (6 Mio. €)	1.451.046,90			
Einzelbürgschaften	<u>511.291,88</u>	129.908.241,40		
<i>./. Abschlagszahlungen</i>		1.546.254,74		
<i>./. Bundesanteil GA-Bürgschaften</i>	287.515,16			
<i>./. Abschlagszahlungen</i>	<u>0,00</u>	287.515,16		
<i>./. Bundesanteil GA-Erweiterung</i>	1.952.943,00			
<i>./. Abschlagszahlungen</i>	<u>0,00</u>	1.952.943,00	126.121.528,50	
<b>2. § 18 Abs. 2 - Schifffahrt/Schiffbau</b>				
Globalbürgschaft (400 Mio. €)	119.087.967,13			
Einzelbürgschaften	<u>8.027.000,00</u>	127.114.967,13		
<i>./. Abschlagszahlungen</i>		0,00		
<i>./. Bundesanteil GA-Erweiterung</i>	30.058.720,00			
<i>./. Abschlagszahlungen</i>	<u>0,00</u>	30.058.720,00	97.056.247,13	223.177.775,63
		+10 % für mitverbürgte Zinsen:	<u>22.317.777,56</u>	245.495.553,19
<b>3. § 18 Abs. 3 - GKSS-Forschungszentrum Geesthacht</b>				
			2.020.650,00	
<b>4. § 18 Abs. 6 - GVB</b>				
		<u>180.000.000,00</u>	182.020.650,00	
		<b>Summe I)</b>	<b>427.516.203,19</b>	
<b>II) <u>Sonderermächtigungen früherer Haushaltsjahre</u></b>				
<b>1. HG 1984 § 15 Abs. 13 - Waldorfpädagogik</b>				
			353.666,73	
<b>2. HG 2006 § 16 Abs. 3 - Wohlfahrtspflege</b>				
		<u>1.292.836,45</u>	1.646.503,18	
		+10 % für mitverbürgte Zinsen:	<u>164.650,32</u>	1.811.153,50
		<b>Summe II)</b>	<b>1.811.153,50</b>	
	<b>Gesamtsumme I) und</b>			
<b>II):</b>			<u><b>429.327.356,69</b></u>	

weitere bürgschaftsähnliche Zusagen

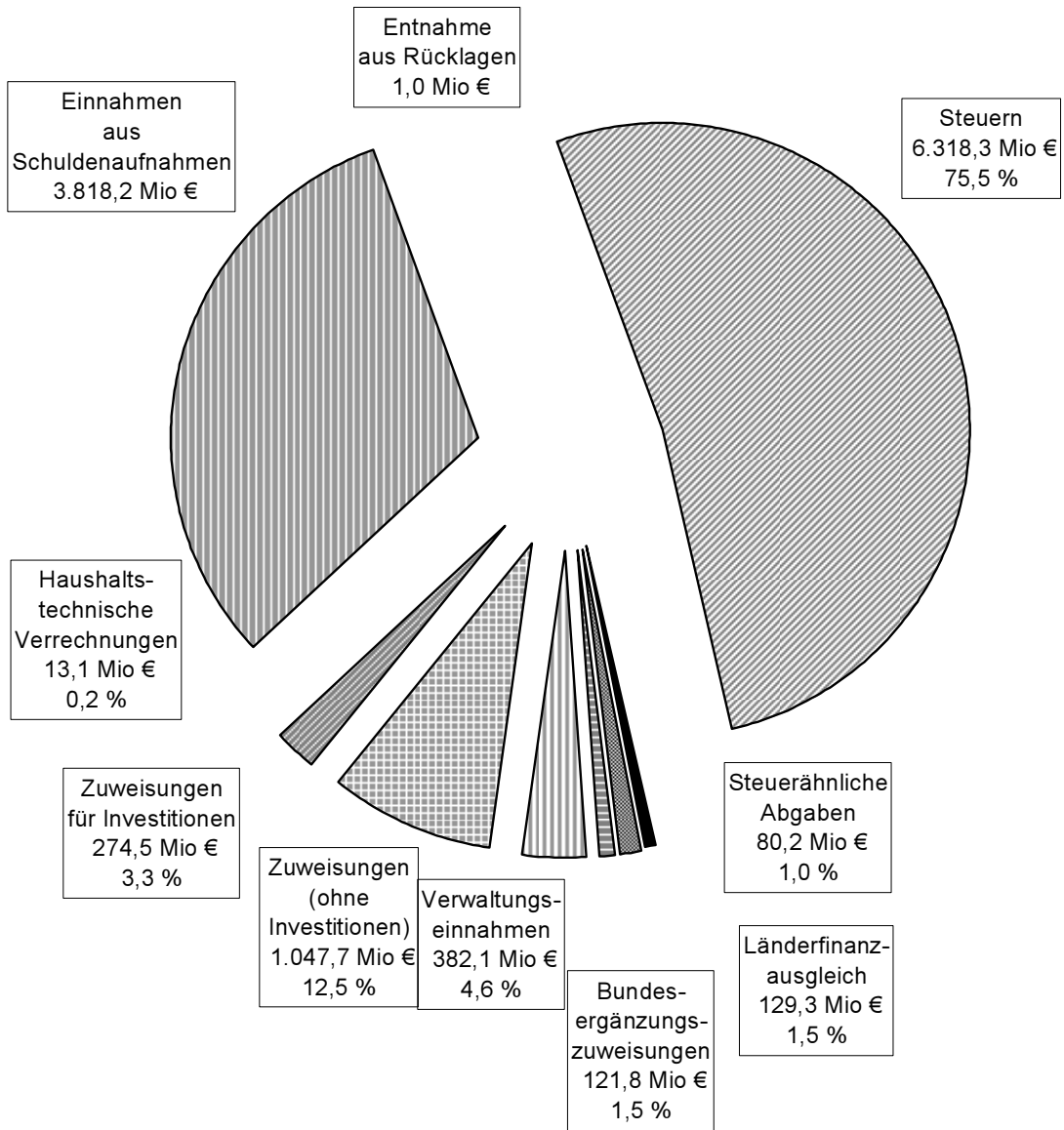
	Ermächtigung	Obligo Haushaltsjahr 2008	Obligo Haushaltsjahr 2009
	EURO	EURO	EURO
1. Garantien im Zusammenhang mit Freistellungsverpflichtungen die in den Anwendungsbereich des Atomgesetzes oder der aufgrund dieses Gesetzes ergangenen Rechtsverordnungen fallen zugunsten der Hochschulen (§ 16 Abs. 3 Haushaltsgesetz 2008 Weitere Obligen a.d. Grundlage dieser Ermächtigung sind unter „C. Sicherheitsleistungen und Gewährleistungen“ erfasst.	75.000.000,00	65.036.327,29	65.036.327,29
2. Landesgarantie für dem Land Schleswig-Holstein oder der Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloss Gottorf überlassenen Leihgaben (§ 18 Abs. 4 Haushaltsgesetz 2009/2010)	500.000.000,00	106.555.617,24	326.654.838,67
3. Garantien zugunsten der Multimedia Campus GmbH, Kiel (§ 19 Abs. 15 Haushaltsgesetz 2004/2005)	2.033.900,00	2.033.900,00	-
4. Garantieerklärung mit dem Beteiligungssofortprogramm für Arbeitsplätze § 16 Abs. 9 Haushaltsgesetz 2004/2005)	12.000.000,00	4.139.472,50	2.067.569,08
5. Garantien im Zusammenhang mit dem Existenzgründungsprogramm (§ 28 Abs. 4 Haushaltsgesetz 2004/2005)	3.000.000,00	936.825,55	974.951,99
6. Garantien im Zusammenhang mit dem Beteiligungsfonds für Seed- und Start up Finanzierung (§ 19 Abs. 19 Haushaltsgesetz 2006)	20.500.000,00	6.677.500,00	6.297.750,00
7. Garantieerklärung im Zusammenhang mit dem Darlehensprogramm IB.KMUdirekt (§ 19 Abs. 20 Haushaltsgesetz 2006)	15.000.000,00	2.699.662,14	3.906.881,78
8. Garantieerklärung gegenüber der Kieler Flughafen-gesellschaft im Zusammenhang mit der Finanzierung der Investition „Neubau einer Flughafenhalle“ (§ 15 Abs. 9 Haushaltsgesetz 2000)	2.000.000,00	-	1.022.583,76
9. Garantieerklärung gegenüber der Investitionsbank Schleswig-Holstein Zentralbereich der Landesbank Schleswig-Holstein - Girozentrale - zur Förderung des sozialen Wohnungsbaues für die bei der Investitionsbank entstehenden Darlehensforderungen			
9.1 ab 1. Januar 1995 (§ 15 Abs. 8 Haushaltsgesetz 1996)	245.400.000,00	213.515.489,58	159.612.902,59
9.2 ab 1. Januar 1996 (§ 15 Abs. 8 Haushaltsgesetz 1997)	245.400.000,00	176.825.184,19	132.114.332,01
9.3 ab 1. Januar 1997 (§ 15 Abs. 8 Haushaltsgesetz 1998)	194.300.000,00	172.918.914,22	158.492.559,51
9.4 ab 1. Januar 1998 (§ 15 Abs. 7 Haushaltsgesetz 1999)	194.300.000,00	153.234.176,80	138.574.642,91
9.5 ab 1. Januar 1999 (§ 15 Abs. 7 Haushaltsgesetz 2000)	179.000.000,00	-	-
9.6 ab 1. Januar 2000 (§ 15 Abs. 7 Haushaltsgesetz 2001)	127.800.000,00	-	-
9.7 ab 1. Januar 2001 (§ 16 Abs. 7 Haushaltsgesetz 2002)	62.000.000,00	-	-
9.8 ab 1. Januar 2002 (§ 16 Abs. 7 Haushaltsgesetz 2003)	62.000.000,00	-	-
9.9 ab 1. Januar 2003 (§ 16 Abs. 7 Haushaltsgesetz 2004/2005)	75.000.000,00	-	-
9.10 ab 1. Januar 2004 (§ 16 Abs. 7 Haushaltsgesetz 2004/2005)	75.000.000,00	-	-
9.11 ab 1. Januar 2005 (§ 16 Abs. 6 Haushaltsgesetz 2006)	75.000.000,00	-	-
9.12 ab 1. Januar 2006 (§ 16 Abs. 5 Haushaltsgesetz 2007/2008)	75.000.000,00	-	-
9.13 Ab 1. Januar 2006 (§ 18 Abs. 5 Haushaltsgesetz 2009/2010)	75.000.000,00	-	-

### Einnahmen 2011 nach Einnahmearten (Prozentangaben im Verhältnis der Nettoeinnahmen)

Anlage 1

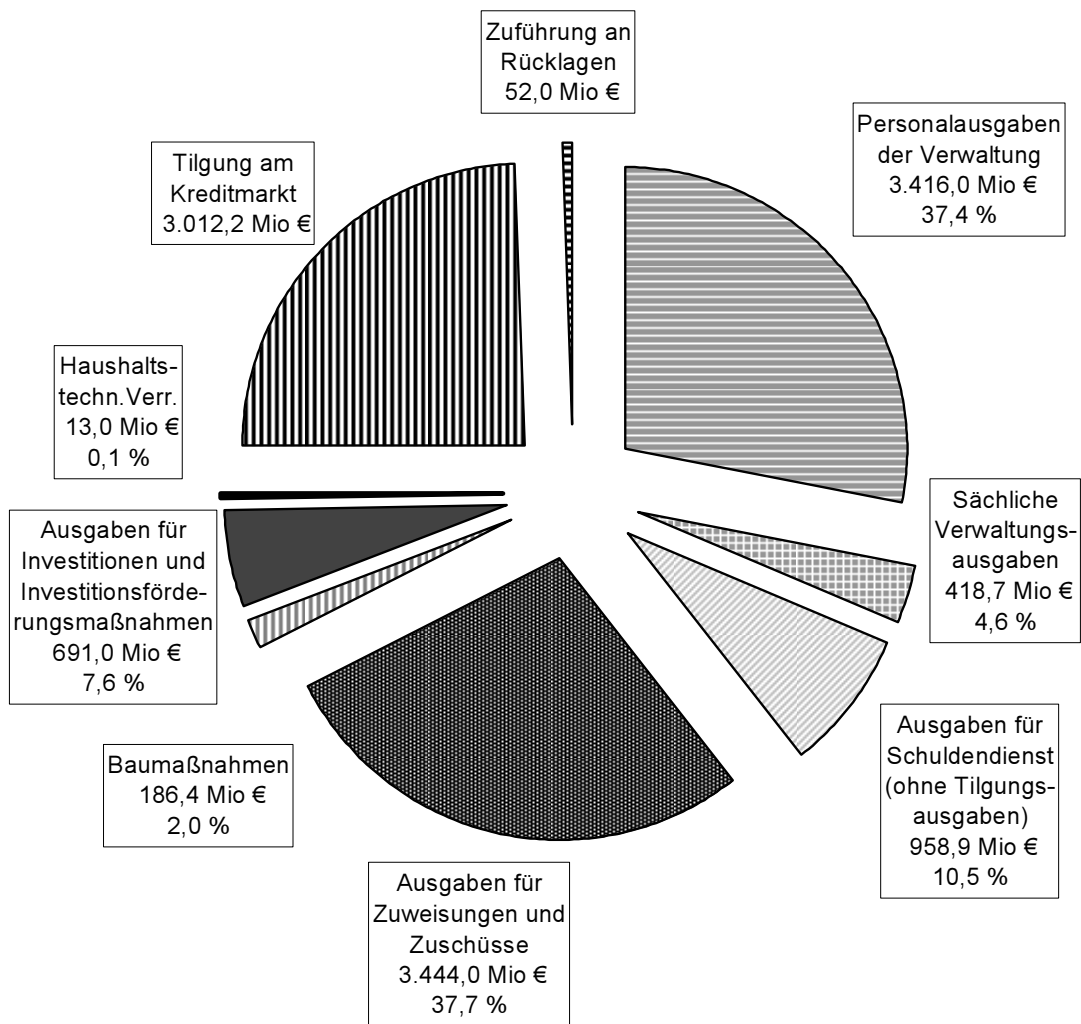


### Einnahmen 2012 nach Einnahmearten (Prozentangaben im Verhältnis der Nettoeinnahmen)



### Ausgaben 2011 nach Ausgabearten (Prozentangaben im Verhältnis der Nettoausgaben)

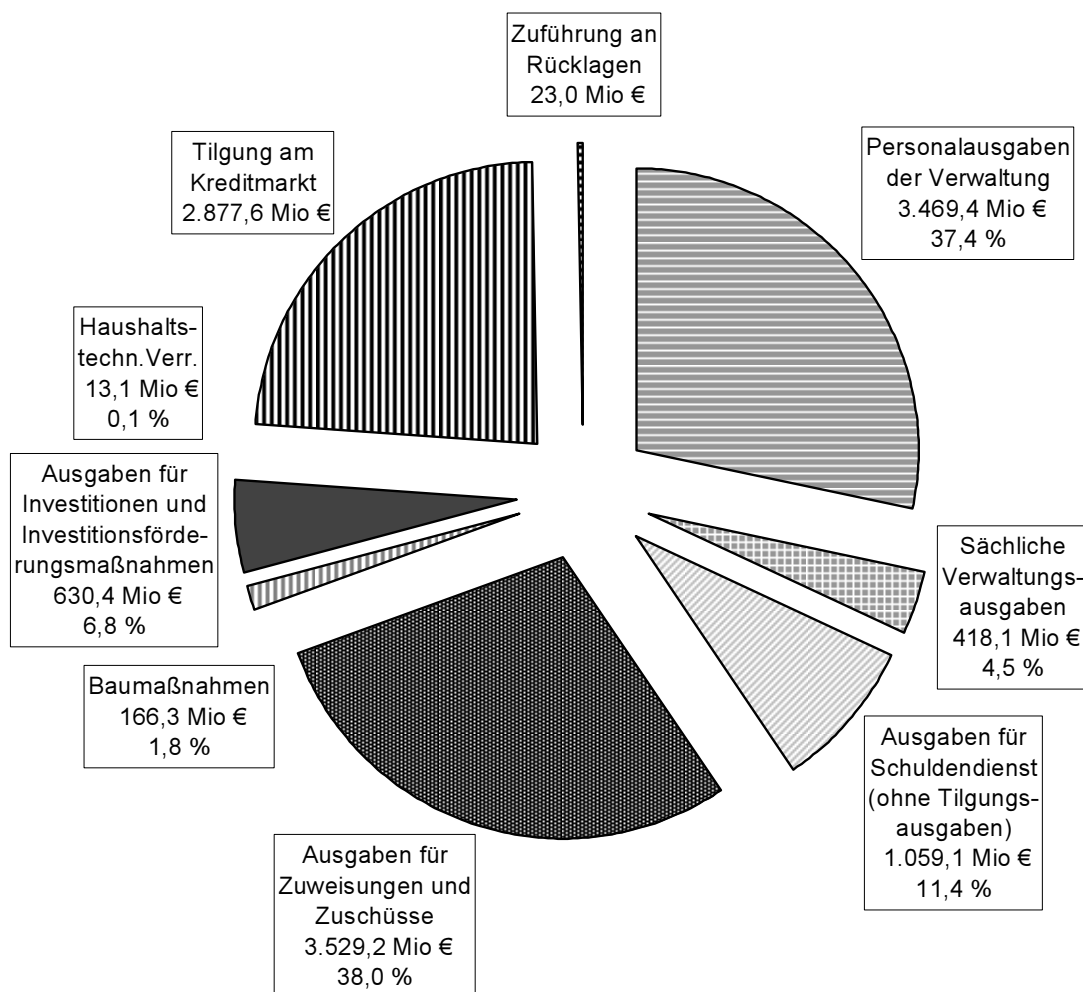
Anlage 2



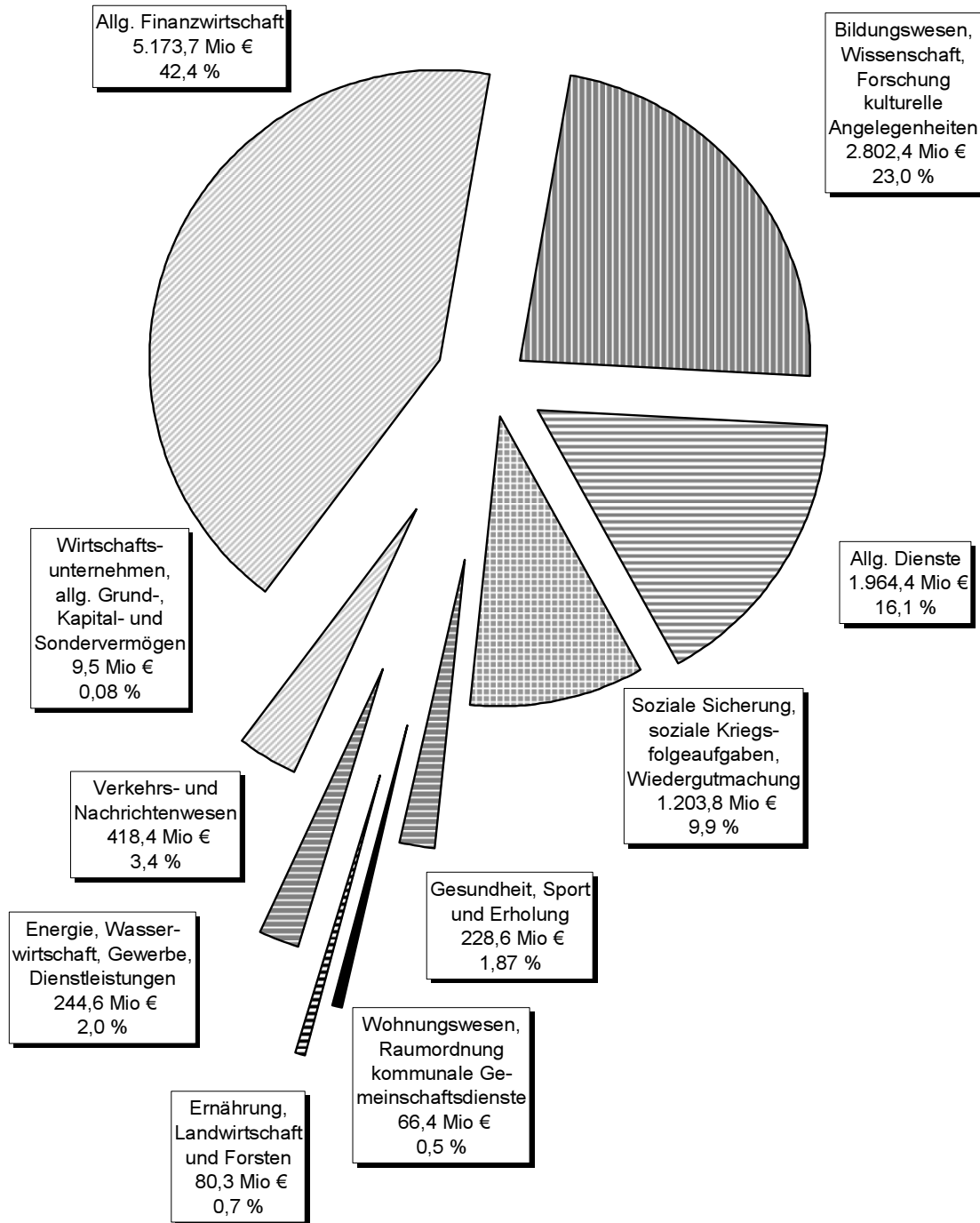


### Ausgaben 2012 nach Ausgabearten (Prozentangaben im Verhältnis der Nettoausgaben)

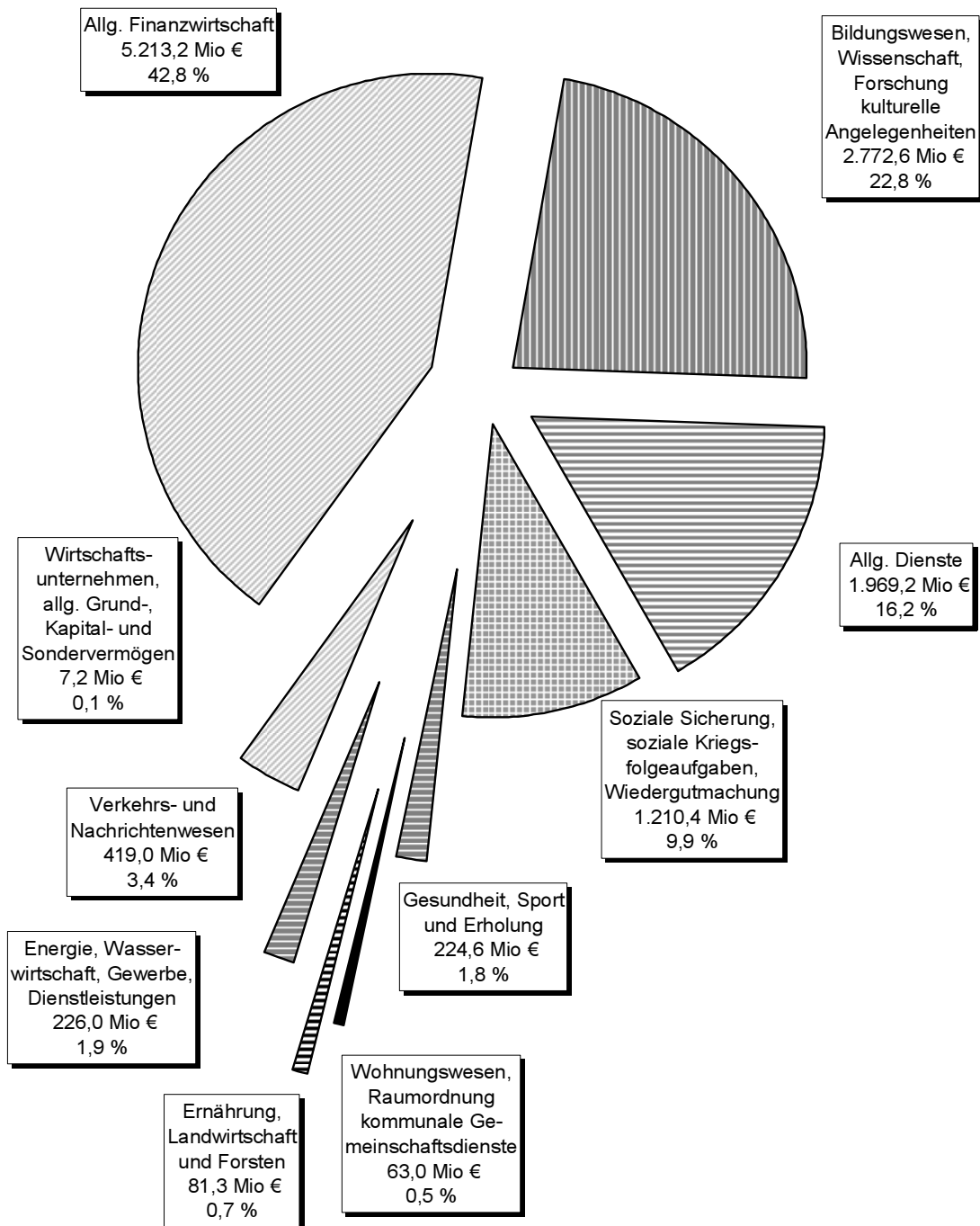
Anlage 2a



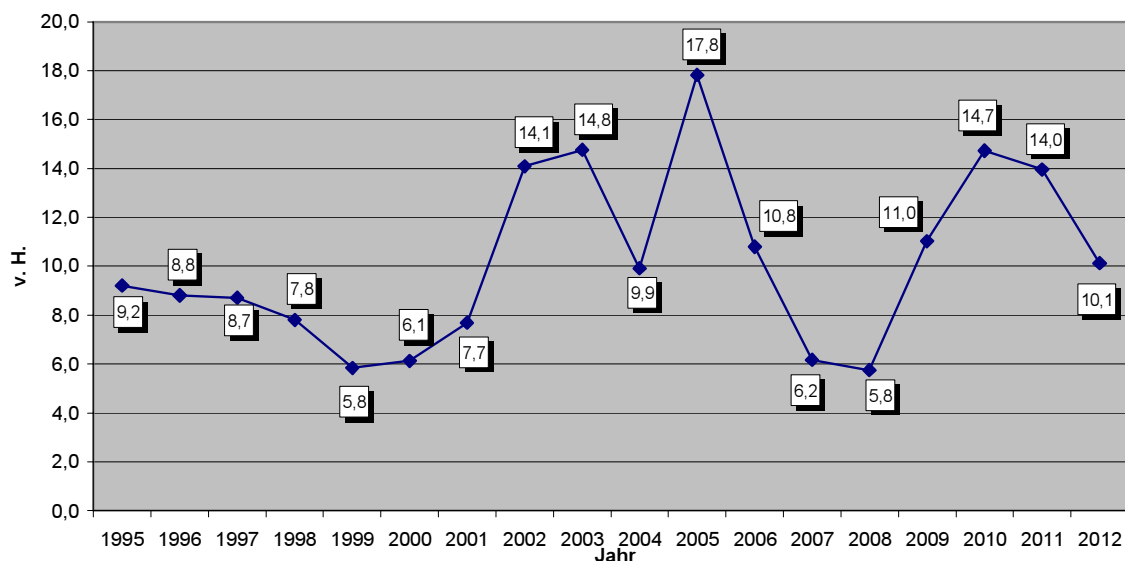
### Ausgaben 2011 nach Aufgabenbereichen (in Prozent der Gesamtausgaben)



### Ausgaben 2012 nach Aufgabenbereichen (in Prozent der Gesamtausgaben)

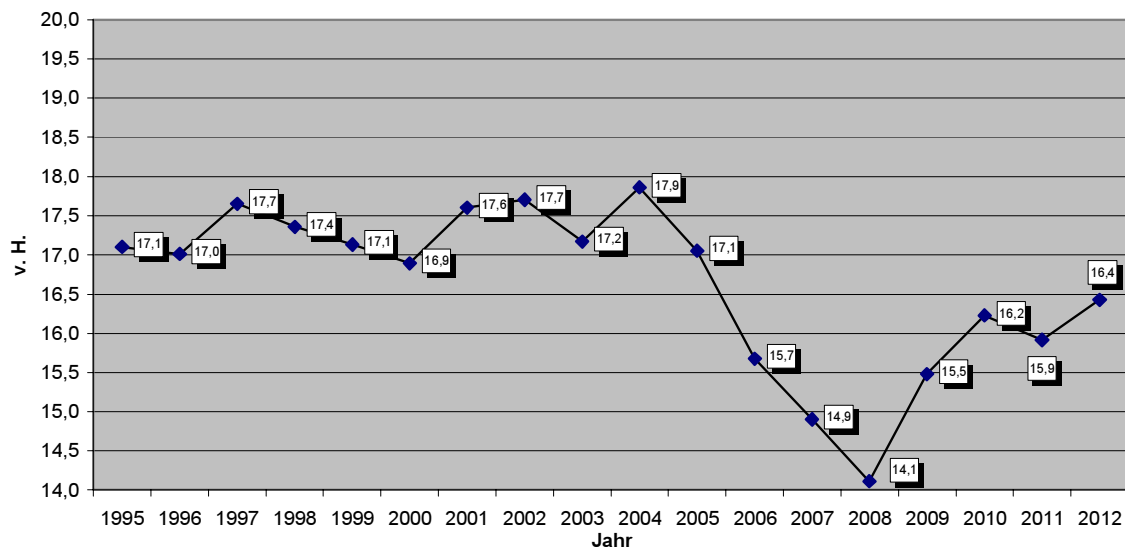


**Kreditfinanzierungsquote**  
(bis 2010: Ist; 1999 bis 2004 o. Erlöse aus Liegenschaftsübertragungen)



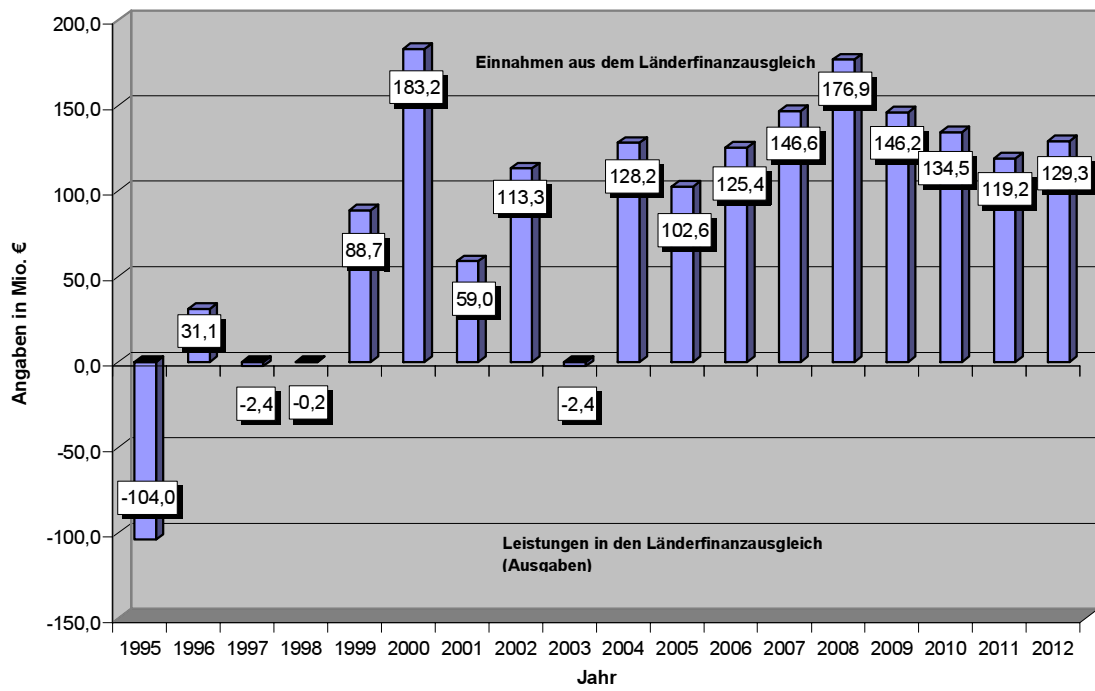
Nettokreditaufnahme im Verhältnis zu den Nettoausgaben, ab 1995 jeweils ohne Länderfinanzausgleich

**Zins-/Steuerquote**  
(bis 2010: Ist)



Zinsausgaben im Verhältnis zu den Steuereinnahmen einschl. Einnahmen/Ausgaben im Länderfinanzausgleich

### Leistungen im Länderfinanzausgleich (bis 2010: Ist)



**Allgemeine Bemerkungen**

**Übersicht 1**

**Zuweisungen des Bundes für Investitionen einschl. Schuldenaufnahme**

Funktion	Aufgabenbereich Zweckbestimmung	Titel	Einnahmen		
			2010	2011	2012
			-T€-		
<b>06</b>	<b>Finanzverwaltung</b>				
061	Baumaßnahmen am Dienstgebäude der Oberfinanzdirektion	12 05 - 331 01	20,0	6,6	6,6
	Summe 06		20,0	6,6	6,6
	Summe 0		20,0	6,6	6,6
<b>12</b>	<b>Allgemeinbildende und berufliche Schulen</b>				
129	Zuweisungen des Bundes für Investitionen im Schulbau im Rahmen der energetischen	07 10 - 331 22		-	-
129	Zuweisungen des Bundes für Ganztagsbetreuung	11 11 - 331 01	-	-	-
	Summe 12		-	-	-
<b>14</b>	<b>Förderung von Schülern/innen, Studenten/innen und dgl.</b>				
142	Ausbildungsförderung für Studierende (Darlehen)	06 24 - 331 01	16.900,0	21.885,0	22.820,0
	Summe 14		16.900,0	21.885,0	22.820,0
	Summe 1		16.900,0	21.885,0	22.820,0
<b>26</b>	<b>Jugendhilfe nach dem SGB VIII</b>				
264	Zuweisung des Bundes aus dem Investitionsprogramm "Kinderbetreuungsfinanzierung	07 04 - 331 01	18.968,0	26.000,0	14.000,0
	Summe 26		18.968,0	26.000,0	14.000,0
	Summe 2		18.968,0	26.000,0	14.000,0
<b>32</b>	<b>Sport und Erholung</b>				
323	Bau von Sportstätten	04 02 - 331 01	60,0	60,0	60,0
	Summe 32		60,0	60,0	60,0
	Summe 3		60,0	60,0	60,0
<b>41</b>	<b>Wohnungswesen</b>				
411	Leistungen des Bundes für die soziale Wohnraumförderung	04 16 - 331 30	12.620,0	12.620,0	12.620,0
	Summe 41		12.620,0	12.620,0	12.620,0
<b>44</b>	<b>Städtebauförderung</b>				
441	Finanzhilfen des Bundes zum Investitionspakt zur energetischen Modernisierung so	04 16 - 331 13	-	-	469,0
441	Finanzhilfen des Bundes für Städtebauförderungsprogramme	04 16 - 331 15	9.615,0	10.677,6	10.549,0
	Summe 44		9.615,0	10.677,6	11.018,0
	Summe 4		22.235,0	23.297,6	23.638,0
<b>69</b>	<b>Regionale Fördermaßnahmen</b>				
691	Erstattung vom Bund für betriebliche Investitionen	06 12 - 331 03	8.811,0	8.619,0	7.645,0
692	Erstattung vom Bund für Infrastrukturmaßnahmen	06 12 - 331 01	7.902,5	7.836,0	4.879,0
692	Zuweisungen des Bundes für Investitionen im Bereich Bildung	11 11 - 334 02	121.308,8	38.685,3	-

## Allgemeine Bemerkungen

## Übersicht 1

## Zuweisungen des Bundes für Investitionen einschl. Schuldenaufnahme

Funktion	Aufgabenbereich Zweckbestimmung	Titel	Einnahmen		
			2010	2011	2012
			-T€-		
692	Zuweisungen des Bundes für Investitionen im Bereich Infrastruktur	11 11 - 334 03	64.868,8	12.539,5	-
	Summe 69		202.891,1	67.679,8	12.524,0
	Summe 6		202.891,1	67.679,8	12.524,0
<b>72</b>	<b>Straßen</b>				
722	Zuweisungen des Bundes für vom Land vorfinanzierte Baumaßnahmen des Bundesfernst	06 14 - 331 08	20.000,0	-	-
724	Zuweisungen des Bundes nach dem GVFG für den kommunalen Straßenbau	06 14 - 331 05	32.437,0	29.437,0	29.437,0
	Summe 72		52.437,0	29.437,0	29.437,0
<b>73</b>	<b>Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt</b>				
731	Zuweisung des Bundes für bedeutsame Investitionen im Bereich der Seehäfen	06 14 - 331 01	2.045,0	2.045,0	2.045,0
	Summe 73		2.045,0	2.045,0	2.045,0
<b>74</b>	<b>Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr</b>				
741	Zuweisungen des Bundes zur Regionalisierung des öffentlichen Personennahverkehrs	06 14 - 331 04	2.000,0	2.350,0	2.100,0
741	Zuweisungen des Bundes zur Förderung von ÖPNV-Maßnahmen nach dem Entflechtungsge	06 14 - 331 06	10.816,0	13.816,0	13.816,0
	Summe 74		12.816,0	16.166,0	15.916,0
	Summe 7		67.298,0	47.648,0	47.398,0
	<b>Zusammenstellung</b>				
0	Allgemeine Dienste		20,0	6,6	6,6
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten		16.900,0	21.885,0	22.820,0
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung		18.968,0	26.000,0	14.000,0
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung		60,0	60,0	60,0
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste		22.235,0	23.297,6	23.638,0
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen		202.891,1	67.679,8	12.524,0
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen		67.298,0	47.648,0	47.398,0
	insgesamt		328.372,1	186.577,0	120.446,6

**Allgemeine Bemerkungen**  
**Übersicht 2**  
**Sonstige Zuweisungen vom Bund**

Funktion	Aufgabenbereich Zweckbestimmung	Titel	Einnahmen		
			2010	2011	2012
			-T€-		
<b>01</b>	<b>Politische Führung und zentrale Verwaltung</b>				
011	Zuweisung des Bundes für ein Projekt	01 02 - 231 09	-	-	
011	Zuweisung des Bundes für das Projekt "Ubiquitäres Computing"	01 02 - 231 14	-	-	
011	Erstattungen des Bundes für den "Zensus 2011"	04 01 - 231 01		6.646,6	-
011	Kosten der Bundestagswahl	04 01 - 231 02	-	-	-
011	Kosten der Europawahl	04 01 - 231 03	-	-	-
012	Schadensersatzleistungen wg. Unfällen mit Fahrzeugen der Straßenbauverwaltung	11 11 - 231 11	30,0	12,5	12,5
012	Schadensersatzleistg.wg.Unfällen mit bundeseig. Fahrzeugen d.Straßenbauverwaltg.	11 11 - 231 12	30,0	20,0	20,0
016	Erstattung von Verwaltungskosten durch den Bund für das Amt für Bundesbau	05 06 - 231 02	2.450,5	2.393,0	2.413,5
016	Erstattung von Verwaltungskosten für die vom Finanzministerium übernommenen Aufg	05 06 - 231 03	34,5	34,0	34,0
018	Anteilige Erstattung von Versorgungslasten durch den Bund	11 05 - 231 01	6.069,8	5.208,2	4.458,2
	Summe 01		8.614,8	14.314,3	6.938,2
<b>02</b>	<b>Auswärtige Angelegenheiten</b>				
023	Zuweisungen des Bundes für die Betreuung ausländischer Studentinnen und Studierende	06 24 - 231 03	-	-	-
	Summe 02		-	-	-
<b>04</b>	<b>Öffentliche Sicherheit und Ordnung</b>				
044	Zivilschutzausbildung	04 05 - 231 01	90,0	90,0	90,0
044	Zuweisungen des Bundes	04 05 - 231 62	423,0	411,1	411,1
045	Zuweisungen des Bundes für die Nutzung von Notliegeplätzen in komplexen Schadens	06 14 - 231 03	-	-	-
049	Sonstige Zuwendungen vom Bund	04 10 - 231 67	400,0	400,0	400,0
	Summe 04		913,0	901,1	901,1
<b>05</b>	<b>Rechtsschutz</b>				
052	Erstattung von Kosten in Staatsschutzsachen	09 08 - 231 01	65,0	65,0	65,0
	Summe 05		65,0	65,0	65,0
<b>06</b>	<b>Finanzverwaltung</b>				
061	Erstattung von Verwaltungsausgaben vom Bund	12 05 - 231 01	59,2	-	-
	Summe 06		59,2	-	-
	Summe 0		9.652,0	15.280,4	7.904,3
<b>12</b>	<b>Allgemeinbildende und berufliche Schulen</b>				
124	Staatliche Schulen für Behinderte	10 10 - 231 01	8,1	8,1	8,1
	Summe 12		8,1	8,1	8,1
<b>13</b>	<b>Hochschulen</b>				
131	Planungskosten im Hochschulbau	06 20 - 231 02	5,0	-	-
131	Erstatt. D. Bundes f. d. Erwerb eines norddeutschen Höchstleistungsrechners	06 20 - 231 04	-	-	-



## Allgemeine Bemerkungen

## Übersicht 2

## Sonstige Zuweisungen vom Bund

Funktion	Aufgabenbereich Zweckbestimmung	Titel	Einnahmen		
			2010	2011	2012
			-T€-		
131	Erstattungen d. Bundes für das CIP und WAP	06 20 - 231 07	-	-	-
131	Stipendien an ausländische Studentinnen und Studenten	06 20 - 231 13	-	-	-
131	Zuweisung des Bundes für die Universität Kiel	06 20 - 231 21	-	-	-
131	Erstattungen des Bundes für Baumaßnahmen der Hochschulen einschließlich der Hoch	12 12 - 331 02	19.000,0	16.293,0	20.543,0
132	Zuweisungen des Bundes und Dritter für die Beschaffung von Großgeräten	06 20 - 231 10	-	-	-
132	Zuweisungen des Bundes und Dritter für die Beschaffung von Großgeräten	06 20 - 231 11	-	-	-
136	Zuweisung des Bundes nach dem Hochschulb- aufförderungsgesetz f. d. FH Wedel	06 20 - 231 08	-	-	-
136	Zuweisung des Bundes für die Fachhochschule Flensburg	06 20 - 231 25	-	-	-
136	Zuweisung des Bundes für die Fachhochschule Kiel	06 20 - 231 26	-	-	-
136	Zuweisung des Bundes für die Fachhochschule Lübeck	06 20 - 231 27	-	-	-
139	Zuweisungen des Bundes und der Länder für Modellversuche im Hochschulwesen	06 20 - 231 09	-	-	-
139	Zuweisungen des Bundes für besondere For- schungsvorhaben	06 23 - 231 01	-	-	-
	Summe 13		19.005,0	16.293,0	20.543,0
<b>14</b>	<b>Förderung von Schülern/innen, Studenten/ innen und dgl.</b>				
141	Bundesanteil an Ausbildungsförderung für Zuschüsse an Schülerinnen und Schüler	06 24 - 231 05	16.900,0	18.600,0	19.400,0
142	Bundesanteil an der Ausbildungsförderung für Zuschüsse an Studierende	06 24 - 231 04	16.862,0	18.600,0	19.400,0
	Summe 14		33.762,0	37.200,0	38.800,0
<b>15</b>	<b>Sonstiges Bildungswesen</b>				
151	Zahlungen des Bundes zur Abwicklung des Gesetzes zur Förderung der beruflichen A	06 16 - 231 03	2.184,0	2.714,4	2.734,0
	Summe 15		2.184,0	2.714,4	2.734,0
<b>16/17</b>	<b>Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen</b>				
162	Sicherungsverfilmung von Kulturgut	07 42 - 231 01	-	-	-
164	Forschungszentrum Borstel und Institut für Meereswissenschaften	06 23 - 231 02	13.103,0	15.249,2	20.059,2
164	Zuweisungen des Bundes für das Forschun- gzentrum Borstel	06 23 - 231 03	8.655,0	8.480,0	8.904,0
164	Zuweisungen des Bundes für das Leibniz-Insti- tuts für die Pädagogik der Naturwiss	06 23 - 231 06	3.490,0	3.599,4	3.779,0
164	Zuschuss des Bundes für das Institut für Welt- wirtschaft	06 23 - 231 07	3.895,2	3.975,0	4.447,9
164	Zuweisungen des Bundes für die Zentralbiblio- thek für Wirtschaftswissenschaften	06 23 - 231 08	9.225,0	9.340,0	9.698,0
	Summe 16/17		38.368,2	40.643,6	46.888,1

**Allgemeine Bemerkungen**  
**Übersicht 2**  
**Sonstige Zuweisungen vom Bund**

Funktion	Aufgabenbereich Zweckbestimmung	Titel	Einnahmen		
			2010	2011	2012
			-T€-		
<b>18</b>	<b>Kultureinrichtungen (einschließlich Kulturverwaltung)</b>				
187	Zuweisung des Bundes zur Förderung des Europäischen Zentrums für Minderheiten-An	03 01 - 231 01	-	-	-
187	Zuweisung des Bundes zur Förderung der Kulturarbeit der friesischen Volksgruppe	07 40 - 231 02	-	-	-
187	Bundeszuweisung Theatersaal Flensburg	07 40 - 231 04	-	-	-
	Summe 18		-	-	-
	Summe 1		93.327,3	96.859,1	108.973,2
<b>23</b>	<b>Familien-und Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u.ä.</b>				
233	Wohngeld	04 16 - 231 01	28.250,0	38.500,0	36.750,0
233	Erstattung des Heizkostenzuschusses für Wohngeldempfänger durch den Bund	04 16 - 231 02	-	-	-
234	Sozialhilfe	10 05 - 231 65	13,9	8,9	8,7
237	UVG - Erstattungen des Bundes	10 12 - 231 02	13.053,3	12.386,7	12.386,7
	Summe 23		41.317,2	50.895,6	49.145,4
<b>24</b>	<b>Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen</b>				
243	Rückzahlung überzahlter Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt gem. § 6 LAG	11 11 - 231 02	-	-	-
247	Kriegsopferfürsorge	10 03 - 231 03	1.125,9	1.125,2	1.105,7
249	Gräbergesetz	04 01 - 231 04	809,8	1.053,5	1.053,5
249	Pflege der verwaisten jüdischen Friedhöfe	04 01 - 231 05	13,1	13,1	13,1
	Summe 24		1.948,8	2.191,8	2.172,3
<b>29</b>	<b>Sonstige soziale Angelegenheiten</b>				
291	Für Opfer von Gewalttaten	10 03 - 231 01	1.047,0	990,0	1.012,0
291	Erstattungen des Bundes in Verbindung mit dem Grundsicherungsgesetz	10 05 - 231 01	19.750,0	20.566,0	21.416,0
	Summe 29		20.797,0	21.556,0	22.428,0
	Summe 2		64.063,0	74.643,4	73.745,7
<b>31</b>	<b>Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens</b>				
314	Zuweisungen des Bundes	10 02 - 231 65	-	156,2	159,3
	Summe 31		-	156,2	159,3
<b>33</b>	<b>Umwelt- und Naturschutz</b>				
331	Zuweisungen des Bundes für Grundlagen- und Datenarbeit im gemeinsamen Stoffdaten	13 12 - 231 03	40,0	40,0	40,0
331	Zuweisungen des Bundes für die Finanzierung des Projektes "Umweltrisikodialog"	13 12 - 231 04	-	-	-
331	Erstattungen des Bundes für den zivilen Ersatzdienst	13 18 - 231 01	5,2	2,8	2,8
	Summe 33		45,2	42,8	42,8
	Summe 3		45,2	199,0	202,1

## Allgemeine Bemerkungen

## Übersicht 2

## Sonstige Zuweisungen vom Bund

Funktion	Aufgabenbereich Zweckbestimmung	Titel	Einnahmen		
			2010	2011	2012
			-T€-		
<b>41</b>	<b>Wohnungswesen</b>				
411	Forschungsvorhaben zur Weiterentwicklung des Wohnungs- und Städtebaues	04 16 - 221 05	-	-	-
	Summe 41		-	-	-
<b>42</b>	<b>Raumordnung, Landesplanung, Vermes- sungswesen</b>				
422	Erstattungen des Bundes für Projekte der Raumordnung	04 01 - 231 06	5,0	5,0	5,0
	Summe 42		5,0	5,0	5,0
	Summe 4		5,0	5,0	5,0
<b>52</b>	<b>Verbesserung der Agrarstruktur</b>				
521	Für Maßnahmen der Flurbereinigung und der Dorferneuerung	13 20 - 231 01	4.798,8	4.050,0	4.050,0
521	Für einzelbetriebliche Förderungsmaßnahmen	13 20 - 231 02	7.546,0	5.513,8	5.135,2
521	Für Maßnahmen der Marktstrukturverbesserung	13 20 - 231 03	1.199,4	1.189,3	1.189,3
521	Für Maßnahmen des Wirtschaftswegebau	13 20 - 231 04	-	-	-
521	Für sonstige agrarstrukturelle Maßnahmen	13 20 - 231 05	2.521,0	1.565,9	1.453,2
521	Erstattung des Bundes	13 20 - 231 09	-	-	-
	Summe 52		16.065,2	12.319,0	11.827,7
	Summe 5		16.065,2	12.319,0	11.827,7
<b>62</b>	<b>Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau</b>				
623	Wasserwirtschaftliche und kulturbautechnische Maßnahmen	13 20 - 231 06	3.028,8	2.650,8	2.409,6
625	Für Küstenschutzmaßnahmen	13 20 - 231 07	27.845,0	24.665,2	24.565,2
	Summe 62		30.873,8	27.316,0	26.974,8
	Summe 6		30.873,8	27.316,0	26.974,8
<b>74</b>	<b>Eisenbahnen und öffentlicher Personen- nahverkehr</b>				
741	Zuweisungen des Bundes zur Regionalisierung des öffentlichen Personennahverkehrs	06 14 - 231 01	211.866,9	214.724,9	218.231,1
741	Erstattungen des Bundes zum Ausgleich betriebsfremder Aufwendungen an nichtbunde	06 14 - 231 02	-	-	-
	Summe 74		211.866,9	214.724,9	218.231,1
	Summe 7		211.866,9	214.724,9	218.231,1
<b>85</b>	<b>Sonstige Wirtschaftsunternehmen</b>				
859	Sonstige Zuweisungen vom Bund für die Fach- technische Prüfstelle	05 06 - 231 01	188,0	107,0	54,0
859	Sonstige Zuweisung vom Bund für die Pflege der ehemaligen Garnisonsfriedhöfe	05 06 - 231 04	14,1	14,1	14,1
	Summe 85		202,1	121,1	68,1
	Summe 8		202,1	121,1	68,1
	<b>Zusammenstellung</b>				
0	Allgemeine Dienste		9.652,0	15.280,4	7.904,3
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten		93.327,3	96.859,1	108.973,2

**Allgemeine Bemerkungen**

**Übersicht 2**

**Sonstige Zuweisungen vom Bund**

Funktion	Aufgabenbereich Zweckbestimmung	Titel	Einnahmen		
			2010	2011	2012
			-T€-		
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung		64.063,0	74.643,4	73.745,7
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung		45,2	199,0	202,1
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste		5,0	5,0	5,0
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten		16.065,2	12.319,0	11.827,7
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen		30.873,8	27.316,0	26.974,8
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen		211.866,9	214.724,9	218.231,1
8	Wirtschaftsunternehmen, allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen		202,1	121,1	68,1
	insgesamt		426.100,5	441.467,9	447.932,0

**Allgemeine Bemerkungen  
Übersicht 2 a  
EU – Mittel 2011**

in T€

Einnahmen			Ausgaben		
Titel	Zweckbestimmung	Ansatz 2011	Titel	Zweckbestimmung	Ansatz 2011
0401 - 271 06	Erstattungen der EU für die Durchführung des Projektes CoastPlan im Rahmen von Interreg III C	0,0			
0401 - 271 07	Erstattung der EU für die Beteiligung an INTERREG-Projekten der Landesplanung	5,0	0401 – MG 06	Raumordnung	5,0
0410 - 272 01	Zuschüsse der EU für Projekte der Landespolizei Schleswig-Holstein	0,0			
0410 - 271 67	Erstattungen der EU für die Durchführung des Projektes SAFECOAST im Rahmen des INTERREG III B-Nordsee-Programms	0,0			
Summe Epl. 04		5,0	Summe Epl. 04		5,0
0614 – 272 02	Zuweisungen im Rahmen des Projektes VIKING der Europäischen Union	200,0	0614 - 526 06	Kosten im Rahmen des Projektes VIKING der Europäischen Union	200,0
0612 - 346 05	Zuweisungen der EU im Rahmen des Zieles „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ in der Strukturfonds-Förderperiode 2007-2013	54.438,0	0612 - MG 17	Maßnahmen im Rahmen des Zukunftsprogramm Schleswig-Holstein	54.438,0
Summe Epl. 06		54.638,0	Summe Epl. 06		54.638,0
0710 - 272 01	Zuweisung der EU zur Durchführung des „Programms für lebenslanges Lernen“	0,0	0710 - 535 06 MG 06	Durchführung des „Programms für lebenslanges Lernen“ mit EU-Mitteln	0,0
0717 - 272 01	Zuweisung der EU zur Durchführung des „Programms für lebenslanges Lernen“	0,0	0717 - 535 01	Durchführung des „Programms für lebenslanges Lernen“ mit EU-Mitteln	0,0
0744 - 272 01	Zuschüsse der EU für Projekte der archäologischen Denkmalpflege	0,0	0744 - TG 61	Archäologische Denkmalpflege Mehrausgaben in Höhe der tatsächlichen Einnahmen	0,0
0745 - 272 01	Zuschüsse der EU für Projekte	0,0	0745 - TG 61	Ausgaben aus Finanzierungen Dritter	0,0
Summe Epl. 07		0,0	Summe Epl. 07		0,0
1006 - 272 04	Zuweisungen aus dem Europäischen Sozialfonds für die Förderperiode 2007-2013	15.700,0	1006 686 06 (MG 04)	Zuschüsse f. lfd. Zwecke im Inland aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) für die Förderperiode 2007 bis 2013	15.700,0
Summe Epl. 10		15.700,0	Summe Epl. 10		15.700,0

**Allgemeine Bemerkungen  
Übersicht 2 a  
EU – Mittel 2011**

in T€

Einnahmen			Ausgaben		
Titel	Zweckbestimmung	Ansatz 2011	Titel	Zweckbestimmung	Ansatz 2011
1313 - 346 01	Zuschüsse der EU für Naturschutz und Landschaftspflegeschutzmaßnahmen	7.133,3	1315 - 883 01 MG 01	Zuweisungen an Gemeinden für Maßnahmen zur Verbesserung der Gewässergüte	169,1
1315 - 272 04	Zuschüsse der EU für das Projekt CLIWAT	20,0	1315 - 533 27 MG 21	Hydrogeologische Untersuchungen	20,0
1315 - 346 01	Zuschüsse der EU für Maßnahmen im Rahmen der Wasserwirtschaft	169,1	1317 - 539 01	Verwaltungskosten für EU-Förderungsprogramme	200,0
1317 - 271 02	Erstattungen der EU im Rahmen von LEADER / Aktiv Region	5.964,6	1317 - 892 02	Zuwendungen der EU im Rahmen von LEADER / Aktiv Region	5.964,6
1317 - 271 03	Erstattung von Verwaltungskosten für EU-Förderprogramme	200,0	1317 - MG 03	Maßnahmen zur Förderung der Dorf- und ländlichen Regionalentwicklung in Schleswig-Holstein	50,0
1317 - 271 06	Beteiligung der EU im Rahmen des Projektes „Baltic COMPASS“	97,0	1317 - MG 10	Zuwendungen der EU für Strukturmaßnahmen im Fischereisektor (EFF)	2.259,0
1317 - 346 01	Für Maßnahmen der Dorfentwicklung und des ländlichen Tourismus	50,0	1317 - 685 28 MG 22	Aus-, Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen	185,7
1317 - 346 10 MG 10	Zuwendungen der EU für Strukturmaßnahmen im Fischereisektor (EFF)	2.259,0	1317 - 684 31 MG 30	Tierproduktion	20,0
1317 - 346 20 MG 20	Zuwendungen der EU für Maßnahmen der Fort- und Weiterbildung	185,7	1317 - TG 61	Ausgaben für das Projektes "Baltic COMPASS"	97,0
1317 - 271 31 MG 30	Erstattung aus dem EGFL für Maßnahmen zur Verbesserung der Erzeugungs- und Vermarktungsbedingungen von Bienenzuchterzeugnissen	14,0	1318 - 892 07 MG 02	Förderung von Vorhaben zur energetischen Nutzung von Biomasse	700,0
1317 - 271 32 MG 30	Beteiligung der EU an den Zuweisungen der Landwirtschaftskammer für die Verbesserung der Erzeugungs- und Vermarktungsbedingungen von Bienenzuchterzeugnissen	6,0	1320 - MG 03	Einzelbetriebliche Maßnahmen und ländliche Siedlung	5.615,5
1318 - 346 03	Zuschüsse der EU für Biomasseförderung	700,0	1320 - MG 04	Maßnahmen zur Verbesserung der Marktstruktur	1.611,2
1320 - MG 03	Zuwendungen der EU zur Förderung der Entwicklung des Ländlichen Raumes	29.302,0	1320 - MG 05	Wasserwirtschaftliche und kulturbautechnische Maßnahmen	5.265,9
			1320 - MG 06	Forstliche Maßnahmen	920,0
			1320 - MG 08	Küstenschutz	8.097,5
			1320 - MG 09	Integrierte ländliche Entwicklung	7.791,9
Summe Epl. 13		46.100,7	Summe Epl.13		38.967,4

**Allgemeine Bemerkungen  
Übersicht 2 a  
EU – Mittel 2012**

in T€

Einnahmen			Ausgaben		
Titel	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Titel	Zweckbestimmung	Ansatz 2012
0401 - 271 06	Erstattungen der EU für die Durchführung des Projektes CoastPlan im Rahmen von Interreg III C	0,0			
0401 - 271 07	Erstattung der EU für die Beteiligung an INTERREG-Projekten der Landesplanung	5,0	0401 – MG 06	Raumordnung	5,0
0410 - 272 01	Zuschüsse der EU für Projekte der Landespolizei Schleswig-Holstein	0,0			
0410 - 271 67	Erstattungen der EU für die Durchführung des Projektes SAFECOAST im Rahmen des INTERREG III B-Nordsee-Programms	0,0			
Summe Epl. 04		5,0	Summe Epl. 04		5,0
0614 – 272 02	Zuweisungen im Rahmen des Projektes VIKING der EU	200,0	0614 - 526 06	Kosten im Rahmen des Projektes VIKING der Europäischen Union	200,0
0612 - 346 05	Zuweisungen der EU im Rahmen des Zieles „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ in der Strukturfonds-Förderperiode 2007-2013	55.527,0	0612 - MG 17	Maßnahmen im Rahmen des Zukunftsprogramm Schleswig-Holstein	55.527,0
Summe Epl. 06		55.727,0	Summe Epl. 06		55.727,0
0710 - 272 01	Zuweisung der EU zur Durchführung des „Programms für lebenslanges Lernen“	0,0	0710 - 535 06 MG 06	Durchführung des „Programms für lebenslanges Lernen“ mit EU-Mitteln	0,0
0717 - 272 01	Zuweisung der EU zur Durchführung des „Programms für lebenslanges Lernen“	0,0	0717 - 535 01	Durchführung des „Programms für lebenslanges Lernen“ mit EU-Mitteln	0,0
0744 - 272 01	Zuschüsse der EU für Projekte der archäologischen Denkmalpflege	0,0	0744 - TG 61	Archäologische Denkmalpflege Mehrausgaben in Höhe der tatsächlichen Einnahmen	0,0
0745 - 272 01	Zuschüsse der EU für Projekte	0,0	0745 - TG 61	Ausgaben aus Finanzierungen Dritter	0,0
Summe Epl. 07		0,0	Summe Epl. 07		0,0
1006 - 272 04	Zuweisungen aus dem Europäischen Sozialfonds für die Förderperiode 2007-2013	15.700,0	1006 686 06 (MG 04)	Zuschüsse f. lfd. Zwecke im Inland aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) für die Förderperiode 2007 bis 2013	15.700,0
Summe Epl. 10		15.700,0	Summe Epl. 10		15.700,0

**Allgemeine Bemerkungen  
Übersicht 2 a  
EU – Mittel 2012**

Einnahmen			Ausgaben		
Titel	Zweckbestimmung	Ansatz 2012	Titel	Zweckbestimmung	Ansatz 2012
1313 - 346 01	Zuschüsse der EU für Naturschutz und Landschaftspflegeschutzmaßnahmen	7.133,3	1315 - 883 01 MG 01	Zuweisungen an Gemeinden für Maßnahmen zur Verbesserung der Gewässergüte	166,4
1315 - 346 01	Zuschüsse der EU für Maßnahmen im Rahmen der Wasserwirtschaft	166,4	1317 - 539 01	Verwaltungskosten für EU-Förderungsprogramme	200,0
1317 - 271 02	Erstattungen der EU im Rahmen von LEADER / Aktiv Region	7.590,5	1317 - 892 02	Zuwendungen der EU im Rahmen von LEADER / Aktiv Region	7.590,5
1317 - 271 03	Erstattung von Verwaltungskosten für EU-Förderungsprogramme	200,0	1317 - MG 03	Maßnahmen zur Förderung der Dorf- und ländlichen Regionalentwicklung in Schleswig-Holstein	42,5
1317 - 271 06	Beteiligung der EU im Rahmen des Projektes "Baltic COMPASS"	97,0	1317 - MG 10	Zuwendungen der EU für Strukturmaßnahmen im Fischereisektor (EFF)	2.259,0
1317 - 346 01	Für Maßnahmen der Dorfentwicklung und des ländlichen Tourismus	42,5	1317 - 685 28 MG 22	Aus-, Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen	177,5
1317 - 346 10 MG 10	Zuwendungen der EU für Strukturmaßnahmen im Fischereisektor (EFF)	2.259,0	1317 - 684 31 MG 30	Tierproduktion	16,0
1317 - 346 20 MG 20	Zuwendungen der EU für Maßnahmen der Fort- und Weiterbildung	177,5	1317 - TG 61	Ausgaben für das Projektes "Baltic COMPASS"	97,0
1317 - 271 31 MG 30	Erstattung aus dem EGFL für Maßnahmen zur Verbesserung der Erzeugungs- und Vermarktungsbedingungen von Bienenzuchterzeugnissen	10,0	1318 - 892 07 MG 02	Förderung von Vorhaben zur energetischen Nutzung von Biomasse	1.200,0
1317 - 271 32 MG 30	Beteiligung der EU an den Zuweisungen der Landwirtschaftskammer für die Verbesserung der Erzeugungs- und Vermarktungsbedingungen von Bienenzuchterzeugnissen	6,0	1320 - MG 03	Einzelbetriebliche Maßnahmen und ländliche Siedlung	5.410,5
1318 - 346 03	Zuschüsse der EU für Biomasseförderung	1.200,0	1320 - MG 04	Maßnahmen zur Verbesserung der Marktstruktur	1.584,0
1320 - MG 03	Zuwendungen der EU zur Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes	29.333,9	1320 - MG 05	Wasserwirtschaftliche und kulturbautechnische Maßnahmen	6.166,6
			1320 - MG 06	Forstliche Maßnahmen	900,0
			1320 - MG 08	Küstenschutz	4.180,9
			1320 - MG 09	Integrierte ländliche Entwicklung	11.091,9
Summe Epl. 13		48.216,1	Summe Epl.13		41.082,8



**Allgemeine Bemerkungen**

**Übersicht 3**

**Zuweisungen der Kreise und Gemeinden für Investitionen**

Funktion	Aufgabenbereich Zweckbestimmung	Titel	Einnahmen		
			2010	2011	2012
			-T€-		
<b>31</b>	<b>Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens</b>				
312	Von Kreisen und kreisfreien Städten im Rahmen der Krankenhausfinanzierung	10 02 - 333 01		22.322,9	22.322,9
	Summe 31			22.322,9	22.322,9
<b>33</b>	<b>Umwelt- und Naturschutz</b>				
332	Zuschüsse der Kreise und Gemeinden für Naturschutz- und Landschaftspflegemaßnahmen	13 13 - 333 01	-	-	-
	Summe 33		-	-	-
	Summe 3		-	22.322,9	22.322,9
<b>69</b>	<b>Regionale Fördermaßnahmen</b>				
692	Metropolregion Hamburg	04 01 - 333 69	-	-	-
692	Grenzüberschreitende Maßnahmen in der Metropolregion Hamburg	04 01 - 333 71	-	-	-
	Summe 69		-	-	-
	Summe 6		-	-	-
	<b>Zusammenstellung</b>				
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung		-	22.322,9	22.322,9
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen		-	-	-
	insgesamt		-	22.322,9	22.322,9

**Allgemeine Bemerkungen**

**Übersicht 4**

**Sonstige Zuweisungen der Kreise und Gemeinden**

Funktion	Aufgabenbereich Zweckbestimmung	Titel	Einnahmen		
			2010	2011	2012
			-T€-		
<b>01</b>	<b>Politische Führung und zentrale Verwaltung</b>				
018	Versorgungslasten	11 05 - 233 01	28,7	42,0	37,0
	Summe 01		28,7	42,0	37,0
<b>04</b>	<b>Öffentliche Sicherheit und Ordnung</b>				
042	Erstattung der Kommunen für Leitungsgebühren und Systemwartung der kooperativen	04 10 - 233 63	220,0	220,0	220,0
044	Zuweisung von Gemeinden und Gemeindeverbänden	04 05 - 233 62	-	-	-
	Summe 04		220,0	220,0	220,0
	Summe 0		248,7	262,0	257,0
<b>12</b>	<b>Allgemeinbildende und berufliche Schulen</b>				
124	Staatliche Internatsschule für Hörgeschädigte	10 09 - 233 01	3.753,5	3.895,3	3.934,0
124	Staatliche Internatsschule für Sprachbehinderte	10 10 - 233 01	3.598,7	3.671,0	3.797,0
127	Landesanteil an Umschülerbeiträgen nach § 43 abs. 6 SchulG	07 10 - 233 01	1.250,0	1.250,0	1.250,0
127	Beiträge der kreisfreien Stadt Flensburg an das Land nach § 130 SchulG	07 16 - 233 01	2,4	10,0	10,0
129	Beteilig. Kommunen an Finanzierung d. deutschen allgemeinbildenden Privatschulen	07 10 - 233 18	5.458,3	6.388,8	6.537,4
129	Beteilig. Kommunen an Schullastenausgleich m. HH. f. Kinder in Hamb. Privatsch.	07 10 - 233 28	1.385,5	1.544,2	1.544,2
129	Beteilig. Kommunen Privatschulfinanzierung der Schulen der dänischen Minderheit	07 10 - 233 38	4.968,6	5.209,0	5.246,7
129	Beteilig. Kommunen an Finanzierung d. deutschen berufsbildenden Privatsch.	07 10 - 233 48	401,7	428,0	428,0
129	Beteiligung der Kommunen an den Schullasten des Landes Schleswig-Holstein mit Ha	07 10 - 233 58		2.400,0	2.400,0
	Summe 12		20.818,7	24.796,3	25.147,3
<b>19</b>	<b>Kulturförderung, Denkmalschutz, kirchliche Angelegenheiten</b>				
195	Erstattung von Ausgaben für Zwecke der archäologischen Denkmalpflege	07 44 - 233 01	-	-	-
	Summe 19		-	-	-
	Summe 1		20.818,7	24.796,3	25.147,3
<b>23</b>	<b>Familien-und Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u.ä.</b>				
234	Sozialhilfe	10 05 - 233 65	34.895,8	35.245,0	35.597,0
236	Von Kreisen und Gemeinden	10 04 - 233 01	-	-	-
237	UVG - Erstattungen der Kreise und kreisfreien Städte	10 12 - 233 01	7.100,0	7.100,0	7.100,0
	Summe 23		41.995,8	42.345,0	42.697,0
<b>25</b>	<b>Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsschutz</b>				
252	Erstattungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden	10 06 - 233 01	180,0	106,0	106,0
	Summe 25		180,0	106,0	106,0

**Allgemeine Bemerkungen**

**Übersicht 4**

**Sonstige Zuweisungen der Kreise und Gemeinden**

Funktion	Aufgabenbereich Zweckbestimmung	Titel	Einnahmen		
			2010	2011	2012
			-T€-		
<b>27</b>	<b>Einrichtungen der Jugendhilfe</b>				
276	Schiedsstelle - Erstattungen durch öffentliche Träger	10 12 - 233 02	11,0	11,0	11,0
	Summe 27		11,0	11,0	11,0
<b>29</b>	<b>Sonstige soziale Angelegenheiten</b>				
291	Erstattung von Verwaltungsausgaben von Gemeinden und Gemeindeverbänden	10 05 - 233 01	19,5	19,5	19,5
	Summe 29		19,5	19,5	19,5
	Summe 2		42.206,3	42.481,5	42.833,5
<b>31</b>	<b>Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens</b>				
312	Erstattungen von Kreisen und kreisfreien Städten nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz	10 02 - 233 02	35.600,3	20.086,4	20.086,4
314	Zuweisungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden zur anteiligen Finanzierung des Gesundheitswesens	10 02 - 233 01	2,1	2,5	2,5
314	Zuweisungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden	10 02 - 233 65	-	-	-
	Summe 31		35.602,4	20.088,9	20.088,9
	Summe 3		35.602,4	20.088,9	20.088,9
<b>42</b>	<b>Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen</b>				
421	Stadtvermessungsarbeiten	04 03 - 233 01	135,0	150,0	150,0
	Summe 42		135,0	150,0	150,0
<b>44</b>	<b>Städtebauförderung</b>				
441	Rückzahlung von Bundesmitteln	04 16 - 233 01	-	-	-
441	Rückzahlung von Landesmitteln	04 16 - 233 02	-	-	-
	Summe 44		-	-	-
	Summe 4		135,0	150,0	150,0
	<b>Zusammenstellung</b>				
0	Allgemeine Dienste		248,7	262,0	257,0
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten		20.818,7	24.796,3	25.147,3
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung		42.206,3	42.481,5	42.833,5
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung		35.602,4	20.088,9	20.088,9
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste		135,0	150,0	150,0
	insgesamt		99.011,1	87.778,7	88.476,7

**Allgemeine Bemerkungen**

**Übersicht 5**

**Zuweisungen für Investitionen an den Bund**

Funktion	Aufgabenbereich Zweckbestimmung	Titel	Ausgaben		
			2010	2011	2012
			-T€-		
<b>33</b>	<b>Umwelt- und Naturschutz</b>				
331	An das WSA Cuxhaven für Investitionen des Bundes und der Küstenländer zur Bekämp	13 15 - 881 04	-	-	-
	Summe 33		-	-	-
	Summe 3		-	-	-
	<b>Zusammenstellung</b>				
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung		-	-	-
	insgesamt		-	-	-

## Allgemeine Bemerkungen

## Übersicht 6

## Sonstige Zuweisungen an den Bund

Funktion	Aufgabenbereich Zweckbestimmung	Titel	Ausgaben		
			2010	2011	2012
			-T€-		
<b>01</b>	<b>Politische Führung und zentrale Verwaltung</b>				
012	Unfälle mit landeseigenen Fahrzeugen der Straßenbauverwaltung	11 11 - 631 11	25,0	30,0	30,0
012	Unfälle mit bundeseigenen Fahrzeugen der Straßenbauverwaltung	11 11 - 631 12	30,0	25,0	25,0
018	Anteilige Versorgungslasten	11 05 - 631 01	128,5	200,5	194,5
019	Zuweisungen an den Bund	11 03 - 631 02	20,0	186,0	186,0
	Summe 01		203,5	441,5	435,5
<b>04</b>	<b>Öffentliche Sicherheit und Ordnung</b>				
042	Einsatzbedingte Mehrausgaben an den Bundesgrenzschutz	04 10 - 631 01	-	50,0	50,0
044	Landesanteil für die Bereitstellung eines Feuerlöschschleppers	04 05 - 631 62	62,0	56,5	56,5
045	Kostenanteil Schleswig-Holsteins bei der Zuweisung von Notliegeplätzen bei kompl	06 14 - 631 02	-	-	-
	Summe 04		62,0	106,5	106,5
	Summe 0		265,5	548,0	542,0
<b>14</b>	<b>Förderung von Schülern/innen, Studenten/innen und dgl.</b>				
141	Ausbildungsförderung aus erstatteten Beträgen für Schülerinnen und Schüler	06 24 - 631 02	234,0	490,0	490,0
141	Zinsen aus der Ausbildungsförderung für Schülerinnen und Schüler	06 24 - 631 04	2,0	4,2	4,2
142	Ausbildungsförderung aus erstatteten Beträgen für Studierende	06 24 - 631 01	195,0	480,0	480,0
142	Zinsen aus der Ausbildungsförderung für Studierende	06 24 - 631 03	8,0	14,0	14,0
142	Landesanteil gem. § 56 Abs.1 BAföG der zu erstattenden Darlehns- u. Zinsbeträge	06 24 - 631 05	50,0	27,7	27,7
142	Ausbildungsförderung aus erstatteten Beträgen für Studierende	06 24 - 631 06	195,0	526,0	526,0
142	Zinsen aus der Ausbildungsförderung für Studierende	06 24 - 631 07	8,0	14,0	14,0
	Summe 14		692,0	1.555,9	1.555,9
	Summe 1		692,0	1.555,9	1.555,9
<b>23</b>	<b>Familien-und Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u.ä.</b>				
234	Sozialhilfe	10 05 - 631 65	63,7	41,9	41,7
237	UVG - Erstattungen an den Bund	10 12 - 631 01	2.366,7	2.366,7	2.366,7
	Summe 23		2.430,4	2.408,6	2.408,4
<b>24</b>	<b>Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen</b>				
243	Zuschuss an den Bundeshaushalt gem. § 6 Lastenausgleichsgesetz	11 11 - 631 01	410,0	340,0	300,0
244	Anti-D-Hilfegesetz	10 03 - 631 05	22,0	22,0	22,0
244	Erstattungen an den Bund	10 03 - 631 06	6.500,0	6.150,0	5.950,0
246	Erstattung an den Bund für Eingliederungsdarlehen gem. Abschnitt IV des Flüchtl	05 01 - 631 03	0,1	0,1	0,1

**Allgemeine Bemerkungen**

**Übersicht 6**

**Sonstige Zuweisungen an den Bund**

Funktion	Aufgabenbereich Zweckbestimmung	Titel	Ausgaben		
			2010	2011	2012
			-T€-		
247	An den Bund für Erstattungen im Rahmen der Kriegsopferfürsorge	10 03 - 631 04	43,5	26,1	26,1
	Summe 24		6.975,6	6.538,2	6.298,2
<b>29</b>	<b>Sonstige soziale Angelegenheiten</b>				
291	Ausgabe von Wertmarken nach § 152 Nr. 1 SGB IX	10 03 - 631 01	5,0	5,0	5,0
291	Ausgabe von Wertmarken nach § 152 SGB IX	10 03 - 631 02	600,0	500,0	500,0
291	Entschädigung für Opfer von Gewalttaten	10 03 - 631 03	12,8	-	-
	Summe 29		617,8	505,0	505,0
	Summe 2		10.023,8	9.451,8	9.211,6
<b>33</b>	<b>Umwelt- und Naturschutz</b>				
331	Erstattung von Verwaltungsausgaben an den Bund für Stellungnahmen im Rahmen des	13 12 - 631 01	-	-	-
331	Erstattung des Kostenanteils Schleswig-Hol- steins an Baden-Württemberg	13 16 - 631 03	4,0	4,0	4,0
	Summe 33		4,0	4,0	4,0
	Summe 3		4,0	4,0	4,0
<b>41</b>	<b>Wohnungswesen</b>				
411	Erstattung an den Bund aus zurückgezahlten Beträgen	04 16 - 631 01	51,0	-	-
	Summe 41		51,0	-	-
	Summe 4		51,0	-	-
<b>52</b>	<b>Verbesserung der Agrarstruktur</b>				
521	Rückflüsse a. d. GA - Verbesserung d. Agrar- struktur u. d. Küstenschutzes	13 20 - 631 01	629,9	463,2	463,2
	Summe 52		629,9	463,2	463,2
	Summe 5		629,9	463,2	463,2
<b>62</b>	<b>Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau</b>				
623	Erstattung von Verwaltungsausgaben an die Bundesanstalt für Gewässerkunde	13 15 - 631 01	0,6	0,6	0,6
	Summe 62		0,6	0,6	0,6
	Summe 6		0,6	0,6	0,6
<b>74</b>	<b>Eisenbahnen und öffentlicher Personen- nahverkehr</b>				
741	Technische Bahnaufsicht für den Ausbau der AKN	06 14 - 631 01	310,0	310,0	310,0
	Summe 74		310,0	310,0	310,0
	Summe 7		310,0	310,0	310,0
	<b>Zusammenstellung</b>				
0	Allgemeine Dienste		265,5	548,0	542,0
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten		692,0	1.555,9	1.555,9
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufga- ben, Wiedergutmachung		10.023,8	9.451,8	9.211,6
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung		4,0	4,0	4,0

**Allgemeine Bemerkungen**

**Übersicht 6**

**Sonstige Zuweisungen an den Bund**

Funktion	Aufgabenbereich Zweckbestimmung	Titel	Ausgaben		
			2010	2011	2012
			-T€-		
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste		51,0	-	-
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten		629,9	463,2	463,2
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen		0,6	0,6	0,6
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen		310,0	310,0	310,0
	insgesamt		11.976,8	12.333,5	12.087,3

## Allgemeine Bemerkungen Übersicht 7 Zuweisungen an Kreise und Gemeinden

Funktio- n	Titel	Bezeichnung	Beteiligung EU/Bund	2009	2010	2011	2012
				Ist	Soll	Soll	Soll
-T€-							
<b>0</b>		<b>Allgemeine Dienste</b>					
<b>01</b>		<b>Politische Führung u. zentrale Verwaltung</b>					
011	04 01 - 633 06 MG 06	Zuweisungen an Gem. u. GV (Raumordnung)		53,3	40,0	0,0	0,0
013	11 02 - 633 13	Zuweisungen an Kommunen für den Betrieb u. die Entwicklung von Standards u. der E-Government-Infrastruktur		0,0	4.000,0	2.000,0	2.000,0
014	04 01 - 633 07 MG 07	Erstattung von Ausgaben der Gem. für die Durchführung des Zensus 2011		0,0	0,0	6.460,0	0,0
018	11 05 - 633 01	Anteilmäßige Erstattung von Versorgungslasten an Kreise u. Gem.		139,2	158,9	282,3	278,3
018	11 05 - 633 02	Zuweisungen des Landes zur Durchführung der rechtsgleichen Wiederverwendung nach G 131		31,9	35,0	30,3	28,8
		Summe 01		224,4	4.233,9	8.772,6	2.307,1
<b>04</b>		<b>Öffentliche Sicherheit u. Ordnung</b>					
042	04 10 - 633 01	Zuweisungen von Verwaltungsausgaben an Kreise für die Überwachung des fließenden Verkehrs		1.378,0	1.940,0	1.840,0	1.870,0
044	04 05 - 633 61 TG 61	Zuweisungen an Kreise u. Gem. für den Besuch von Lehrgängen an der Landesfeuerweherschule		400,0	400,0	1.500,0	1.500,0
044	04 05 - 883 61 TG 61	Zuweisungen an Kreise u. Gem. für Investitionen (Aufkommen Feuerschutzsteuer)		6.156,6	7.273,4	5.723,0	6.076,0
044	04 05 - 633 62 TG 62	Zuweisungen an Gem. u. GV (Schiffsbrandbekämpfung)	B	820,9	846,0	822,1	822,1
045	04 10 - 633 67 TG 67	Zuweisungen an Kreise u. kreisfreie Städte für Zwecke des Katastrophenschutzes		399,1	479,1	505,0	505,0
045	04 10 - 883 67 TG 67	Zuweisungen für Investitionen an Kreise u. kreisfreie Städte (Katastrophenschutz)		714,8	750,0	750,0	750,0
045	11 11 - 883 35 MG 03	Zuweisung an Kommunen im Bereich Infrastruktur - Katastrophenschutz und Sport (Konjunkturpaket II)	B	129,1	5.946,6	0,0	0,0
		Summe 04		9.998,5	17.635,1	11.140,1	11.523,1
<b>06</b>		<b>Finanzverwaltung</b>					
061	05 05 - 633 01	Sonstige Zuweisungen an Gem. u. GV für den Bereich Kfz-Steuer		158,5	175,0	181,0	186,0
062	11 11 - 633 01	Durch die Dotationsgesetzgebung übertragene Sonderverpflichtung gegenüber der Stadt Kiel		1,8	1,9	1,9	1,9
		Summe 06		160,3	176,9	182,9	187,9
		<b>Summe 0</b>		<b>10.383,2</b>	<b>22.045,9</b>	<b>20.095,6</b>	<b>14.018,1</b>
<b>1</b>		<b>Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten</b>					
<b>11/12</b>		<b>Allgemeinbildende u. berufliche Schulen</b>					
114	11 02 - 883 05 MG 01	Bau öffentlicher Grund- u. Hauptschulen einschließlich Schulturnhallen - KFA -		8.584,2	10.000,0	10.000,0	10.000,0
116	11 02 - 883 07 MG 01	Bau öffentlicher Regionalschulen einschließlich Schulturnhallen - KFA -		2.885,8	3.400,0	3.400,0	3.400,0
117	11 02 - 883 08 MG 01	Bau öffentlicher Gymnasien einschließlich Schulturnhallen - KFA -		4.920,3	3.900,0	3.900,0	3.900,0
119	11 02 - 883 09 MG 01	Bau öffentlicher zentraler Schulen u. Schulzentren einschließlich Schulturnhallen - KFA -		11.951,3	3.100,0	3.100,0	3.100,0
119	11 02 - 883 11 MG 01	Bau öffentlicher Gesamtschulen, Gemeinschaftsschulen u. öffentlicher Schulen im Rahmen von Schulversuchen einschließlich Schulturnhallen - KFA -		1.449,4	4.100,0	4.100,0	4.100,0
124	11 02 - 883 06 MG 01	Bau öffentlicher Sonderschulen einschließlich Schulturnhallen KFA -		2.448,6	1.300,0	1.300,0	1.300,0
127	07 10 - 633 01	Schulkostenbeiträge an die Träger von Landesberufsschulen u. Bezirksfachklassen in SH für Berufsschüler/innen anderer Bundesländer		1.184,0	1.186,0	1.300,0	1.300,0
127	07 10 - 883 02	Zuweisung an die Landeshauptstadt Kiel für das ÖPP-Projekt "Berufliche Schulen in Kiel" (RBZ)		0,0	15.000,0	1.500,0	0,0
127	11 02 - 883 10 MG 01	Bau öffentlicher nicht landeseigener Berufsschulen einschließlich Schulturnhallen - KFA -		4.525,4	5.200,0	5.200,0	5.200,0
127	11 11 - 883 23 MG 03	Zuweisung an den Kreis zur Sanierung der Fachschule für Hauswirtschaft (Konjunkturpaket II)		50,0	50,0	0,0	0,0
127	13 17 - 633 20 MG 20	Erstattung von Sachkosten an die Träger der landwirtschaftlichen Fachschulen	B	436,2	485,0	400,5	320,4
129	07 10 - 623 02	Schuldendiensthilfe für Schulträger im Rahmen des Schulbausanierungsprogramms		2,6	2,1	1,5	0,8
129	07 10 - 633 02	Zuweisungen an die Kreise als anteilige Kompensation für Schülerbeförderungskosten		6.500,0	6.500,0	3.791,7	0,0
129	07 10 - 633 04	Zuweisungen an die Kreise als Beteiligung an den Kosten der Schülerbeförderung der Schulen der dänischen Minderheit		399,4	510,0	297,5	0,0
129	07 10 - 883 22 MG 22	Zuweisungen an Träger öffentlicher Schulen aus Bundes- und Landesmitteln für Investitionen im Schulbau im Rahmen der energetischen Sanierung für Gemeinden mit Finanzproblemen	B	1.116,6	0,0	0,0	0,0
129	07 10 - 883 23 MG 22	Zuweisungen an Träger öffentlicher Schulen für Investitionen im Schulbau		0,0	21.000,0	10.000,0	0,0
129	07 10 - 883 62 TG 62	Aufbau u. Weiterentwicklung von Ganztagschulen öffentlicher Träger		9.542,1	0,0	0,0	0,0
129	11 11 - 883 20 MG 03	Zuweisungen an Kommunen für Investitionen im Bereich Bildung an Schulen in öff. Trägerschaft (Konjunkturpaket II)	B	6.590,9	88.112,8	32.041,0	0,0
129	11 11 - 883 65 TG 65	Zuweisungen für Ganztagsbetreuung an Träger öffentlicher Schulen		8.782,3	0,0	0,0	0,0
		Summe 11/12		71.369,1	163.845,9	80.332,2	32.621,2



## Allgemeine Bemerkungen Übersicht 7 Zuweisungen an Kreise und Gemeinden

Funktion	Titel	Bezeichnung	Beteiligung EU/Bund	2009 Ist	2010 Soll	2011 Soll	2012 Soll
-T€-							
<b>15</b>		<b>Sonstiges Bildungswesen</b>					
151	06 16 - 633 01 MG 02	An Gem. u. GV zur Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung der Weiterbildungsinfrastruktur u. besonderer Zielgruppen sowie innovativer Maßnahmen in der Weiterbildung	EU	158,3	150,0	150,0	150,0
151	11 11 - 883 22 MG 03	Zuweisungen an Kommunen für Investitionen an Einrichtungen der allgemeinen kulturellen Weiterbildung in öff. Trägerschaft (Konjunkturpaket II)	B	168,6	0,0	0,0	0,0
		Summe 15		326,9	150,0	150,0	150,0
<b>16/17</b>		<b>Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen</b>					
169	06 13 - 633 10 MG 08	An Gem. u. GV (Förderprogramm "e-Region-Plus")	EU	188,8	0,0	0,0	0,0
		Summe 16/17		188,8	0,0	0,0	0,0
<b>18</b>		<b>Kultureinrichtungen (einschließlich Kulturverwaltung)</b>					
181	11 02 - 633 22 MG 02	Zuweisungen für Theater u. Orchester für Betriebskosten - KFA -		36.700,0	36.700,0	36.700,0	36.700,0
186	11 02 - 633 25 MG 02	Zuweisungen zur Förderung des Büchereiwesens - KFA -		7.171,0	7.242,0	7.313,0	7.313,0
		Summe 18		43.871,0	43.942,0	44.013,0	44.013,0
<b>19</b>		<b>Kulturförderung, Denkmalschutz, kirchliche Angelegenheiten</b>					
195	07 44 - 883 02	Restaurierung Danewerk		10,2	10,2	10,2	9,2
		Summe 19		10,2	10,2	10,2	9,2
		<b>Summe 1</b>		<b>115.766,0</b>	<b>207.948,1</b>	<b>124.505,4</b>	<b>76.793,4</b>
<b>2</b>		<b>Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung</b>					
<b>23</b>		<b>Familien- u. Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u.ä.</b>					
234	10 05 - 633 02	Landesblindengeld		16.360,0	17.167,0	7.900,0	7.900,0
234	10 05 - 633 65 TG 65	Erstattungen an Kreise u. Gem. für sozialgesetzliche Leistungen (SGB XII)		621.439,2	662.014,9	675.327,0	686.768,0
235	09 13 - 633 62 TG 62	Erstattung von Leistungen im Rahmen der Aufnahme u. Verteilung von Migrantinnen u. Migranten		14.327,3	13.700,0	17.940,0	18.585,0
235	09 13 - 883 62 TG 62	Zuweisungen an kommunale Gebietskörperschaften für die Herrichtung von Unterkünften		0,0	50,0	50,0	45,0
235	11 02 - 633 24 MG 02	Zuweisungen zur Förderung von Frauenhäusern - KFA -		4.261,5	4.300,0	4.300,0	4.800,0
236	10 04 - 633 01 MG 01	Zuweisungen an Gem. u. GV für ergänzende Maßnahmen zur Verbesserung der Pflegeinfrastruktur		487,1	1.000,0	1.000,0	1.000,0
236	10 04 - 883 01 MG 01	Zuweisungen an Gem. u. GV für Investitionsförderung im Bereich Pflege		16.516,6	17.398,9	17.253,5	17.855,2
236	13 19 - 633 06	Zuweisungen an Gem. u. GV für nach dem AG InsO anerkannte geeignete Stellen (Verbraucherinsolvenzberatung) u. Präventionsmaßnahmen		0,0	200,0	191,0	175,7
237	10 12 - 633 01	Erstattungen an Kreise u. kreisfreie Städte im Rahmen des Unterhaltsvorschussgesetzes	B	31.532,9	39.160,0	37.160,0	37.160,0
		Summe 23		704.924,6	754.990,8	761.121,5	774.288,9
<b>24</b>		<b>Soziale Leistungen für Folgen von Krieg u. politischen Ereignissen</b>					
246	09 13 - 633 01 MG 02	Zuweisungen an Kommunen für Projekte zur Integration von Migranten/innen		3,3	250,0	0,0	0,0
247	10 03 - 633 04	Landesanteil an den Ausgaben in der Kriegsopferfürsorge		1.618,8	1.800,0	1.266,8	1.188,8
247	10 03 - 633 08	Entschädigung für Opfer von Gewalttaten (Landesanteil)		842,1	1.000,0	1.170,0	1.170,0
249	04 01 - 633 02	Zuweisungen an Kreise u. Gem. nach dem Gräbergesetz	B	1.066,2	809,8	1.053,5	1.053,5
249	04 01 - 633 03	Zuweisungen an Kreise u. Gem. für die Pflege verwaister jüdischer Friedhöfe	B	23,4	26,2	26,2	26,2
249	10 03 - 633 01 MG 03	Landesanteil an den Ausgleichsleistungen nach § 8 des Beruflichen Rehabilitationsgesetzes		12,8	13,0	13,5	13,5
		Summe 24		3.566,6	3.899,0	3.530,0	3.452,0
<b>25</b>		<b>Arbeitsmarktpolitik u. Arbeitsschutz</b>					
251	10 06 - 633 09	Zahlungen des Bundes für Unterkunft u. Heizung nach § 22 Abs. 1 SGB II zur Weiterleitung an die Kreise u. kreisfreien Städte	B	119.503,7	0,0	0,0	0,0
251	11 02 - 633 11	Zuweisungen an Kreise u. kreisfreie Städte im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitssuchende		51.000,0	51.000,0	51.000,0	51.000,0
252	10 06 - 633 03 MG 01	Erstattungen an Gem. u. GV für den Bereich Jugendaufbauwerk SH (JAW)		0,0	127,0	150,0	150,0
252	10 06 - 633 04 MG 01	Förderungsbeiträge des Landes (JAW)		0,0	50,0	25,0	0,0
252	10 06 - 883 01 MG 01	Zuweisungen für Investitionen an Gem. u. GV (JAW)		370,9	500,0	1.200,0	1.200,0
253	10 06 - 633 06 MG 02	Zuweisungen an Gem. u. GV für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen	EU	176,8	0,0	0,0	0,0
253	10 06 - 633 10 MG 04	Zuweisungen an Gem. u. GV i.R.d. Zukunftsprogramms Arbeit	EU	619,6	2.850,0	1.850,0	1.350,0
		Summe 25		171.671,0	54.527,0	54.225,0	53.700,0

**Allgemeine Bemerkungen**  
**Übersicht 7**  
**Zuweisungen an Kreise und Gemeinden**

Funktio n	Titel	Bezeichnung	Beteiligung EU/Bund	2009	2010	2011	2012
				Ist	Soll	Soll	Soll
-T€-							
<b>26</b>		<b>Jugendhilfe nach dem SGB VIII</b>					
264	07 04 - 633 06	Förderung von Einrichtungen zum Ausbau der Kindertagespflege sowie weiterer Unterstützungsangebote für Familien		0,0	500,0	0,0	0,0
264	07 04 - 633 03 MG 01	Zuweisungen für von Dritten durchgeführte Maßnahmen zur Sprachförderung		3.363,0	4.040,0	40,0	40,0
264	07 04 - 883 02 MG 02	Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren in Einrichtungen öffentlicher Träger	B	2.048,3	18.968,0	26.000,0	14.000,0
264	11 02 - 633 10	Zuweisungen an die Kreise und kreisfreien Städte für die Sprachbildung in Kindertageseinrichtungen		0,0	0,0	4.000,0	4.000,0
264	11 02 - 633 12	Zuweisungen zur Förderung von Kindern unter drei Jahren in Tageseinrichtungen u. in Kindertagespflege	B	6.720,0	13.440,0	23.520,0	33.580,0
264	11 02 - 633 14	Zuweisungen an Gem. u. GV für ein betragsfreies Kindergartenjahr		16.810,4	35.000,0	0,0	0,0
264	11 02 - 633 26 MG 02	Zuweisungen an Kreise u. kreisfreie Städte zur Förderung von Kindertageseinrichtungen u. Tagespflegestellen - KFA -		60.000,0	60.000,0	70.000,0	70.000,0
264	11 11 - 883 21 MG 03	Zuweisungen an Kommunen für Investitionen im Bereich Bildung an Kindertageseinrichtungen in öff. Trägerschaft (Konjunkturpaket II)	B	1.095,2	0,0	0,0	0,0
265	10 12 - 633 04 MG 07	Erstattung von Kosten der Hilfe zur Erziehung Minderjähriger ohne gewöhnlichen Aufenthalt u. an unbegleitete minderjährige Flüchtlinge u. Asylbewerber		2.236,8	3.790,9	3.265,9	3.265,9
266	10 12 - 633 02 MG 06	Zuweisungen für präventive Maßnahmen örtlicher Jugendhilfeträger		692,4	845,0	645,0	645,0
266	10 12 - 633 03 MG 06	Beteiligung an Aufwendungen zum Schutz junger Menschen		306,8	306,8	306,8	306,8
		Summe 26		93.272,9	136.890,7	127.777,7	125.837,7
<b>27</b>		<b>Einrichtungen der Jugendhilfe</b>					
271	10 12 - 883 03 MG 05	Zuweisungen für Investitionen in Stätten der Jugendarbeit kommunaler Träger		89,4	90,0	90,0	81,0
		Summe 27		89,4	90,0	90,0	81,0
<b>29</b>		<b>Sonstige soziale Angelegenheiten</b>					
291	10 05 - 633 01	Erstattungen an die "Koordinierungsstelle soziale Hilfen"		19,7	38,6	21,5	22,2
291	10 03 - 633 07	Leistungen an Impfgeschädigte nach dem Infektionsschutzgesetz		518,4	600,0	500,0	500,0
291	10 05 - 633 10	Erstattungen an Kreise u. Gem. in Verbindung mit §§ 41 ff. SGB XII	B	50.887,5	54.522,8	55.117,0	57.038,0
291	10 05 - 633 07 MG 07	Zuweisungen an Gem. (Fonds zur Herstellung der Barrierefreiheit für blinde und sehbehinderte Menschen)		36,6	0,0	0,0	0,0
291	10 12 - 633 07 MG 02	Zuweisungen an Kreise u. kreisfreie Städte für frühe Hilfen für Familien		696,8	750,0	600,0	450,0
291	10 12 - 633 12 MG 14	Zuweisungen an Gem. u. GV für innovative Projekte zur Weiterentwicklung des bürgerschaftlichen Engagements		6,3	5,0	4,3	4,3
		Summe 29		52.165,3	55.916,4	56.242,8	58.014,5
		<b>Summe 2</b>		<b>1.025.689,8</b>	<b>1.006.313,9</b>	<b>1.002.987,0</b>	<b>1.015.374,1</b>
<b>3</b>		<b>Gesundheit, Umwelt, Sport u. Erholung</b>					
<b>31</b>		<b>Einrichtungen u. Maßnahmen des Gesundheitswesens</b>					
312	10 02 - 633 02	Erstattungen an Kreise im Rahmen der Fachaufsicht über psychiatrische Fachkliniken		146,3	156,0	154,5	154,5
312	10 02 - 623 02 MG 03	Schuldendiensthilfen an Krankenhausträger		26.957,6	33.982,9	40.000,0	40.000,0
312	10 02 - 883 02 MG 03	Gesetzliche Ansprüche gemäß KHG an Kreise u. kreisfreie Städte für verschiedene Krankenhausträger		41.505,3	45.075,1	44.645,7	44.645,7
312	11 11 - 883 34 MG 03	Zuweisungen an Kommunen für Investitionen im Krankenhausbereich (Konjunkturpaket II)	B	1.546,9	13.775,7	1.629,0	0,0
314	10 02 - 633 03	An kommunale Projektträger für das Projekt "Telemedizinische Verbundstrukturen" i.R.d. Gesundheitsinitiative SH		319,0	0,0	0,0	0,0
314	10 02 - 633 65 TG 65	Erstattungen an Gem. u. GV (Verletztenversorgung auf See)		256,7	66,0	294,0	301,6
314	10 02 - 883 65 TG 65	Zuweisungen für Investitionen (Verletztenversorgung auf See)		49,2	56,0	102,2	77,1
314	10 02 - 633 69 TG 69	Erstattung der Personal- u. Sachkosten der Kreise u. kreisfreien Städte für die Erstellung von Badegewässerprofilen		173,3	625,0	75,0	75,0
		Summe 31		70.954,3	93.736,7	86.900,4	85.253,9
<b>32</b>		<b>Sport u. Erholung</b>					
323	04 02 - 883 03 MG 03	Zuweisungen des Bundes für den Bau von Sportstätten für den Hochleistungssport an Kreise u. Gem.	B	56,4	60,0	60,0	60,0
		Summe 32		56,4	60,0	60,0	60,0
<b>33</b>		<b>Umwelt- u. Naturschutz</b>					
331	13 18 - 633 01 MG 01	Zuwendungen an Gem. u. GV für Lehrgänge zur Qualifizierung von Natur- und Landschaftsführer/innen und Geprüften Natur- und Landschaftspfleger/innen		0,0	0,0	0,0	6,0
332	13 13 - 633 01 MG 01	An Kreise u. Gem. für nicht investive Maßnahmen des Biologischen Flächenschutzes u. Artenschutzes	EU	0,0	15,0	15,0	15,0
332	13 13 - 883 01 MG 01	An Kreise u. Gem. für investive Maßnahmen des Biologischen Flächenschutzes u. für die Umsetzung von NATURA 2000 sowie des Artenschutzes	EU	1.711,9	1.350,0	1.350,0	1.350,0
332	13 16 - 883 54 MG 06	An Kreise u. Gem. für die Altlastenermittlung und -sanierung		1.216,6	1.136,3	492,0	386,1
332	13 16 - 883 53 MG 09	An Kreise u. Gem. für die Altlastensanierung		0,0	831,9	0,0	0,0
		Summe 33		2.928,5	3.333,2	1.857,0	1.757,1
		<b>Summe 3</b>		<b>73.939,2</b>	<b>97.129,9</b>	<b>88.817,4</b>	<b>87.071,0</b>

## Allgemeine Bemerkungen Übersicht 7 Zuweisungen an Kreise und Gemeinden

Funktio- n	Titel	Bezeichnung	Beteiligung EU/Bund	2009	2010	2011	2012
				Ist	Soll	Soll	Soll
-T€-							
<b>4</b>		<b>Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung u. kommunale Gemeinschaftsdienste</b>					
<b>44</b>		<b>Städtebauförderung</b>					
441	04 16 - 633 04 MG 04	Zinszuschüsse (IB-Fonds Städtebauförderung)		39,3	31,0	22,8	14,5
441	04 16 - 883 03 MG 04	Zuweisungen des Landes aus dem Schleswig-Holstein Fonds für das Landesprogramm Städtebauförderung		717,8	0,0	0,0	0,0
441	04 16 - 883 06 MG 04	Zuweisungen an Gem. aus Mitteln des Regionalprogramm 2000		-23,5	0,0	0,0	0,0
441	04 16 - 883 13 MG 04	Zuweisungen des Bundes zum Investitionspakt zur energetischen Modernisierung sozialer Infrastruktur in den Kommunen	B	0,0	0,0	0,0	469,0
441	04 16 - 883 14 MG 04	Zuweisungen des Landes zum Investitionspakt zur energetischen Modernisierung sozialer Infrastruktur in den Kommunen		0,0	0,0	0,0	1.875,6
441	04 16 - 883 15 MG 04	Zuweisungen aus Finanzhilfen des Bundes für Städtebauförderungsprogramme	B	12.203,8	9.615,0	10.677,6	10.549,0
441	04 16 - 883 16 MG 04	Zuweisungen des Landes für Städtebauförderungsprogramme		14.026,0	7.538,9	10.208,0	10.797,9
441	11 11 - 883 36 MG 03	Zuweisungen an Kommunen für Investitionen im Bereich Städtebau (Konjunkturpaket II)	B	641,8	25.558,1	5.230,2	0,0
		Summe 44		27.605,2	42.743,0	26.138,6	23.706,0
		<b>Summe 4</b>		<b>27.605,2</b>	<b>42.743,0</b>	<b>26.138,6</b>	<b>23.706,0</b>
<b>5</b>		<b>Ernährung, Landwirtschaft u. Forsten</b>					
<b>51</b>		<b>Verwaltung (ohne Betriebsverwaltung)</b>					
512	13 14 - 883 51 MG 06	An Kreise u. Gem. zum Ankauf von Privatwald u. Grundstücken zur Erstaufforstung		0,0	35,0	0,0	0,0
		Summe 51		0,0	35,0	0,0	0,0
<b>52</b>		<b>Verbesserung der Agrarstruktur</b>					
521	13 17 - 883 05 MG 03	Zuwendungen für Dorferneuerungsmaßnahmen an Gem. u. GV	EU/B	302,4	208,0	58,0	58,0
521	13 20 - 883 07 MG 06	Förderung der forstwirtschaftlichen Infrastruktur	B	238,7	400,0	400,0	325,0
521	13 20 - 633 01 MG 09	Zuweisungen zur Förderung des Regionalmanagements ländlicher Entwicklungsprozesse an Gem. u. GV	EU / B	28,2	925,0	925,0	925,0
521	13 20 - 633 03 MG 09	Zuweisungen zur Förderung integrativer ländlicher Entwicklungskonzepte an Gem. u. GV	EU / B	86,6	250,0	250,0	250,0
521	13 20 - 883 01 MG 09	Zuweisungen zur Förderung der Breitbandversorgung im ländlichen Raum an Gem. u. GV	EU / B	523,1	1.004,0	1.500,0	1.500,0
521	13 20 - 883 04 MG 09	Zuweisungen zur Förderung von Maßnahmen der Dorferneuerung an Gem. u. GV	EU / B	7.325,8	9.321,1	3.982,7	3.475,1
521	13 20 - 883 06 MG 09	Zuweisungen zur Förderung der Verkehrs- u. touristischen Infrastruktur sowie von Schutzpflanzungen u. Landschaftspflege an Gem.	EU / B	1.902,2	600,0	1.112,2	4.752,2
529	11 11 - 883 31 MG 03	Zuweisungen an Kommunen für Investitionen im Bereich ländliche Infrastruktureinrichtungen (Konjunkturpaket II)	B	2.028,2	5.421,6	1.000,0	0,0
		Summe 52		12.435,2	18.129,7	9.227,9	11.285,3
<b>54</b>		<b>Sonstige Bereiche</b>					
542	13 17 - 883 10 MG 10	Zuwendungen für Investitionen an Gem. u. GV (Fischereisektor)	EU	36,9	570,0	500,0	500,0
		Summe 54		36,9	570,0	500,0	500,0
		<b>Summe 5</b>		<b>12.472,1</b>	<b>18.734,7</b>	<b>9.727,9</b>	<b>11.785,3</b>
<b>6</b>		<b>Energie- u. Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen</b>					
<b>62</b>		<b>Energie- u. Wasserwirtschaft, Kulturbau</b>					
623	13 15 - 623 01	Zinszuschüsse an Gem. für den Bau von Abwasserreinigungsanlagen		3,5	2,9	2,0	1,2
623	13 15 - 633 01	Erstattung von Verwaltungsausgaben an die Kreise		1.488,2	1.518,8	1.518,8	1.518,8
623	13 15 - 623 02 MG 01	Zinszuschüsse an Gem. für den Bau von Abwasserbehandlungsanlagen		0,2	0,1	0,1	0,1
623	13 15 - 633 02 MG 01	Sonstige Zuweisungen an Gem. u. GV (Durchführung abwasserabgaberechtlicher Vorschriften)		374,2	518,7	451,3	436,0
623	13 15 - 883 01 MG 01	Zuweisungen an Gem. für Maßnahmen zur Verbesserung der Gewässergüte	EU	1.395,8	175,2	464,4	336,4
623	13 15 - 883 03 MG 03	Zuweisungen an Gem. (Verbesserung Fließgewässer u. Verbundstrukturen Agrarlandschaften)	EU	57,8	50,0	50,0	50,0
623	13 15 - 633 20 MG 20	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Gem. u. GV		176,0	204,0	209,1	209,1
623	13 20 - 883 02 MG 05	An Gem. für ländliche Abwasseranlagen	B	0,0	400,0	400,0	200,0
623	13 15 - 633 31 MG 31	Erstattungen von Kosten in den Bearbeitungsgebieten (Umsetzung Wasserrahmenrichtlinie und Hochwasserrisikomanagementrichtlinie)		652,4	665,0	550,0	550,0
623	13 15 - 633 34 MG 34	Erstattung an Wasser- u. Bodenverbände für die Durchführung der Unterhaltung an Gewässern 1. Ordnung		996,0	0,0	1.050,8	1.050,8
		Summe 62		5.144,1	3.534,7	4.696,5	4.352,4

**Allgemeine Bemerkungen  
Übersicht 7  
Zuweisungen an Kreise und Gemeinden**

Funktio n	Titel	Bezeichnung	Beteiligung EU/Bund	-T€-			
				2009 Ist	2010 Soll	2011 Soll	2012 Soll
<b>69</b>		<b>Regionale Fördermaßnahmen</b>					
692	04 01 - 883 69 TG 69	Zuweisungen an Kreise u. Gem. (Metropolregion Hamburg)		697,0	0,0	0,0	0,0
692	04 01 - 883 71 TG 71	Zuweisungen an Kreise u. Gem. für grenzüberschreitende infrastrukturelle Maßnahmen in der Metropolregion Hamburg		762,0	1.742,0	1.200,0	1.200,0
692	04 16 - 633 41 MG 04	Zuwendungen an Gem. aus Mitteln des Zukunftsprogramms Wirtschaft (Städtebau)		4,9	6,0	0,0	0,0
692	06 02 - 883 28	Zuweisungen an die Landeshauptstadt Kiel für Maßnahmen i.R.d. Ziel-2-Programms aus Mitteln der EU	EU	498,1	0,0	0,0	0,0
692	06 02 - 883 07 MG 16	An Gem. u. GV für Infrastrukturmaßnahmen (Reg.progr. strukturschwache ländl. Räume)		13,2	0,0	0,0	0,0
692	06 12 - 633 01 MG 03	An Gem. u. GV für Maßnahmen des Regionalmanagements	B	13,0	0,0	0,0	0,0
692	06 12 - 633 03 MG 03	An Gem. u. GV für regionale Entwicklungskonzepte und	B	0,0	0,0	195,3	196,3
692	06 12 - 883 01 MG 03	Zuweisungen an Gem. u. GV für Infrastrukturmaßnahmen	B	5.151,7	15.733,6	12.537,1	9.561,7
692	06 12 - 883 02 MG 15	An Gem. u. GV für Infrastrukturmaßnahmen (Reg.progr. 2000)	EU	5.678,1	0,0	0,0	0,0
692	06 12 - 633 17 MG 17	An Gem. u. GV für nicht investive Maßnahmen (Zukunftsprogramm Wirtschaft)	EU	336,4	0,0	121,8	46,4
692	06 12 - 883 17 MG 17	An Gem. u. GV für Infrastrukturmaßnahmen (Zukunftsprogramm Wirtschaft)	EU	13.429,0	59.786,5	56.575,4	61.057,1
692	11 11 - 883 03 MG 03	Zuweisungen an Kommunen für Investitionen im Bereich Infrastruktur (Konjunkturpaket II)	B	242,1	0,0	0,0	0,0
692	11 11 - 883 24 MG 03	Investitionen im Bereich Bildungszentrum Krankenpflege (Konjunkturpaket II)	B	0,0	1.523,0	0,0	0,0
692	11 11 - 883 30 MG 03	Zuweisungen an Kommunen für Investitionen im Bereich Infrastruktur - IT (Konjunkturpaket II)	B	0,0	1.297,3	0,0	0,0
692	11 11 - 883 32 MG 03	Zuweisungen an Kommunen für Investitionen im Bereich Infrastruktur - Breitbandversorgung (Konjunkturpaket II)	B	0,0	1.013,4	500,0	0,0
		Summe 69		26.825,5	81.101,8	71.129,6	72.061,5
		<b>Summe 6</b>		<b>31.969,6</b>	<b>84.636,5</b>	<b>75.826,1</b>	<b>76.413,9</b>
<b>7</b>		<b>Verkehrs- u. Nachrichtenwesen</b>					
<b>71</b>		<b>Verwaltung (ohne Betriebsverwaltung)</b>					
719	06 01 - 633 01 MG 01	Erstattung von Verwaltungskosten aufgrund des Bundesleistungsgesetzes		0,0	95,0	35,0	35,0
		Summe 71		0,0	95,0	35,0	35,0
<b>72</b>		<b>Straßen</b>					
724	11 02 - 633 21 MG 02	Zuweisungen für die Unterhaltung u. Instandsetzung der Kreisstraßen u. der Ortsdurchfahrten im Zuge von Bundes-, Landes- u. Kreisstraßen - KFA -		15.150,0	15.150,0	15.150,0	15.150,0
724	11 02 - 883 22 MG 02	Zuweisungen für die in § 24 Abs. 3 FAG genannten Straßenbaumaßnahmen - KFA -		5.250,0	5.250,0	5.250,0	5.250,0
725	06 14 - 883 07 MG 03	Zuweisungen aus Bundesmitteln für den kommunalen Straßenbau	B	24.527,7	32.437,0	29.437,0	29.437,0
725	06 14 - 883 34	Zuweisung für den kommunalen Straßenbau		3.300,0	0,0	0,0	0,0
725	11 02 - 633 20 MG 02	Zuweisungen für die Unterhaltung u. Instandsetzung von Gemeindestraßen - KFA -		1.700,0	1.700,0	1.700,0	1.700,0
725	11 02 - 883 21 MG 02	Zuweisungen für den Um- u. Ausbau von Gemeindestraßen - KFA -		1.900,0	1.900,0	1.900,0	1.900,0
725	11 11 - 883 37 MG 03	Zuweisungen an Kommunen im Bereich Infrastruktur - Kommunale Straßen (Konjunkturpaket II)	B	333,2	2.206,1	782,8	0,0
		Summe 72		52.160,9	58.643,1	54.219,8	53.437,0
<b>73</b>		<b>Wasserstraßen u. Häfen, Förderung der Schifffahrt</b>					
731	06 14 - 883 27 MG 05	Zuweisungen an Gem. u. GV für bedeutsame Investitionen im Bereich der Seehäfen	B	0,0	2.045,0	2.045,0	2.045,0
731	06 14 - 693 01 MG 06	Ausgleichszahlungen im Zusammenhang mit der Kommunalisierung von landeseigenen Häfen		0,0	0,0	900,0	1.700,0
		Summe 73		0,0	2.045,0	2.945,0	3.745,0
<b>74</b>		<b>Eisenbahnen u. öffentlicher Personennahverkehr</b>					
741	06 14 - 633 05	An die Aufgabenträger der ÖPNV-Kommunalisierung	B	30.453,0	27.956,0	27.956,0	27.956,0
741	06 14 - 633 02 MG 02	An Hamburg-Randkreise für Verkehrsleistungen im Hamburger Verkehrsraum	B	2.310,0	2.310,0	2.310,0	2.310,0
741	06 14 - 633 03 MG 02	ÖPNV-Vorhaben u. -Untersuchungen der Kreise, kreisfreien Städte oder deren Zweckverbände u. der Gem. mit überregionaler Bedeutung	B	36,0	36,0	36,0	36,0
741	06 14 - 633 04 MG 02	Zuschüsse zur Aufrechterhaltung für ansonsten aufzugebende Bahnstrecken	B	70,0	70,0	70,0	70,0
741	06 14 - 633 06 MG 02	An die Aufgabenträger der ÖPNV-Kommunalisierung aus Regionalisierungsmitteln	B	26.807,0	29.307,0	29.307,0	29.307,0
741	06 14 - 693 02 MG 02	An die Stadt Norderstedt zum Ausgleich von Belastungen im schienengebundenen Nahverkehr	B	305,9	447,0	449,0	456,0
741	06 14 - 883 06 MG 02	An Gem. u. GV für Investitionen (ÖPNV-Förderung)	B	103,3	100,0	50,0	50,0
741	06 14 - 883 09 MG 03	An Gem. u. GV für ÖPNV-Maßnahmen aus Bundesmitteln	B	2.922,4	5.200,0	5.000,0	5.000,0
		Summe 74		63.007,6	65.426,0	65.178,0	65.185,0
<b>75</b>		<b>Luftfahrt</b>					
759	05 06 - 693 01	Ausgleichszahlung an die Landeshauptstadt Kiel		0,0	0,0	625,0	625,0
		Summe 75		0,0	0,0	625,0	625,0
		<b>Summe 7</b>		<b>115.168,5</b>	<b>126.209,1</b>	<b>123.002,8</b>	<b>123.027,0</b>

**Allgemeine Bemerkungen  
Übersicht 7  
Zuweisungen an Kreise und Gemeinden**

Funktion	Titel	Bezeichnung	Beteiligung EU/Bund	2009 Ist	2010 Soll	2011 Soll	2012 Soll
				-T€-			
<b>9</b>		<b>Allgemeine Finanzwirtschaft</b>					
<b>91</b>		<b>Steuern u. allgemeine Finanzaufwendungen</b>					
911	04 01 - 613 01	Zuweisungen zur Förderung von freiwilligen gemeindlichen Gebietsänderungen		160,0	300,0	200,0	200,0
911	11 01 - 633 01	An die Stadt Lübeck abzuführende Teile der Spielbankabgabe		1.012,2	1.220,0	683,0	650,0
911	11 01 - 633 02	An die Stadt Westerland abzuführende Teile der Spielbankabgabe		323,8	260,0	179,0	151,0
911	11 01 - 633 03	An die Stadt Schenefeld abzuführende Teile der Spielbankabgabe		1.694,7	1.200,0	1.073,0	910,0
911	11 01 - 633 04	An die Stadt Kiel abzuführende Teile der Spielbankabgabe		846,8	800,0	553,0	520,0
911	11 01 - 633 05	An die Stadt Flensburg abzuführende Teile der Spielbankabgabe		419,2	320,0	245,0	212,0
911	11 02 - 613 02	Zuweisung zum Ausgleich der Belastungen der Gem. aus der Neuregelung des Familienleistungsausgleichs	B	87.900,6	91.200,0	114.033,8	92.019,2
911	11 02 - 613 20 MG 02	Zuweisungen für Projekte zur modellhaften Erprobung neuer Formen der Verwaltungsorganisation - KFA -		-19,1	500,0	500,0	500,0
911	11 02 - 613 21 MG 02	Fehlbetragszuweisungen - KFA -		35.537,7	49.000,0	49.000,0	49.000,0
911	11 02 - 633 27 MG 02	Zuweisungen für Maßnahmen zur Verbesserung der Finanzsituation der Kommunen		0,0	0,0	0,0	15.000,0
911	11 02 - 883 20 MG 02	Sonderbedarfszuweisungen - KFA -		-12,5	500,0	500,0	500,0
911	11 02 - 613 30 MG 03	Schlüsselzuweisungen - KFA -		913.312,7	872.822,5	744.997,2	811.370,6
911	11 02 - 883 30 MG 03	Zuweisungen für Investitionsmaßnahmen - KFA -		84.041,7	81.081,9	69.207,4	75.373,2
911	13 13 - 613 01	Erstattungen an die Kreise u. kreisfreien Städte für den Aufwand der im Zuge der Funktionalreform übertragenen Aufgabe naturschutzrechtlicher Widerspruchsverfahren		152,0	152,0	152,0	152,0
		Summe 91		1.125.369,8	1.099.356,4	981.323,4	1.046.558,0
		<b>Summe 9</b>		<b>1.125.369,8</b>	<b>1.099.356,4</b>	<b>981.323,4</b>	<b>1.046.558,0</b>
		<b>Gesamtsumme</b>		<b>2.538.363,4</b>	<b>2.705.117,5</b>	<b>2.452.424,2</b>	<b>2.474.746,8</b>
		<u>davon:</u>					
		Kommunaler Finanzausgleich		1.187.896,6	1.167.146,4	1.037.517,6	1.125.556,8
		Sonstige Zuweisungen		1.350.466,8	1.537.971,1	1.414.906,6	1.349.190,0

**Allgemeine Bemerkungen**  
**Übersicht 8**  
**Dienstfahrzeuge 2011**

Epl.	Bezeichnung	Kraftfahrzeuge für				Spezialfahrzeuge	Anhänger	Krafträder, Mopeds	Wasserfahrzeuge	zusammen
		Personenbeförderung			Lastenbeförderung					
		Pkw mit Fahrerinnen/Fahrern	Pkw für Selbstfahrerinnen / Selbstfahrer	sonstige						
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
01	Landtag	5 (6)	7 (5)	- (-)	- (-)	- (-)	- (-)	- (-)	- (-)	12 (11)
02	Landesrechnungshof	1 (1)	5 (5)	- (-)	- (-)	- (-)	- (-)	- (-)	- (-)	6 (6)
03	Ministerpräsident, Staatskanzlei	- (-)	- (18)	- (-)	- (-)	- (1)	- (5)	- (-)	- (-)	- (24)
04	Innenministerium	33 (33)	1.193 (1.190)	69 (69)	14 (15)	210 (213)	76 (76)	61 (61)	44 (44)	1.700 (1.701)
05	Finanzministerium	- (-)	92 (87)	- (1)	- (-)	- (-)	- (-)	- (-)	- (-)	92 (88)
06	Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr	- (-)	- (-)	- (-)	- (-)	1 (1)	- (-)	- (-)	8 (8)	9 (9)
07	Ministerium für Bildung und Kultur	- (-)	22 (22)	- (-)	- (-)	1 (1)	5 (5)	- (-)	- (-)	28 (28)
09	Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Integration	7 (7)	31 (31)	29 (29)	2 (2)	4 (4)	- (-)	- (-)	- (-)	73 (73)
10	Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit	1 (1)	7 (8)	- (-)	- (-)	- (-)	- (-)	- (-)	- (-)	8 (9)
13	Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume	- (-)	55 (109)	66 (31)	44 (18)	155 (163)	262 (162)	1 (1)	140 (128)	723 (612)
	zusammen	47 (48)	1412 (1.475)	164 (130)	60 (35)	371 (383)	343 (248)	62 (62)	192 (180)	2.651 (2.561)

(Die Zahlen des Haushalts 2010 sind in Klammern angegeben)

**Allgemeine Bemerkungen  
Übersicht 8  
Dienstfahrzeuge 2012**

Epl.	Bezeichnung	Kraftfahrzeuge für				Spezialfahrzeuge	Anhänger	Krafträder, Mopeds	Wasserfahrzeuge	zusammen
		Personenbeförderung			Lastenbeförderung					
		Pkw mit Fahrerinnen/Fahren	Pkw für Selbstfahrerinnen / Selbstfahrer	sonstige						
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
01	Landtag	5 (5)	7 (7)	- (-)	- (-)	- (-)	- (-)	- (-)	- (-)	12 (12)
02	Landesrechnungshof	1 (1)	5 (5)	- (-)	- (-)	- (-)	- (-)	- (-)	- (-)	6 (6)
03	Ministerpräsident, Staatskanzlei	- (-)	- (-)	- (-)	- (-)	- (-)	- (-)	- (-)	- (-)	- (-)
04	Innenministerium	33 (33)	1.194 (1.193)	69 (69)	14 (14)	205 (210)	76 (76)	61 (61)	44 (44)	1.696 (1.700)
05	Finanzministerium	- (-)	92 (92)	- (-)	- (-)	- (-)	- (-)	- (-)	- (-)	92 (92)
06	Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr	- (-)	- (-)	- (-)	- (-)	1 (1)	- (-)	- (-)	8 (8)	9 (9)
07	Ministerium für Bildung und Kultur	- (-)	22 (22)	- (-)	- (-)	1 (1)	5 (5)	- (-)	- (-)	28 (28)
09	Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Integration	7 (7)	31 (31)	29 (29)	2 (2)	4 (4)	- (-)	- (-)	- (-)	73 (73)
10	Ministerium für Arbeit, Soziales, und Gesundheit	1 (1)	7 (7)	- (-)	- (-)	- (-)	- (-)	- (-)	- (-)	8 (8)
13	Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume	- (-)	56 (55)	66 (66)	44 (44)	155 (155)	262 (262)	1 (1)	140 (140)	724 (723)
	zusammen	47 (47)	1.414 (1.412)	164 (164)	60 (60)	366 (371)	343 (343)	62 (62)	192 (192)	2.648 (2.651)

(Die Zahlen des Haushalts 2011 sind in Klammern angegeben)

**Allgemeine Bemerkungen**

**Übersicht 9**

**I. Unmittelbare Landesbeteiligungen**

Lfd. Nr.	Name des Unternehmens	Stamm-/Grundkapital	Landesanteil		Erläuterungen
			am 31. Dezember 2009		
			in T€	in v.H.	
1	2	3	4	5	6
	<b>a) Banken und Förderinstitute</b>				
1	HSH Nordbank AG, Hamburg und Kiel	2.460.173,7	1.045.908,5	42,5	a) ohne Stille Einlagen b) zu Spalte 4: davon Anteil der HSH Finanzfonds AöR, der einem Anteil von 50 % entspricht, der auf das Land S-H entfällt: 789.473,69 T€ bzw 32,09 %
2	Investitionsbank Schleswig-Holstein, Kiel	100.000,0	100.000,0	100,00	
3	WTSH Wirtschaftsförderung und Technologietransfer Schleswig-Holstein GmbH, Kiel	200,0	102,0	51,0	
4	Norgenta Norddeutsche Life Science Agentur GmbH, Hamburg	50,0	25,0	50,0	
5	Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt/Main	3.750.000,0	23.869,9	0,64	davon eingezahlter Landesanteil 21.005,5 T€
6	Bürgschaftsbank Schleswig-Holstein GmbH, Kiel	3.600,0	1.799,0	49,97	
	<b>b) Verkehrsbetriebe</b>				
7	AKN Eisenbahn AG, Hamburg	4.903,6	2.446,4	49,89	
8	HVV GmbH, Hamburg	60,0	1,8	3,00	
9	Kieler Flughafengesellschaft mbH, Kiel	51,1	28,1	55,00	
10	LVS Landesverkehrsservicegesellschaft mbH, Kiel	26,0	13,0	50,00	
	<b>c) Unternehmen im Umweltbereich</b>				
11	Nationalpark Service gGmbH, Tönning	50,0	27,5	55,00	
12	GOES Gesellschaft für die Organisation der Entsorgung von Sonderabfällen mbH, Neumünster	300,0	77,3	25,75	
13	Gesellschaft zur Beseitigung von Sonderabfällen mbH, Neumünster	25,6	12,8	50,00	



**Allgemeine Bemerkungen**

**Übersicht 9**

**I. Unmittelbare Landesbeteiligungen**

Lfd. Nr.	Name des Unternehmens	Stamm-/Grundkapital	Landesanteil		Erläuterungen
			am 31. Dezember 2009		
		in T€	in v.H.		
1	2	3	4	5	6
14	Schleswig-Holsteinische Landesforsten, Neumünster	100.000,0	100.000,0	100,0	
	<b>d) Forschungs-, Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen</b>				
15	GKSS Forschungszentrum Geesthacht GmbH, Geesthacht	40,9	1,0	2,50	
16	FWU Institut für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht, gemeinnützige GmbH, Grünwald	163,6	10,2	6,25	
17	HIS Hochschul-Informations-System GmbH, Hannover	49,2	2,1	4,17	
18	IWF Wissen und Medien, gemeinnützige GmbH, Göttingen	51,1	5,1	10,00	
19	Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland GmbH, Bonn	41,9	1,0	2,44	
20	AMI Arzneimitteluntersuchungsinstitut - Nord GmbH, Bremen	38,4	6,4	16,67	
21	Universitätsklinikum Schleswig-Holstein, Lübeck	19.364,6	19.364,6	100,00	

**Allgemeine Bemerkungen**

**Übersicht 9**

**I. Unmittelbare Landesbeteiligungen**

Lfd. Nr.	Name des Unternehmens	Stamm-/Grundkapital	Landesanteil		Erläuterungen
			am 31. Dezember 2009		
		in T€	in v.H.		
1	2	3	4	5	6
	<b>e) Sonstige juristische Personen</b>				
22	Dataport, Altenholz	36.000,0	15.000,0	41,70	
23	Gesellschaft zur Verwaltung und Finanzierung von Beteiligungen des Landes Schleswig-Holstein mbH, Lockstedt	750,0	750,0	100,00	
24	Gebäudemanagement Schleswig-Holstein, Kiel	7.679,7	7.679,7	100,00	
25	Liegenschaftsverwaltung Schleswig-Holstein, Kiel	150.000,0	150.000,0	100,00	
26	Eichdirektion Nord, Kiel	2.610,0	1.250,0	47,89	
27	Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein, Hamburg	1663,0	873,0	52,49	
28	Zentrum für maritime Technologie und Seefischmarkt ZTS Grundstücksverwaltung GmbH, Kiel	511,3	3,1	6,0	
29	Filmförderung Hamburg/Schleswig-Holstein GmbH	25,6	6,45	25,2	
30	DEGES Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH, Berlin	51,5	3,9	7,14	
31	ÖPP Deutschland AG, Berlin	1658,6	10,0	0,6	
	Unmittelbare Landesbeteiligungen in EURO insgesamt		1.469.277,85		

**Allgemeine Bemerkungen**  
**Übersicht 9**  
**II. Mittelbare Landesbeteiligungen**

Lfd. Nr.	Mittelbare Beteiligung über	Name des Unternehmens	Stamm-/Grundkapital	Anteil des Unternehmens in Spalte 2 am Gesamtkapital des Unternehmens in Spalte 3		Erläuterungen
			am 31. Dezember 2009			
			in T€	in v.H.		
1	2	3	4	5	6	7
		<p><b>II. Mittelbare Landesbeteiligungen</b></p> <p>Die mittelbaren Beteiligungen des Landes ergeben sich zwangsläufig aus Beteiligungen, die eine Reihe der unter Ziffer I. aufgeführten Unternehmen in Verfolgung ihrer Geschäftsinteressen eingegangen sind.</p> <p>Die nachstehende Zusammenstellung enthält mittelbare Landesbeteiligungen 1. Grades über diejenigen Unternehmen, an denen das Land mit mindestens 25 % unmittelbar beteiligt ist, soweit eine handelsrechtliche Veröffentlichungspflicht besteht.</p> <p><b>Bei den juristischen Personen des öffentlichen Rechts sind sämtliche mittelbaren Beteiligungen aufgeführt.</b></p>				
	<b>a) Investitionsbank Schleswig-Holstein</b> (siehe Ziff. I., lfd. Nr. 2)					
1		Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Schleswig-Holstein GmbH, Kiel (MBG)	2.100,0	350,2	16,67 %	Stimmrechtsanteil 24,89 %
2		Entwicklungsgesellschaft Ostholstein mbH EGOH	716,0	63,9	8,93	
3		Wirtschaftsförderungsgesellschaft im Kreis Rendsburg-Eckernförde mbH	3.000,0	19,2	0,64	
4		Wirtschafts- und Aufbaugesellschaft Stormarn mbH	26,0	6,2	24,00	
5		Kieler Wirtschaftsförderungs- und Strukturentwicklungsgesellschaft	674,9	51,1	7,58	
6		NordwestLotto Schleswig-Holstein GmbH & Co. KG	3.945,0	3.945,0	100,00	
7		NordwestLotto Schleswig-Holstein GmbH	25,0	25,0	100,00	
8		Landgesellschaft Schleswig-Holstein mbH, Kiel	27.500,0	13.916,3	50,60	Stimmrechtsanteil 94 %
	<b>b) AKN Eisenbahn AG</b> (siehe Ziff. I. lfd. Nr. 7)					
9		Güterkraftverkehr Hamburg-Holstein GmbH, Hamburg	140,0	140,0	100,00	
10		Schleswig-Holstein-Bahn GmbH	100,0	100,0	100,00	
11		NBE nordbahn Eisenbahngesellschaft mbH & Co. KG	1.000,0	500,0	50,00	

**Allgemeine Bemerkungen**

**Übersicht 9**

**II. Mittelbare Landesbeteiligungen**

Lfd. Nr.	Mittelbare Beteiligung über	Name des Unternehmens	Stamm-/Grundkapital		Anteil des Unternehmens in Spalte 2 am Gesamtkapital des Unternehmens in Spalte 3		Erläuterungen
			am 31. Dezember 2009				
			in T€		in v.H.		
1	2	3	4	5	6	7	
	<b>c) Universitätsklinikum Schleswig-Holstein</b> (siehe Ziff. I., lfd. Nr. 21)						
12		CEMET Center of Excellence in Medical Technology Schleswig-Holstein GmbH, Lübeck	170,0	79,9	47,00		
13		PVA SH Patent- und Verwertungsagentur für die wissenschaftlichen Einrichtungen in Schleswig-Holstein GmbH, Kiel	50,0	6,0	12,00		
14		ZIP Zentrum für Integrative Psychiatrie gGmbH, Kiel	25,0	25,0	100,00		
15		BIZ Bildungszentrum für Gesundheitsfachberufe gGmbH, Kiel	25,0	25,0	100,00		
16		UK S-H-Service GmbH, Lübeck	25,0	12,75	51,00		
17		trials & more – clinical research and development GmbH, Kiel	25,0	25,0	100,00		
18		MLL Medizinisches Laserzentrum Lübeck GmbH, Lübeck	95,0	10,0	10,53		
19		Comparatio Health GmbH, Hannover	25,0	5,0	20,00		
20		Ambulanzzentrum des UK S-H gGmbH, Lübeck	25,0	22,5	90,00		
21		NRoCK Nordeuropäisches Radioonkologisches Centrum Kiel GmbH, Kiel	25,0	25,0	100,00		
22		UK S-H Gesellschaft für IT-Service mbh, Lübeck	25,0	12,75	51,00		
23		UK S-H Gesellschaft für Informationstechnologie mbH, Lübeck	25,0	12,75	51,00		
	<b>d) Dataport</b> (siehe Ziff. I., lfd. Nr. 22)						
24		Komm IT GmbH	1.500,0	500,0	33,33		
	<b>e) GVB</b> (siehe Ziff. I., lfd. Nr. 23)						
25		HSH Nordbank AG, Hamburg und Kiel	881.226,2	133.633,5	15,16	treuhänderisch für das Land gehaltener Anteil	

## **Sachverzeichnis**

Die Zahlen geben Einzelplan, Kapitel und Titel bzw. Titelgruppen an.  
Das Wort „zu“ weist auf die Erläuterung hin.



## Sachverzeichnis

<u>A</u>			
		Altenpflege, Ausbildung	1004-684 05
Abfallwirtschaft	1316	Alt-Katholische Gemeinde Nordstrand	zu 0702-687 01
Abgeordnete, Leistungen an -	0101-MG 02	Altlastensanierung	1316-MG 06
Absatzförderung		Amateurtheaterverband	0740-684 39 MG 10
Abschiebungshaft	0903	Ambulante soziale Dienste	zu 1005-TG 62
Abwasserabgaben	1313-MG 20 1315	Amt für Bundesbau	Kap 1211 MG 01 Kap. 0506 MG 01
Abwässerbeseitigung (Abwasseranlagen)	1320-346 08-MG 03 1320-883 02-MG 05 -887 05-MG 05	Amt für Informationstechnik	0505-MG 04
Academia Baltica	0311-684 09	Amt für Katastrophenschutz	0410
Achtundfünfziger-Regelung	alle Titel 452 01	Amtsblatt für Schleswig-Holstein	zu 0401-531 03
Adoptionsvermittlung	1012-632 01	Amtsgerichte	0902
Ärztelkammer	zu 1002-671 01 1002-TG 67	Analysenverfahren	1004-533 05
Ärztliche Untersuchungen von Mitarbeitern/innen	alle Titel 526 05	Anleihen, - Aufnahme von - - Zinsen für - - Tilgung von - - Marktpflege für	1116-EMG 01 1116-575 01-MG 01 1116-595 01-MG 03 1116-595 01-MG 03
Agrarinvestitionsförderungsprogramm	1320-346 04-MG-03 1320-662 03-MG 03 -891 02-MG 03 -892 20-MG 03 -892 30-MG 03	Anschlussfinanzierung von Darlehen GVB LVSH Anstalt Schleswig-Holsteinische Landesforsten	1116-325 02-MG 01 1116-325 03-MG 01 1116-325 05-MG 01 1314 - 68501 68502 68503
Agrarsoziale Gesellschaft	zu 1317-684 01	Anti-D-Hilfegesetz	1003-631 05
AIDS, Maßnahmen im Zusammenhang mit -	zu 1002-TG 62	Antikorruptionsbeauftragter	0401-526 02
Akademie für die ländlichen Räume	1317-685 04	Anti-Terror-Datei	zu 0401-535 01
Akademie für öffentliches Gesundheitswesen (AföG)	1002-685 03-MG 01	Anwärterbezüge der Beamten im Vorbereitungsdienst	alle Titel 422 03
Akademienprogramm	0623-685 16-MG 01	Apothekenbesichtigungen	1002-526 06
Akkreditierungsstelle der Länder für Mess- und Prüfstellen zum Vollzug des Gefahrstoffrechts (AkMP)	zu 1004-632 01	Apothekerkammer	1002-671 05
AKN-Eisenbahn AG	zu 0614-682 02 0614-682 01-MG 02	Arbeit für Schleswig-Holstein (ASH) - Hilfen zur Arbeit	1006-MG 03
Aktiv Region	1319 - 271 02 1317 - 892 02	Arbeitsbeschaffung	0742-427 11 0743-427 11 0745-427 11
Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung (AWI)	0623-TG 64		1317-893 02-MG 03
Algenüberwachung in Nord- und Ostsee	1315		zu 1315-ETG 69/ATG 69 0901-235 01/427 02 0902-236 01/427 02 0903-235 01/427 02 1310-235 01/427 02
Allgemeine Finanzverwaltung	11		
Allgemeines Grundvermögen des Finanzministeriums (AGF)	1221	Arbeitsentgelte für Gefangene	zu 0903-681 03 0903-671 01
Alkohol im Blut, Feststellung	0410-526 06 -526 07	Arbeitsgemeinschaft der für das Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen zuständigen Minister (Senatoren) der Länder (ARGEBAU)	zu 0401-632 06
Alphabetisierung	0705-686 13-MG 10		
Altenhilfe (Projekt SEPIA)	zu 1002-272 01 -MG 05	Arbeitsgemeinschaft der Innenministerien und der IMK	0401-632 01

## Sachverzeichnis

Arbeitsgemeinschaft der Vermessungsverwaltungen der Länder	0403-632 01	Ausbildung und Betreuung benachteiligter Jugendlicher im dualen System	0616-686 23-MG 02
Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig	0740-686 03 MG 07	Ausbildung und Fortbildung von Personal im Bereich des Gesundheitswesens	1002-TG 63
Arbeitsgerichtsbarkeit	0909	Ausbildungsbeihilfen für Gefangene	0903-681 03
Arbeitsgerichtsverband	zu 0909-684 01	Schüler/-innen	zu 0903-671 01 0710-681 06
Arbeitslosenversicherungsbeiträge für Gefangene	0903-681 03	Ausbildungsförderung nach dem BAföG	0624-MG 01 0620-671 32-MG 03
Arbeitssicherheit	0401-TG 72	Ausbildungszentrum für Verwaltung	0301-685 63 TG 63
	1016		
Arbeitsschutz	1004 - 685 01 1004 - TG 61	Ausgleichsabgabe - nach SGB IX	0401-632 66 1005-634 01 Anlage zum Kap. 1003
Archäologisches Landesamt	0744-232 01		
Archäologisches Landesmuseum	zu 0740-MG 02		
ARGEBAU	0401-632 06	Ausgleichsleistungen - an Hamburg für grenzüberschreitenden Schulbesuch - im Ausbildungsverkehr	0710-632 02 0614-TG 71 -682 03-MG 02 -683 03-MG 02
Ars Baltica	0306-427 03-MG 13, 527 01-MG 13 534 06-MG 13 282 06 zu 0306-671 01MG 13	Ausgleichszulage in benachteiligten Gebieten	1320-683 15-MG 03
Arzneimittelinformationssystem (AMIS)	1002-533 03	Ausländerangelegenheiten	zu 0907
Arzneimittelüberwachung	1002 - 534 02	Ausländische Märkte	zu 0612-683 01-MG 06
Arzneimitteluntersuchung	zu 1002-632 02-MG 01	Auslagen in Rechtssachen	0902-526 11 bis -526 17 0904-526 11 0905-526 11 bis -526 13 0906-526 11 0908-526 13 bis -526 15 0909-526 11
Asyl/Asylsuchende	0913-TG 62		
Aufgabenanalyse/Aufgabenkritik	0914-TG 61		
Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz - AFBG -	0616-231 03		
Aufwandsentschädigungen der - Abgeordneten - parlamentarischen Vertreter der Minister	0101-411 02-MG 02  alle Titel 411 01 außer 0101-411 01-MG 02	Aussiedler	0913-MG 02
		<b><u>B</u></b>	
Aufwendungsdarlehen	0416-863 08	Badewasserhygiene	1002-TG 69
Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder unter 3 Jahre	0704 - MG 02	Baltic COMPASS	1317-TG 61
Ausbildungsverkehr, Ausgleichsleistungen im -	0614-TG 71	Barsbüttel - Sanierung	1316-534 56-MG 06
Ausbildung, Umschulung und Fortbildung der Mitarbeiter des Landes	0301 TG 63	Baumaßnahmen im Zusammenhang mit der Umsetzung der Einsparkonzepte nach dem Liegenschaftsmodell	1211-712 91
		Baunebenkosten für Baumaßnahmen	1211-712 33 / 712 36
Ausbildung und Fortbildung in der Wirtschaft	0616-MG 02 0616-MG 03 zu 0612-883 01-MG 03 zu 893 01 MG 03	Bauunterhaltungskosten für landeseigene Liegenschaften und Drittanmietungen	Epl. 12, alle Titel 519
		Beauftragter für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen	0104



## Sachverzeichnis

Behindertenpolitik	1005	Bezügezahlung Finanzverwaltungsamt	0507
Behinderteneinrichtungen	1005-TG 63	Bibliothekstantieme	0740-685 34-MG 06
Behindertenpolitisches Gesamtkonzept	1005-533 04	Biersteuer	1101-061 01, -687 01
Behinderungen - Persönliches Budget für Menschen mit -	1005-533 05 633 13	Bildende Kunst	0740-MG 09
Beihilfen und Pflegeleistungen	1106-MG 01	Bildungsstätten	0705-684 01
Belohnungen für Mitwirkung der Bevölkerung bei der Aufklärung strafbarer Handlungen	0908-681 02	Bildungswerk anderes lernen e.V.	zu 0705-684 12 MG 02
Benzinproben, Untersuchung von -	1312-111 06 -534 06	Bildungszentrum für Natur, Umwelt und ländliche Räume	1311 1318 MG 01
Beratungsgesellschaft für Beschäftigung mbH (BSH), Neumünster	0601-671 02-MG 01	Bildungszentrum der Steuerverwaltung	zu 0505
Beratungs- und Informationswesen des mittelständischen Gewerbes	0612-MG 04	Bingo Ausgaben	1301-671 04, 1301-685 25 1111-122 09
Beratung in den Bereichen Innovation und Technologie- transfer	0613-685 11-MG 07	Einnahmen aus	1111-122 09
Bereitschaftspolizei	0410	Biologischer Flächenschutz und Artenschutz	1313
Berichte über soziale Lagen der Bevölkerung in Schl.-H.	1005-MG 10	Biomasse	0613-TG 64
Berufliche Bildung in der Wirtschaft	0616-MG 02 0616-MG 03 zu 0612-883 01 MG 03 zu -893 01 MG 03	Bioterrorismus	1002-MG 06
Berufsbildende Schulen	0716	Blindengeld, Landes-	1005-633 02
Berufsschüler aus anderen Bundesländern, Erstattung der Sachkosten	0710-633 01	Bodenschätze, Feldes- und Förderabgabe	0613-122 01
Berufsschulunterricht im Fach Landtechnik, Zuschüsse an die DEULA	0710-684 08	Bodenschutzkonzept	1316
Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	alle Titel 427 01	Borstel, Forschungszentrum	0623-MG 02
Beschuldigte in Strafsachen, Justiz	0902-681 01	Brandschutz - Komplementärfinanzierung von Brandschutzmaßnahmen in LVSH-Liegenschaften	0405 1211-712 02
Beteiligungen - Einnahmen aus Veräußerung von Landesbeteiligungen	0506-133 02	Brandschutzmaßnahmen in Liegenschaften (AGF) Brandschutzeinrichtungen der Gemeinden	1221-712 02 zu 0405-883 61 TG 61
Betreuung von Bürgerkriegsflücht- lingen in Schleswig-Holstein	0913-MG 02/TG 62	Brennstoffzellentechnologie, Schienenverkehr	0613-891 11-MG 02 -892 03-MG 02
Betreuungsangebote an verlässlichen Grundschulen und Förderzentren	0710-684 17 MG 17	Bruttokreditaufnahme	1116-EMG 01
Betreuungswesen nach dem Betreuungsgesetz	zu 1012-684 05	Büchereiwesen - Zuweisungen zur Förderung -	0740-MG 06 1102-633 25-MG 02
Bewährungshelfer (s. auch Sozialpädagogen)	0901-534 02 0902-412 01 -459 03	Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein	0103
Bewirtschaftung von Dienstgrund- stücken und Diensträumen	alle Titel 517	Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten	zu 0740-684 41-MG 11
		Bürgschaften, Inanspruchnahmen aus -	1104-MG 01
		Bürgschaftsbank Schl.-H. GmbH	1104-671 01
		Bürgschaftsentgelte	1104-111 01, 02 -382 01 -982 01
		Bund deutscher Nordschleswiger	0708 0740-687 02-MG 07

## Sachverzeichnis

Bundesangelegenheiten, Vertretung des Landes Schleswig- Holstein in Berlin	0302	Bundesstaatlicher Finanzausgleich - Ausgleichszuweisungen - Ausgleichsbeiträge	1102-212 01 1102-612 01
Bundesanstalt für Arbeit - im Rahmen der 58er-Regelung	alle Titel 452 01	Bundestagswahl - Erstattung der Kosten durch den Bund - Durchführung	0401-231 02 0401-541 01
Bundesarbeitsgemeinschaft der Integrationsämter für Hauptfürsorge- stellen (BIH)	zu 1001-684 02	Bundesverband der Unfallkassen	zu 1004-671 03
Bundesarbeitsgemeinschaft für Arbeitssicherheit (BASl)	zu 1004-684 04	Bundesversorgungsgesetz	1003-636 01
Bundesentschädigungsgesetz	1003-MG 07	Bundesvertriebenengesetz	1003-636 01
Bundesergänzungszuweisungen	1102-211 01, 611 01		<b><u>C</u></b>
Bundesfinanzhilfe, Bundes- investitionsdarlehen	zu 1116-MG 04	CAU Kiel - Modernisierung der Pharmazie	1206-TG 61
Bundesleistungsgesetz	0601-633 01-MG 01	Centre Culturel Francais in Kiel	0740-684 50 MG 13
Bundesmittel für - Ausbildungsförderung	0624-MG 01	Chef der Staatskanzlei	0301
- bedeutsame Investitionen im Bereich der Seehäfen Heizung	0614-331 01 1006-231 02 633 09	China, Partnerschaftsabkommen mit der Provinz Zhejiang	zu 0601-534 04-MG 05
- Feuer- und Katastrophenschutz auf der Unterelbe	0405-TG 62	Cismar, Außenstelle Stiftung Schleswig- Holsteinische Landesmuseen Schloss Gottorf	zu 0740-MG 02 zu 0740-686 11 MG 14
- Fischerei	1317	CO2 - Speicherung	1316 - TG 64
- Ausbau und Neubau von Hochschulen "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur", Sonderprogramm	1212-331 02 0612-331 01, -331 03	Cliwatt Projekt	1315 - 272 04 1315 533 27 MG 21
- Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes", Rahmenplan	zu 1320	Cochlear-Implant-Centrum (CIC)	1009-236 01 -671 03
- Investitionen im Schulbau i.R. der energetischen Sanierung für Gemeinden mit Finanzproblemen	0710-331 22 1012-MG 03	COMRISK	1315-272 03 -676 01
- Jugendarbeit			
- Landwirtschaft			
- öffentlichen Personennahverkehr	0614-331 01, -ATG 65		
- Wohnungsbau, Wohnraumförderung, Wohngeld und Städtebau	0416		
- Sportstätten	zu 0402-331 01, -MG 03		<b><u>D</u></b>
- das Projekt „Errichtung eines Kulturzentrums“ der dänischen Minderheit in Flensburg-Weiche	0740-231 04	Danewerk	zu 0740-534 02 MG 15
das Projekt „Errichtung eines Kultur zentrums der dänischen Minderheit in Rendsburg-Büdelndorf	0740-331 02	Dänische Minderheit - Schulen der - Kulturzentrum	0740-MG 07 0710-MG 09 0740 893 08 MG 07 0740 894 02 MG 07
die Finanzierung einer Organisations- zentrale der friesischen Volksgruppe	0740-331 01	DASA-Erweiterung	1313-232 02 1313-533 04
die Finanzierung von Planungskosten in Zusammenhang mit dem geplanten Umbau und der Restaurierung des „Kulturzentrums Slesvighus“ der Dänischen Minderheit	0740-231 01	Datenschutz, Unabhängiges Landeszentrum für -	0102
- die Förderung der Kulturarbeit der friesischen Volksgruppe	0740-231 02	Datenverarbeitung	Kap. 1103
- die Förderung des Europäischen Zentrums für Minderheiten (ECMI)	0306-231 01	DDR/SED-Opfer-Entschädigung	1003-MG 04 -MG 05 1005-MG 02
- die Förderung von Ganztagsangeboten	1111-331 03		
- in Nordschleswig tätige Lehrkräfte	0708-231 02		
- Investitionsprogramm „Kinderbetreuungs- finanzierung“	0704 - 331 01		
- die Kompensation des Wegfalls GA Bildungsplanung	0710 - 231 01		
- die Sicherungsverfilmung von Kulturgut	0742 - 231 01		
Bundessozialhilfegesetz	zu 1005-TG 65		

## Sachverzeichnis

DEGES Deutsche Einheit Fernstraßen- planungs- und -bau GmbH	zu	0614-894 01 MG 04	Dienstbezüge und dgl.	alle Titel der Obergruppe 42
Denkmalpflege, - archäologische - - Erhaltung der Bau- und Kunst- denkmäler		0744-TG 61 0745-893 01	Dienstgrundstücke usw., Bewirtschaftung von -  Dienstfahrzeuge, - Anschaffung von - - Betrieb von -	alle Titel 517  alle Titel 518 99, 811 alle Titel 514
Deutsch-ausländische Kultur- einrichtungen		0740-684 52 MG 13	Dienstreisen	alle Titel 527
Deutsche Digitale Bibliothek		0740-685 02	Dienst- und Schutzkleidung	alle Titel 514
Deutsche Forschungsgemeinschaft		0623-685 13-MG 01	Digitales Funksystem	0405-535 61 0410-TG 63
Deutsche Gesellschaft für Ernährung e.V.		1012-686 05-MG 09 Anlage zum Kap. 1012	Direktzahlungen der EU	1317 MG 01
Deutsche Hochschule für Polizei		0410-632 01	Disagio bei Kreditaufnahme	zu 1116-575 03-MG 01
Deutsche Minderheit in Nordschleswig - Kulturarbeit und Büchereiwesen		0740-687 02-MG 07	DAN-Analysen Domkirchengemeinde Ratzeburg	0 0702 - 687 01
Deutsche Richterakademie		0901-632 06	Dorfentwicklung/Dorferneuerung	1317-271 02, -346 01 1320-231 01-EMG 01 1320-346 11-EMG 03 1320-359 01 1320-AMG 10 0416-883 01, -883 02 -MG 04
Deutsche Vereinigung zur Bekämpfung von Viruskrankheiten	zu	1002-684 01		
Deutscher Grenzverein		0740-686 01-MG 07		
Deutscher Verkehrssicherheitsrat		0601-686 05-MG 01		
Deutsches Handwerksinstitut, München		0612-686 08-MG 04	Dotationen	1111-633 01 -684 01
Deutsches Institut für Bautechnik, Berlin		0401-685 05	Drogenbekämpfung	1002-TG 61
Deutsches Institut für Bautechnik, Forschungsprogramm		0401-685 06	Drucksachen, Beschaffung von -	alle Titel 511
Deutsches Institut für Normung (DIN)	zu	1004-684 04		
Deutsches Rotes Kreuz	zu	0410-684 67 TG 67		
Deutsch-französische Hochschule		0620-685 09-MG 01	E-Government	Kapitel 1103 1102-633 13
			Ehrenamtliche - Arbeitsrichter, Fortbildung - in der Jugendarbeit, Erstattung Verdienstausfall	0909-534 01 1012-681 01-MG 03
			Ehrenpreise - für die Landwirtschaft	1301-681 01
			Ehrenzeichen und Orden	zu 0401-534 02
			Eichdirektion Nord	0601-682 01
			Einfuhrumsatzsteuer	1101-016 01
Deutsch-Französisches Jugendwerk		1012-681 02-MG 03 1012-282 01	Eingliederungshilfe	1005-533 04 1005-TG 65
Deutsch-Polnisches Jugendwerk		1012-681 03-MG 03 1012-282 02	Einheitlicher Ansprechpartner AÖR	1111-MG 04 Anl. zum Epl. 11
Deutsch-Sprachkurse für Migrantinnen und Migranten		0907	Einigungsstelle	0401-526 06
Dezentrale Psychiatrie		1002-633 04 1002-684 03 1002-684 04 1002-684 61 TG 61	Einkommensteuer	1101-012 01
Diakonisches Werk		1005-684 65-TG 65	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	alle Titel 124
			Einnahmen aus Veröffentlichungen	0401-119 01 0902-119 01

**E**

## Sachverzeichnis

Einzelbetriebliche Maßnahmen in der Landwirtschaft	1320-MG 03	Erlöse aus dem Verkauf - unbrauchbar oder entbehrlich gewordener Geräte, Ausstattungsgegenstände, aus Drucksachen, Akten, von Altstoffen und dergleichen - von Kraftfahrzeugen	alle Titel 119 alle Titel 132 01
Eisenbahnen, - öffentliche Verkehrsunternehmen	0614-682 12-MG 02 -682 08-MG 02 -891 08-MG 02		
- nichtbundeseigene -	Anlage VI zum Epl. 06 0614-682 02, -682 06 0614-682 01-MG 02 -682 07-MG 02 -TG 68	Ernährungswirtschaftliche Verbraucherberatung	1004-537 01-MG 09 1004-686 06-MG 09
- private Verkehrsunternehmen	zu 0614-683 01-MG 02 -683 05-MG 02 -892 01-MG 02	Ersteinrichtung von Bauvorhaben	Epl. 12, alle Titel 812
Eisenbahnkreuzungsgesetz	0614-TG 68 -883 05-MG 02, -891 05-MG 02, -892 05-MG 02	Erwachsenenbildung	0705
Elbeabkommen	0410-632 03	Erziehung, Hilfe zur -	1012-MG 07
ELER	1318 - 892 07 MG 02	EU-Gemeinschaftsinitiativen	
ELSTER Elektronische Steuererklärung	Kap. 1103	- ESF	1006 - MG 04
Entschädigung bei Berufsausübgs.-verboten u. Absonderungen sowie Entseuchungsmaßnahmen	1003-681 06	EU-Projekte, Aufwendungen für -	0623-TG 65
Entschädigung der Abgeordneten	0101-411 01-MG 02	Europaangelegenheiten, - Ausgaben für - - Landesanteil an den Kosten für die Errichtung und Unterhaltung von ständigen Repräsentanzen im Ostseeraum	0311 0311-632 03
Entschädigungen der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter	0902-412 01 0904-412 01 0905-412 01 0906-412 01 0909-412 01	Europäische Hafenorganisation, Brüssel	0601-686 05-MG 01
Entschädigungsansprüche Dritter	0904-535 01 0905-546 99 0904-546 99 0903-546 99 0913-546 65-TG 65 0410-535 01 0902 681 01	Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds-EAGFL (z.T. Entwicklung des ländlichen Raumes nach dem Ziel Nr. 5 b)	1317-232 01 -539 01 1317-892 05
Entschädigung für Opfer von Gewalttaten	1003-MG 01 -633 08	Europäischer Sozialfonds (ESF)	zu 0616-685 05, -685 12 und -686 23-MG 02 1006-MG 02 0903-684 02
Entwicklungsländer - Zuschüsse für Fach- und Führungskräfte	0612-686 01-MG 06	Europäisches Zentrum für Minderheitenangelegenheiten (ECMI)	0301-231 01, -686 01-MG 07
Entwicklungs- und Forschungsarbeiten	zu 0613-MG 07	Europa-Union	0311-684 06
Entwicklungspartnerschaft in der Altenhilfe (Projekt SEPIA)	zu 1002-272 01 1002-MG 05	Europäische Bewegung	zu 0311-684 06
Entwurfsbearbeitung und Bauüberwachung	0614-231 01 -ETG 65 -ATG 65 -533 01, -752 01	Europawahl - Durchführung - Erstattung der Kosten durch den Bund	0401-541 03 -231 03
Erbschaften des Landes nach § 1936 BGB	1111-119 04 -671 01	European Organisation of Regional Audit Institutions - EURORAI -	0201-685 01
Erbschaftsteuer	1101-052 01	Eutiner Festspiele	0740-684 38 MG 10
Erdöl, Feldes- und Förderabgabe	0613-122 01	Eutin, Stiftung Schloss - Restaurierung Schloss	0740-684 55-MG 15 0745-893 06

## Sachverzeichnis

Ev.-Reformierte Gemeinde Lübeck	zu	0702-687 01	Fernerkundung	1313-MG 05 1317 MG 01
Extremismus, Aufklärung von		0410-632 07 0410 685 66	Fernsprechgebühren	alle Titel 511
Exzellenzinitiative		0620 - 685 02	Feuer- und Katastrophenschutz auf der Unterelbe	0405-TG 62
Exzellenz- und Strukturbudget		0620 - 685 20 MG 06	Feuerschutzsteuer	1101-059 01
			Feuerwehrunfallkasse	0405-636 61
			Feuerwehrwesen	0405
			Filmförderung	0740-MG 12
Fachbeiräte		alle Titel 526 03	Filmförderung Hamburg/ Schleswig-Holstein	0740-684 46 MG 12
Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege in Hildesheim - Fachbereich Rechtspflege		0901-632 05	Finanzämter	0505
Fachhochschule - Flensburg - Kiel - für Gestaltung und Kunst (Muthesius-Hochschule) - Lübeck - Wedel, staatlich anerkannte - private - - Baumaßnahmen - Westküste in Heide, Baumaßnahmen - für Verwaltung und Dienstleistung (FHVD)	zu	1212, TG 76 1212, TG 72 0620-MG 06 1212, TG 83 1212, TG 71 0620-TG 71, 892 65 1212-721 02 0620-MG 06 1212-TG 82 0301-685 63 TG 63 1204-TG 62	Finanzausgleichsumlage	1102-213 01
			Finanzgericht	0906
			Finanzministerium	0501
			Fischerei	1317
			Fischerei --abgabe	1317-099 03-MG 10 -MG 11
Fachschulen	zu	0716	--aufsicht	1317-534 02
Fachschule für Seefahrt	zu	0716, 0716-MG 01	- Förderung der -	1317-MG 10, 11, 12
Fahndungskosten		0410-TG 64	Fischereiressourcen	0410-271 01
Fähren, - Unterhaltung und Betrieb - Fähranlage Missunde/Schlei	zu	0614-ETG 62-ATG 62 0614-124 62	Fischetikettierung	1317-534 01
Fahrbereitschaft		0401 TG 63	Flüchtlinge - Aufnahme und Verteilung - Integration	0913-TG 62 0913-MG 02
Fahrgelderstattung für die unentgeltliche Beförderung Schwerbehinderter		0614-TG 73	Flüchtlingshilfegesetz, - Rückflüsse aus Darlehen nach dem -	0501-162 03/182 03 -MG 03
Fahrkosten für versetzte usw. Beamte		alle Titel 453	- Erstattungen an den Bund für Leistungen nach dem -	0501-631 03-MG 03
Familie		1012	Kostenbeiträge an Träger von Landeplätzen f. Luftaufsichts- und -kontrollaufgaben	0614-671 01
Familienberatung		1012-MG 04	Flurbereinigung	1320-231 01-MG 01 1320-346 02-MG 03 1313-887 01 1315-MG 07 MG 34 1317-546 01
Familienbildung und -beratung	zu	1012-MG 04	Förderung ausgewählter Forscher und Forschergruppen - Gottfried Wilhelm Leibnitz-Programm -	zu 0623-685 13-MG 01
Familienbildungsstätten	zu	1012-684 12-MG 04	Förderung der Gleichstellung	0912
Familienfördernde Maßnahmen		1012-MG 04	Förderfonds	0711-, 0713-, 0715 0714-TG 66
Familienleistungsausgleich, - Zuweisungen zum Ausgleich der Belastungen der Gemeinden		1102-613 02	Förderzentren	0712
Fehlbetrag aus den Vorjahren		1111-961 01	Forderungsübergänge	1111-119 06
Fehlbetragszuweisungen		1102-613 21-MG 02		
Feldes- und Förderabgaben für Erdöl und sonstige Bodenschätze		0613-122 01		
Ferienwerk Schleswig-Holstein		1012-685 03 MG 06		

## Sachverzeichnis

- Helmholtz-Zentrum Geesthacht Zentrum für Material- u. Küstenforschung - Alfred-Wegener-Institut (AWI)	0623-TG 63 0623-TG 64	Fürsorge für Mutter und Kind Fürsorgemaßnahmen	1002-TG 64 1105-443 01
Forschungsinstitute und -einrichtungen, wirtschaftsnahe -	zu 0613-MG 07	Funktionalreform - Zuweisungen von Verwaltungsausgaben	0401-633 01
Forschungsstelle für das Straßen- und Verkehrswesen e.V.	0601-686 05-MG 01	Fußball-Toto, Einnahmen aus dem -	1111-122 07
Forschungsvorhaben, - besondere - - Bereich Wirtschaft „Monitoring“	0623-TG 61 0613-MG 07 1315 -533 01	Futtermittelüberwachung	1317-534 01
Forschungszentrum Borstel	zu 0623-MG 02 -232 01		
Forstliche Maßnahmen	1314 1320-389 03 1320-MG 06 1320-346 09-MG 03	Ganztagsangebote/-schulen	0710-TG 62 0710-684 18-MG 17 0710-684 20 1111-TG 65
Fortbildung und Ausbildung in der Wirtschaft	0616-MG 02 0616-MG 03	Garnisonsfriedhöfe	0506-517 04
Fortbildung und Umschulung der Mitarbeiter/-innen	0301 TG 63 alle Titel 525 01	Gebäudemanagement Schleswig-Holstein (GMSH)	1220-533 21 -682 21
Forum für Zukunftsenergien e.V.	zu 0601-685 05-MG 01	Gebühren	alle Titel 111
Fraktionsmittel	0101-MG 05	Gedenkstätten, Förderung der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau	0740-684 41-MG 11 0740-687 01
Frauenberatung - Beratungsstellen „Frau und Beruf“ - Frauenberatungseinrichtungen	0912-684 04-MG 02 0912-684 03-MG 02	Geldstrafen und Geldbußen	alle Titel 112
Frauenförderung - Stärkung einer frauenfördernden Infrastruktur	0912-MG 02	Gefährdetenhilfe	zu 1005-TG 62
Frauenhäuser	1102-633 24-MG 02	Gefangenenentschädigung	0903-681 02
Frauen Netzwerk zur Arbeitssituation	0912-684 05-MG 02	Gefangenenarbeit	zu 0903-681 03 0903-671 01
Fraunhofer-Gesellschaft	0613-685 11-MG 07	Gefangenenbeförderung	0902-537 01
Fraunhofer-Institut für Siliziumtechnologie (ISiT)	zu 0613-685 11-MG 07	Gefangenen- und Entlassenen- fürsorge	zu 0903-681 01 1005-TG 62
Freie-Elektronen-Röntgenlaser (XFEL), Anteil des Landes an den Investitionskosten	0623-892 12-MG 01 0623 685 18 MG 01	Gefangenenpflege	0903-TG 61
Freilichtmuseum Molfsee	0740-893 06-MG 15	Gefangenenwesen der Polizei	0410-539 01
Freiwilliges ökologisches Jahr	1318-684 02	Gehörlosenverband Schleswig-Holstein	zu 1005-684 02
Freiwilliges Soziales Jahr	1012-MG 12	Geldbußen Bereich Steuer	0505-112 01
Fremdenverkehr (Tourismus)	zu 0612-TG 61 zu 0612-883 01 zu -892 01	Geld statt Stellen	0711-0716-TG 88
Friedrich Naumann Stiftung e.V. Friesenrat	zu 0706-684 12-MG 02 zu 0740-686 06-MG 07	Geldbelohnung für die Mitwirkung der Bevölkerung bei der Aufklärung strafbarer Handlungen	0908-681 02
Friesische Volksgruppe (Kulturarbeit)	0740-686 05-MG 07 231 02	Gemeindestraßen	1102-633 20-MG 02 -883 21-MG 02
Früherkennungsuntersuchungen bei Neugeborenen	1002-682 64-TG 64	Gemeindeverkehrsfinanzierungs- gesetz	0614-119 02 0614-331 01 -546 01 0614-ATG 65
		Gemeinsamer Senat für Zoll- und Verbrauchssteuersachen beim Finanzgericht Hamburg	0906-632 01

**G**

## Sachverzeichnis

Gemeinsames EU-Büro mit der Freien und Hansestadt Hamburg	0911-TG 61	Gesundheitsfürsorge für Gefangene	0903-536 61-TG 61
		Gesundheitswesen, öffentliches (Gesundheit)	1002
Gemeinsames Prüfungsamt der Länder Hamburg, Bremen und Schleswig-Holstein für die Große Juristische Staatsprüfung	0902-632 04	Gesundheitswirtschaft, Landesinitiative	0601-533 02 1002-535 02
Gemeinsames Prüfungsamt für die Zulassung von Rechtsan- wältinnen aus der EU in Berlin	0902-632 08	Gewährleistungen	1104-111 01 -111 02 -382 01 -982 01 -MG 01
Gemeinschaftsaufgabe, - Ausbau und Neubau von Hoch- schulen	1212	- Inanspruchnahme aus -	
- Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes	1320	Gewässergüte	
- Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur	0612 - MG 03	- Förderung nach dem Abwasser- abgabengesetz	1315
		- Wassergütestelle Elbe	1315-632 05-MG 01
Gemeinschaftseinrichtungen der Länder im Bereich des Gesund- heitswesens	1002-MG 01	Gewässerunterhaltung	1315
Gemeinschaftsinitiativen EU		Gewalttaten, Entschädigungen für Opfer von -	1003-MG 01 -633 08
Gemeinschaftsschulen	0715	Gewerbeansiedlung	zu 0602-682 01-MG 06
Gentechnik	1312-533 03	Gewerbesteuerumlage	1101-017 01
Georg-Eckert-Institut für Internationale Schulbuchforschung	0717-632 01	Giftinformation	zu 1002-632 02-MG 01
Gerichte der ordentlichen Gerichts- barkeit	0902	Giftinformationszentrale Nord (GIZ Nord) an der Universität Göttingen	1002-632 02-MG 01
Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit	0905	GKSS-Forschungszentrum Geesthacht GmbH	0623-TG 63
Gerichte der Verwaltungsgerichts- barkeit	0904	Gleichstellung	0912
Geräte, Büro usw.	alle Titel 511, 812	Globale Minderausgaben	alle Titel 972 01, 972 02, 972 05 alle Titel 549 01 alle Titel 462 01
Gerichts- und ähnliche Kosten	alle Titel 526 01	Glücksspirale	1111-122 06 -684 14
Gerichtsvollzieherentschädigungen	0902-459 02	GMSH, Leistungsentgelte an die -	1220-533 21 1220-682 21 alle Titel 533 99 alle Titel 517 91
Gesamtschulen	0715 1102-883 11-MG 01	Bewirtschaftung - Kostenerstattung an die - für Organ- leihe Landesbau Bundesbau Mieten - Wirtschaftsplan -	1211-713 36 MG 01 alle Titel 518 91
Geschäftsbedarf	alle Titel 511		zu Anlage zum Kap. 1211 0506-121 02
Gesellschaft für Betriebswirtschaft zu Kiel e.V.	0601-686 05-MG 01	Graduiertenkollegs	0620-684 14-MG 01
Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit in Schleswig-Holstein	0702-684 04	Grenzverbände	0740-MG 07
Gesellschaft zur Verwaltung und Finanzierung von Beteiligungen des Landes Schleswig-Holstein	1111-671 02	Grenzverein	0740-686 01-MG 07
Anschlußfinanzierung aus der Schulden- übernahme	1116-325 03-MG 01	Grundbuch (Grundbuchautomation)	Kap 1103
Zinsausgaben	1116-575 02-MG 02	Grunderwerb	Landeswald 1212-alle Titel 821
Tilgung	1116-595 02-MG 03	Grunderwerbsteuer	1101-053 01, 02
Gesetz- und Verordnungsblatt für Schleswig-Holstein	0401-531 03	Grundschulen	0711
Gesundheitsberichterstattung	1002-TG 68		
Gesundheit am Arbeitsplatz (GESA)	1004-546 01		
Gesundheitserziehung	0710-TG 61		

## Sachverzeichnis

Grundsicherung	1005-231 01	Hanse-Office, Brüssel	0311-ETG 61
	633 10		
Zuweisungen zu den Lasten der -	1102-633 11	Hauptschulen	0711
Grundstücksveräußerungen	1111-131 01	Hausdienstvergütungen	0902-427 04
	SV Landeswald		0904-427 04
	1209-131 02		0908-427 04
	1212-131 01		
Grundwasserentnahmeabgabe	1315-MG 21,22,23	Haushaltsvollzug, automatisierter -	Kap. 1103
	1316-099 02		
	1320-099 02	Havariekommando	zu 1002-TG 65
	1320 MG 06		0410-TG 65
Grundwasserschutz und Grundwasserbewirtschaftung	1315-MG 21, 22, 23	Heilfürsorge	
		- für die Polizeivollzugsbeamten	0410-443 02
Grundwasseruntersuchung	1315	- Abrechnung von Leistungen	0410-533 03
Gütezeichen	1319-685 61-TG 61	Heimarbeitsgesetz	zu 1001-526 03
Gustav-Heinemann-Bildungsstätte, Gesellschaft f. Politik u. Bildung S-H e.V. 0706-68412-MG 01		Heimatpflege	0740-MG 11
		Heimvolkshochschulen	0705-684 01
Gutachten,		Heimvolkshochschule Jaruplund	0740-684 18-MG 07
- Kosten für -	alle Titel 526 99		
- Bereich Wirtschaft, Technologie und Verkehr	zu 0601-526 99	Helmholz-Zentrum Geesthacht	
- Gemeinschaftsaufgabe	zu 0612-526 99 MG 03	Zentrum für Material- u. Küstenforschung	0623-TG 63
- Gutachterstelle für Kastration	1002-671 01	Hermann-Ehlers-Stiftung e.V.	zu 0705-68412-MG 02
Gutachterausschüsse	0403-526 03	Hesterberg,	
		- Volkskundliche Sammlungen	zu 0740-MG 02
Gymnasien	0714	- Sonderschule	1002-671 02
GZA	1012-632 01		-892 01
			-683 01
		Hilfskasse der Abgeordneten	0101-684 04
		Hochbaumaßnahmen des Landes	Epl. 12
		Hochschulen	0620-MG 06
Hafengesellschaft Glückstadt mbH & Co. KG (HGG)	zu 0614	Hochschule für Verwaltungs- wissenschaften Speyer	0301-632 63-TG 63
	0614-533 62-TG 62		
Häfen, landeseigene - (vgl. auch "Fähren")	0614	Hochschul-Informations- System GmbH (HIS)	0620-685 11-MG 01
- Einnahmen	0614-ETG 62	Hochschulpakt 2020	
	-129 01, -131 01,		0620 - 685 01
	-132 01		0620 - 685 03
Härteausgleichsfonds, NS-Opfer	zu 1005-681 01	Hochschulrektorenkonferenz - HRK -	0620-685 12-MG 01
	1005-MG 12		
Haftkostenbeiträge der Gefangenen	0903-111 02	Hochschulvereinbarung Schl.-H.	0620-685 75
		Hochschulversuche	0620-TG 61
Haithabu, Wikinger-Museum	zu 0740-MG 02		
Bewerbung UNESCO-Weltkulturerbe	zu 0740-534 02 MG 15		
Halligprogramm	1313 MG 20 + 23		
Hamburg,			
- Maßnahmen in der Metropolregion -	0401-TG 69		
- Unterstützung des sozialen Wohnungsbaus in der Metropolregion	0401-TG 69		
- grenzüberschreitende Maßnahmen in der Metropolregion -	0401-TG 71		
- Ausgleichsleistungen für grenzüberschreitenden Schulbesuch	0710-632 02		
- Regionalisierungsmittel aus -	0607-232 01		
Handelsklassenüberwachung	1319-526 07		



## Sachverzeichnis

		<b>!</b>		
			Integrationsmaßnahmen für Migrantinnen und Migranten	0913-MG 02
IGLU	0710-232 01			
	0710-537 05 MG 05		Integrierte Schutzkonzepte, Erarbeitung und Umsetzung von	1318-MG 03
Impfeschäden, Leistungen für -	1003-633 07			
	-681 01			
Impfstoffe Bevorratung	1002 - 534 02 MG 06		Integrierte Stationen	1313
Industrieansiedlung, Industrie- gelände,			Internationale Grundschul-Leseunter- suchung (IGLU)	0710-232 01, 0710-538 05-MG 05, -632 57-MG 05
- Werbemaßnahmen	0612-535 01-MG 06			
- Erwerb, Erschließung und Vor- haltung von Grundstücken	0612-MG 05		INTERREG	0311 671 01 - 02 0311 632 04
	zu 0612-883 01			
			Investitionen Schulbau	0710-MG 22
Infektionsschutzgesetz	1003-633 07, -681 01		Investitionsprogramm	
	-681 06		„Kinderbetreuungsfinanzierung“	0704 - 331 01
			-Erstattung Verwaltungskosten	0704 - 633 04
Informationsdienst des Nationalparkamtes	1315-TG 61		Investitionsprogramm „Kulturelles Erbe“	0740 - 893 21 MG 02
Informationstechnik (IT)	Kap. 1103			0740 - 893 09 MG 15 0740 - 893 06 MG 15 0740 - 893 07 MG 15 0745 - 893 01 0745 - 893 06 0740 - 893 41 MG 04 1203 - 712 02
Informations- und Beratungswesen des mittelständischen Gewerbes	0612-MG 04			
Initiative Kinder- und Jugendkulturarbeit	0740 - 686 10 MG 14			
Innenministerium	0401		Investitionsprogramm	
Innenministerkonferenz	0401-632 01		Justizvollzug	1209
Innovation	0613-MG 07		IT-Harmonisierung	1102-359 05 1102-919 01
Innovationsstiftung S-H	1111-298 01		IT-Maßnahmen	Kap. 1103
Innovative Maßnahmen EU-Programm	0613-346 08		- Ausgaben für - “Informationstechnik (IT)“	
	zu 0613-MG 08			
				<b>J</b>
Insolvenzberatung	1004-633 06		JAA Moltsfelde, Neubau	1209-TG 70
	684 02			
Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften	0623-TG 67		JA Schleswig	1209-TG 71
			Jagd	1314-099 04 -ATG 70
Institut für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht (FWU), gemeinnützige GmbH	0717-632 03		Japan, Präfektur Hyogo	
			partnerschaftliche Zusammenarbeit	zu 0601-534 04-MG 05
Institut für Krebsepidemiologie e.V.	1002-686 67-TG 67		Jazz Baltica	zu 0306-684 48 MG 13
	-892 67-TG 67		Johanniter-Unfall-Hilfe	zu 0410-684 67-TG 67
			Jüdische Friedhöfe	0401-231 05 -633 03
Institut für medizinische und pharma- zeutische Prüfungsfragen, Mainz (IMPP)	1002-685 02-MG 01		Jüdische Landesverbände	0702-684 02
Institut für Meereswissenschaften	0623-TG 62		Jüdisches Museum Rendsburg	zu 0740-MG 02
Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen Schleswig-Holstein (IQSH)	0717		Jugendarbeit	1012-MG 03
Institut für Qualitätsentwicklung im Bildungsbereich (IQB)	0710-632 58-MG 05		Jugendarbeitsschutzgesetz	zu 1001-526 03
Institut für Siliziumtechnologie (ISiT)	zu 0613-MG 07		Jugendarrestanstalt	0903
	zu 0613-685 11-MG 07		Jugendaufbauwerk (JAW)	1006-MG 01
Institut für Weltwirtschaft - Zentralbibliothek und Wirt- schaftsarchiv	0623-TG 68 und TG 69		Jugendbildung, Förderung der außerschulischen -	1012-MG 03
Integrationsämter nach dem SGB IX	zu 1003-526 03			

## Sachverzeichnis

Jugendfeuerwehren	0405	Kinderschutzzentrum	zu	1012-633 03-MG 06
Jugendhilfemaßnahmen		Kinderschutzgesetz	zu	1012-MG 02
- Zuweisungen des Bundes	1012-231 03			
- Erstattungen aus EU-Programm	1012-271 01	Kindertageseinrichtungen		0704
- präventive Maßnahmen, Finanzierungsbeteiligung gemäß JuFöG	1012-MG 06	Kirchenangelegenheiten		0702
- investive Maßn.	1012-MG 05			
Jugendliche, Ausbildung und Betreuung benachteiligter Jugendlicher im dualen System	0612-686 23-MG 02	Kirchensteuer, Erstattung von Verwaltungsausgaben	zu	0505-261 01
Jugendpflege	1012	Kloster Cismar	zu	0740-MG 02
Jugendpresse	0705-684 16-MG 02	Kloster Uetersen		1111-684 01
Jugendschutzmaßnahmen	1012-MG 03 1012-MG 06 1102-633 08	Körperschaftsteuer		1101-014 01
Jugendverbände	1012-684 09-MG 03	Kommunaler Finanzausgleich		1102 -MG 01, 02, 03
Jugendwaldheime	1314	Kommunaler Investitionsfonds		1320-359 01 1102-359 01, -359 04 Anlage 1 zum Kap. 1102
Jung Europäische Förderalisten	zu 0311-684 06	Kommunalwahl		0401-231 03 0401-541 01
Justizvollzugsanstalten	0903	Kompetenznetzwerk für Bibliotheken	zu	0740-282 07, 685 34-MG 06
JVA Flensburg	1209-TG 86	Konferenz der peripheren Küstenregionen		0911-684 05
JVA Neumünster	1209-TG 85	Konjunkturpaket II		1111-MG 03
JVA Kiel	1209-TG 69	Konsolidierungshilfen		1102-211 02
JVA Lübeck	1209-TG 81	Kooperation mit osteuropäischen Ländern		0401-529 02
	<b><u>K</u></b>	Kooperation Personaldienste SH - HH		0301-TG 64
Kassenüberschüsse, Zinsen für -	zu 1111-119 07	Koordinierungsstelle für Kulturgutverluste		0306-632 02
Kassenverstärkungskredite, Zinsen für -	1116-575 04-MG 01	Koordinierungsstelle soziale Hilfen		1005-633 01
Katasterämter	0403	Kosten- und Leistungsrechnung in der Landesverwaltung, - Einführung einer -		Kap 1103
Katastrophen- und Feuerschutz auf der Unterelbe	0405-ETG 62 -ATG 62	Kraftfahrzeugsteuer		1101-054 01
Katastrophenschutz, Amt für -	0410-TG 67	Ausgleichszuweisungen des Bundes		1101-211 02
Kieler Flughafengesellschaft mbH	0614-682 11 0506-693 01	Kraftfahrzeugunfälle		1111-Einn. MG 01 1111-Ausg. MG 01
Kieler Woche	zu 0301-529 02 -684 04	Krankenhäuser, - Universitätsklinikum SH, Baumaßnahmen Baumaßnahmen - Prüfung von -	zu	0620-MG 02 1212-TG 79 1212-TG 75 1002-111 01 -526 08
Kinder	1012	Krankenhausfinanzierung		1002-232 02 - MG 03
Beitragsfreies Kindergartenjahr Förderung unter 3jähriger in Tageseinrichtungen	1102-633 14 1102-633 12	Krankenkassen, Erstattung von Verwaltungsausgaben für die Prüfung der -		1001-236 01
Förderung von Kindertageseinrichtungen	1111-633 26 (MG 02)	Krebsregister		1002-TG 67
Kinder-Jugendhilfe	1012-MG 01			
Kinder- und Jugendberufshilfe	1012-685 02-MG 03			
Kinder- und Jugendbuchwochen	0740-684 26-MG 06			
Kinderkrebsregister	zu 1002-534 62-TG 62			

## Sachverzeichnis

Kreditmarktmittel, - Aufnahme - Zinsen - Tilgung	1116-EMG 01 1116-AMG 01 1116-AMG 03	Landesamt für Denkmalpflege Landesamt für Natur und Umwelt	0745 1303
Kreiselternvertretungen	0704 - 535 01	Landesbetrieb für Küstenschutz	1315 - 685 04 - 06
Kreisstraßen	1102-633 21-MG 02 -883 22-MG 02	Landesamt für Landwirtschaft	1354
Kriegsgräberfürsorge	0401-231 04 0401-536 02 -633 02 -685 01	Landes-Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände Schleswig-Holstein e.V.	zu 1005-TG 62 1005-684 04
Kriegsmunition	zu 0410-TG 68 0410-TG 68	Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultur Schleswig-Holstein	0740-684 54-MG 14
Kriegsopferfürsorge	zu 1003-182 01 zu -162 01 zu -231 03 -631 04 -633 04 -681 10 -863 03	Landesarbeitsgericht Landesarchiv	0909 0742
Kriminalitätsverhütung	0410-TG 66	Landesausschuss für Jugendarbeitsschutz	zu 1001-526 03
Kriminaltechnik	0410-TG 71	Landesbeauftragter für Datenschutz	0102
Kriminologische Zentralstelle	0902-632 07	- Unabhängiges Landeszentrum für Datenschutz	
Küstenschutz	1320-231 07-MG 01 1320-MG 08 1320-346 10-MG 03	Landesbeauftragter für Menschen mit Behinderung	Epl. 01
Küstenschutzabgabe	1315-099 05 1315-637 01 1315-637 02	Finanzverwaltungsamt Bezügezahlung Landeskasse	0507 0502
Kulturförderung	0740	Landesbetrieb „Landeslabor Schl.-Holst.“	1319-MG 03 Anlage zum Kap. 1319
Kulturstiftung der Länder	0740-685 06	Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr SH	Kap. 0614 - MG 04
Kultusministerkonferenz	0710-632 51-MG 05	Landesbetrieb „Vollzugliches Arbeitswesen“	0903-121 03, -261 01 0903-671 01, -682 01
Kulturtouristische Initiativen	0740 - 686 09 MG 14	Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz Schleswig-Holstein	1315 - 685 02 bis 05 1315 - 891 01 1315 - 894 04-06
Kulturzentrum Slesvighus Kunstdenkmäler	0740-686 02 MG 07 0745-893 01		
Kunst im öffentlichen Raum	0740-684 58-MG 09, 812 05-MG 09	Landesbibliothek	0743
Kunst- und Kunsthandwerk	0101-523 01	Landesblindengeld	zu 1005-633 02
Kunstpreis des Landes	0740-681 02-MG 14	Landeselternbeiräte	0710-538 06-MG 06
Kuratorium für Forschung im Küsteningenieurwesen	1315-685 01	Landeselternvertretung Landesfeuerwehrschule	0704-535 01 0405
	<u>L</u>	Landesfeuerwehrverband Schleswig-Holstein e.V. - Sozialfonds - - Zuschuss für die Ausbildungsstätte Rendsburg	0405-684 61 0405-686 61
Landarbeiter, - Anpassungshilfen	1320-681 02-MG 07	Landesfrauenrat	0912-684 06-MG 02
Länderfinanzausgleich	1102-212 01 -612 01	Landesgeschichte	0740-MG 11
Länderausschuss für Arbeitsschutz und Sicherheitstechnik (LASI)	1004-TG 61 1004-232 01	Landesgeschichtliche Sammlung Landesgesundheitsbericht	0743-523 02 zu 1002-TG 68
Landesamt für Ausländer- angelegenheiten	0913-TG 65	Landeshaushaltsplan/-haushaltsrechnung, Druckkosten	0502-511 02

## Sachverzeichnis

Landesinitiative Bürgergesellschaft	1012-MG 14 1012-119 01	Landtag - Veranstaltungen	0101 0101-534 01 -536 01
Landesjugendamt	1012	Landtagsfraktionen	zu 0101-MG 05
Landesjugendhilfeplanung	1012-546 01-MG 01	Landtagswahl	0401-541 02
Landesjugendring	1012-684 10-MG 03	Landwirtschaftliche Alterskasse	1004-636 01
Landeskasse Schleswig-Holstein	0502	Landwirtschaftliches Beratungswesen	1317-685 28-MG 22
Landeskriminalamt	0410	Landwirtschaftliche Gebäude, Um- und Ausbauten ehemaliger -	1320-MG 10
Landeskulturzentrum Salzau	0740-MG 04	Landwirtschaftliche Siedlung	1320-MG 03
Landeskulturverband	0740-684 60-MG 14	Landwirtschaftliche Versuchs- betriebe der Universität Kiel	Anlage zum Epl. 06
Landesförderzentren für Behinderte	1009 1010	Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein	zu 0505-261 01 1317 MG 21
Landeslabor	1319-EMG 03 1319-AMG 03 Anlage zum Kap. 1319	LEADER , EU	1317-271 11 1317-892 02, 05 0602-346 05, -TG 71
Landesmuseum	zu 0740-MG 02	Leasingraten für - Chefwagen - Polizeifahrzeuge - Leasing-Vorhaben - Teilerweiterung der Verwaltungsfachhochschule, Altenholz	alle Titel 518 99 0410-518 99 1212-TG 70
Landesmusikrat	0740-684 06-MG 08	Lehrantsprüfungen	0710-MG 02
Landesnaturschutzverband Schleswig-Holstein e.V.	1313-685 05-MG 04 Anlage zum Kap. 1313	Lehrerfortbildung	0717-MG 01
Landespflegeausschuss	zu 1001-526 03	Lehrplanausschüsse	0717-TG 63
Landesplanung	0401-MG 06	Leibniz-Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften	0623-TG 67
Landespolizeiamt	0410	Leibniz-Institut für Meereswissenschaften	0623-TG 62
Landesrechnungshof	0201	Leistungen - an Abgeordnete - nach dem Parteiengesetz	0101-MG 02 0101-684 02
Landesschulbauprogramm	0710-MG 22	Leistungsentgelte zentrale Kurierdienste	1220-511 02
Landesschülervertretungen	0710-539 06 -MG 06	Leseförderung	0740-684 26-MG 06
Landesseniorenrat	1005-684 15-MG 03	Liegenschaften, Übertragung an die I-Bank	1111-TG 61
Landessozialgericht	0905	Liegenschaftsverwaltung S-H (LVSH) „Zuschüsse an die -	1203-894 01 1209-894 01 1209-894 02 1211-894 01 1204-894 01 - 894 04 1206-894 01
Landessportverband	0402-684 02	Anschlussfinanzierung aus der Schuldenübernahme der LVSH	1116-325-MG 01
Landessteuern	1101	Zinsausgaben aus der Schuldenübernahme der LVSH	1116-57505-MG 01
Landesverband der Musikschulen in SH e.V.	0740-684 08-MG 08	Tilgung Kreditmarkt aus der Schuldenübernahme der LVSH	1116-59504-MG 03
Landesverband des Bundesverbandes Bildender Künstler	0740-684 21 MG 09	Linderung von Notständen in besonderen Härtefällen	0301-681 01
Landesvereinigung für Gesundheitsförderung e.V.	zu 1002-684 62-TG 62		
Landesvermessungsamt	0403		
Landesvertretung in Berlin	1203-TG 62		
Landeswahlbeauftragter für die Durch- führung der Wahlen zu den Organen der Sozialversicherung	1004-526 06		
Landesweite Verkehrsservice- gesellschaft mbH (LVS)	0614-682 09		
- Wirtschaftsplan			
Landeszentrale für politische Bildung	Epl. 01		
Landgerichte	0902		

## Sachverzeichnis

Literatur	0740-MG 06	Mieten und Pachten für	
Literaturförderung	0740-684 34-MG 06	- Grundstücke, Gebäude	Kap. 1220
Lohnsteuer	1101-011 01	und Räume	alle Titel 518 01
Lohnsteuerhilfverein,		- von der GMSH	Kap. 1220
Gebühren für die Anerkennung als -	0505-111 04	angemietete ...	alle Titel 518 91
Losbrieflotterie	1111-122 08	- Maschinen, Geräte	alle Titel 518 02, 518 99
Lotteriesteuer	1101-057 01	und Fahrzeuge	
Luftsportverband Schleswig-Holstein,	0614-671 01	Mietwohnungen, Einnahmen aus -	alle Titel 124
Kostenbeitrag für Überwachungs- und Sicherungsaufgaben		Migrationssozialberatung	
		- Integration von	0407-MG 02
		- Aufnahme und Verteilung	0407-TG 62
		- Rückführung	0407-534 62
		- Sprachkurse	0407-684 05-MG 02
		Migrationssozialberatung	0407-684 15-MG 02
		Milchleistungsprüfungen	zu 1317-684 31-MG 30
		Minderheitenförderung	0740-MG 07
Mädchenarbeit	1012-684 09-MG 03 1012-684 10-MG 03	Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit,	1001
Malteser-Hilfsdienst	zu 0410-684 67-TG 67	Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Integration	0901
Markt- und standortangepasste Landbewirtschaftung	1320-683 04-MG 03	Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume	1301
Marktpflege für Emissionen des Landes	1116-595 01-MG 03	Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr	0601
- Kosten der -	1116-547 01-MG 05	Ministerium für Bildung und Kultur	0701
Marktstruktur,		Ministerpräsident, Staatskanzlei	0301
- Verbesserung der -	1320-231 03-MG 01 -MG 04	Mittagsbetreuung an G8-Gymnasien	0710-684 19 MG 17
- -gesetz	1320-683 07-MG 04 -892 11-MG 04	Mittelbewirtschaftungssystem, neues	Kap. 1103
Marktüberwachung von Bauprodukten	0401-533 02	Modernisierung der Pharmazie an der CAU Kiel	1206-TG 61
Maßnahmen auf Grund der Umorganisation in der Forstverwaltung	1213-MG 01	Modernisierung der Verwaltung	0401-TG 61 1111-534 01
Maßregelvollzug	1002-236 01 1002-MG 08	Modulation	1320-EMG 04 -AMG 14
Max-Planck-Gesellschaft	0623-685 12-MG 01	Monitoring Natura 2000	1313-533 01 1315 534 09
Medienförderung	0740-MG 12	Multimar-Wattforum	Anl. zu 1315 LKN
Medikamentengestütztes Therapiekonzept	1002-671 61-TG 61	Multimedia und Informationswirtschaft	0613-MG 08
Meeresverschmutzung Bekämpfung der -	1301-231 01 1315-MG 04	Muschelmonitoring	1315-TG 63
Mehrarbeitsvergütung der beamteten Lehrkräfte	zu 0711-422 01, zu 0712-422 01, zu 0713-422 01, zu 0714-422 01, zu 0715-422 01, zu 0716-422 01,	Museenförderung	0740-MG 15
"Meister-BAFÖG"	0616-MG 03	Musikfestival Schleswig-Holstein	0740-684 10-MG 08
Mensabetriebe der Hochschulen	zu 0624-681 32-MG 03	Musikförderung	0740-MG 08
Messcontainer, Beschaffung von -	1312-812 62-TG 62	Musikhochschule Lübeck	zu 0620-MG 06
Metropolregion Hamburg	0401 TG 69, -TG 71	Musikschulen	0740-684 09-MG 08

## Sachverzeichnis

Muthesius-Hochschule, Fachhochschule für Kunst und Gestaltung, Kiel - Baumaßnahmen -	zu	0620-MG 06 1212-TG 83	Nordelbische Ev.-luth. Kirche	zu	0702-684 01
			Nordfriesisches Institut e.V.		0740-684 59-MG 07
			Nordfriesische Verkehrsbetriebe AG		Anlage VI zum Epl. 06
			Nordische Filmtage		0740-684 45-MG 12
			Nordschleswig		0708
			Nordwestdeutsche Klassenlotterie		1111-123 01
			Normenausschuss Bauwesen		0401-632 05
			Nothafenanlagen		0614-231 62 -ATG 62
			Notrufeinrichtungen	zu	0410-511 01 -812 02
			NS-Opfer, - Entschädigung an - - Verfolgung von NS-Gewalttaten		1003-681 07 0908-632 02
			Nutzungsbeschränkungen, Entschädigung für -		1313-681 01 MG 01 -681 02 MG 01
NATURA 2000		1313 MG 01			
Netzwerk deutsche Gesundheitsregionen zu		1002-684 01			
					<u>O</u>
Naturnahe Umgestaltung der Fließgewässer		1315	Oberflächenwasserabgabe		1313-, 1315-, 1316-099 05
Naturschutz - Stiftung		1313 1313 Anlage zu Kap. 1313	Oberlandesgericht		0902
Nebenbeschäftigungen, Ablieferungen aus -		alle Titel 119 03	Oberverwaltungsgericht Schleswig		0904
Nettokreditaufnahme Konjunkturell bedingte Nettokreditaufnahme		1116-325 01-MG 01 1116-32504-MG 01	Oddset-Wette		1111-122 04
Neurotraumatologie und Neurologie, Krankenhaus Malente (August-Bier-Klinik)	zu	1002-662 01	Öffentlicher Personennahverkehr		0614
Neuverschuldung Konjunkturell bedingte Nettokreditaufnahme		1116-325 01-MG 01 1116-32504 MG 01	Öffentlichkeitsarbeit - des Landtages - der Landesregierung - der Ministerien		0101-531 06 MG 06 0301-531 02 0401-531 02 0501-531 02 0601-531 02 0701-531 02 0901-531 02 1001-531 02 1301-531 02 0740-531 03-MG 15 0410-531 02 1005-531 03-MG 03 1005-531 05-MG 09 0416-531 02
Neuwaldbildung		1314-685 01			
Niederdeutsche Sprache		0740-684 42-MG 11	- für Museen - der Polizei - Seniorenpolitische Maßnahmen - Landesinitiative Bürgergesellschaft - Wohnungs- u. Städtebau		
Niederdeutscher Bühnenbund		0306-684 39-MG 10	Ölunfallbekämpfung/ Meeresverschmutzung		1315 MG 04
NOKIS-Metadaten-Informationssystem		1315-231 01, -271 04 1315-TG 64	ÖPP - Finanzierungen des Landes Hochbau		1222
Norddeutsche Blindenhörbücherei e.V.		1005-684 08	Opfer des DDR/SED-Regimes		1003-MG 04, 05 1005-MG 02
Norddeutsche Kooperation im Bereich Gesundheitswesen		1002-632 02-MG 01	Opfer des Nationalsozialismus		1004-MG 08, 09, 10
Norddeutsches Zentrum zur Weiterentwicklung der Pflege		1002-232 01 -MG 02	Opfer von Gewalttaten		1003-MG 01 -633 08 0902-684 07 0902-684 11
			Opferschutzstiftung		

## Sachverzeichnis

Orden und Ehrenzeichen	0301-534 02	Politische Bildung	0101-539 06-MG 06
		Polizei	0410
Ostsee-Jugendkonferenz	1012-684 07-MG 03	Polizeidiensthunde	zu 0410-511 01
Ostseekooperation - kulturelle	0740-684 49-MG 13	Polizeigewahrsam	0410-539 01
Ostseeraum, - Errichtung und Unterhaltung von ständigen Repräsentanzen im - - Zusammenarbeit mit den Partnerschaftsprovinzen	0911-632 03-MG 11 zu 0601-534 04-MG 05	Polizei - Big Band	0410-125 02 -TG 62
Overbeck-Gesellschaft	0740-684 16-MG 09	Portfolio „Ergebnis-Risiko- Steuerung Zinsausgaben“	1116 Anlage zum Kap. 1116
	<b><u>P</u></b>	Post- und Fernmeldegebühren	alle Titel 511
Parlamentarische Kontrollorgane	0101-412 01	Preußischer Kulturbesitz, Stiftung	0740-685 02
Parlamentarische Vertreter der Minister, Aufwandsentschädigung für -	alle Titel 411 01 außer 0101-411 01-MG 02	Primärprävention zur Verhinderung sexueller Übergriffe auf Kinder	0902-68501
Parlamentsspiegel	0101-632 01	Private Fachhochschule Wedel, staatlich anerkannte -	0620-TG 71, 892 65
Parteien, - Erstattung der Wahlkampfkosten	0101-684 02	Pro-Familia-Deutsche Gesellschaft für Familienplanung	zu 1012-684 12-MG 04
Partner-Aktion Schleswig-Holstein für Verkehrssicherheit	zu 0614-MG 03	Projekt „chiffren“	0740-535 MG 08
Pauschalabfindungen für Polizeibeamte	0410-459 03	Projekte der Entwicklungs- zusammenarbeit	1318-MG 03
Pays de la Loire, Frankreich partnerschaftliche Zusammenarbeit	zu 0911-684 08	Projekte des Datenschutzes - „AN.ON-Starke Unbeobachtbarkeit und Anonymität im Internet“ - „PRIME“ - „ULD-“ - „FIDIS“ - „Ubiquitäres Computing“	0102-MG 09 0102-MG 11 0102-MG 12 0102-MG 13 0102-MG 14
Personalratsmitglieder, - Reisekostenvergütungen für -	alle Titel 527 01	Projekte im Rahmen der Gentechnik	1312-533 03
Personennahverkehr, öffentlicher -	0614-231 01 -232 01 -331 01 -331 04 -MG 02, -TG 65	Prozesskosten, Erstattung der -	alle Titel 111 02
- Ausgleichsleistungen im Ausbildungsverkehr	0614-TG 71 -682 03-MG 02 -683 03-MG 02	Prozesskostenhilfe	zu 0902-526 11 0904-526 11
Personenschutz	zu 0410-TG 64	Prüfungsausschuss f. Abnahme der Prüfung „Geprüfte Fachkraft zur Arbeits- u. Berufsfördg. in Werk- stätten“	1005-526 03
Personenverkehr, Beförderung Schwerbehinderter	0614-TG 73 -682 04-MG 02 -683 04-MG 02	Prüfungsausschuss für Wirtschafts- prüfer und vereidigte Buchprüfer	0601-632 02-MG 01
Pflanzenschutz	1317	Prüfungsvergütungen	0505-427 05 0505-525 03 0902-525 03 0903-525 03 zu 1003-525 01
Pflegeinfrastruktur	1004-MG 01	Psychiatrische Versorgung, Ausbau der dezentralen -	1002-684 03 1002-633 04 1002-684 04 1002-684 61 TG 61
Pflegeleistungen	1106-MG 01		
Pflege Plus	1004-MG 01		
Pflegestellen	1009-681 01		
PISA	0710-536 05-MG 05 -632 55-MG 05		

## Sachverzeichnis

			Reisekosten -Schulausflüge	alle Titel 527 0710-MG 03
Qualifizierungsmaßnahmen der Betriebe im Bereich Berufliche Bildung	0616-685 12-MG 02, -MG 03		Reisekosten der Abgeordneten	0101-411 07-MG 02
Qualitätsförderung	1319-TG 61		Religionsunterricht	zu 0710-671 11-MG 04
Qualitätssicherungssysteme (Qualitätstore)	1319-686 61-TG 61		Rennwettsteuer	1101-055 01, -056 01
Qualitätssicherung, Weiterentwicklung der (Schulbereich)	0717-MG 02 0710-MG 21		Repräsentanzen im Ostseeraum	0311-632 03
Qualitäts-/Wirt.prüfungen in Einrichtungen nach SGB XII	1005-526 09		Repräsentationsmittel	0301-529 02
			Römisch-katholische Kirche	zu 0702-684 01
			Rücklagen Zuführung an -	1111-MG 10 1116-MG 02 alle Titel der Obergruppe 91
			Entnahmen aus -	1111-MG 10 1116-MG 02 alle Titel der Obergruppe 35
RADOST	1315 231 04		Ruhegehälter	1105-431 01, -432 01 bis -432 29
Rat zur Kriminalitätsverhütung	0410-TG 66		Ruhegelder, Ruhelöhne usw. auf Grund besonderer Verpflichtungen	1105-439 02
Raumbedarfsdeckung des Landes Raumordnung, - Pläne	Kap. 1220 0401-MG 06 0401-531 06-MG 06			
Realschulen	0713			
Rechtsberatungshilfe	0902-526 16			
Rechtsschutz der Polizeibeamten	zu 0410-526 01			
Rechtssachen, Auslagen in -	0902-526 11 bis -526 17 0904-526 11 0905-526 11 bis -526 13 0906-526 11 0908-526 13 bis -526 15 0909-526 11		Sabbatjahr	zu 916 05
Regierungs- und Vereinigungs- kriminalität	0410-632 06		Salzau, Landeskulturzentrum	0740-MG 04
Regionale Berufsbildungszentren (RBZ)	zu 0716 0710-883 02 0716 - 359 08 535 01, 685 01		Sanierungs- und Entwicklungsmaß- nahmen in Städten und Dörfern	0416-883 01-MG 04 -883 02-MG 04
Regionalisierung ÖPNV	0614-231 01 -232 01 -331 04 -MG 02		Sanierungsuntersuchungen	1002-119 02 1002-TG 64
Regionalleitstellen, - polizeiliche	1204-TG 75		Seemannsämter	0614-111 03
Regionalschulen	0713		Seemannsschule, Schleswig-Holsteinische -	0614-ETG 64 -ATG 64 1206 - 712 23
Registerautomation	Kap. 1103		Seniorenpolitische Maßnahmen	1012-MG11
Rehabilitations- und Behinderten- sportverband Schleswig-Holstein e.V.	1003-671 03 1005-684 11		SEPIA (Sektorale Entwicklungspartner- schaft in der Altenhilfe)	zu 1002-272 01 -MG 05
Rehabilitierungsgesetz, Berufliches -	zu 1005-MG 02		Seuchenbekämpfung	zu 1002-TG 62
Strafrechtliches -	zu 1003-231 03 -MG 04 -MG 05		Sicherheitsanlagen	0903-511 02
Verwaltungsrechtliches -			Siedlerschule Neumünster	zu 0416-162 04 -182 04
			Siliziumtechnologie, Fraunhofer-Institut für -	zu 0613-MG 07 zu 0613-685 11-MG 07
			Sinti und Roma - Förderung der Beratung - Kulturarbeit	0740 686 08-MG 07 0740-686 07-MG 07



## Sachverzeichnis

Smog-Frühwarnsystem	1312-534 62-TG 62	Spruchstellen (Landeskleingarten- spruchsstelle, Flurbereinigung)	zu	1317-526 30-MG 30
Sonderbedarfzuweisungen	1102-883 20-MG 02			
Sonderforschungsbereiche	zu 0623-685 13-MG 01	Suchtgefahren am Arbeitsplatz (Leitstelle)		1001-547 04
Sonderkuren für Polizeibeamte	0410-443 02	Suchtmittelmissbrauch, Bekämpfung des -		1002-TG 61 1002-381 01 1002-633 04 1002-684 03 1002-684 04
Sonderpädagogische Förderung	0712			
Soziale Lage, Berichte	1005-MG 10			
Soziale Stadt	0416-331 15 883 15+ 883 16	Super 6, Einnahmen aus der Zusatzlotterie		1111-122 05
Soziale Zwecke, Zuschüsse	1012-MG 13	Sydslesvigk Oplysningsforbund e.V.	zu	0705-684 12 MG 02
Sozialer Wohnungsbau/ Soziale Wohnraumförderung	0416			
Sozialgerichte	0905			<b><u>SCH</u></b>
Sozialgesetzliche Leistungen	zu 1005-671 03 -TG 65 1009-681 02	Schatzanweisungen, - Aufnahme von - - Zinsen für - - Tilgung von - - Marktpflege für -		1116-EMG 01 1116-575 01-MG 01 1116-595 01-MG 03 zu 1116-595 01-MG 03
Sozialordnung	1004			
Sozialpädagogen	0902-412 01 -459 03	Schiedsstelle im Bereich Jugendhilfe		1012-MG 08
Sozialstationen	zu 1005-TG 62	Schiedsstellen nach § 80 SGB XII und § 76 SGB XI	zu	1005-MG 01
Sozialvertrag	1005-684 04 1002 684 04	Schienenpersonennahverkehr, - öffentlicher		0614-231 01 -232 01 -233 01 -331 04 -MG 02 0614-693 02-MG 02
Sozialwesen	1005			
Soziokultur - Landesarbeitsgemeinschaft - Soziokulturelle Zentren	0740-684 54-MG 14 0740-893 05-MG 14	- Norderstedt		0614-693 02-MG 02
Spätaussiedlerangelegenheiten	zu 0913	Schienenverkehr, Untersuchungen		0614-533 03-MG 02 -534 01-MG 02 -633 03-MG 02 -682 05-MG 02
Speicherkataster	1316 TG 65			
Spenden - Einnahmen aus - - Hilfen aus zweckgebundenen -	0301-382 01 0301-982 01	Schiffahrtsanlagen, Unterhaltung und Betrieb		0614-ATG 62
Sperrwerke, - Unterhaltung	1315-MG 08	Schiffahrtsmedizin	zu	1002-632 02-MG 01
Spielbank Flensburg	zu 1101-093 01 bis -03	Schiffsbrandbekämpfung		0405-TG 62
Spielbank Kiel	zu 1101-093 01 bis -03	Schiffsentsorgung		0614-129 62 -534 62 -TG 62
Spielbank Schenefeld	zu 1101-093 01 bis -03	Schleswig-Holsteinische Anzeigen		0902-119 01 -531 03
Spielbank Travemünde	zu 1101-093 01 bis -03	Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek		0743
Spielbank Westerland	zu 1101-093 01 bis -03	Schleswig-Holsteinischer Blindenverein	zu	1005-TG 62
Spielbankabgabe und Gewinnabgabe	1101-093 01 bis -03 -633 01 bis -633 05	Schleswig-Holsteinische Landwirtschaftliche Alters- kasse, Abwicklung § 19 FELEG		1004-636 01
Spiel 77, Einnahmen aus dem -	1111-122 03	Schleswig-Holstein-Fonds		1111-893 01
Spitzenforschung, Förderung ausgewählter Forscher und Forscherguppen	zu 0623-685 13-MG 01	Schleswig-Holstein Musikfestival		0740-684 10-MG 08
Sportförderung	0402			
Sprachförderung, vorschulische	1102-633 10			

## Sachverzeichnis

Schleswig-Holsteinische Seemannsschule	0614-ETG 64 -ATG 64 1206 - 712 23	Schwerbehinderte Menschen, - Ausgleichsabgabe nach § 77 SGB IX (einschl. Sondervermögen)	0401-632 66-TG 66 Anlage zum Kap. 1003 0614-TG 73
Schleswig-Holsteinischer Heimatbund	0740-684 43-MG 11	- Erstattung der Fahrgeldausfälle	1003-MG 02
Schleswig-Holsteinischer Landtag	0101	- Wertmarken für unentgeltliche Beförderung	
Schleswig-Holstein-Tag	0301-684 01		
Schleswig-Holsteinische Vereinigung zur Bekämpfung von Tuberkulose und Lungenkrankheiten e.V.	zu 1001-684 02		
Schleswig-Holsteinisches Finanzgericht	0906	Staatliche Internatsschule für Hörgeschädigte in Schleswig	} <b>ST</b> 1009 / Anlage zum Kap. 1009 1010
Schutzgebietsbetreuung Schloss Eutin, Stiftung Restaurierung	zu 0740-684 55 MG 15 0745-893 06	Staatliche Internatsschule für Sprachbehinderte in Wentorf	
Schloss Glücksburg	0740-684 29 MG 15	Staatliche Internatsschule für Körperbehinderte in Raisdorf	
Schloss Gottorf	zu 0740-MG 02	Staatliche Schule für Körperbehinderte in Damp	
Schlüsselzuweisungen Schülerbeförderungskosten	1102-613 30-MG 03 0710-633 04, -633 02	Staatliche Schule für Sehgeschädigte in Schleswig	
Schulausflüge	0710-MG 03		
Schulbauaufonds	1102-MG 01	Staatliche Umweltämter	1310
Schulbausanierung	1111-TG 66	Staatsanwaltschaften	0908
Schuldendienst	1116-AMG 01 bis 04	Staatshaftung	0401-681 02
Schuldendiensthilfen - im Rahmen des Schulbau- sonderprogramms	0710-623 02	Staatskanzlei	0301
Schuldendiensthilfen an Fachkliniken Krankenhausfinanzierung Pflegeinfrastruktur Behinderteneinrichtungen	1002-662 02-MG 08 1002 623 02 MG 03 1004 661 01 MG 01 1005 662 01	Staatsschutzsenat der norddeutschen Länder in Niedersachsen, Kostenanteil	0902-63212
Schuldnerberatung	zu 1012-633 06 zu -684 02	Städtebauförderung - allg. Programm  - IB-Fonds - Soziale Stadt	0416-MG 04 0416-883 15-MG 04 -883 16-MG 04 0416-633 04-MG 04 0416-883 15-MG 04 -883 16-MG 04
Schuldscheindarlehen, - Aufnahme von - - Zinsen für - - Tilgung von -	1116-EMG 01 1116-575 01-MG 01 1116-595 01-MG 03	Standortmarketing- u. Image Kampagne	0602-546 01-MG 06
Schulentwicklung	0717-MG 05	Statistisches Amt Hamburg/ Schleswig-Holstein	0401-MG 07
Schulpsychologischer Dienst	0710-TG 61	Statistiken EU-/ - Erstellung von Bundes- und Landesstatistiken	0401-685 09-MG 07
Schutzgemeinschaft Deutscher Wald	zu 1314-684 12	Steuern	1101
Schutzimpfungen, Kosten für -	0903-443 03 0913 533 65 1002-681 62-TG 62	Steuerfahndungsdienst	0505-534 02
Schwangeren- und Familienhilfeänderungsgesetz	1012-636 01 -671 01	Steuerverwaltung	0505
		Stiftung Naturschutz Schleswig-Holstein	1313-686 02-MG 01 -893 01-MG 01 -894 01-MG 01 -894 02-MG 02 1315-893 33-MG 33 -892 07-MG 07 -893 07-MG 07 Anlage zum Epl. 13
		Stiftung Preußischer Kulturbesitz	0740-685 02

## Sachverzeichnis

Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloss Gottorf	0740-MG 02	Tilgungsbeträge	alle Titel der Obergruppen 17 und 18 1116-MG 03 1116-581 01-MG 04
Stiftung Schloss Eutin	0740-684 55-MG 15		
Stipendien - für Künstler	0740-686 11 MG 14	TIMSS	0710-632 57 MG 05 0710-537 05 MG 05
Straffälligenhilfe	0902-MG 01	Tollwut	1319-683 07-MG 02
Strafvollzug - in anderen Ländern	0903 0903-632 01	Totalisatorsteuer	1317-685 32-MG 30 1101-055 01
Straßenbau - Landesbetrieb	0614 - MG 04	Tourismus	0612-TG 61 zu 0612-883 01 zu 0612-526 61
- Regionalprogramm 2000	1111-TG 64	- Landesbeirat für -	
Strukturverbessernde Maßnahmen in der Lehre	0620-TG 75	Transeuropäische Verkehrsnetze (TENV), A 20	0614-271 01
Strukturverbessernde Maßnahmen in der Lehre	0620-TG 75	Travemünder Woche	0301-684 04
Studentenwerk Schleswig-Holstein - für die Durchführung des BAFöG - für soziale Maßnahmen	0624-671 32-MG 03 0624-681 33-MG 03	Treibselbeseitigung	1315-534 04
Studienstiftung des Deutschen Volkes	0620-685 10-MG 01	Trennungsgeld	alle Titel 453
Stundenweise zu erteilender Unterricht (Stundengeber)	zu 0710-MG 04	Treuhandvermögen "Sachen u. Rechte"	1104-141 01 -382 02 zu 1104-671 01 1104-982 02
		Trinkwasserhygiene	1002-TG 69
		Tuberkulosehilfe, Allgemeine -	zu 1005-TG 65
	<u>I</u>		
Tarifgemeinschaft deutscher Länder	1111-632 01		<u>U</u>
Tarifverstärkung	1111-461 01	Überschuss aus Vorjahren	1111-361 01
Technologietransfer	zu 0613-MG 07 0613-533 01-MG 07 0613-685 11-MG 07	Überwachung des fließenden Verkehrs	0410-633 01
Technologiezentrum Telekommunikations- überwachung	0410-632 10	Umsatzsteuer	1101-015 01
Theater und Orchester, Zuweisungen für -, - Betriebskosten - Theaterförderung	1102-633 22-MG 02 0740-MG 10	Umschuldung von Krediten	zu 1116-325 02-MG 01 zu 1116-595 01-MG 03
Tierproduktion	1317-684 31, MG 30	Umstellungshilfen an Landwirtinnen/Landwirte	1320-683 09-MG 07
Tierseuchenfonds - Erstattungen vom - - Erstattungen an den -	Anlage zum Kap. 1319 1319-634 01 1319-261 01 1319-671 12-MG 02 1319-671 01	Umweltmedizin, umweltbezogener Gesundheitsschutz	1002-TG 69
Tierseuchenverhütung und -bekämpfung	1319-MG 02 1319-271 10 -Task-Force 1319-632 01-MG 02	Umweltchemikalien - Wirkungsuntersuchungen	1002 TG 63
Tierverluste, Erstattungen an den Tierseuchenfonds für -	1319-671 12-MG 02	Umzugskostenvergütungen	alle Titel 453
		Unabhängiges Landeszentrum für Datenschutz	0102
		UNESCO Bewerbung (Haithabu und Danewerk)	0740-534 02 MG 15
		Unfallfürsorge (nach dem LBG)	1105-443 01
		Unfallkasse Schleswig-Holstein	1004-671 03 1004-685 01
		Unfallverhütung	zu 1004-671 03

## Sachverzeichnis

Unfallversicherung, - Zuschuss an die See-Berufsgenossenschaft zur - - in Betrieben des Landes, für Kinder in Kindergärten, Schüler, Studenten und Mitarbeiter - für Schulkinder, die am muttersprachlichen Unterricht teilnehmen	1004-636 02 zu 1004-671 03 0710-671 03	Verfolgtenorganisationen Verfügun gsmittel Vergiftungsfälle, Gif tinfor mationszentrale Nord (GIZ Nord) - Vergleichsarbeiten (VERA)	1003-685 04 alle Titel 529 zu 1002-632 02-MG 01 0710-632 04-MG 21 0710 MG 21
Universität Flensburg	zu 0620-MG 06 1212-TG 77	Verkehrsbereich, Gutachten	zu 0601-526 99
Universität Kiel - Baumaßnahmen	zu 0620-MG 06 1212-TG 73	Verkehrsgesellschaft Norderstedt	zu 0614-693 02-MG 02 -891 09-MG 02 Anlage zum Epl. 06
Universität Lübeck - Baumaßnahmen	zu 0620-MG 06 1212-TG 74	Verkehrserziehung	0410-541 01 zu 0614-MG 03
Universitätsklinikum S-H, - Baumaßnahmen	0620-MG 02 1212-TG 75 + 79	Verkehrsfinanzgesetz 1955, Darlehen nach dem -	zu 0601-173 02 bis -182 02
Unterelbe, Feuer- und Katastrophenschutz	0405-ETG 62 -ATG 62	Verkehrsministerkonferenz	0601-632 05-MG 01
Unterhaltsvorschussleistungen	1012-231 02 -233 01 1012-359 01 -631 01 -633 01 1012-633 05 1012-919 01	Verkehrsüberwachung, Verkehrs-Sicherung	zu 0410-111 05 0410-812 01
Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen (AGF)	1221-519 01	Verlässliche Grundschule	0710 - 684 17 MG 17
Unterstützungen - für Beamte, Angestellte und Arbeiter - der Abgeordneten und ehemaligen Abgeordneten sowie der Hinterbliebenen	alle Titel 442 0101-411 06-MG 02	Verletzt enversorgung auf See Vermischte Einnahmen Vermischte Verwaltungsausgaben Vermögensteuer	1002-TG 65 alle Titel 119 99 alle Titel 546 99 1101-051 01
Untersuchungen von Mitarbeitern	alle Titel 526 05	Versorgung	1105
Urheberrecht - Abgeltung von Urheberrechtsansprüchen - Bibliothekstantieme	0101-531 04 1111-531 09 0740-685 34-MG 06	Versorgungsfonds Versorgungskassenbeiträge	1105-919 01 0903-671 04
Urlaub auf dem Bauernhof, Infrastrukturmaßnahmen	1317-893 01-MG 03	Versorgungslasten, - Beiträge zu den -	1105-282 01 -282 02 -282 03 -282 04 -282 05 -381 01 -381 02 -389 01
<b><u>V</u></b>			
VERA	zu 0710 MG 21 0710-632 04 MG 21	- Erstattung von -	1105-231 01 -232 01 -233 01 -281 01 -631 01 -632 01 -633 01 -671 01
Veranstaltungen - des Landtages	0101-534 06 - MG 06		
Verband politischer Jugend	0705-684 13-MG 02		
Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur, Gemeinschaftsaufgabe	0612 - MG 03		
Verbraucheraufklärung (Ernährung)	1004	Versorgungsrücklage 1105	Anlage 1 zum Kap. 1105-TG 61
Verbraucherschutz	1319	- Zuführung an -	
Verbraucherzentrale S-H e.V.	1319-684 15	Versuchsbetriebe, landwirtschaftliche - der Universität Kiel	Anlage zu Epl. 06
Vereine und Gesellschaften, Beiträge an -	alle Titel 684/685	Versuchsgüter "Lindhof", "Hohen-schulen" und "Karkendamm"	Anlage zu Epl. 06
Verfassungsschutz	0401-535 01		

## Sachverzeichnis

Vertreter der Interessen des Ausgleichsfonds	zu	0501-MG 03	Warenproben, Untersuchung von -	0801-534 01
„Vertretungsfonds“ zur Bekämpfung von Unterrichtsausfall		0710-MG 04	Wasser- und Bodenverbände	1320-887 03-MG 05 -887 11-MG 05 -887 07-MG 08 1315-887 03-MG 03
Verwaltungsgerichte		0904	Wassergütestelle Elbe	1315-632 01
Verwaltungsmodernisierung		0509	Wasserrahmenrichtlinie, Umsetzung	1315-MG 31
Verwaltungsreform		0401-TG 61	Wasserschutzgebiete, - Grundwasserschutz, - Grundwasserbewirtschaftung	1315-533 29
Verwarnungsgeld	zu	0410-112 01	Wasserschutzpolizei	zu 0410
Verwarnungsgeldverfahren		Kap. 1103	Wasserschutzpolizeiboote	0410-811 02
Veterinärwesen der Polizei	zu	0410-511 01	Wasserschutzpolizeiliche Zuständigkeit auf der Elbe	0410-632 03
Volksabstimmungsgesetz		0401-541 05	Wasserschutzpolizeischule in Hamburg	0410-632 02
Volksbund Deutscher Kriegsgräberfürsorge, Flensburg	zu	0401-536 02	Wasserversorgungsanlagen	1320-231 06-MG 01 1315-883 20
Volkshochschulen		0705-MG 01	Wasserwirtschaftliche Maßnahmen	-231 06-MG 01 -MG 05
Volkskrankheiten, Bekämpfung von -	zu	1002-TG 62	Wasserwirtschaftliche Vorplanung, Gutachtertätigkeit	zu 1315
Vollstreckungsbeamtinnen und -beamte, Entschädigungen		0502-459 02 0505-459 02 0902-459 02	Weiterbildung - Bereich berufliche Bildung (vgl. auch Qualifizierungsmaßnahmen der Betriebe)	0705-MG 01 0616-685 12-MG 02 -MG 02
Vollzugs- und Vollstreckungskostenordnung, Kosten nach der -	zu	0410-111 01 0410-539 02	Werbemaßnahmen für den Bereich Wirtschaft einschl. Fremdenverkehr	0612-535 01-MG 06
Vollzug von Maßregeln der Besserung und Sicherung in Anstalten		1002-MG 08	Wiedergutmachung	1003-MG 06
Vorbeugende Verbrechensbekämpfung		0410-632 04 0410-538 01	Wikinger-Museum in Haithabu	zu 0740-MG 02
Vorführung und Beförderung von Gefangenen		0902-537 01	Wirtschaft in Schleswig-Holstein, - Beratungs- und Informationswesen - Berufliche Bildung - Forschung, Entwicklung, Innovation - Gutachten	0612-MG 04 0616-MG 02, MG 03 0613-MG 07 zu 0601-526 99
Vorschulische Sprachförderung		0704-MG 01	- Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" - Informationswirtschaft und Multimedia - Werbemaßnahmen	0612 MG 03 0613-MG 08 0612-MG 06
<b>W</b>			Wirtschaftsministerkonferenz	0601-632 05-MG 01
Waffen und waffentechnische Geräte für die Polizei	zu	0410-511 01 -514 01 -812 01		
Wahlen, - Kosten für die Durchführung von -		0401-541 01 -541 02 -541 03		
Wahlkampfkosten der Parteien		0101-684 02		
Waldbauliche Maßnahmen, - Förderungsmaßnahmen außerhalb der Staatsforsten		1320-MG 06 1314		
- Staatsforsten		1314		
Waldschäden		1314-533 53		
Wanderausstellungen		0740-534 08-MG 15		

## Sachverzeichnis

Wirtschaftspläne, - Dt. Gesellschaft für Ernährung - Gebäudemanagement Schleswig-Holstein (GMSH) - Kommunalen Investitionsfonds - LKN - Landesbetrieb „Vollzugliches Arbeitswesen“ - Landesbetrieb Landeslabor - Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr	Anlage zum Kap. 1012  Anlage zum Kap. 1211 Anlage 1 zum Kap. 1102 Anlage zu Kap. 1315  Anlage zum Kap. 0903 Anlage zum Kap. 1319  Anlagen IV und V zum Epl. 06	Zentrale Datenstelle der Landes- finanzminister  Zentrale Kurierdienste  Zentrale Stelle der Landesjustizver- waltung zur Verfolgung von NS-Gewalttaten in Ludwigsburg  Zentralstelle der Länder für Gesundheitsschutz bei Medizin- produkten (ZLG)	0501-632 01  1220-511 02  0908-632 02  1002-685 05-MG 01
- Sondervermögen Ausgleichsabgabe nach dem SGB IX - Sondervermögen Versorgungsrücklage - Stiftung Schloss Eutin - Verbraucherzentrale Schl.-Holst.	Anlage zum Kap. 1003 Anlage 1 zum Kap.1105 Anlage zum Kap. 0740 Anlage zum Kap. 1012	Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik (ZLS)	zu 1004-632 01
Wirtschaftswegebau	1320-231 04-MG 01	Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS)	0620-632 12-MG 01
Wissenschaftliche Bibliotheken, - Katalogisierungsverbund der -	0620-TG 69	Zentralstelle für Fernunterricht	0710-632 54-MG 05
Wissenschaftsrat	0620-685 13-MG 01	Zentrum für maritime Technologie und Seefischmarkt ZTS Grund- stücksverwaltung GmbH	zu 0506-162 01 -182 01
Witwen- und Waisengelder	1105-431 01, -432 01 bis -432 29	Zeugenentschädigungen	0410-526 08 0902-526 13 0905-526 11 zu 0904-526 11 0908-526 13
Wohlfahrtsverbände	zu 1005-TG 62 1012-684 02	Zeugenschutz	0410-TG 64
- Gemeinschaftsunterkünfte für Asylbegehrende	zu 0913 -	Zinsabschlag	1101-018 01
Wohngeld nach dem Wohngeldgesetz	0416-231 01 -633 01	Zinsderivate	zu 1116-575 01-MG 01 zu 1116-575 10-MG 02 Anlage zum Kap. 1116
Wohnheime für Behinderte	1005-TG 63	Zinsrücklagen	1116-AMG 02
Wohnraumförderung, Soziale	zu 0416	Zinsen	alle Titel der Ober- gruppe 15 und 16 1116-AMG 01 1116-561 01-MG 04 Anlage zum Kap. 1116
Wohnraumförderungsprogramm	0416-Vorbemerkungen		
Wohnungswesen, Wohnraumförderung und Städtebau	0416		
Wohnungsfürsorge - für Kriegsbeschädigte - Rückflüsse und Zinsen aus Darlehen des Landes	zu 1003-863 03 zu -162 01 zu -182 01	Zinsverbilligungszuschüsse - für den Bau von Kindertages- stätten (IB-Fonds) - für den Bau von Abwasser- beseitigungsanlagen	0704-663 01 1315-623 01
	<b>X</b>		
XFEL, Anteil des Landes an den Investitionskosten für den Freie-Elektronen-Röntgenlaser	0623-892 12-MG 01 0623 685 18	Zivilschutz	0410
	<b>Z</b>	Zukunftsentwicklung des Landes	0301-535 02
		Zukunftsinvestition	1111-MG 03
Zahlenlotto 6 aus 49, Einnahmen aus dem - - am Sonnabend - am Mittwoch	1111-122 01 -122 02	Zukunftsprogramm Schleswig-Holstein 2007 bis 2013	0612-346 05 0612-MG 17
Zahlenlotterie Keno	1111-122 10	Zukunftsprogramm ländlicher Raum	1320 MG 03
Zentralbibliothek der Wirtschafts- Wissenschaften	0623-TG 69	Zukunftsprogramm Wirtschaft, ZPW - Netzwerke zwischen Kultur und Wirtschaft	0740-684 30-MG 15
Zentrale polizeiliche Ermittlungs- stelle für die Verfolgung der Regierungs- und Vereinigungskriminalität (ZERV)	0410-632 06	Zusätzliche Erläuterungen (zu den Hochschulen)	Anlage zum Epl. 07
		Zusatzlotterie-Super 6 -Plus 5	1111-122 05 1111-122 12

## Sachverzeichnis

Zusatzrenten und Ersatzzusatzrenten	1105-439 05
Zuschüsse an die LVSH	Epl. 12, Titel 894
Zuweisungen für Investitionsmaßnahmen im Rahmen des KFA	1102-883 30-MG 03
Zweckrücklage Wohnungsbau	Anlage zum Kap. 0416